

Vom Ziel her denken.

2. MANNHEIMER BILDUNGSBERICHT 2013

www.mannheim.de/bildungsbericht



Impressum

Herausgeber: Stadt Mannheim, Rathaus E5, 68159 Mannheim

Vertrieb: Stadt Mannheim, Fachbereich Bildung, E2, 15, 68159 Mannheim,
Abteilung Bildungsplanung/Schulentwicklung, www.mannheim.de/bildungsbericht

Kreative Konzeption, Layout, Lektorat und Produktion:

Forte Kommunikation und Consulting GmbH, s.witte@forte-kommunikation.de

Druck: Abc-Druck GmbH; **Auflage:** 1.500

Projektleitung: Dr. Tanja Mangold (Fachbereich Bildung)

Arbeitsgruppe „Indikatoren für Bildungserfolg“: Sabrina Braun, Dr. Marian Dürr, Margit Gerstner, Andrea Gerth, Gerlinde Knisel-Scheuring, Beatrice Lüttcher, Manfred Rummel (alle Fachbereich Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt), Nicole Dopona, Claudia Hellpap, Ulrike Klose, Christian Krizak, Helga Mann (alle Fachbereich Bildung), Milena Etges (Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren), Gerhard Gölz (Staatliches Schulamt Mannheim), Uwe Kaliske (Fachbereich Sport und Freizeit), Oliver Makowsky (Strategische Steuerung), Stefanie Rihm (Kulturamt), Dr. Peter Schäfer (Fachbereich Gesundheit), Beate Zeidler (Dezernat III)

Zusätzliche Textbeiträge: Prof. Dr. Oliver Dickhäuser, Arno Dreßler, Heike Fleischmann, Claudia Kellermann, Eva-Maria Gronki-Jost, Prof. Dr. Vera Heyl, Rainer Hohl, Klemens Hotz, Dr. Andreas Hundsatz, Dr. Frauke Janz, Karin Jerg, Hansjörg Korward, Beate Michels, Harald Pfeiffer, Prof. Dr. Heinz Reinders, Inge Reinhard-Meyer, Jürgen Ripplinger, Andreas Salewski, Ulrike Scheurich, Stefan Schmutz, Stefanie Seifried, Dr. Silke Trumpa

Mitarbeit: Dr. Peter Bellermand, Helmut Frey-Zaby, Wolfgang Heß, Dr. Jens Hildebrandt, Lutz Jahre, Peter Kubina, Hermann Lang, Beate Maas, Petra Putze, Beate Sanderson, Valentino Soravia, Jürgen Sporys, Barbara Stanger, Bernhard Staudter, Gottfried Türk, Evelyn Veit-Wickert, Dr. Petra Wagner, Karen Weinand, Albert Weiß, Klaus Zeimer, Anna Zimmermann

Beratung und Unterstützung:

Dr. Urte Pohl, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung

Das Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert.

GEFÖRDERT VOM



Der Europäische Sozialfonds ist das zentrale arbeitsmarktpolitische Förderinstrument der Europäischen Union. Er leistet einen Beitrag zur Entwicklung der Beschäftigung durch Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, des Unternehmertums, der Anpassungsfähigkeit sowie der Chancengleichheit und der Investition in die Humanressourcen.

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigungen und die unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Vorwort

des Oberbürgermeisters Dr. Peter Kurz und der Bürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb

Vorwort



P. Kurz

Dr. Peter Kurz
Oberbürgermeister



U. Freundlieb

Dr. Ulrike Freundlieb
Bürgermeisterin für Bildung,
Jugend, Gesundheit

Bildungsgerechtigkeit und gelingende Integration sind zwei der großen Herausforderungen, vor denen das Bildungssystem nicht nur in Mannheim steht. Zwar sind auch Bund und Länder mit zahlreichen drängenden Fragen zum Thema Bildung konfrontiert, allerdings liegt der entscheidende Schlüssel für Erfolg oder Misserfolg von Bildungsbiografien auf der kommunalen Ebene. Die Stadt Mannheim hat sich deshalb in der Gesamtstrategie zum Ziel gesetzt, ein Vorbild für Bildungsgerechtigkeit in Deutschland zu sein. Daneben will sich Mannheim auch als Stadt der Talente etablieren und durch eine die Potenziale der Kinder und Jugendlichen fördernde Integrationspolitik Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen sein. Hierfür wurden und werden Konzepte und Maßnahmen entwickelt und umgesetzt, die im Zusammenspiel mit verschiedenen Akteuren und Institutionen die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene weiter verbessern. Der vorliegende 2. Mannheimer Bildungsbericht liefert eine Bestandsaufnahme, welche Fortschritte auf dem Weg zur Umsetzung der genannten Ziele schon erreicht wurden und welche Wegstrecke noch angegangen werden muss.

Bereits im 1. Mannheimer Bildungsbericht wurden fundierte Informationen und Orientierungsmaßstäbe als erforderlich für die Gestaltung einer zukunftsfähigen „bildungsgerechten Landschaft“ vor Ort beschrieben, da sie zeigen sollen, ob Geschwindigkeit und Entwicklung mit der eigenen Zielsetzung übereinstimmen. Dies wird aufgrund der zahlreichen positiven Rückmeldungen im vorliegenden 2. Mannheimer Bildungsbericht beibehalten. Die Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Bildungsberichterstattung vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) wurden gerne aufgegriffen. So werden die Bereiche „Berufsbildende Schulen“ und „Non-formale Lernwelten“ aufgenommen, die vielfältige kulturelle Bildung spielt auch vor dem Hintergrund der angestrebten Bewerbung Mannheims als Kulturhauptstadt eine wichtige Rolle. Es wird eine vertiefende Analyse zum Übergang Kindertagesstätte – Grundschule vorgestellt, einzelne Bildungsbereiche werden biografiebegleitend anhand von politisch relevanten Fragestellungen beleuchtet und die dazu handlungsrelevanten Daten in den Fokus gerückt. Die Sozialraumtypologie hat sich als roter Faden bewährt und wird beibehalten.

Der 2. Mannheimer Bildungsbericht zeigt, dass wir in verschiedenen Bereichen inzwischen wichtige, positive Entwicklungen auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit in Mannheim erreicht haben. Dies macht uns ein wenig stolz und stärkt uns für den weiteren Weg in dieser Richtung. Gleichzeitig danken wir allen Beteiligten und Institutionen, die an diesem Bericht mitgewirkt haben. Nur dadurch kann ein interdisziplinär und fachbereichsübergreifend erarbeitetes Gemeinschaftswerk wertvolle Informationen aus unterschiedlichen Bildungsbereichen bündeln. Wir sind uns sicher, dass Politik, Expertinnen und Experten, interessierte Bürgerinnen und Bürger unsere Einladung zu einer intensiven Diskussion der Informationen erneut annehmen und gemeinsam mit uns Handlungsempfehlungen für eine gerechtere Bildung und gelingende Integration entwickeln.

Mannheim, im März 2013

Wichtigste Ergebnisse im Überblick

A	Rahmenbedingungen in Mannheim	12
B	Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung	13
C	Allgemeinbildende Schulen und kommunale Unterstützungsangebote	14
D	Berufsbildende Schulen	15
E	Non-formale Lernwelten	16
F	Übergang Kindertagesstätte – Grundschule in einem Sozialraum mit sehr hoher sozialer Problemlage	17

A Rahmenbedingungen in Mannheim 18

A1	Bevölkerungsstruktur	20
A1.1	Einwohner Mannheims im Jahr 2010 nach Alter und Geschlecht	20
A1.2	Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung	24
A2	Einwohner/-innen mit Migrationshintergrund	28
A3	Soziale Dimension	31
A4	Zusammenschau der Rahmenbedingungen in kleinräumiger Perspektive und Erstellung der Sozialraumtypologie	33
A4.1	Ausgewählte Kennzahlen	33
A4.2	Zusammenführung der Kennzahlen und Erstellung der Sozialraumtypologie	38
A5	Zusammenfassung	40

B Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung 42

B1	Grunddaten des frühkindlichen Bildungssektors	45
B1.1	Entwicklung der Kindertageseinrichtungen	45
B1.2	Anzahl der Kinder in Tageseinrichtungen	48
B1.3	Tagespflegepersonen und betreute Kinder in der Tagespflege	52
B2	Sprachförderung	54
B2.1	Ergebnisse zum Sprachstand von Kindergartenkindern	54
B2.2	Ausgewählte Sprachfördermaßnahmen	58
B3	Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen	61

C Allgemeinbildende Schulen und kommunale Unterstützungsangebote 64

C1	Grunddaten schulischer Versorgung	66
C1.1	Schulangebot und Entwicklung der Schülerzahlen	66
C1.2	Betreuung, Bildung und Förderung von Schulkindern	69
C1.3	Entwicklung der Sonderschulen und die Teilnahme am Schulversuch des Landes	75
C2	Übergänge und Wechsel im allgemeinbildenden Schulsystem	79
C2.1	Grundschulübergangsquote	79
C2.2	Durchgangsquoten	89
C2.3	Schulartwechselquote in der Sekundarstufe I	92
C3	Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen und der Verbleib der Schüler/-innen	94
C3.1	Schulabschlüsse	94
C3.2	Verbleib der Förderschüler/-innen	98

C3.3	Verbleib der Hauptschüler/-innen	99
C3.4	Verbleib der Werkrealschüler/-innen	100
C4	Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen	102

D

Berufsbildende Schulen 108

D1	Grunddaten der schulischen Versorgung	111
D1.1	Schulangebot	111
D1.2	Entwicklung der Schülerzahlen	112
D1.3	Wohnort der Schüler/-innen an beruflichen Schulen	113
D1.4	Teilbereiche der beruflichen Schulen	114
D2	Eintritte und Abschlüsse im beruflichen Schulsystem	118
D2.1	Die duale Ausbildung an der Berufsschule und Sonderberufsschule	119
D2.2	Die Höherqualifizierung über die beruflichen Gymnasien und die Berufsoberschule	121
D2.3	Die individuelle Förderung im Berufsvorbereitungsjahr	127
D3	Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt	130
D3.1	Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt im MINT-Bereich	130
D3.2	Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt im hauswirtschaftlich-pflegerisch-sozial-pädagogischen Bereich	132
D4	Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen	133

E

Non-formale Lernwelten 136

E1	Kulturelle Bildung	138
E1.1	Städtische Musikschule	139
E1.2	Stadtbibliothek	140
E1.3	Beispiele für das Spektrum kultureller Bildung in Mannheim	142
E1.4	Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen	144
E2	Politische Bildung	145
E2.1	Arbeitsweise	145
E2.2	Zentrale Arbeitsfelder	145
E2.3	Reichweite	147
E2.4	Handlungsempfehlungen	147
E3	Gesundheitliche Bildung	148
E3.1	Ernährungsprojekt in Mannheimer Kindertageseinrichtungen	148
E3.2	Geschlechtsspezifisches Gesundheitsprojekt für Mannheimer Schüler/-innen von Förder-, Haupt-/Werkrealschulen und Realschulen	148
E3.3	Projekte zur Bewegungsförderung	149
E3.4	Suchtprävention	150
E3.5	Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen	150
E4	Sport	150
E4.1	Bildungsanspruch des Sports	151
E4.2	Sport treiben in Mannheim	151
E4.3	Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen	154
E5	Jugendarbeit	155
E5.1	Gesamtkonzeption für die Jugendarbeit in Mannheim – Kernziele der Jugendarbeit in Mannheim	155
E5.2	Strukturen der Jugendarbeit	155

E5.3	Nutzung von Angeboten und Einrichtungen der Jugendarbeit	156
E5.4	Jugendverbandsarbeit	157
E5.5	Versorgung mit offenen Einrichtungen und Angeboten der Jugendarbeit	157
E5.6	Schwerpunkt 1: Kooperation Jugendarbeit – Schule	158
E5.7	Schwerpunkt 2: Kulturelle Bildung in der Jugendarbeit	159
E5.8	Handlungsempfehlungen	160
E6	Erzieherische Hilfen	160
E6.1	Erzieherische Hilfen im Jahr 2010 im Überblick	161
E6.2	Erzieherische Hilfen und schulische Probleme	161
E6.3	Lebenslagen der Adressaten erzieherischer Hilfen	163
E6.4	Die Bedeutung sozialstruktureller Rahmenbedingungen für die Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen	164
E6.5	Handlungsempfehlungen	166

F

Übergang Kindertagesstätte – Grundschule in einem Sozialraum mit sehr hoher sozialer Problemlage 168

F1	Bildungsgerechtigkeit am Übergang Kindertagesstätte – Grundschule	170
F2	Der Förderansatz „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ in Neckarstadt-West	171
F3	Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung	173
F4	Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen	177

Exkursverzeichnis

B	Bildungsinitiative für junge Kinder (BiKi)	46
	Evaluationsstudie „Pädagogische Qualität in Kindergärten der Stadt Mannheim“	47
	Was sind eigentlich „Frühe Hilfen“?	51
	Realisierung des quantitativen und qualitativen Ausbaus der Betreuung von Kindern in Tagespflege	53
	Den Übergang vom Kindergarten in die Schule gestalten	58
C	Sozialarbeit an Schulen	74
	Einstellungen zur Inklusion – Forschungsprojekt EFi	78
	Evaluation des Mannheimer Unterstützungssystems Schule (MAUS)	85
	Elternbefragung zur Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung	88
	Hausaufgabenhilfe International	91
	Sprachförderung im Rahmen des Heinrich-Vetter-Grundschulprojektes	91
	Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets im Fachbereich Bildung	93
	Zweiter Bildungsweg, Mannheimer Abendakademie und Volkshochschule GmbH und Abendschulen Mannheim GmbH	97
	Kinder- und Jugendakademie	107

D	Kooperationen bilden den Kern für persönlichen Erfolg	116
	Die Bedeutung der beruflichen Schulen beim Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung	126
	Die IHK Rhein-Neckar: „Fachkräftebedarf liegt höher als Akademikerbedarf“	132
	„Hochschulen in Mannheim“ und „Übergang zu Hochschulen“	135
E	Erziehungsberatung, Eltern- und Familienbildung	162

Hinweise für Leserinnen und Leser

Kernaussagen einzelner Textpassagen sind in der Randspalte rechts bzw. links hervorgehoben.

Auf entsprechende **Abbildungen** wird im Fließtext verwiesen.

Lesebeispiel: Abb. A2 ist der Verweis auf die zweite Abbildung im Kapitel A (Rahmenbedingungen in Mannheim).

Zu jeder Abbildung wird die zugehörige **Datentabelle** benannt. Diese Tabellen werden im Fließtext notiert und sind mit dem Zusatz **web** gekennzeichnet, z. B. Tab. A2**web**. Über die Internetseite der Stadt Mannheim können die entsprechenden Tabellen eingesehen und heruntergeladen werden (www.mannheim.de/bildungsbericht).

Weiterführende und zusätzliche Erläuterungen (wissenschaftliche Studien, Projekte, Detailinformationen) werden als **Exkurse** farblich in der jeweiligen Kennfarbe des Kapitels hinterlegt.

Ein ^M am jeweiligen Text verweist auf **Methodische Erläuterungen**, die im Anhang nachgelesen werden können. Dort sind methodische und begriffliche Erläuterungen kapitelweise zusammengefasst. In Ausnahmefällen sind methodische und datentechnische Anmerkungen in den Fließtext eingebettet.

Um den Bildungsbericht übersichtlich und einfach im Wortlaut zu halten, wurden vorwiegend bei Zahlenangaben geschlechtsneutrale Formulierungen verwendet.

Einleitung

Die Stadt Mannheim hat in ihrer Gesamtstrategie sieben strategische Ziele formuliert. Zur Steuerung dieser Ziele wurde ein „Managementzielsystem“ implementiert, welches durch Leistungs- und Wirkungsmessung den Entwicklungsstand detailliert beschreiben kann. Den Ausgangspunkt bilden Leistungen und angestrebte Wirkungen, die durch Kennzahlen und Zielwerte beschrieben werden. Das Dezernat Bildung, Jugend, Gesundheit implementiert zur Unterstützung der eigenen Zielausrichtung zusätzlich drei strategische Steuerungsinstrumente. So sollen durch Beteiligungsverfahren wie die im Dezember 2011 durchgeführte „Großgruppenkonferenz“ zum Thema „Kinderbetreuung in Mannheim“ stadtteilorientierte Insellösungen überwunden und nachhaltig eine städtische Gesamtplanung über alle 24 Stadtteile in den Blick gezogen werden. Im Vordergrund der Großgruppenkonferenz standen hierbei sowohl die Bildungsgerechtigkeit als auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das zweite Steuerungsinstrument ist der „Bildungsbeirat“. Das Gremium ist mit anerkannten, gesellschaftspolitisch engagierten und bildungsaffinen Persönlichkeiten aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft besetzt und versteht sich als Impulsgeber für die Weiterentwicklung der kommunalen Bildungslandschaft. Die Mitglieder unterstützen die Stadtverwaltung, indem sie Empfehlungen aussprechen, Ressourcen mobilisieren und eine lokale Öffentlichkeit herstellen. Mit der kommunalen Bildungsberichterstattung soll als dritte Säule eine systematische sowie objektivierte Datengrundlage einer biografiebegleitenden Lern- und Förderkultur von der Geburt bis zum Übergang in den Beruf ermöglicht werden. Hierbei stehen die Postulate im Vordergrund „Jeder Jugendliche erreicht einen qualifizierten Schulabschluss“ und „Jeder Absolvent einer Mannheimer Schule besitzt die Ausbildungsreife und hat eine berufliche Perspektive“.

Der 2. Mannheimer Bildungsbericht 2013 lädt Politik, Expertinnen und Experten sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger dazu ein, über den aktuellen Zustand des Mannheimer Bildungswesens zu diskutieren. Der Bericht bietet mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Entwicklungsfelder und Handlungsempfehlungen gleich zu Beginn den Leserinnen und Lesern die Möglichkeit, sich schnell mit den Inhalten vertraut zu machen. Anschließend werden für fachlich interessierte Leserinnen und Leser die jeweiligen Themenbereiche mit vertiefenden Informationen vorgestellt.

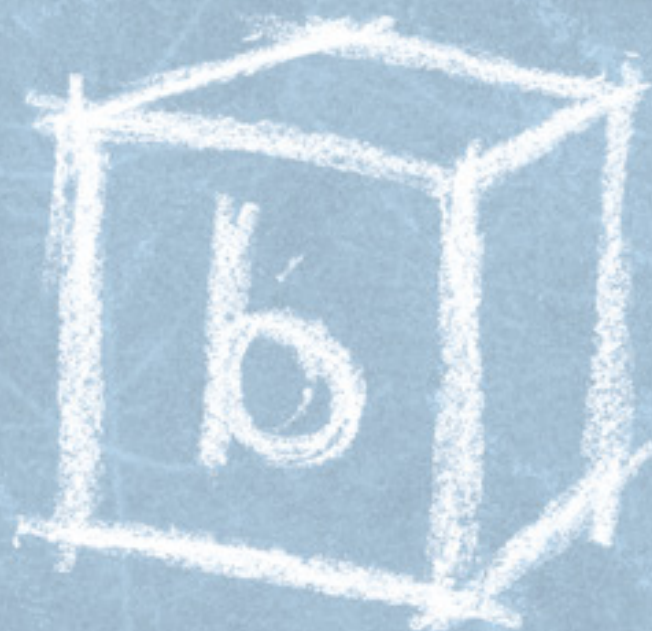
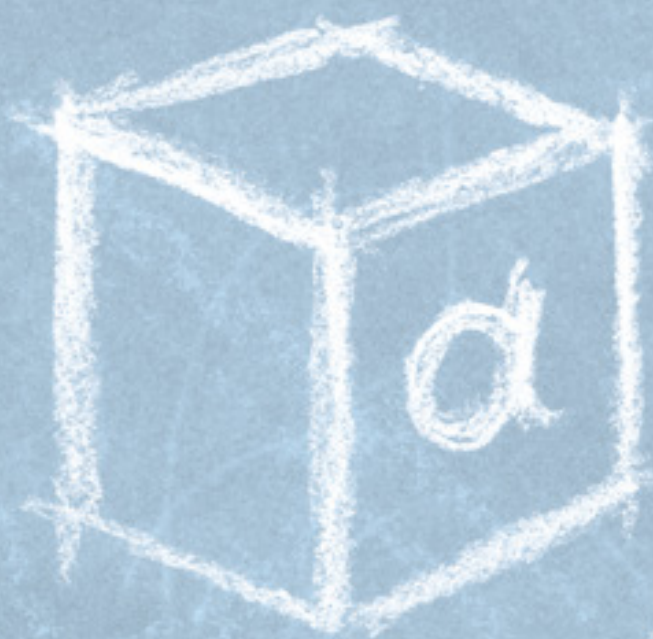
In fachlicher Hinsicht verfolgt der 2. Mannheimer Bildungsbericht folgende Ziele: (1) Er legt einen erweiterten, fachbereichsübergreifenden Bildungsbegriff zugrunde. (2) Er stellt ein Gerüst aus verlässlichen Grunddaten bereit und (3) arbeitet das Datenmaterial indikatorengestützt auf. Die ersten drei Ziele lagen bereits dem ersten Bildungsbericht zugrunde. Der zweite Bildungsbericht erweitert seine Zielsetzung um drei weitere Ziele. So werden (4) die Analysen basierend auf der Sozialraumtypologie ausgebaut. (5) Der Bildungsbericht wird um die neuen Themenkomplexe „Berufsbildende Schulen“ (Kapitel D) und „Non-formale Lernwelten“ (Kapitel E) weiterentwickelt und enthält darüber hinaus eine vertiefende Analyse zum Übergang Kindertagesstätte – Grundschule in einem Stadtteil mit sehr hoher sozialer Problemlage (Kapitel F). (6) Das Bildungsmonitoring und das Bildungsmanagement werden stärker miteinander verknüpft, indem die Handlungsempfehlungen direkt im Anschluss an die Kapitel erfolgen. Durch die Erweiterung des Themenspektrums (auch in den Exkursen) und die Absicht, den Umfang des Bildungsberichts beizubehalten, war es erforderlich, Inhalte und Aussagen zu konzentrieren. Hierbei wurde sich insbesondere mit der Fragestellung der Bildungsgerechtigkeit auseinandergesetzt und wie Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen erhöht werden können. Die Gruppe der Kinder und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien und Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie die Förderung von Hochbegabten spielen eine besondere Rolle.

Gemäß der Systematik des ersten ist auch der zweite Bildungsbericht chronologisch entlang der Bildungsbiografie von Kindern und Jugendlichen bis zum Abschluss an der beruflichen Schule aufgebaut. Aufgrund unterschiedlicher Datenquellen und Erhebungsmethoden können nur querschnittliche Daten ausgewertet und verarbeitet werden. Auch die Daten zum Migrationshintergrund basieren auf verschiedenen Datenquellen. Während beispielsweise in den Kapiteln A, B und E die Daten nach dem Migrationskonzept erhoben wurden, liegen sie in den Kapiteln C und D nach dem Ausländerkonzept (Staatsangehörigkeit) vor. Zur besseren Lesbarkeit des Berichts wird nachstehend immer von Menschen mit Migrationshintergrund gesprochen. Sollten Aussagen über mehrere Kapitel hinweg formuliert werden, gilt es die unterschiedliche Datenlage in Bezug auf Migration zu berücksichtigen. Alle Werte, nicht nur die in Zusammenhang mit Migration, sind als allgemeingültige „Wasserstandsanzeiger“ an den jeweiligen Stationen im Bildungssystem zu betrachten. Eine Beobachtung über mehrere Jahre ermöglicht zudem Aussagen über erkennbare Entwicklungen.

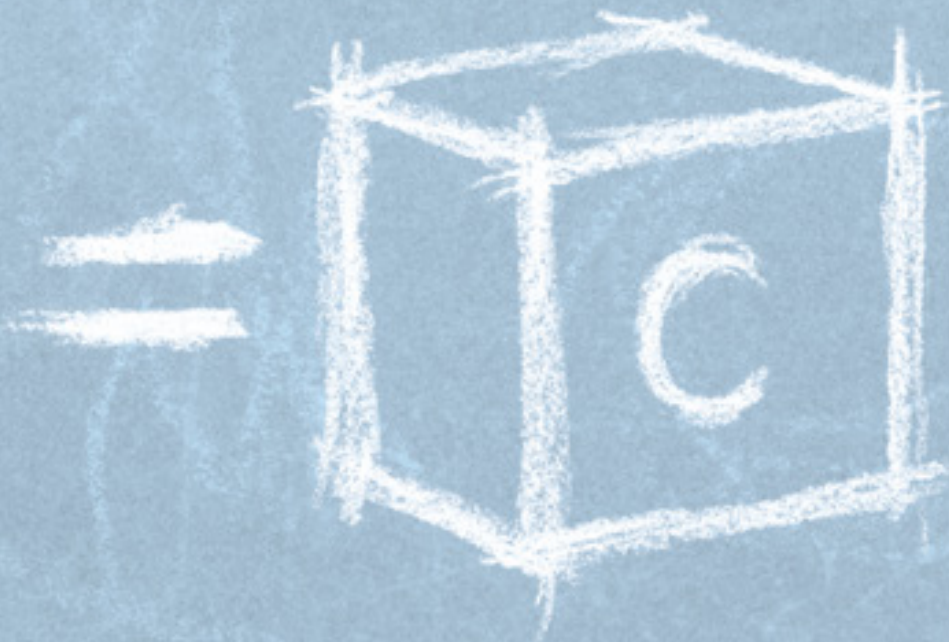
Im zweiten Bildungsbericht reicht die Aktualität der Datenlage vorwiegend bis ins Jahr 2010 bzw. bis zum Schuljahr 2010/11. Schwankungen in der Datenlage sind in einzelnen Kapiteln möglich. So werden beispielsweise in Exkursen Informationen auch aus dem Jahr 2012 verarbeitet. Wirkungen von Maßnahmen, die nach dem ersten Bildungsbericht initiiert bzw. angepasst wurden, können dem zweiten Bildungsbericht noch nicht entnommen werden, da die Datengrundlage bis 2010 nur bis in das Erscheinungsjahr des ersten Berichts reicht.

Sofern die Datenlage dies zulässt, werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Mannheim und Baden-Württemberg herausgearbeitet. Im Vordergrund steht die Frage „Sind die Entwicklungen miteinander vergleichbar?“. Da Mannheim als Stadtkreis und Oberzentrum sich in vielen Bereichen von den durchschnittlichen Rahmenbedingungen unterscheidet, muss davon ausgegangen werden, dass die Entwicklungen nicht immer identisch verlaufen.

Auch der 2. Mannheimer Bildungsbericht 2013 wurde unter Federführung der Abteilung Bildungsplanung/Schulentwicklung des Fachbereichs Bildung von einer fachbereichsübergreifenden Arbeitsgruppe erarbeitet. Diese wurde von zahlreichen städtischen Fachstellen und externen Partnern unterstützt, die auch schon am 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010 mitgewirkt haben. Unser Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachbereiche Bildung; Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt; Gesundheit; Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren und der Amtlichen Statistikstelle der Stadt Mannheim. Darüber hinaus bedanken wir uns für die kontinuierliche Zusammenarbeit in der Bildungsberichterstattung beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, beim Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung, beim Staatlichen Schulamt Mannheim, beim Förderband e. V. und beim Interkulturellen Bildungszentrum Mannheim gGmbH. Zusätzlich gewonnen werden konnten die Mitarbeiter/-innen des Fachbereichs Sport und Freizeit, der Wirtschafts- und Strukturförderung, der Strategischen Steuerung und des Kulturamts Mannheim. Unser Dank gilt auch unseren neuen externen Partnern im Bereich der Bildungsberichterstattung: der Mannheimer Abendakademie, den beruflichen Schulen in Mannheim, dem Lehrstuhl für Pädagogische Psychologie der Universität Mannheim, der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, dem Lehrstuhl für Empirische Bildungsforschung der Universität Würzburg und der Freudenberg Stiftung.



>>>ABCDEF



Die wichtigsten Ergebnisse

EIN ÜBERBLICK

A

Ab Seite 18.

Rahmenbedingungen in Mannheim

Zusammenfassung: Die Bevölkerung Mannheims wird sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten verringern und zugleich in ihrem Altersaufbau verändern. Voraussichtlich leben im Jahr 2030 deutlich mehr Menschen der älteren Generation in Mannheim als heute, während die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter – und vor allem der jungen Generation, die dann in die Gesellschaft hineinwächst – anteilig und absolut deutlich geringer sein wird (Kapitel A1). Dies bedeutet, dass junge Menschen zunehmend zu einem „knappen Gut“ werden und in ihrer Funktion für die Zukunftssicherung der Gesellschaft eine noch weitaus höhere Bedeutung erlangen als bereits bisher. Obgleich sich der demografische Wandel in Mannheim nach den aktuellen Vorausschätzungen moderater vollzieht als in Baden-Württemberg insgesamt, so wird, (ausgehend vom Jahr 2010) bis 2030 stadtweit ein Rückgang der 0- bis unter 27-Jährigen um ca. 7% erwartet. Zugleich wird der Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund steigen. Bereits 2010 waren in Mannheim alle Jahrgänge der unter 16-Jährigen überwiegend migrationsgeprägt (Kapitel A2).

Anhand einer für den 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010 entwickelten und nun modifizierten Sozialraumtypologie kann das Stadtgebiet nach dem Grad der sozialen Problemlagen in 5 Sozialraumtypen unterteilt werden: vom sozialstrukturell unauffälligen Typ 1 bis hin zum sozialstrukturell hoch auffälligen Typ 5 (Kapitel A4). Die höchste Konzentration sozialstruktureller Auffälligkeiten weisen die Stadtteile Hochstätt, Luzenberg, Schönau, Neckarstadt-West und Waldhof auf (alle Sozialraumtyp 5). Sie haben die höchste Armutsproblematik (Kapitel A3 und A4.1), einen überproportionalen Anteil Alleinerziehender (Kapitel A4.1) sowie junger Menschen mit Migrationshintergrund (Kapitel A2 und A4.1), ebenso liegen die Geburtenraten z. T. weit über dem gesamtstädtischen Durchschnitt (Kapitel A4.1). Auch in den Stadtteilen Innenstadt/Jungbusch und Neckarstadt-Ost (Sozialraumtyp 4) sind die Rahmenbedingungen für junge Menschen noch erkennbar überdurchschnittlich erschwert. Zugleich sind diese Ausgangslagen mit einem erhöhten Risiko der Beeinträchtigung von Entwicklungschancen und des Bildungserfolgs der Kinder und Jugendlichen verknüpft. Bildungspolitisch relevant ist darüber hinaus, dass in den Stadtteilen der Sozialräume 4 und 5 nahezu jeder zweite der 0- bis unter 27-jährigen Mannheimer wohnt (41,3%).

FAZIT

2010 lebten in Mannheim über 40% aller Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Stadtteilen mit einer weit überdurchschnittlichen Konzentration sozialstruktureller Probleme. Insgesamt wird sich die Zahl der jungen Menschen Mannheims bis 2030 deutlich verringert haben, der Anteil der jungen Migrantinnen und Migranten wird dabei aber weiter steigen. Diese Erkenntnisse werden für die Ausrichtung der Handlungsempfehlungen zur Förderung der Bildungsgerechtigkeit der einzelnen Ziel- und Altersgruppen in den folgenden Kapiteln von Bedeutung sein.



B

Ab Seite 42.

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

Zusammenfassung: Die Nachfrage nach frühkindlicher Betreuung steigt infolge veränderter Familien- und Arbeitsformen stetig an. So werden verstärkt Ganztagsbetreuungsangebote und aufgrund des Rechtsanspruchs bis 2013 vermehrt Betreuungsangebote für unter 3-Jährige nachgefragt. Seit dem ersten Mannheimer Bildungsbericht haben im frühkindlichen Bereich gravierende Entwicklungen in der Angebotsstruktur stattgefunden (Kapitel B1). Das Angebot wurde erweitert durch die Schaffung neuer Einrichtungen sowie die konzeptionelle Weiterentwicklung bestehender Einrichtungen. Darüber hinaus hat sich die Trägerlandschaft weiter differenziert. Zwischen 2008 und 2010 konnte ein Zuwachs von 36,3% betreuter Kinder im U3-Bereich realisiert werden. Das Versorgungsziel, ab August 2013 für 35% der unter 3-Jährigen ein Betreuungsangebot vorzuhalten, wird hinsichtlich der räumlichen Kapazitäten erreicht. Eine Herausforderung bildet die Gewinnung von pädagogischen Fachkräften in angemessenem Umfang.

Vor dem Hintergrund, dass in Mannheim im Jahr 2010 durchschnittlich 58,8% der Kinder unter 7 Jahren mit einem Migrationshintergrund aufwachsen, gewinnt die Sprachförderung weiter an Bedeutung (Kapitel B2). Im vorletzten Kindergartenjahr wurde bei 38% der Mädchen und Jungen ein auffälliger Befund der sprachlichen Entwicklung festgestellt. Am Ende der Kindergartenzeit zeigen 16% der Kinder einen Sprachförderbedarf und nur 4% einen sprachlichen Therapiebedarf. Erfreulicherweise ist die Anzahl der Kinder mit einem Sprachförder- und/oder Therapiebedarf seit 2003 deutlich zurückgegangen.

FAZIT

Die Weiterentwicklung des frühkindlichen Bildungssektors ist vorangeschritten. Durch die Schaffung neuer und die Weiterentwicklung bestehender Einrichtungen, neugewonnene freie Träger, neue Kooperationen und die Erweiterung der Kindertagespflege war ein Ausbau des frühkindlichen Bildungssektors möglich.

Handlungsempfehlungen (Kapitel B3): Es bedarf weiterer Anstrengungen, um eine stadtweit bedarfsgerechte Versorgungssituation (Ausbau weiterer ganztägiger Betreuungsformen) unter Berücksichtigung sozialer Bedarfe und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen. Um geeignete pädagogische Fachkräfte zu gewinnen, wird ein umfangreiches Maßnahmenbündel entwickelt. Einen Schwerpunkt bildet die Intensivierung der Ausbildung. So startet die Stadt Mannheim als eine der ersten Kommunen landesweit mit der praxisintegrierten Ausbildung. Mit dem Attraktivitätsfonds werden Maßnahmen der freien Träger und der Stadt zur Personalgewinnung und -bindung unterstützt. Der Prozess zur Gewinnung und Einbindung neuer Träger in die vorhandenen Strukturen wird zielführend gesteuert. Die Kindertagespflege wird strukturell besser verankert und qualitativ aufgewertet, eine weitere gute Möglichkeit besteht durch die Festanstellung von Tagespflegepersonen. Kooperationen mit Dritten (z. B. Unternehmen) werden ausgebaut und weiterentwickelt. Die Kindertagesstätten entwickeln sich zu sprachförderlichen Kindertagesstätten weiter.



C

Ab Seite 64.

Allgemeinbildende Schulen und kommunale Unterstützungsangebote

Zusammenfassung: Die Entwicklung der Schülerzahlen ist stark vom demografischen Wandel geprägt. Vor allem im öffentlichen allgemeinbildenden Schulsystem ist der Rückgang an Schulkinder deutlich spürbar (Kapitel C1.1). Ausgehend vom Schuljahr 2010/11 wird es bis 2021/22 voraussichtlich 12,6% weniger Schüler/-innen im öffentlichen Schulsystem geben. Im Grundschulbereich stabilisieren sich die Schülerzahlen auf aktuellem Niveau, wohingegen die Nachfrage nach Schulkindbetreuung stetig steigt (Kapitel C1.2). Im Schuljahr 2010/11 wurden 46,5% Grundschulkinder in Mannheim betreut. Im weiterführenden Schulsystem ist der Schülerrückgang noch nicht abgeschlossen. Der demografische Wandel führt in Verbindung mit der veränderten Nachfragesituation nach formal höheren Schularten (Kapitel C2.1) und Schulabschlüssen (Kapitel C3.1) mittelfristig zu einem weiteren Strukturwandel im allgemeinbildenden Schulsystem und einer Stärkung der Realschulen und Gymnasien.

Nach wie vor haben Schüler/-innen mit Migrationshintergrund sowie Kinder und Jugendliche aus Stadtteilen mit sehr hohen und hohen sozioökonomischen Problemlagen geringere Bildungschancen. Dies zeigt sich sehr deutlich an den unterdurchschnittlichen Grundschulübergangsquoten nach Stadtteilen (Kapitel C2.1) und den Schulabschlussquoten (Kapitel C3.1). Kinder und Jugendliche aus den Sozialräumen 4 und 5 wechseln nach der Grundschulzeit doppelt so häufig in die Haupt-/Werkrealschule und erwerben dort ihren Schulabschluss. Aus den Verbleibsstatistiken (Kapitel C3.3 und C3.4) geht aber hervor, dass der Wille nach formal höherer Bildung auch bei diesen Schülern stark ausgeprägt ist. So besucht die Hälfte nach dem Erwerb des Haupt- bzw. Werkrealschulabschlusses eine Schule, die zu einem höheren Abschluss führt, während zwischen 20% und 30% der Schüler/-innen eine Ausbildung beginnen.

FAZIT

Stadtweit sinkende Schülerzahlen und ein verändertes Schulwahlverhalten führen zu einem Strukturwandel im allgemeinbildenden Schulsystem. Nach wie vor sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie Schüler/-innen aus den Sozialräumen 4 und 5 von Bildungsungleichheit bedroht.

Handlungsempfehlungen (Kapitel C4): Auf Basis der vorhandenen Schulinfrastruktur im Bereich der weiterführenden Schulen besitzt eine kommunale Schulentwicklung die Aufgabe, einen Entwicklungsplan zu erarbeiten, der unter Berücksichtigung einer nachhaltigen Investitionspolitik eine Weiterentwicklung der Schullandschaft zu einem Zwei-Säulen-System eröffnet. Die Themen Inklusion und Ganztagschule bedürfen in diesem Zusammenhang einer besonderen Aufmerksamkeit. Weiterhin erforderlich bleiben ein zusätzlicher Förderbedarf von bildungsbenachteiligten Schülerinnen und Schülern sowie eine verbesserte Angebotsstruktur zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Als zukünftige Handlungsfelder ergeben sich in der Folge ein weiterer Ausbau von Ganztagschulen besonders im Grundschulbereich sowie eine wirkungsorientierte Weiterentwicklung etablierter kommunaler Unterstützungsangebote.



D

Ab Seite 108.

Berufsbildende Schulen

Zusammenfassung: Das berufliche Schulsystem wird von der demografischen und der wirtschaftlichen Entwicklung ebenso beeinflusst wie von der allgemeinbildenden Schulentwicklung (z. B. Einführung der Werkrealschule) (Kapitel D1.2). Der demografische Wandel macht sich seit dem Schuljahr 2009/10 bemerkbar. Einer Landesschätzung zufolge schrumpft die Schülerschaft an den berufsbildenden Schulen bis zum Jahr 2030 um ein Drittel. Zugleich zeichnet sich ähnlich wie im allgemeinbildenden Schulsystem ein Trend hin zu den Privatschulen ab (Kapitel D1.2). Die Wirtschaftskrise seit dem Jahr 2009 in Verbindung mit dem demografischen Wandel und einem veränderten Schulwahlverhalten im allgemeinbildenden Schulsystem führt dazu, dass die Schülerzahlen in der dualen Ausbildung innerhalb eines Schuljahres um 3,5% gesunken sind (Kapitel D1.4).

Ein Andrang auf formal höhere Bildungsabschlüsse lässt sich im beruflichen Schulsystem aufzeigen (Kapitel D2). So sinken die Schülerzahlen im Übergangssystem stetig (Kapitel D2.3), während die zur Höherqualifizierung (Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung) kontinuierlich steigen (Kapitel D2.2). Im Schuljahr 2010/11 werden 53 von 100 Hochschulzugangsberechtigungen an den beruflichen Schulen erworben. Obwohl junge Menschen gewillt sind, im beruflichen Schulsystem einen formal höheren Bildungsabschluss zu erwerben, gelingt ihnen dies nur bedingt. Überdurchschnittlich häufig erwerben vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund keinen Abschluss (Kapitel D2). So verlassen 47% dieser Jugendlichen das berufliche Gymnasium und 63% das Berufsvorbereitungsjahr ohne einen Abschluss. Damit sind auch im beruflichen Schulsystem diese Jugendliche verstärkt von ungleichen Bildungschancen betroffen.

FAZIT

Die Struktur des beruflichen Schulsystems wird sich in den kommenden Jahren aufgrund der demografischen, der wirtschaftlichen und der schulisch-allgemeinbildenden Entwicklung nachhaltig verändern. Während immer mehr junge Menschen formal höhere Bildungsabschlüsse über das berufliche Schulsystem anstreben, haben vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund nur bedingt Erfolg bei ihren Bemühungen.

Handlungsempfehlungen (Kapitel D4): Eine zentrale Aufgabe zur Weiterentwicklung der beruflichen Schulen besteht in der Ausarbeitung eines regional abgestimmten Schulentwicklungsplans. So gilt es Entscheidungen im Investivbereich vorzubereiten, die zukunftsorientierte Ausbildungsberufe stärken und dem erwarteten Fachkräftemangel in ausgewählten Berufsfeldern entgegenwirken. Ebenso muss der Anteil von Jugendlichen in Maßnahmen zur Berufsvorbereitung durch wirkungsorientierte kommunale Hilfestellungen weiter abgebaut und der Schulerfolg von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an Vollzeitschulen sowie die Beteiligung von Frauen in naturwissenschaftlichen Ausbildungsgängen erhöht werden.



E

Ab Seite 136.

Non-formale Lernwelten

Zusammenfassung: Die non-formalen Lernwelten sind facettenreich in ihren Bildungsinhalten und in der Beschaffenheit ihrer Angebote. In diesem Bericht werden zur kulturellen (Kapitel E1), politischen (Kapitel E2), gesundheitlichen (Kapitel E3) und sportlichen Bildung (Kapitel E4) wie auch zur Jugendarbeit (Kapitel E5) und zu den erzieherischen Hilfen (Kapitel E6) Informationen bereitgestellt. Die verschiedensten Bildungsinhalte stehen in engem Bezug zueinander und kooperieren mit den formalen Lernwelten (Schule und Kindertagesstätten).

Das Risiko ungleicher Bildungs- und Teilhabechancen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund und Kinder und Jugendlichen aus den Sozialräumen 4 und 5 ist auch im non-formalen Bereich höher. So erlernen an der Musikschule weniger Kinder und Jugendliche aus den Sozialräumen 4 und 5 ein Instrument. Dennoch hat Mannheim eine sehr gute Reichweite im Vergleich zu anderen Musikschulen deutschlandweit (Kapitel E1.1). Der Anteil an aktiven Lesern im Grundschulbereich der Stadtbibliothek ist in den Sozialräumen 4 und 5 geringer (Kapitel E1.2). Ernährungs- und Bewegungsprojekte werden verstärkt für diese jungen Menschen angeboten (Kapitel E3). In Sportvereinen sind eher Jugendliche ohne Migrationshintergrund und eher Gymnasiasten als Hauptschüler Mitglied (Kapitel E4.3). Junge Menschen aus den Sozialräumen 4 und 5 nehmen verstärkt Hilfen zur Erziehung in Anspruch (Kapitel E6.3 und E6.4) und erhalten von der Jugendarbeit ein bedarfsgerechtes, auf sie zugeschnittenes Angebot (Kapitel E5). Viele Angebote des non-formalen Bereichs sowie Kooperationen mit dem formalen Bereich werden initiiert, um ungleiche Bildungs- und Teilhabechancen auszugleichen.

FAZIT

Die Bildungs- und Teilhabechancen sind auch im non-formalen Bereich unterschiedlich verteilt. Die bereitgestellten Bildungsinhalte und Angebotsformen sind sehr vielfältig und werden unterschiedlich aufgenommen. Um die Bildungs- und Teilhabechancen der Kinder und Jugendlichen zu erhöhen, werden bedarfsgerechte Angebote vorwiegend in den Sozialräumen 4 und 5 zur Verfügung gestellt.

Handlungsempfehlungen (Kapitel E1.4, E2.4, E3.5, E4.3, E5.8, E6.5): Übergreifend für alle non-formalen Lernwelten lässt sich festhalten, dass ein Mehr an Bildungsgerechtigkeit im Fokus der Handlungen in den einzelnen Bereichen steht. Über alle Zuständigkeitsgrenzen hinweg empfiehlt sich eine Weiterentwicklung tragfähiger bildungs- und sozialpolitischer Konzepte. Zugleich wird durch die verstärkte Nachfrage nach ganztägigen Betreuungsstrukturen in Kindertagesstätten und Schulen eine verlässliche, dauerhafte und wertschöpfende Kooperation zwischen dem non-formalen und dem formalen Bereich immer bedeutender. Hierzu werden verbindliche Kooperationsvereinbarungen mit klar definierten Zielen benötigt. Damit „kein Kind verloren geht“, besteht eine besondere Herausforderung darin, vor allem strukturell benachteiligte junge Menschen und ihre Eltern in den Stadtteilen der Sozialräume 4 und 5 noch bedarfs- und zielgerichteter zu unterstützen.



F

Ab Seite 168.

Übergang Kindertagesstätte – Grundschule in einem Sozialraum mit sehr hoher sozialer Problemlage

Zusammenfassung: Durch den Förderansatz „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ (Kapitel F2) besteht die Möglichkeit, den Bildungserfolg von Kindern beim Übergang Kindertagesstätte – Grundschule vertiefend zu analysieren. Das Vorhaben verfolgt das Ziel, sozioökonomisch stark benachteiligte Kinder im Schulbezirk der Humboldt-Grundschule im Stadtteil Neckarstadt-West bestmöglich in ihren Lern- und Entwicklungsprozessen zu begleiten und zu fördern. Seit dem Schuljahr 2010/11 kann dank der wissenschaftlichen Begleitung des Förderansatzes (Kapitel F3) zunehmend auf Individualdaten der Schüler/-innen zurückgegriffen werden.

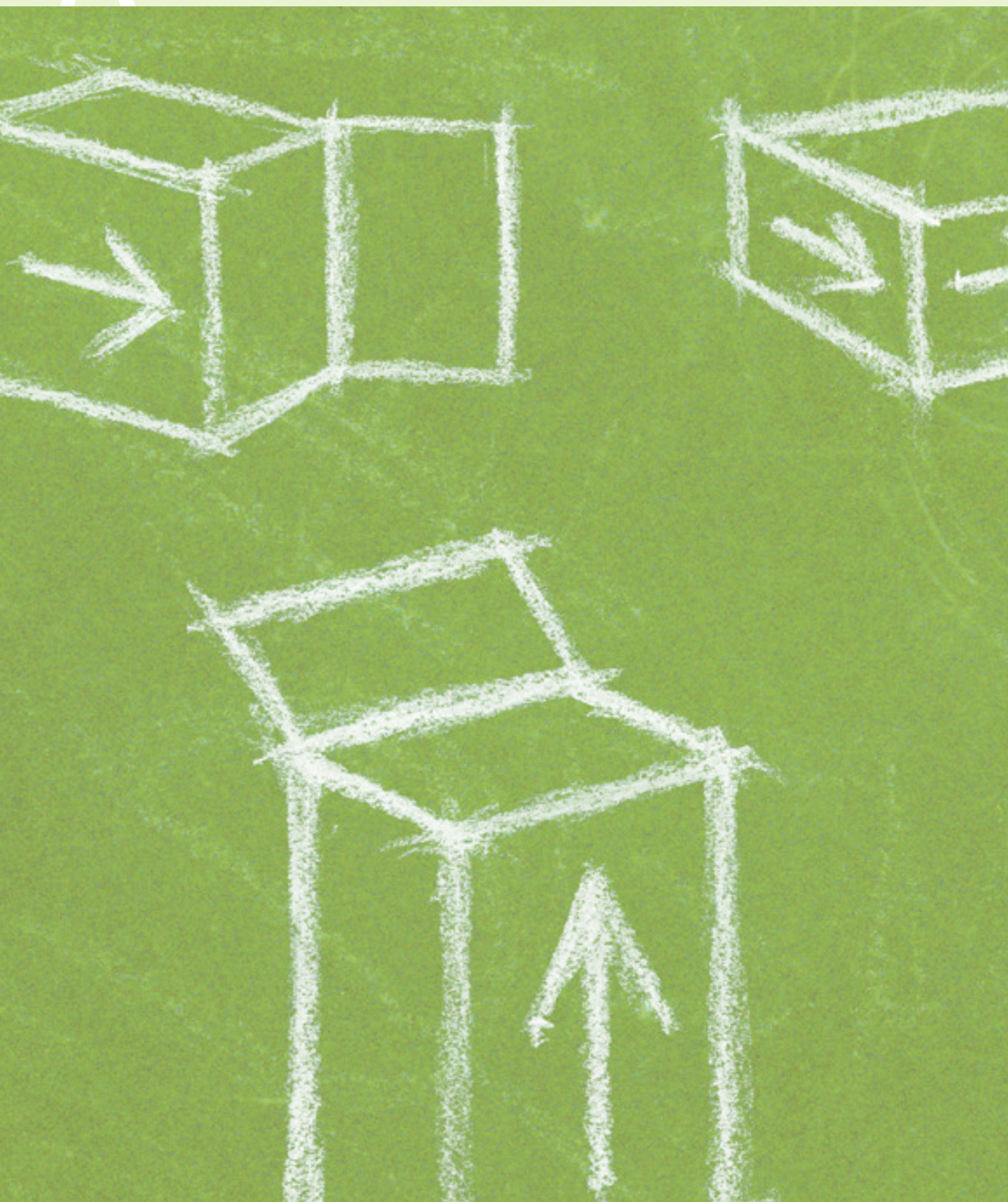
Die Ergebnisse (Kapitel F3) zeigen, dass die kognitive Leistungsfähigkeit der getesteten Schüler/-innen normalverteilt ist und sich von der deutschlandweiten Normstichprobe nicht unterscheidet. Damit verfügen die Schüler/-innen in der Humboldt-Grundschule über ähnliche kognitive Fähigkeiten wie Schüler/-innen an anderen deutschen Grundschulen. Auffällig ist jedoch, dass die Lesekompetenz der Schüler/-innen an der Humboldt-Grundschule im Mittel unterdurchschnittlich ist. Trotz dieser im Mittel unterdurchschnittlichen Leseleistungen gibt es auch einen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit guter Leseleistung. Es gilt zu beachten, dass aufgrund der Laufzeit der Evaluation erst die Ergebnisse einer Klassenstufe vorliegen und daher noch keine allgemeinen Schlussfolgerungen zum Bildungserfolg über die gesamte Schülerschaft der Projektschule gezogen werden können.

FAZIT

Aufgrund der bislang vorliegenden Evaluationsergebnisse des Förderansatzes „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ lässt sich feststellen, dass eine größere Gruppe der getesteten Grundschüler/-innen eine durchschnittlich kognitive Leistungsfähigkeit besitzt, bei einer gleichzeitig unterdurchschnittlichen Lesekompetenz.

Handlungsempfehlungen (Kapitel F4): Die vorliegenden Individualdaten geben Hinweise auf individuelle Förderbedarfe bei den Kindern (u. a. im Hinblick auf Lese- und Sprachkompetenzen und Konzentrationsfähigkeit) und helfen, Maßnahmen gezielt und synergetisch zu vernetzen. Bei Bedarf werden neue Maßnahmen initiiert. Es werden gegenwärtig individuelle passgenaue Fördermaßnahmen gezielt weiterentwickelt und die Vernetzung der bestehenden Angebote wird optimiert. Da Förderempfehlungen des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes des Fachbereichs Gesundheit der Stadt Mannheim von den Eltern nur unzureichend umgesetzt werden, erhalten Eltern eine Unterstützung in der Förderung ihrer Kinder (Förderscout). Eine intensivere Vor-Ort-Kooperation mit einer Frühförderstelle wird angestrebt.

A





Das Leben ändert sich – nutzen wir die Chancen

RAHMENBEDINGUNGEN IN MANNHEIM

ARahmenbedingungen in Mannheim

Fundierte Kenntnisse über Rahmenbedingungen auf der örtlichen und auf Stadtteilebene sind für die Handlungsfelder der formalen und non-formalen Bildung eine wichtige Voraussetzung. Dazu gehören Informationen über aktuelle und künftige Entwicklungen der Bevölkerungsstruktur (Kapitel A1), zur ethnisch-kulturellen (Kapitel A2) und sozialen Dimension (Kapitel A3). Nähere Aufschlüsse über bildungsrelevante Ausgangslagen im Vergleich der 24 Stadtteile lassen sich durch eine Zusammenführung ausgewählter sozialstruktureller Merkmale gewinnen. Sie mündet in eine Sozialraumtypologie, die insbesondere dazu dient, komprimiert sozialstrukturelle Problemlagen in den einzelnen Stadtteilen abzubilden und so erste Hinweise auf den jeweils spezifischen Handlungsbedarf zur Förderung von Bildungs- und Teilhabechancen zu erhalten (Kapitel A4).

A1Bevölkerungsstruktur

Für eine bedarfsgerechte Planung und Bereitstellung einer Bildungsinfrastruktur, z. B. in Form von Plätzen in Kindertageseinrichtungen, Schulen, Ausbildungsstätten und spezifischen Unterstützungsangeboten in Mannheim sind grundlegende Daten zur Bevölkerung, wie etwa zur Zahl der Einwohner/-innen, zur Altersstruktur, zum Geschlecht und zum Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund, unverzichtbar.

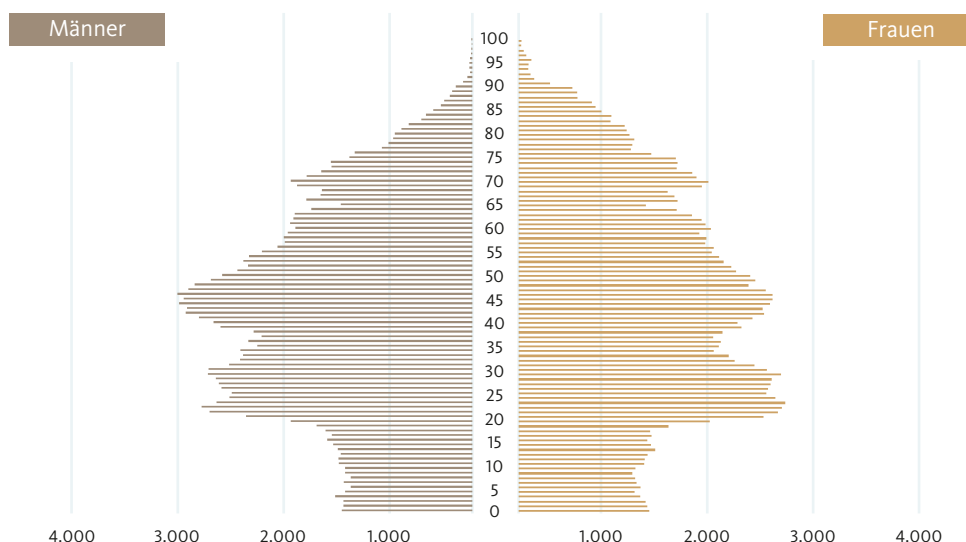
Angesichts des bereits einsetzenden demografischen Wandels und der damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen sind darüber hinaus auch Bevölkerungsprognosen ein besonders wichtiges Instrument, um demografische Entwicklungen und deren Bedingungen zu quantifizieren. Zugleich liefern sie der Politik wichtige Anhaltspunkte, um sich frühzeitig auf kommende Entwicklungen einstellen, Engpässe voraussehen und Fehlinvestitionen vermeiden zu können.

A1.1Einwohner Mannheims im Jahr 2010 nach Alter und Geschlecht

Mannheim zählt zum Jahresende 2010 insgesamt 323.794 wohnberechtigte Bürger^{M-A1}, von denen 50,1% weiblich sind. Die Geschlechterverteilung und die Altersstruktur der Mannheimer Bevölkerung werden in der Abb. A1 (Tab. A1^{web}) dargestellt. Es ist ersichtlich, dass sich die bevölkerungsreichsten Jahrgänge im Alter um ca. 45 Jahre bewegen. Das Durchschnittsalter liegt 2010 bei 42,5 Jahren (Baden-Württemberg gesamt: 42,8 Jahre). Vergleichsweise einwohnerstark sind auch die Jahrgänge der heute 20- bis unter 30-Jährigen, was insbesondere auf vermehrte Zuzüge infolge der Aufnahme eines Studiums oder anderer Ausbildungen zurückzuführen sein dürfte. Deutlich geringere Einwohnerzahlen weisen allerdings die Altersjahrgänge der unter 20-Jährigen auf, da in den beiden letzten Jahrzehnten weitaus weniger Kinder geboren wurden als in den Jahrzehnten zuvor.

Die Altersjahrgänge der 0- bis unter 20-Jährigen sind in Mannheim deutlich schwächer vertreten als nahezu alle älteren Jahrgänge.

Abb. A1 Wohnberechtigte Bevölkerung der 0- bis 100-Jährigen in Mannheim nach Alter und Geschlecht im Jahr 2010 (absolut)

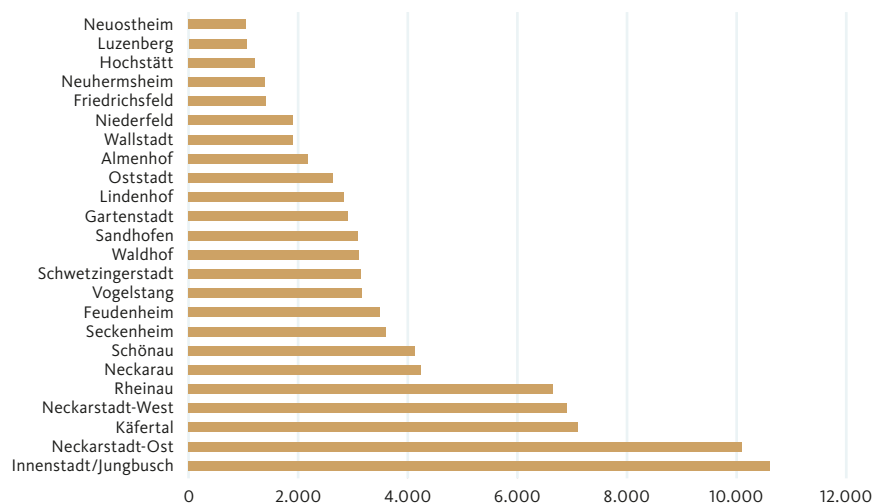


Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim; Stand: 31.10.2010; eigene Berechnungen.

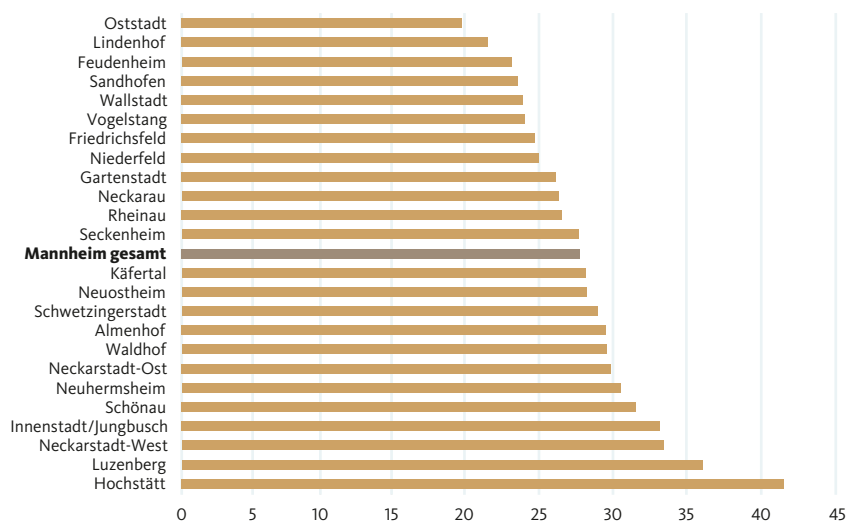
Die Altersgruppe der 0- bis unter 27-Jährigen, also jene Zielgruppe, die im Blickpunkt des vorliegenden Berichts steht, beziffert sich im Jahr 2010 auf insgesamt 90.118 Wohnberechtigte. Dies entspricht einem Anteil von 27,8% an der Gesamtbevölkerung Mannheims. Der Anteil der Mädchen und jungen Frauen liegt mit insgesamt 49,7% nahezu gleichauf mit dem Anteil der männlichen Einwohner dieser Altersgruppe.

46% der unter 27-Jährigen leben in den fünf Stadtteilen Innenstadt/Jungbusch, Neckarstadt-Ost, Käfertal, Neckarstadt-West und Rheinau.

Insgesamt 10.632 aller unter 27-Jährigen (d. h. 11,8% aller unter 27-Jährigen Mannheims) – und somit die meisten Einwohner dieser Altersgruppe – leben im Stadtteil Innenstadt/Jungbusch (Abb. A2, Tab. A2web). Nahezu ebenso hoch ist die Zahl der unter 27-Jährigen im Stadtteil Neckarstadt-Ost mit 10.123 Einwohnern (11,2%), gefolgt von Käfertal, Neckarstadt-West und Rheinau. Die Spannweite erstreckt sich bis hin zu Neuostheim mit lediglich 1.048 unter 27-Jährigen (1,2% aller unter 27-Jährigen Mannheims.).

Abb. A2 **Anzahl der 0- bis unter 27-jährigen Einwohner/-innen Mannheims nach Stadtteilen im Jahr 2010 (absolut)**


Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim; Stand: 31.10.2010; eigene Berechnungen.

Abb. A3 **Anteil der 0- bis unter 27-jährigen Einwohner/-innen an der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Stadtteils im Jahr 2010 (in %)**


Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim; Stand: 31.10.2010; eigene Berechnungen.

Überproportional viele unter 27-Jährige gibt es in den Stadtteilen Hochstätt, Luzenberg, Neckarstadt-West und Innenstadt/Jungbusch.

In der Innenstadt und der Schwetzingenstadt sind junge Erwachsene deutlich überrepräsentiert.

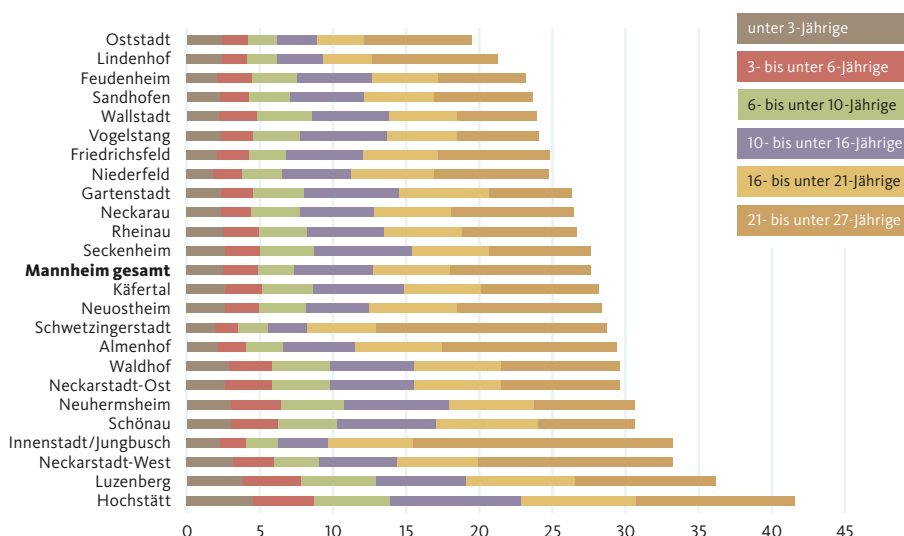
In Hochstätt, Luzenberg und Schönau ist hingegen der Anteil von Kindern und Jugendlichen an den Stadtteilbewohnerinnen und -bewohnern am höchsten.

Welche Stadtteile Mannheims im Vergleich zur Gesamtstadt einen tendenziell jungen Altersaufbau aufweisen und wo junge Menschen eher unterrepräsentiert sind, verdeutlicht Abb. A3 (Tab. A3a^{web} und Tab. A3b^{web}). Den weitaus höchsten Anteil junger Menschen an allen Stadtteilbewohnern verzeichnet der Stadtteil Hochstätt mit 41,6% an unter 27-Jährigen (Mannheim gesamt: 27,8%). Aber auch die Stadtteile Luzenberg, Neckarstadt-West und Innenstadt/Jungbusch weisen eine erkennbar überdurchschnittlich junge Bewohnerstruktur auf. Hingegen ist in den Stadtteilen Oststadt und Lindenhof nur jede fünfte Einwohnerin/jeder fünfte Einwohner jünger als 27 Jahre.

Unterteilt man die 0- bis unter 27-jährigen Einwohner/-innen nach einzelnen Altersklassen, die sich an biografischen Übergängen zwischen verschiedenen Bildungssystemen^{M-A2} sowie den gängigen Altersgrenzen für Leistungen der Jugendhilfe orientieren (Tab. A3a^{web} und Tab. A3b^{web}), so lassen sich weitere Hinweise auf den quantitativen Bedarf an altersentsprechenden Angebotsstrukturen zur Förderung junger Menschen gewinnen.

Wie die Abb. A4 veranschaulicht, variiert der Anteil einzelner Altersklassen zwischen den Stadtteilen erheblich: In Relation zur Summe aller Stadtteilbewohner/-innen verzeichnen Hochstätt und Luzenberg sowohl den höchsten Anteil an Säuglingen und Kleinkindern (0- bis unter 6-Jährige) als auch einen weit überdurchschnittlichen Anteil junger Menschen zwischen 6 und 21 Jahren. Auch Schönau und Neuhermsheim sind überdurchschnittlich von jungen Menschen in den Altersgruppen der 0- bis unter 21-Jährigen geprägt. Hingegen ist die Altersgruppe der 21- bis unter 27-Jährigen im Vergleich zur Gesamtstadt vor allem in den Stadtteilen Innenstadt/Jungbusch und Schwetzingenstadt auffallend stark vertreten (Anteil an allen Stadtteilbewohnern: Innenstadt/Jungbusch: 17,8%; Schwetzingenstadt 15,9%, Mannheim gesamt: 9,6%)^{M-A3}.

Abb. A4 Anteil der 0- bis unter 27-Jährigen an der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Stadtteils nach Altersgruppen im Jahr 2010 (in %)



Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim; Stand: 31.10.2010; eigene Berechnungen.

A1.2

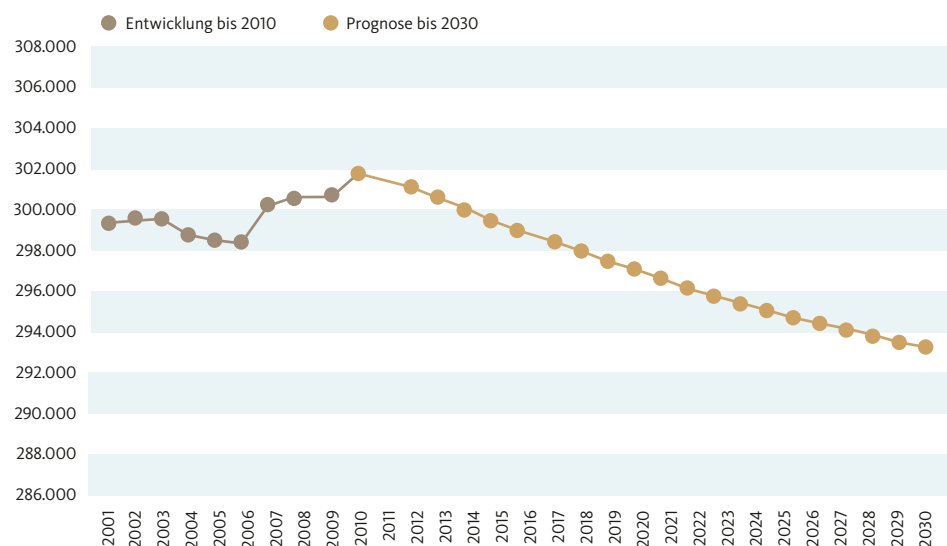
Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung

Der demografische Wandel in der Bundesrepublik vollzieht sich in Form einer insgesamt rückläufigen Bevölkerungszahl bei sinkenden Geburtenzahlen und einer gleichzeitig steigenden Lebenserwartung der Bevölkerung. In der Folge wird im Jahr 2030 in der Bundesrepublik voraussichtlich mehr als ein Drittel der Bevölkerung älter als 60 Jahre sein (2008 zum Vergleich: 25,6%). Zugleich wird sich bis dahin der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung auf knapp 17,0% verringern (2008 zum Vergleich: 19,0%) (Statistisches Bundesamt, 2009, S. 39f.).

Der Altersaufbau wird sich nach den aktuellsten Berechnungen innerhalb von achtzig Jahren umgekehrt haben: 2030 wird es mehr als doppelt so viele über 60-Jährige wie unter 20-Jährige geben wie 1950, während 1950 noch mehr als doppelt so viele Menschen unter 20 Jahre wie über 60 Jahre alt waren (<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Bevoelkerung/lrbev01.html> [Stand: 16.08.2012]). „Zudem leben in Deutschland schon heute 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Sie sind im Durchschnitt jünger als die Gesamtbevölkerung und ihr Anteil wird weiter wachsen. Die zunehmende Vielfalt der Familienmodelle, der Lebensentwürfe und Weltanschauungen ist Teil der demografischen Veränderungen und wird unsere Gesellschaft noch stärker prägen als bisher“ (FaFo Baden-Württemberg, 2012, S. 5).

Zur Abschätzung künftiger demografischer Entwicklungstrends in Mannheim wurden die kleinräumigen Bevölkerungsprognosen der Stadt Mannheim zugrunde gelegt. Aus den Prognosedaten lassen sich wichtige Hinweise auf den künftigen Bedarf an bildungsrelevanten Infrastrukturangeboten und Einrichtungen sowie auf damit verknüpfte spezifische Handlungserfordernisse ableiten. Den Berechnungen liegt eine Trendfortschreibung der Bevölkerung aus den Geburten und Sterbefällen, den Zu- und Fortzügen sowie Umzügen zugrunde. Sie erhebt jedoch nicht den Anspruch, dass die berechneten Werte – vor allem mit wachsendem Prognosehorizont –

Abb. A5 Bevölkerungsentwicklung und -prognose der Stadt Mannheim bis 2030



Quelle: Bevölkerungsprognose 2030 in kleinräumiger Gliederung; Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung. Statistische Berichte Mannheim, 6/2011; Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim.

Bis 2030 wird sich die Einwohnerzahl Mannheims voraussichtlich um ca. 2,8% verringern.

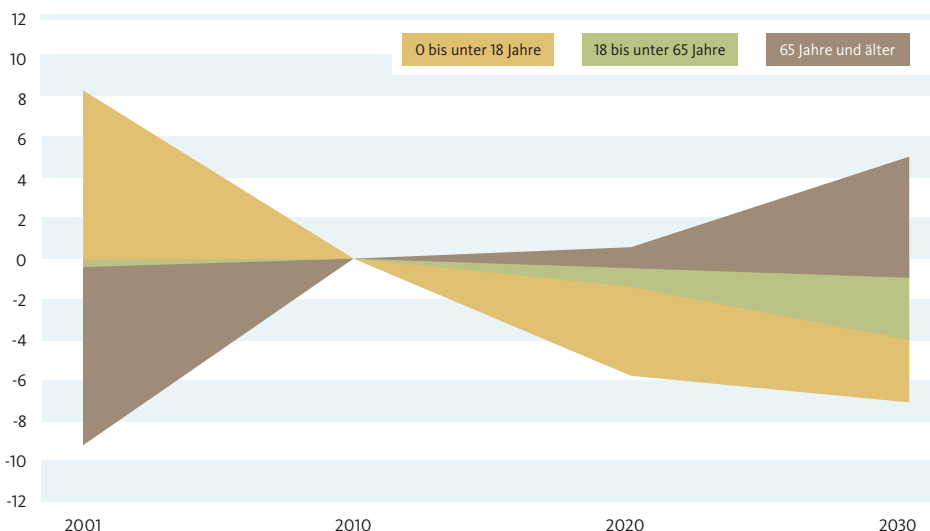
mit absoluter Sicherheit auch eintreten^{M-A4}. Den Ausgangspunkt für die jüngste Bevölkerungsprognose der Stadt Mannheim bilden die Bestandszahlen der Einwohner/-innen am 31.12.2010^{M-A5} am Ort der Hauptwohnung. Der Prognosehorizont erstreckt sich bis zum Jahr 2030. Die kleinsten Prognoseeinheiten der Voraussrechnungen sind die 17 Stadtbezirke Mannheims.

Die Zahl der Einwohner/-innen mit Hauptwohnnort in Mannheim hat sich von 299.373 im Jahr 2001 auf 301.737 im Jahr 2010 erhöht (Abb. A5), da Mannheim in diesem Zeitraum fast durchgehend einen positiven Wanderungssaldo – d. h. mehr Zuzüge nach Mannheim als Wegzüge – verzeichnete. Nach der aktuellen Trendprognose^{M-A6} wird sich jedoch bis 2030 die Bevölkerung auf etwa 293.000 Einwohner verringern (ca. -2,8%). Dieser ab 2010 prognostizierte Rückgang ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass sich der bereits seit Jahren negative Geburtensaldo (d. h. weniger Geburten als Sterbefälle) voraussichtlich verschärft und zugleich aus heutiger Sicht die Zahl der Zuzüge nicht ausreichen wird, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten.

Ebenso wie für Deutschland insgesamt ergibt sich auch für Mannheim die Bedeutung der demografischen Entwicklung und ihrer gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen aber vor allem aus den voraussichtlichen Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung. Abb. A6 (Tab. A4^{web}) veranschaulicht die für Mannheim prognostizierten Veränderungen zwischen 2001 und 2030. Die dargestellten Werte zeigen die prozentualen Veränderungen der Einwohnerzahlen gegenüber dem Jahr 2010, das als Ausgangspunkt für die Berechnungen diente. Die gewählte Aufteilung in drei Altersklassen bzw. -phasen orientiert sich an deren jeweiliger wirtschaftlicher Produktivität und unterscheidet deshalb zwischen den folgenden Einwohnergruppen Mannheims (mit Hauptwohnsitz):

- vor der Erwerbsphase (0- bis unter 18-Jährige), in Mannheim 2010: 46.345 Einwohner
- in der Erwerbsphase (18- bis unter 65-Jährige), in Mannheim 2010: 198.120 Einwohner
- nach der Erwerbsphase (65 Jahre und älter), in Mannheim 2010: 57.272 Einwohner

Abb. A6 Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung Mannheims gegenüber dem Jahr 2010 nach Altersklassen (in %)



Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim; Stand: 31.10.2010; eigene Berechnungen.

Wie Abb. A6 illustriert, steigt die Zahl der Einwohner/-innen Mannheims in der Nacherwerbsphase kontinuierlich bis zum Jahr 2030 an. 2001 lebten in Mannheim noch insgesamt 5.362 weniger Bürger, die 65 Jahre und älter waren, als im Jahr 2010 (2001: 51.910; 2010: 57.272 Einwohner ab 65 Jahre). Somit hat sich die Einwohnerzahl der über 64-Jährigen von 2001 bis 2010 um 9,4% erhöht. Zwischen 2010 und 2030 wird für diese Altersklasse ein weiterer Anstieg erwartet, der sich voraussichtlich um ca. 5% (+ ca. 2.900 Einwohner ab 65 Jahre) bewegt.

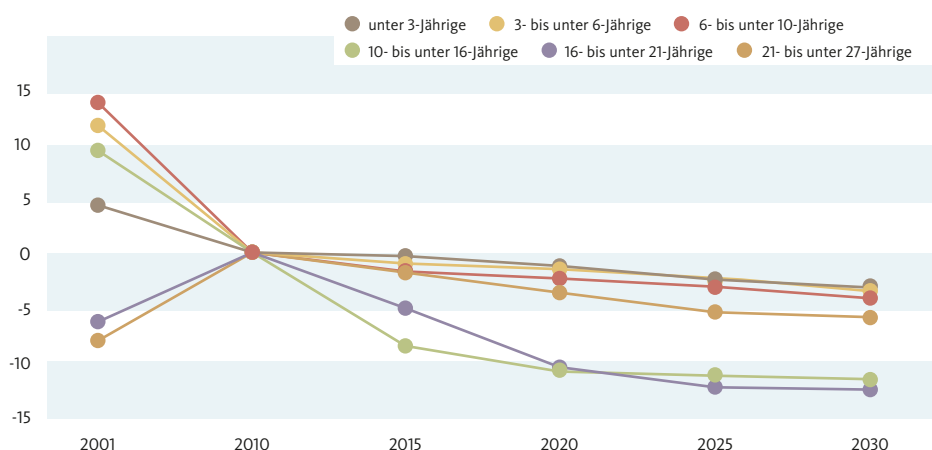
Zugleich wird sich die Zahl der Einwohner/-innen in der Erwerbsphase, d. h. der 18- bis unter 65-Jährigen, zwischen 2010 und 2030 um ca. 4% verringern. Damit werden dieser Altersklasse im Jahr 2030 dann ca. 7.900 Personen weniger angehören als noch im Jahr 2010.

Die prozentual höchsten Verluste zwischen 2010 und 2030 werden aber für die Menschen vor der Erwerbsphase, also insbesondere für die Altersgruppe der unter 18-Jährigen, mit einem Rückgang um ca. 7,3%, d. h. um ca. 3.370 Einwohner prognostiziert (Rückgang von 46.345 auf rund 43.000 Einwohner unter 18 Jahren). Aus Abb. A6 ist darüber hinaus ersichtlich, dass diese Altersgruppe bereits zwischen 2001 und 2010 erhebliche Verluste verzeichnete. Während 2001 noch 50.317 unter 18-Jährige in Mannheim lebten, hatte sich die Zahl der Einwohner, die im Jahr 2010 dieser Altersklasse angehörten, bereits auf 46.345, d. h. um 8,6% verringert.

In Mannheim werden aus heutiger Sicht (Stadt Mannheim, Kommunale Statistikstelle, 6/2011) die demografischen Veränderungen jedoch moderater verlaufen als etwa in Baden-Württemberg insgesamt (Statistisches Bundesamt, 2009), so dass bis 2030 noch vergleichsweise stabile Verhältnisse im mittleren – und damit im „produktiven“ – Alterssegment zu erwarten sind.

Voraussichtlich wird sich der Trend zu einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft auch nach 2030 weiter fortsetzen (Statistisches Bundesamt, 2009), so dass in den kommenden Jahrzehnten letztendlich deutliche Umbrüche im Altersaufbau der Bevölkerung zu erwarten sind, in deren Konsequenz junge Menschen ein zunehmend knappes und kostbares Gut werden. Zwar verlieren

Abb. A7 **Bisherige Entwicklung und Prognose der Anzahl der 0- bis unter 27-Jährigen in Mannheim gegenüber dem Jahr 2010 nach Altersklassen (in %)**



Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim; Stand: 31.10.2010; eigene Berechnungen.

junge Menschen als rückläufige Bevölkerungsgruppe an „Gewicht“ und damit an Einfluss, gleichzeitig erlangen sie aber mit ihrem Hineinwachsen ins Erwerbsleben und somit „in ihrer Funktion für die Zukunftssicherung der Gemeinwesen und der Gesellschaft – auch aus volkswirtschaftlicher Sicht – eine bislang in diesem Maße noch nie da gewesene Bedeutung“ (KVJS Baden-Württemberg, 2010, S. 7).

Während im Jahr 2030 voraussichtlich die Zahl der dann 0- bis 10-jährigen kaum geringer sein wird als im Jahr 2010, werden dann jedoch ca. 12% weniger 10- bis unter 21-jährige in Mannheim leben.

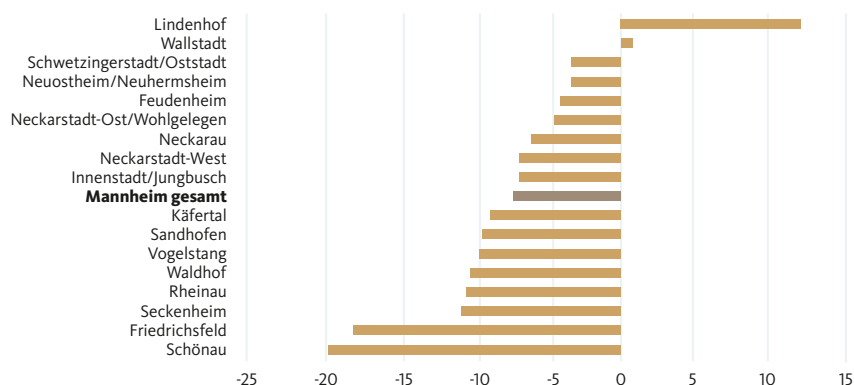
Auch innerhalb der Altersgruppe der 0- bis unter 27-Jährigen vollzieht sich die demografische Entwicklung nicht gleichermaßen. Wie Abb. A7 (Tab. A5web) zeigt, sind zwischen 2010 und 2030 – bei einem gesamtstädtischen Bevölkerungsrückgang von über 6.000 der 0- bis unter 27-Jährigen (-7%) – die höchsten Verluste bei den 10- bis unter 16-Jährigen und den 16- bis unter 21-Jährigen zu erwarten (jeweils ca. -12%). Spürbar weniger rückläufig sind voraussichtlich die Altersgruppen im Vorschul- und im Grundschulalter – also die dann 0- bis unter 10-Jährigen (zwischen 3,3% und 4,1%). Insofern werden auch die für junge Menschen bildungsrelevanten Handlungsfelder je nach Altersgruppe in unterschiedlichem Maß vom demografischen Wandel betroffen sein. Die Auswirkungen dieser demografischen Entwicklung auf den frühkindlichen und den allgemein-schulischen Bereich werden vertiefend in Kapitel B1 und Kapitel C1.1 thematisiert.

Kleinräumige Bevölkerungsprognose für die 0- bis unter 27-Jährigen in den 17 Stadtbezirken Mannheims

Von besonders hohen Einbußen an Einwohnerinnen und Einwohner der jungen Generation ist bis 2030 in den Stadtbezirken Schönau und Friedrichsfeld auszugehen; spürbare Zuwächse werden nur für den Stadtbezirk Lindenhof prognostiziert.

Aus heutiger Sicht wird in voraussichtlich 15 der 17 Stadtbezirke bis 2030 die Zahl der 0- bis unter 27-Jährigen rückläufig sein (Abb. A8, Tab. A6aweb und Tab. A6bweb), wobei die Stadtbezirke Schönau (-20%) und Friedrichsfeld (-18%) besonders von rückläufigen Bevölkerungszahlen betroffen sein werden. Aber auch Seckenheim, Waldhof und Rheinau sind im Vergleich zur Gesamtstadt voraussichtlich mit deutlich überdurchschnittlichen Einbußen an Einwohnerinnen und Einwohnern der jungen Generation konfrontiert. Bevölkerungszuwächse größeren Umfangs werden nach der derzeitigen Prognose lediglich für den Stadtbezirk Lindenhof (infolge des neu erschlossenen Glücksteinquartiers) erwartet, nahezu stabil bleibt voraussichtlich die Zahl der unter 27-Jährigen in Wallstadt.

Abb. A8 **Veränderungen der Anzahl der 0- bis unter 27-Jährigen in Mannheim zwischen 2010 und 2030 nach Stadtbezirken (in %)**



Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim; Stand: 31.10.2010; eigene Berechnungen.

Die demografischen Veränderungen sind eine Größe, die u. a. bei der zielgerichteten Steuerung zur Weiterentwicklung des frühkindlichen sowie des allgemeinbildenden und berufsbildenden schulischen Bildungssektors berücksichtigt werden muss. Zusätzlich ist es jedoch unabdingbar, bei der zielgerichteten Steuerung auch andere Kennzahlen wie z. B. das Nachfrageverhalten nach Bildungsangeboten zu kennen und in den Entscheidungsprozessen mit zu bedenken.

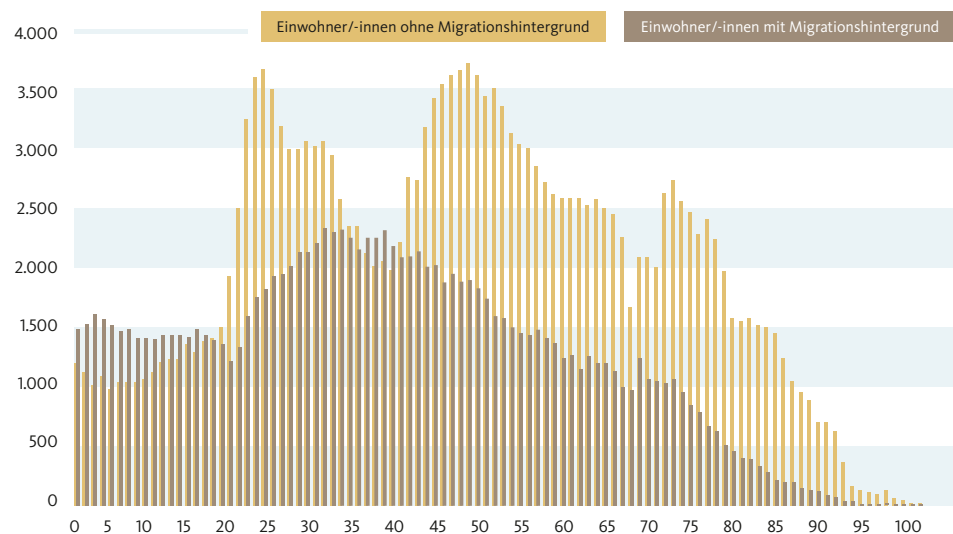
Weitere planungsrelevante Informationen zur stadtteilspezifisch benötigten Bildungsinfrastruktur, wie z. B. zum künftigen Bedarf an Bildungs- oder Kindertageseinrichtungen, geben die Tab. A6a^{web} und Tab. A6b^{web} wieder. Sie verdeutlichen u. a., dass auch die einzelnen Altersgruppen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen je nach Stadtteil voraussichtlich in sehr unterschiedlichem Ausmaß rückläufig sein werden. Auf die Herausforderungen, die sich infolge des zu erwartenden demografischen Wandels für die verschiedenen Bereiche formaler und non-formaler Bildung stellen, wird in den jeweiligen Kapiteln eingegangen.

A2

Einwohner/-innen mit Migrationshintergrund

„Als Einwohner/-innen mit Migrationshintergrund gelten Ausländer, eingebürgerte Deutsche und Aussiedler sowie Kinder unter 18 Jahren, bei denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund besitzt“ (Stadt Mannheim, Kommunale Statistikstelle, 3/2011). Entsprechend fließen in die Berechnungen sowohl die Einwohner/-innen mit ausschließlich ausländischem Pass als auch Einwohner/-innen ein, die einen Migrationshintergrund, aber die deutsche Staatsangehörigkeit haben.

Abb. A9 Wohnberechtigte Bevölkerung ohne und mit Migrationshintergrund in Mannheim nach Altersjahren im Jahr 2010 (absolut)



Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim; Stand: 31.10.2010; eigene Berechnungen.

Mannheim hat einen deutlich höheren Anteil an Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund als Baden-Württemberg oder die Bundesrepublik insgesamt.

Am stärksten sind in Mannheim Einwohnerinnen und Einwohner mit türkischem Zuwanderungshintergrund vertreten.

Insgesamt 46,3% aller unter 27-Jährigen Mannheims haben einen Migrationshintergrund.

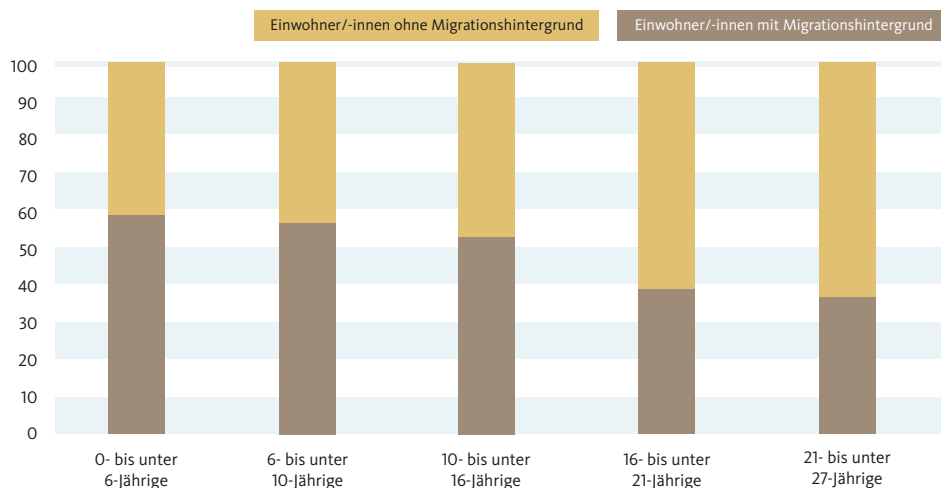
Im Jahr 2010 hatte in der Bundesrepublik jeder fünfte Einwohner/jede fünfte Einwohnerin einen Migrationshintergrund. In Baden-Württemberg lag der Anteil bei 26%. Damit hat Baden-Württemberg unter den Flächenländern den höchsten Migrantenanteil (Hin, 2012).

In Mannheim ist der Migrantenanteil an der Bevölkerung noch wesentlich höher: Von den 323.794 wohnberechtigten Bürgern Mannheims im Jahr 2010 hatten insgesamt 123.328 Einwohner einen Migrationshintergrund. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 38%. Den weitaus größten Migrantenanteil stellen die 28.330 Einwohner mit türkischem Zuwanderungshintergrund (23% aller Migranten), gefolgt von Bürgern mit polnischen und italienischen Wurzeln.

Einen Überblick über den Altersaufbau der Bevölkerung Mannheims, getrennt nach Einwohnerschaft ohne und mit Migrationshintergrund, gibt Abb. A9 (Tab. A7web). Sie veranschaulicht, dass 2010 bei den über 20-jährigen wohnberechtigten Einwohner/-innen Mannheims der weitaus größte Teil keinen Migrationshintergrund aufweist, während insbesondere in den Altersjahrgängen der unter 0- bis 15-Jährigen die Zahl junger Migranten gegenüber Nicht-Migranten erkennbar überwiegt.

In der Altersgruppe der insgesamt 90.118 unter 27-jährigen Wohnberechtigten Mannheims lag der Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund im Jahr 2010 bei 46,3% (41.690 Einwohner; Tab. A8web). Fast die Hälfte der unter 27-Jährigen aus Migrantenfamilien war weiblich (49%). Keine deutsche Staatsangehörigkeit hatten 17.149 der unter 27-jährigen Migranten. Somit hatte etwa jede/-r Fünfte dieser Altersgruppe einen ausländischen Pass (19%).

Abb. A10 Anteil der Einwohner/-innen ohne und mit Migrationshintergrund nach Altersgruppen in Mannheim im Jahr 2010 (in %)



Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim; Stand: 31.10.2010; eigene Berechnungen.

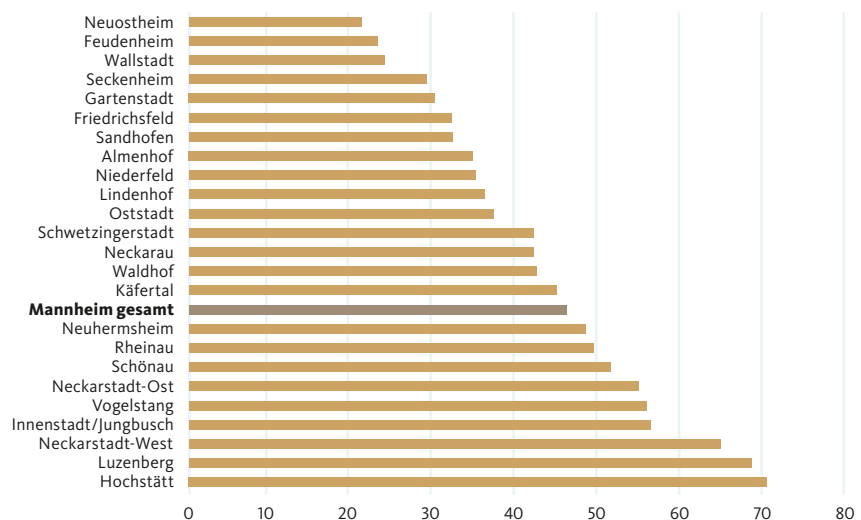
Junge Migranten werden im vorschulischen und schulischen Teil des Bildungssystems weiter an Bedeutung gewinnen und bei der Nachfrage nach Arbeitsplätzen eine noch bedeutsamere Rolle spielen als bereits bisher.

Den höchsten Anteil junger Migranten an allen altersgleichen Stadtteilbewohnern verzeichnen Hochstätt, Luzenberg und Neckarstadt-West.

Unterteilt man die Gruppe der 0- bis unter 27-jährigen Mannheims nach einzelnen Altersklassen (Abb. A10, Tab. A8web), so lässt sich zusammenfassend feststellen: Je jünger die Altersgruppe, desto höher der Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Bei den unter 6-jährigen sind nahezu 6 von 10 Kindern migrationsgeprägt. Entsprechend wird der Anteil junger Migrantinnen und Migranten im vorschulischen und schulischen Teil des Bildungssystems steigen und bei der Nachfrage nach Arbeitsplätzen werden junge Migrantinnen und Migranten eine noch bedeutsamere Rolle spielen als bereits bisher.

In den bevölkerungsreichen Stadtteilen Innenstadt/Jungbusch, Neckarstadt-Ost sowie Neckarstadt-West leben in absoluten Zahlen die meisten jungen Migranten (Tab. A9bweb). Den höchsten Anteil der unter 27-jährigen Migranten an allen gleichaltrigen Stadtteilbewohnern (Abb. A11, Tab. A9aweb) verzeichnet hingegen Hochstätt: Hier haben sieben von zehn jungen Menschen bzw. 70,7% einen Migrationshintergrund, gefolgt von Luzenberg mit 68,9% und Neckarstadt-West mit 65,0%. Feudenheim, Neuostheim und Wallstadt bleiben mit weniger als einem Viertel junger Menschen mit Migrationshintergrund am deutlichsten hinter dem gesamtstädtischen Durchschnittswert von 46,3% zurück.

Abb. A11 Anteil der 0- bis unter 27-jährigen mit Migrationshintergrund an allen 0- bis unter 27-jährigen im jeweiligen Stadtteil im Jahr 2010 (in %)



Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim; Stand: 31.10.2010; eigene Berechnungen.

Aus den Tabellen A9aweb und A9bweb lassen sich – nach Altersgruppen differenziert – weitere Informationen zur Bewohnerstruktur junger Migranten auf Stadtteilebene erschließen. Für die Ausrichtung bedarfsgerechter bildungsrelevanter Planungen ist z. B. von Bedeutung, dass in den Stadtteilen Innenstadt/Jungbusch, Luzenberg und Neckarstadt-West über 80% der Kinder zwischen 3 und 10 Jahren aus Migrantenfamilien stammen. Ergänzend gibt Tab. A10web Aufschlüsse über den Anteil junger Migrantinnen und Migranten in den Stadtteilen.

Kindheit und Jugend werden sich vermehrt in migrationsgeprägten Familien abspielen.

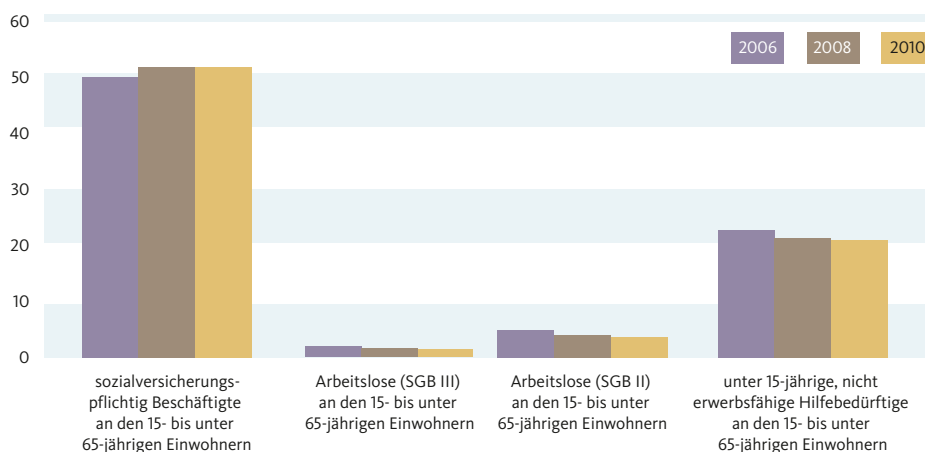
Insgesamt gesehen werden sich infolge der zu erwartenden demografischen Entwicklungen Kindheit und Jugend vermehrt in Migrantenfamilien abspielen. Obgleich es viele gut ausgebildete junge Migrantinnen und Migranten gibt, sind diese dennoch weiterhin überproportional von Bildungsbenachteiligung betroffen (vgl. Kapitel B2, C2 und C3) und ihr Zugang zur Erwerbstätigkeit ist weiterhin strukturell erschwert (vgl. Kapitel D3). Geringere Bildungs- und Entwicklungschancen junger Migranten lassen sich insbesondere dann nachweisen, wenn ihre Familien in erschwerten materiellen Verhältnissen leben, die Eltern niedrige Bildungsabschlüsse aufweisen und/oder die Kenntnisse der deutschen Sprache unzureichend sind (<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61656/bildungsabschluss> [Stand: 13.11.2012])

A3

Soziale Dimension

Beschäftigung und Bildungsabschlüsse stehen in Deutschland in einem engen Wechselverhältnis. In einer Gesellschaft, die sich weitgehend über Erwerbstätigkeit definiert, ist Bildung der Schlüssel zu qualifizierter Erwerbsarbeit und Einkommenszuwachs (OECD, 2011). Für den Einzelnen bedeutet ein höherer Bildungsabschluss in der Regel verbesserte Chancen auf eine erfolgreiche Erwerbsbiografie sowie eine bessere Absicherung gegen Arbeitslosigkeit. Auf kommunaler Ebene liegen die wirtschaftlichen Vorteile in einer verbesserten sozialen Teilhabe und im Saldo niedrigeren Transferleistungen. Zudem fallen mit Eintritt ins Erwerbsleben höhere Steuereinnahmen an.

Abb. A12 Arbeitsmarktdaten Mannheim in den Jahren 2006 bis 2010 (in %)



Datenquellen: Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren; Kommunale Statistikstelle; z. T. eigene Berechnungen; alle Einwohnerzahlen beziehen sich auf Einwohner/-innen mit Hauptwohnung in Mannheim.

Der Anteil sozialversicherungsspflichtig Beschäftigter ist leicht gestiegen.

Abb. A12 (Tab. A11web) gibt einen Überblick über die Entwicklung verschiedener Arbeitsmarktdaten in den Jahren 2006 bis 2010 in Mannheim. Im Jahr 2010 waren insgesamt 103.268 der 15- bis unter 65-jährigen Einwohner mit Hauptwohnung in Mannheim sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Zwischen 2006 und 2010 hat sich der Beschäftigtenanteil von 48,4% auf 50,1%, d. h. um rund 5.700 Beschäftigte erhöht.

Zugleich ist ein Rückgang der Arbeitslosenquoten zu beobachten.

Die Entspannung des Arbeitsmarktes bedingt einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosenquoten. Dies gilt gleichermaßen für beide Rechtskreise, also sowohl für Arbeitslose im Bereich des Sozialgesetzbuches III (SGB III, Arbeitsförderung) als auch für Arbeitslose im Leistungsbezug des SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende).

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB III hat sich von Ende 2006 bis Ende 2010 – bezogen auf die 15- bis unter 65-jährigen Einwohner mit Hauptwohnung in Mannheim – von 2,1% auf 1,7% verringert. Die Finanzierung im SGB III-Bereich erfolgt überwiegend durch die Mittel der Arbeitslosenversicherung.

Der Anteil der Arbeitslosen im SGB II-Leistungsbezug sank im gleichen Zeitraum von 4,8% auf 3,5%. Allerdings ist zu beachten, dass definitionsgemäß unter anderem sowohl Aufstocker/-innen ab 15 Arbeitsstunden pro Woche sowie Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht den Arbeitslosen zugerechnet werden^{M-A7}, obgleich sie ebenfalls Leistungen des SGB II beziehen. Die notwendigen finanziellen Leistungen des SGB II, umgangssprachlich auch als „Hartz IV“ bezeichnet, werden aus steuerlichen Mitteln bestritten.

Etwa ein Fünftel aller unter 15-jährigen Kinder Mannheims lebte 2010 in Bedarfsgemeinschaften und somit in prekären materiellen Verhältnissen.

Abb. A12 zeigt die Gruppe der 0- bis unter 15-jährigen Kinder im SGB II-Bezug – d. h. der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Alter von 0- bis unter 15 Jahren. Kennzeichnend ist, dass sie in einer Bedarfsgemeinschaft mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen leben und entsprechende Grundsicherungsleistungen beziehen. Die absolute Anzahl der betroffenen Kinder konnte in Mannheim zwischen 2006 und 2010 zwar um über 1.000 auf 7.783 verringert werden; auffallend ist aber, dass trotz der rückläufigen Arbeitslosenzahlen nahezu unverändert etwa ein Fünftel aller unter 15-jährigen Kinder Mannheims in Bedarfsgemeinschaften und somit in prekären materiellen Verhältnissen lebt.

Alleinerziehende haben ein besonders hohes Armutsrisiko: 44% aller Alleinerziehenden erhalten Leistungsbezüge nach dem SGB II.

Auch die Situation Alleinerziehender ist auffallend häufig materiell erheblich erschwert. Wenn gleich entsprechende Daten erst ab dem Jahr 2009 für Mannheim vorliegen^{M-A8} – und von daher keine Zeitreihenbetrachtung ab dem Jahr 2006 möglich ist – so verdeutlichen die Zahlen des Jahres 2010 (Tab. A11web) eindrücklich, dass Alleinerziehende ein besonders hohes Armutsrisiko in der wohnberechtigten Bevölkerung Mannheims^{M-A9} aufweisen: Der Anteil der alleinerziehenden, erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (2.797 Personen) an allen Alleinerziehenden-Haushalten (6.436) bezifferte sich in Mannheim auf 43,5%. Damit war nahezu die Hälfte aller Alleinerziehenden in Mannheim auf Leistungsbezüge nach dem SGB II angewiesen.

A4

Zusammenschau der Rahmenbedingungen in kleinräumiger Perspektive und Erstellung der Sozialraumtypologie

Einschlägige Studien belegen, dass ein Zusammenhang zwischen sozialräumlichen Rahmenbedingungen, von Bildungschancen und dem Bedarf an notwendigen Unterstützungsleistungen für junge Menschen (Ruhr-Universität Bochum, 2011; KVJS Baden-Württemberg, 2008) besteht.

Um über die sozialstrukturellen Ausgangslagen Mannheims nähere Informationen zu erhalten, werden für die insgesamt 24 Stadtteile verschiedene Kennzahlen in den Blick genommen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf die Lebensverhältnisse auswirken und für die Entwicklungs-, Bildungs- und Teilhabechancen junger Menschen bedeutsam sein können. Auf diese Weise lassen sich kleinräumig sozialstrukturelle Unterschiede zwischen den Stadtteilen herausarbeiten, die bei einer bloßen Betrachtung auf gesamtstädtischer Ebene unerkannt bleiben würden.

Aus der Zusammenführung der ausgewählten Kennzahlen wird sodann eine Sozialraumtypologie für den Bildungserfolg erstellt, die in komprimierter und vereinfachter Weise erste Aufschlüsse über sozialstrukturelle Bedingungen und Auffälligkeiten der 24 Stadtteile Mannheims gibt, aus der sich Hinweise auf spezifische Handlungsbedarfe zur Förderung junger Menschen in formalen und non-formalen Bildungsprozessen ableiten lassen.

In einem ersten Schritt werden die einzelnen Stadtteile auf der Datenbasis des Jahres 2010 anhand verschiedener sozialstruktureller Ausgangslagen beschrieben, die im Ergebnis der Abstimmungsprozesse zum 1. Bildungsbericht der Stadt Mannheim (vgl. 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010, S. 31f.) als relevant für unterschiedliche Bildungs- und Teilhabechancen erachtet wurden. Berücksichtigt sind materielle Lebensverhältnisse, die familiäre Lebenssituation, der Migrationshintergrund sowie demografische Aspekte.

Die Sozialraumtypologie gibt erste Hinweise auf die jeweils spezifischen sozialstrukturellen Rahmenbedingungen in den 24 Stadtteilen Mannheims und daraus resultierende Handlungserfordernisse für formale und non-formale Bildungsprozesse.

A4.1

Ausgewählte Kennzahlen

Aus methodischen Gründen war es erforderlich, die Sozialraumtypologie des ersten Bildungsberichts teilweise zu modifizieren bzw. weiterzuentwickeln. Im Ergebnis wurden als messbare Merkmale der o. g. Lebensbereiche folgenden Kennzahlen ausgewählt:

- Anteil der Arbeitslosen in den Rechtskreisen SGB III und SGB II an allen 15- bis unter 65-Jährigen mit Hauptwohnung in Mannheim,
- Anteil der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Bedarfsgemeinschaften (dabei handelt es sich in über 95% aller Fälle um Kinder von 0 bis unter 15 Jahren und somit weit überwiegend um Kinder, die an der Armutsgrenze oder in Armut aufwachsen) an allen unter 15-Jährigen mit Hauptwohnung in Mannheim,
- Anteil der unter 21-jährigen jungen Menschen mit Migrationshintergrund an allen unter 21-jährigen wohnberechtigten Einwohnerinnen und Einwohnern Mannheims,
- Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte an allen Haushalten mit Kindern sowie
- Zahl der Geburten je 1.000 wohnberechtigte Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.

Alle herangezogenen Daten beziehen sich auf den Dezember des Jahres 2010. Eine Zusammenschau aller Merkmale ermöglichen Tab. A12a^{web} und Tab. A12b^{web}.

Jede Kennzahl an sich ist per se keineswegs ein Kennzeichen für eine sozialstrukturelle Belastung.

Grundsätzlich ist mit Blick auf die nachfolgenden Analysen anzumerken, dass z. B. eine hohe Alleinerziehenden-, Migranten- oder Geburtenquote keineswegs per se als Kennzahl für eine hohe sozialstrukturelle Belastung bzw. einen besonders hohen Unterstützungsbedarf zu werten ist. Vielmehr werden damit aus empirischer Sicht zunächst sozialstrukturelle Auffälligkeiten in den Stadtteilen im Vergleich zur Gesamtstadt beschrieben.

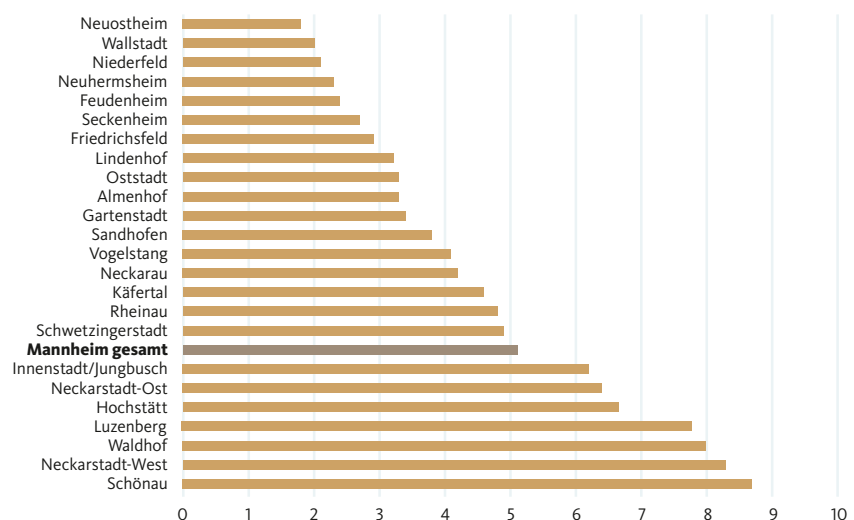
Um Problemlagen und notwendige Angebotsstrukturen im Sinne einer bedarfsgerechten Planung identifizieren zu können, bedarf es stets einer Zusammenschau aller in der Sozialraumtypologie berücksichtigten Kennzahlen. Zudem ist es unerlässlich, weitere stadtteilbezogene bildungsrelevante Kenntnisse städtischer und anderer zu beteiligender Akteure einzubeziehen (Kenntnisse über fehlende Spielräume für Kinder, beengte Wohnverhältnisse oder wohngebietsdurchschneidende Verkehrsführungen etc.).

Eine der Merkmalsdimensionen, die der Sozialraumtypologie zugrunde liegt, beschreibt materiell belastete Lebensverhältnisse von jungen Menschen und ihren Familien^{M-A10} (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2010). Als Kennzahl wurde zunächst der Anteil der registrierten Arbeitslosen an allen 15- bis unter 65-jährigen Einwohnern mit Hauptwohnung in Mannheim herangezogen.

Im Vergleich zur Gesamtstadt ist die Arbeitslosenquote in Schönau, Neckarstadt-West, Waldhof und Luzenberg besonders hoch.

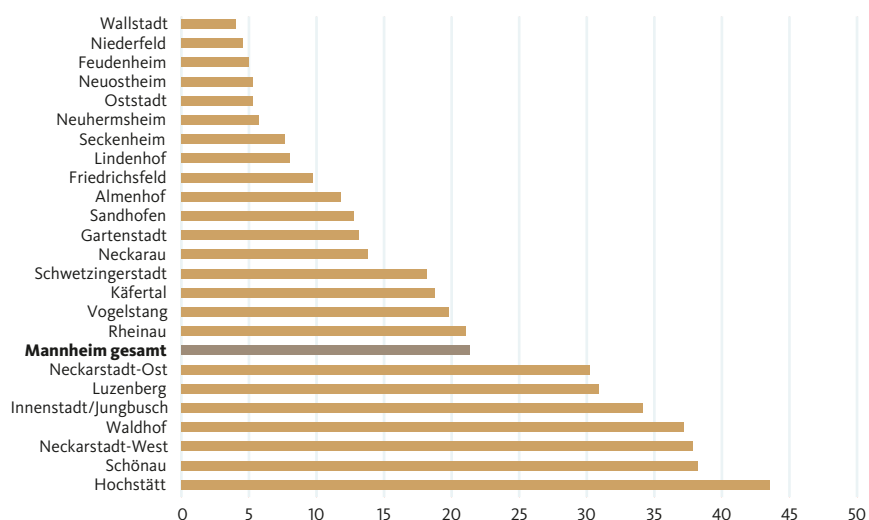
Zum Jahresende 2010 waren in Mannheim durchschnittlich 5,1% der Einwohner im erwerbsfähigen Alter als Arbeitslose registriert (Abb. A13). Allerdings variiert der Anteil der Arbeitslosen zwischen den Stadtteilen beträchtlich: Weit überdurchschnittlich betroffen von materiell stark belastenden Lebenslagen sind Einwohner/-innen in den Stadtteilen Schönau, Neckarstadt-West, Waldhof und Luzenberg. Sozialstrukturell unauffällig im Vergleich zur Gesamtstadt sind diesbezüglich hingegen insbesondere die Stadtteile Neuostheim, Wallstadt, Niederfeld, Neuhermsheim sowie Feudenheim mit unter 2,5% Arbeitslosen.

Abb. A13 Anteil der 15- bis unter 65-jährigen Arbeitslosen an allen 15- bis unter 65-jährigen Einwohnern mit Hauptwohnsitz in Mannheim im Jahr 2010 (in %)



Quelle: Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren; bezogen auf die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung; Stand: Dezember 2010.

Abb. A14 Anteil nicht erwerbsfähiger Hilfebedürftiger an allen 0- bis unter 15-jährigen Einwohnern mit Hauptwohnsitz in Mannheim im Jahr 2010 (in %)



Quelle: Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren; bezogen auf die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung; Stand: Dezember 2010.

Als weiteres bedeutsames Merkmal materiell prekärer Lebenslagen wurde der Anteil nicht erwerbsfähiger Hilfebedürftiger in Bedarfsgemeinschaften berücksichtigt (Abb. A14). Dabei handelt es sich nahezu ausschließlich um 0- bis unter 15-jährige Kinder, deren Familien zur Sicherung des Lebensunterhaltes entweder vollständig oder wegen einer nicht existenzsichernden Arbeit auf Transferleistungen nach dem SGB II angewiesen sind (vgl. auch Abb. A12^{M-A11}) (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2010).

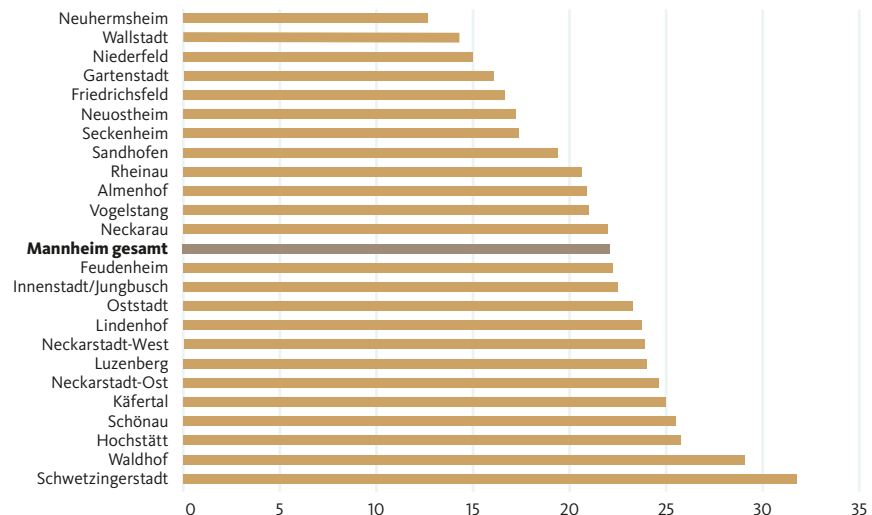
In Hochstätt sind 44% der Kinder von Armut betroffen. In den Stadtteilen Waldhof, Neckarstadt-West und Schönau trifft dies auf jedes dritte Kind zu.

Insgesamt lebte in Mannheim zum Jahresende 2010 etwa jedes fünfte Kind mit Hauptwohnung in Mannheim an der Grenze zur Armut oder war faktisch von Armut betroffen. Wiederum sind jedoch die Disparitäten zwischen den Ausgangslagen der Stadtteile erheblich: Während in Wallstadt, Niederfeld und Feudenheim maximal 5 von 100 Kindern von prekären materiellen Verhältnissen betroffen sind, leben in Hochstätt rund 44% aller unter 15-jährigen Kinder in Familien mit Armutsproblematiken; weit überdurchschnittlich ist der Anteil der Kinder in Bedarfsgemeinschaften aber auch in den Stadtteilen Schönau, Neckarstadt-West, Waldhof, Innenstadt/Jungbusch, Luzenberg und Neckarstadt-Ost mit jeweils über 30% an allen Kindern.

Von diesen primär an materiellen Verhältnissen orientierten Kennzahlen kann eine weitere Merkmalsdimension abgegrenzt werden, die vor allem familiäre Rahmenbedingungen untersucht. Wie aus Abb. A15 hervorgeht, waren im Jahr 2010 in Mannheim mehr als ein Fünftel aller Haushalte mit unter 18-jährigen Alleinerziehenden-Haushalte (6.436 Haushalte von insgesamt 29.068 Haushalten mit Kindern).

Auffallend hoch ist der Anteil Alleinerziehender-Haushalte im Stadtteil Schwetzingenstadt mit über 30%, gefolgt von Waldhof, Hochstätt, Schönau und Käfertal, wo jedem viertem Haushalt mit Kindern ein alleinerziehender Elternteil vorstand. Mit dem Merkmal „Alleinerziehenden-Haushalte“

Abb. A15 Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte an allen Haushalten mit Kindern in Mannheim im Jahr 2010 (in %)



Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim; Stand: 31.10.2010; eigene Berechnungen; bezogen auf die wohnberechtigte Bevölkerung.

Im Stadtteil Schwetzingenstadt wächst nahezu jedes dritte Kind bei einem alleinerziehenden Elternteil auf. Auch in Waldhof, Hochstätt, Schönau und Käfertal leben überdurchschnittlich viele Alleinerziehende.

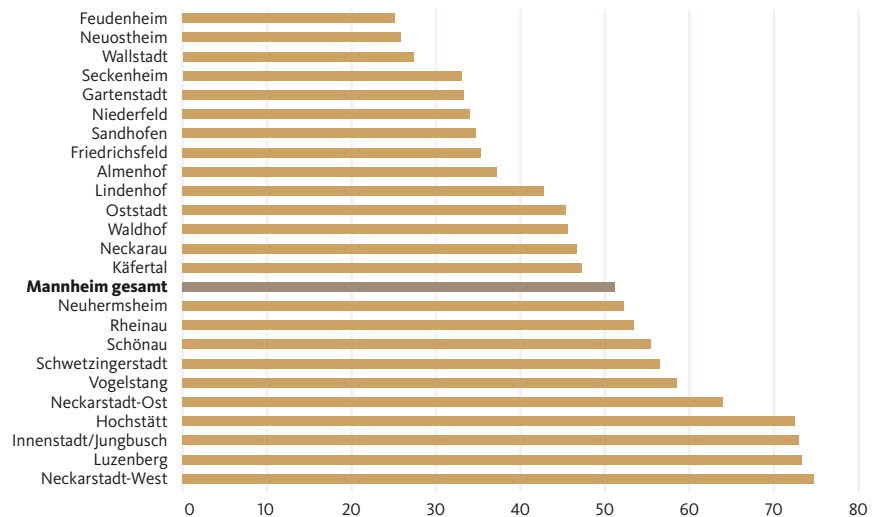
(Abb. A15) werden Familienstrukturen abgebildet, die keineswegs zwingend zu geringeren Chancen im Bildungssystem führen, allerdings erhöht sich das Risiko einer verminderten Bildungsbeteiligung und eines erschwerten Erziehungsgeschehens (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2010, S. 27ff.; Statistisches Bundesamt, 2010, S. 32f.) deutlich, wenn sich Belastungen verdichten und z. B. Armutsproblematiken hinzukommen – von denen Alleinerziehende im Übrigen deutlich häufiger betroffen sind als Familien, in denen beide leibliche Elternteile zusammenleben^{M-A12} (FaFo Baden-Württemberg, 2008 und 2012; Statistisches Bundesamt, 2010, S. 27ff.).

Neben möglichen migrationsspezifischen Beeinträchtigungen – wie etwa einer unzureichenden Aneignung der deutschen Sprache innerhalb der Familie – führen auch bei jungen Migranten belastende Lebenslagen wie z. B. Armutsproblematiken zu einem besonders hohen Risiko der Beeinträchtigung von Bildungs- und Teilhabechancen (Hin, 2012). Da sich neben dem frühkindlichen auch der schulische und der Ausbildungsbereich sowie das Arbeitsfeld der Jugendhilfe vorrangig an die 0- bis unter 21-Jährigen richtet, wird hier gezielt diese Altersgruppe junger Migranten in den Blick genommen (Abb. A16).

Der Anteil der 0- bis unter 21-Jährigen mit Migrationshintergrund variiert zwischen einem Viertel und drei Vierteln an allen unter 21-jährigen Stadtteilbewohnern und -bewohnerinnen

Insgesamt hatte in Mannheim über die Hälfte aller Einwohner/-innen unter 21 Jahren einen Migrationshintergrund (51,3%). Besonders hoch ist der Anteil junger Migranten in den Stadtteilen Neckarstadt-West, Luzenberg, Innenstadt/Jungbusch und Hochstätt mit jeweils nahezu drei Vierteln an allen gleichaltrigen Bewohnern, während in Feudenheim, Neuostheim und Seckenheim lediglich ca. ein Viertel aller unter 21-Jährigen einen Migrationshintergrund haben.

Abb. A16 Anteil der 0- bis unter 21-jährigen mit Migrationshintergrund an allen unter 21-jährigen Einwohnern in Mannheim im Jahr 2010 (in %)

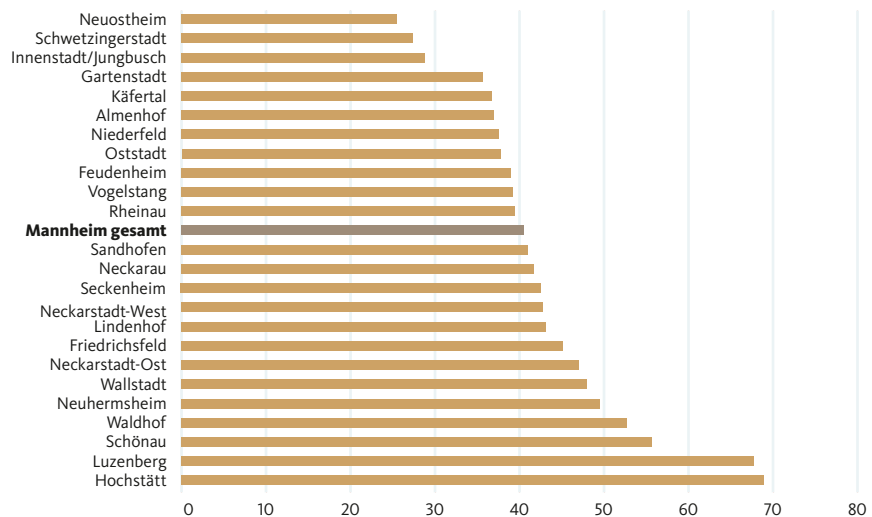


Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim; Stand: 31.10.2010; eigene Berechnungen; bezogen auf die wohnberechtigte Bevölkerung.

Weit überproportional fallen die Geburtenraten in den Stadtteilen Hochstätt, Luzenberg, Schönau und Waldhof aus.

Ergänzend geben Geburtenquoten in Zusammenschau mit den anderen dargestellten Kennzahlen u. a. Hinweise auf den quantitativen Bedarf an notwendigen Angeboten für Eltern von Säuglingen und Kleinstkindern, die zu einem gelingenden Start ins Leben und zur Sicherstellung einer lückenlosen Bildungskette von Anfang an beitragen können (Abb. A17). Neben dem demografischen Aspekt gewinnt dieses Merkmal aber auch angesichts des 2012 in Kraft getretenen Kinderschutzgesetzes – das u. a. einen noch umfassenderen Schutz von Kindern in den ersten Lebensjahren programmatisch verankert – an Bedeutung. Im Kern des Gesetzes wird mit dem Ausbau der frühen Hilfen eine verbesserte elterliche Erziehungskompetenz während der Schwangerschaft und in den ersten Lebensjahren des Kindes angestrebt. 2010 wurden in Mannheim durchschnittlich 40 Kinder je 1.000 der 15- bis unter 45-jährigen Frauen geboren. Die weitaus höchsten Geburtenraten verzeichneten Hochstätt und Luzenberg, gefolgt von den Stadtteilen Schönau und Waldhof.

Abb. A17 Geburten je 1.000 der 15- bis unter 45-jährigen Frauen in Mannheim im Jahr 2010



Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim; Stand: 31.10.2010; eigene Berechnungen; bezogen auf die wohnberechtigte Bevölkerung.

A4.2

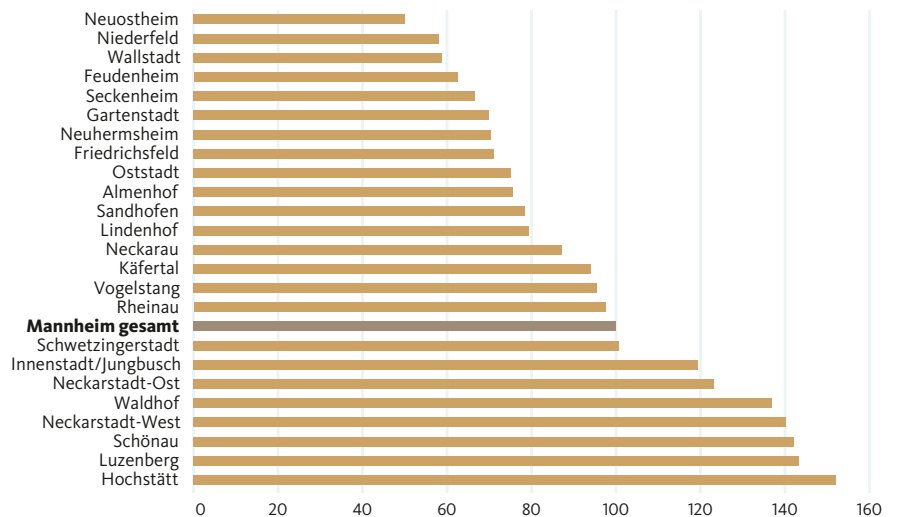
Zusammenführung der Kennzahlen und Erstellung der Sozialraumtypologie

Um die bildungs- und jugendhilferelevanten sozialstrukturellen Rahmenbedingungen der Stadtteile miteinander vergleichen zu können, wurden in einem nächsten Schritt mittels eines gängigen empirischen Verfahrens^{M-A13} alle aus Kapitel A4.1 ersichtlichen Ergebnisse der Kennzahlen transformiert (Tab. A12cweb). Auch wenn keine der ausgewählten Kennzahlen im Einzelnen zwangsläufig zu einer sinkenden Bildungs- und Teilhabechance von Kindern und Jugendlichen führen muss, so zeigen wissenschaftliche Erkenntnisse, dass sich die Wahrscheinlichkeit geringerer Bildungs- und Teilhabechancen insbesondere dann erhöht, wenn mehrere dieser Merkmale bzw. Kennzahlen gleichzeitig zutreffen und sich wechselseitig verschärfen. Dabei ist der Verknüpfung mit Armutsproblematiken ein besonders hoher Stellenwert beizumessen. Um die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in den 24 Mannheimer Stadtteilen anhand aller sozialstruktureller Problemlagen einschätzen zu können, wurden die fünf transformierten Kennzahlen für jeden Stadtteil addiert und ein Index-Wert errechnet. Dabei gilt: Je höher der Index-Wert, desto höher sind die sozialstrukturellen Auffälligkeiten des Stadtteils.

Die für die 24 Stadtteile jeweils ermittelten Index-Werte zeigt Abb. A18 (Tab. A12cweb, rechte Spalte). Sie veranschaulicht die erheblichen Disparitäten der sozialstrukturellen Ausgangslagen zwischen den Stadtteilen. Eine besonders hohe Konzentration sozioökonomischer Probleme ist in Hochstätt, Luzenberg, Schönau, Neckarstadt-West und Waldhof zu beobachten. In diesen Stadtteilen ist die Armutsproblematik am stärksten ausgeprägt; zugleich verzeichnen sie fast durchgängig einen überproportionalen Anteil Alleinerziehender sowie junger Menschen mit Migrationshintergrund und auch die Geburtenraten liegen erheblich über dem mittleren Wert der Gesamtstadt.

Eine besonders hohe Konzentration sozioökonomischer Probleme liegt in den Stadtteilen Hochstätt, Luzenberg, Schönau, Neckarstadt-West und Waldhof vor. Zugleich ist in den sozialstrukturell besonders auffälligen Stadtteilen der Anteil junger Menschen besonders hoch.

Abb. A18 Sozialstrukturelle Index-Werte der 24 Stadtteile Mannheims im Jahr 2010
(standardisierte %-Werte)

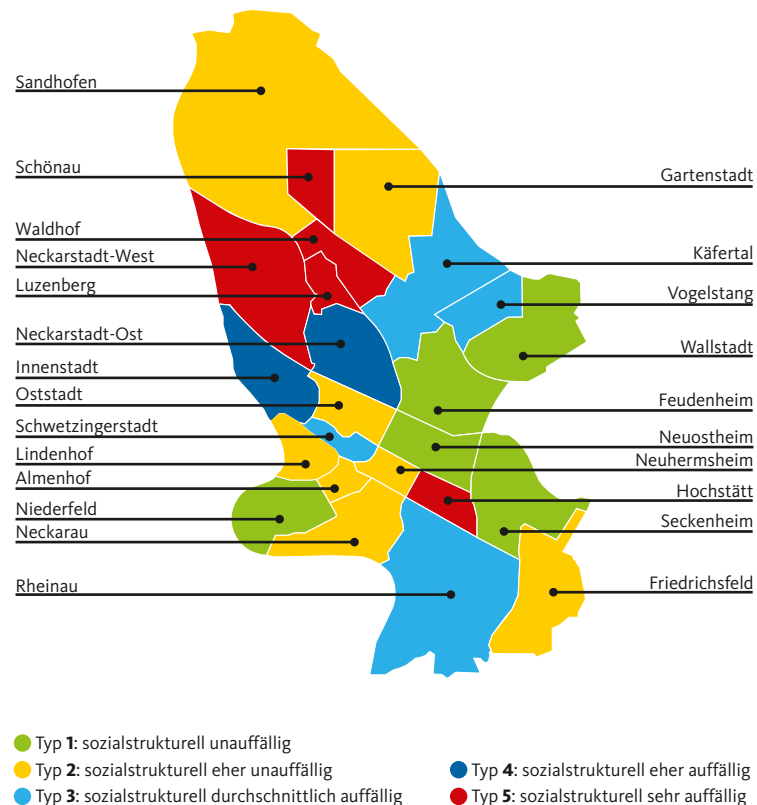


Quelle: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt; Stand: Mai 2012; eigene Berechnungen.

Wie im Kapitel A1.1 gezeigt wurde, fällt in diesen Stadtteilen zugleich der Anteil der 0- bis unter 21-Jährigen an allen Stadtteilbewohnern weit überdurchschnittlich aus.

In einem letzten Schritt wurden zur Erstellung der Sozialraumtypologie der 24 Stadtteile die aus Abb. A18 ersichtlichen Index-Werte entsprechend ihrer Rangfolge – in einem gleichmäßigen Abstufungsverfahren – in 5 Sozialraumtypen kategorisiert (Tab. A12cweb, rechte Spalte). Dabei wurden die Stadtteile mit den niedrigsten Index-Werten dem Sozialraumtyp 1 zugeordnet bis hin zu Sozialraumtyp 5, der die Stadtteile mit den höchsten Index-Werten – und somit einer besonders hohen Konzentration sozio-ökonomischer Auffälligkeiten – ausweist.

Abb. A19 veranschaulicht die so klassifizierte Zuordnung der 24 Stadtteile Mannheims. Im Ergebnis gehören anhand der ausgewählten Indikatoren auf der Datenbasis des Jahres 2010 dem Sozialraumtyp 5 die Stadtteile Hochstätt, Luzenberg, Schönau, Neckarstadt-West und Waldhof an. In den Stadtteilen des Sozialraumtyps 4, d. h. Innenstadt/Jungbusch und Neckarstadt-Ost, sind sozialstrukturelle Auffälligkeiten zwar etwas geringer ausgeprägt, aber dennoch sind auch hier die Ausgangslagen erkennbar überdurchschnittlich erschwert. Insofern liegt in den Stadtteilen des Sozialraumtyps 4 und 5 ein besonders hohes Risiko der Bildungs- und Teilhabebenachteiligung junger Menschen vor, so dass es dort im Besonderen verstärkter und gezielter Angebotsstrukturen bedarf, um zur Bildungsgerechtigkeit beizutragen. Als insgesamt sozialstrukturell unauffällig erweisen sich im Vergleich zur Gesamtstadt insbesondere die Stadtteile Neustheim, Niederfeld, Wallstadt, Feudenheim und Seckenheim, die entsprechend dem Sozialraumtyp 1 zuzuordnen sind.

Abb. A19 Sozialraumtypologie der Stadt Mannheim nach Stadtteilen im Jahr 2010


Zusammenfassung

Im Jahr 2010 lebten in Mannheim insgesamt 90.118 wohnberechtigte Einwohner/-innen im Alter von 0 bis unter 27 Jahren. Dies entspricht einem Anteil von rund 28% an allen Wohnberechtigten. Die meisten der unter 27-Jährigen wohnen in den bevölkerungsreichen Stadtteilen Innenstadt/Jungbusch, Neckarstadt-Ost und Käfertal. Im Vergleich zur Gesamtstadt auffallend „jung“ ist die Altersstruktur insbesondere in den kleinen Stadtteilen Hochstätt (42% an allen Stadtteilbewohnern) und Luzenberg (36,1%).

Einen Migrationshintergrund hatten 2010 insgesamt 46% aller unter 27-Jährigen Mannheims. Bildungspolitisch bedeutsam ist u. a. die Tatsache, dass der Anteil junger Migrantinnen und Migranten umso höher ist, je jünger die Altersgruppe ist. So haben bei den unter 6-Jährigen nahezu 60% der Kinder einen Migrationshintergrund; in einzelnen Stadtteilen liegt der Anteil noch deutlich höher.

Für die kommenden Jahre und Jahrzehnte werden demografische Entwicklungen hin zu einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft erwartet, in deren Konsequenz junge Menschen zu einem zunehmend „knappen Gut“ werden. Sie werden als rückläufige Bevölkerungsgruppe zwar an „Gewicht“ in ihrer Funktion für die Zukunftssicherung der Gemeinwesen und der

Gesellschaft verlieren, aber (auch) aus volkswirtschaftlicher Sicht eine „bislang noch nie da gewesene Bedeutung“ erlangen. Insofern muss in den kommunalen Aushandlungsprozessen den Leistungen für Familien und Kinder und deren Teilhabechancen ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden.

Nach den aktuellen Prognosen wird zwischen 2010 und 2030 in Mannheim ein Bevölkerungsrückgang der 0- bis unter 27-Jährigen um insgesamt 7% erwartet. Die höchsten Einwohnerverluste werden dabei für die Gruppe der dann 10- bis unter 21-Jährigen prognostiziert, während vor allem die Altersgruppen im vorschulischen und Primarbereich nur vergleichsweise geringfügig rückläufig sein werden.

Die Sozialraumtypologie gibt komprimiert und vereinfacht erste Hinweise auf die jeweils spezifischen sozialstrukturellen Rahmenbedingungen für den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen in den 24 Stadtteilen Mannheims im Jahr 2010 und daraus resultierende Handlungserfordernisse im Rahmen formaler und non-formaler Bildungsprozesse. Entsprechend der Höhe ihrer sozialstrukturellen Auffälligkeit wurden die Stadtteile in 5 Sozialraumtypen kategorisiert, aufsteigend vom sozialstrukturell unauffälligen Sozialraumtyp 1 bis hin zum sozialstrukturell sehr auffälligen Sozialraumtyp 5.

Dem Sozialraumtyp 5 sind die Stadtteile Hochstätt, Luzenberg, Schönau, Neckarstadt-West und Waldhof zuzuordnen. In diesen Stadtteilen ist eine besonders hohe Konzentration sozialstruktureller Auffälligkeiten zu beobachten: Hier ist die Armutsproblematik besonders ausgeprägt und zugleich liegt nahezu durchgängig der Anteil Alleinerziehender sowie junger Menschen mit Migrationshintergrund ebenso wie die Geburtenquoten deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Auch in den Stadtteilen Innenstadt/Jungbusch und Neckarstadt-Ost, die dem Sozialraumtyp 4 angehören, sind die Ausgangslagen noch erkennbar überdurchschnittlich erschwert. Insofern liegt in den Stadtteilen des Sozialraumtyps 4 und 5 ein besonders hohes Risiko der Bildungs- und Teilhabebenachteiligung junger Menschen vor, so dass es dort im Besonderen verstärkter und gezielter Angebotsstrukturen bedarf, um zu einer weiteren Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit beizutragen. Bildungspolitisch relevant ist hier zudem die Tatsache, dass in diesen beiden Sozialräumen 41,3% aller unter 27-jährigen Mannheimer/-innen leben. Differenziert man nach einzelnen Altersgruppen junger Menschen, so leben in diesen sozialstrukturell besonders auffälligen Stadtteilen 40,1% aller Kinder Mannheims im Krippenalter; 38,8% aller Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren, 36,2% aller Kinder im Grundschulalter, 35,2% der Jugendlichen in der Sekundarstufe I und 40,5% der Jugendlichen in der Sekundarstufe II bzw. der berufsbildenden Schule.

Die bereits zahlenmäßig rückläufige junge Generation sollte so gefördert werden, dass alle Kinder und Jugendliche reelle Bildungs- und Teilhabechancen erhalten und möglichst viele von ihnen mit einer qualifizierten Ausbildung als Zukunftsträger – auch aus volkswirtschaftlicher Sicht – in die Gesellschaft hineinwachsen können. Jetzt sollte die Chance für zukunftssichernde Investitionen in die nachwachsende Generation genutzt werden, da sich ein Verzicht auf Prioritätensetzungen zugunsten der jungen Menschen und ihrer Familien als irreversibler Fehler erweisen dürfte (KVJS Baden-Württemberg, 2010, S. 10).

Um die Weichen für gelingende Bildungsbiografien – und eine Stärkung der Bildungsgerechtigkeit – möglichst frühzeitig stellen zu können, bedarf es der Grundlage demografischer und sozialstruktureller Daten in Abstimmungs- und Entscheidungsprozessen der Kommunalpolitik.

B





Von Anfang an

FRÜHKINDLICHE BILDUNG, BETREUUNG
UND ERZIEHUNG

B

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

Der frühkindliche Bildungssektor ist der erste Baustein einer gelingenden Bildungsbiografie von Kindern. Er steht aktuell vor zwei großen strukturellen Herausforderungen: dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab der Vollendung des 1. Lebensjahres und dem Mangel an pädagogischen Fachkräften, die für den Ausbau des frühkindlichen Bildungssektors dringend benötigt werden.

Bis zum August des Jahres 2013 wird landesweit ein Versorgungsgrad mit Betreuungsplätzen für unter 3-jährige Kinder von 35% angestrebt.^{M-B1} Bislang haben von den Betreuungsangeboten für Kinder unter 3 Jahren Eltern profitiert, bei denen beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen, häufig einkommensstark und überdurchschnittlich oft akademisch gebildet sind (FaFo Baden-Württemberg, 2011, S. 9). Während landesweit die Hälfte der Kinder unter 3 Jahren, deren Mütter einen Hochschulabschluss haben, ein öffentliches Angebot nutzt, ist dies nicht einmal bei jedem fünften Kind von Müttern mit maximal einem Hauptschulabschluss der Fall (FaFo Baden-Württemberg, 2011, S. 9). Da gerade für Familien in schwierigen Lebenslagen eine qualitativ gute Kindertagesbetreuung eine Verbesserung der Entwicklungs- und Bildungschancen darstellt, empfiehlt der Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“ 2011 die weiteren Planungen stärker als bisher auch an den sozialen Disparitäten auszurichten (Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“, 2011). Dadurch würden Kinder aus benachteiligten Familien niederschwellig erreicht werden und können von den Angeboten frühkindlicher Bildung profitieren.

Somit steht Mannheim vor der Herausforderung, das Angebot an Kleinkindbetreuung auszubauen und die Plätze bildungsgerecht zu vergeben. Zugleich wird der Ausbau der Angebote für Kinder unter 3 Jahren in hohem Maße von der Verfügbarkeit des pädagogischen Personals bestimmt. Das Statistische Landesamt kann den Mangel an pädagogischen Fachkräften sehr deutlich veranschaulichen. So werden für den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren landesweit rund 6.200 zusätzliche pädagogische Vollzeitkräfte benötigt (Pflugmann-Hohlstein, 4/2011). Jährlich gehen landesweit jedoch nur 2.569 Schüler mit dem Abschlusszeugnis der Fachschulen für Sozialpädagogik (Berufskolleg) ab (Demel, 4/2011, S. 28). Diese 2.569 Schüler stellen nicht nur das Personal für den Betreuungsbereich der unter 3-jährigen dar, sondern verteilen sich auf die Bereiche Kinderkrippe, Kindergarten und Horte.

Im Folgenden soll nun detailliert auf die Grunddaten des frühkindlichen Bildungssektors (Kapitel B1) in Mannheim eingegangen werden. Insbesondere werden die weiteren Entwicklungen der Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege sowie der Kinderzahlen in beiden Angebotsformen seit dem 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010 vorgestellt. Ein zentraler inhaltlicher Baustein in der frühkindlichen Bildung ist die Sprachförderung (Kapitel B2). Informationen zum Sprachstand können den Ergebnissen der Einschulungsuntersuchung (ESU) entnommen werden. Darüber hinaus wird ein Einblick in die bestehenden Sprachförderangebote gegeben.

B1

Der Bevölkerungsrückgang in Mannheim fällt im frühkindlichen Bereich deutlich geringer aus als in allen anderen Altersklassen.

Die Nachfrage nach Betreuung für Kinder unter 3 Jahren und nach Ganztagsbetreuungsangeboten steigt stetig.

B1.1

Durch den U3-Ausbau entwickeln sich Kindergärten zu Kinderhäusern weiter.

Grunddaten des frühkindlichen Bildungssektors^{M-B2}

In Kapitel A1 wurde bereits gezeigt, dass der Bevölkerungsrückgang in der Altersklasse 0 bis unter 7 Jahre im frühkindlichen Bereich in Mannheim an Dynamik verliert. Während bundesweit bis 2015 ein Rückgang dieser Altersgruppe von durchschnittlich 8% zu erwarten ist (KVJS Baden-Württemberg, 2010)^{M-B3}, sind dies in Mannheim nur rund 2%.

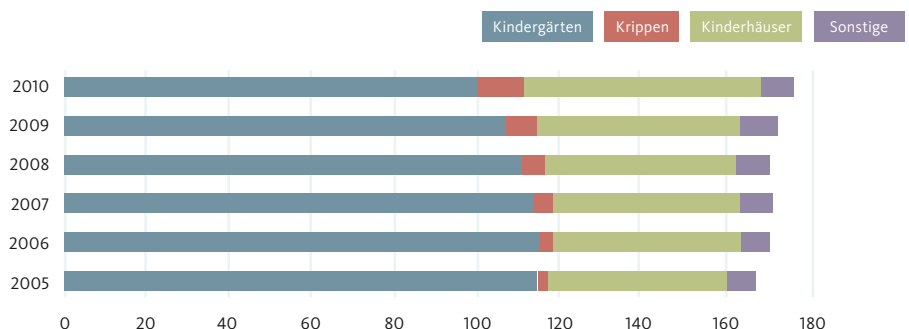
Die Nachfrage nach außerfamiliärer Betreuung der Kinder steigt infolge veränderter Familien-, Lebens- und Arbeitsformen stetig an. So gilt für den gesamten frühkindlichen Bildungsbereich eine verstärkte Nachfrage nach Ganztagsbetreuungsangeboten. Zusätzlich werden, insbesondere auch aufgrund des Rechtsanspruchs bis 2013, verstärkt Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren benötigt. Obwohl die Kinderzahlen rückläufig sind, kann die steigende Nachfrage mit dem bestehenden Angebot nicht kompensiert werden. Um dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden, muss das Kinderbetreuungsangebot daher weiter ausgebaut und flexibilisiert werden.

Kinderbetreuungsangebote im frühkindlichen Bereich stehen in den folgenden Angebotsformen zur Verfügung (§ 1 KiTaG): Kindertageseinrichtungen in Form von Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhäusern und Kindertagespflege. In Kinderkrippen werden Kinder in ihrer Entwicklung bis zum dritten Lebensjahr gefördert. Die Kindergärten fördern Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt. Kinderhäuser sind Tageseinrichtungen, die sowohl Kinder im Krippen- und Kindergartenalter wie auch im schulpflichtigen Alter (z. B. Hort) fördern. Alternativ zur Betreuung in einer Kindertageseinrichtung kann eine Betreuung und Förderung von Kindern durch eine geeignete Tagespflegeperson nach § 24 SGB VIII ermöglicht werden.

Entwicklung der Kindertageseinrichtungen

Der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren hat Veränderungen im Angebotspektrum des frühkindlichen Betreuungsbereichs in Mannheim zur Folge (Abb. B1). Der demografisch bedingte Rückgang an Kinderzahlen im Kindergartenalter führte dazu, dass Kindergartengruppen zurückgebaut werden konnten. Daher wandelten sich Kindergärten durch Anschluss einer Kinderkrippe zu Kinderhäusern um. Entsprechend hat der Anteil der Kinderhäuser und der Krippeneinrichtungen deutlich zugenommen. Der Anteil der reinen Krippeneinrichtungen hat sich seit 2005 sogar fast vervierfacht.

Abb. B1 Anzahl der Mannheimer Kindertageseinrichtungen in den Jahren 2005 bis 2010 (absolut)



Quelle: KVJS-Statistik; Stand: 2010; eigene Berechnungen.

In Mannheim gibt es 2010 im frühkindlichen Bereich neun Einrichtungen mehr als noch im Jahr 2005 (Abb. B1; Tab. B1web). Im Jahr 2010 existieren 176 Kindertageseinrichtungen, wovon 100 Kindergärten, 57 Kinderhäuser, 11 Kinderkrippen und 8 sonstige Einrichtungen sind. In der Rubrik sonstige Einrichtungen werden die betreuten Spielgruppen, die integrativen Einrichtungen und die Vorschulen zusammengefasst. Während die Anzahl der Vorschulen stabil bei vier Einrichtungen bleibt, sind die betreuten Spielgruppen von zwei (2005) auf vier (2010) angewachsen. Die integrativen Einrichtungen werden seit 2010 im Zuge der Inklusion nicht mehr separat erfasst. Sie werden stattdessen der entsprechenden Angebotsform (z. B. Kinderhaus, Kindergarten etc.) der jeweiligen Einrichtung zugeordnet. So werden in zwei Eltern-Kind-Zentren in städtischer Trägerschaft (ElKiZ Oberer Ried und ElKiZ Rheinau) je sechs heilpädagogische Plätze an Kinder mit starker Entwicklungsverzögerung vergeben. Dort erfahren die betreffenden Kinder Bildung, Erziehung und Betreuung gemeinsam mit Kindern ohne erhöhten Assistenzbedarf. Für Kinder mit speziellen oder umfangreicheren Assistenz- und Hilfebedarfen sind Plätze in spezialisierten integrativen Einrichtungen (Regenbogen-Kindergärten und Regenbogen-Kinderkrippe) und Schulkindergärten eingerichtet. Zudem werden auch Kinder mit erhöhtem Assistenzbedarf in den Kindertagesstätten mit Unterstützung einer Integrationsfachkraft im Rahmen der Eingliederungshilfe betreut. Die Beantragung dieser Hilfeleistung ist, in Korrespondenz zur Entwicklung in ganz Baden-Württemberg, auch in Mannheim steigend.

Seit 2008 ist die Zahl der Einrichtungen um 10, die der Gruppen um 31 gestiegen.

Zum Stichtag 01.03.2010 existierten in den 176 Kindertageseinrichtungen 510^{M-B3} Gruppen. Die Gesamtzahl der Gruppen ist seit 2008 um insgesamt 31 Gruppen gestiegen. Im Zuge des Krippenausbaus wird bis August 2013 eine weitere deutliche Steigerung erfolgen. Die Bedarfsplanung der Kindertageseinrichtungen wird anhand der 23 Kita-Planungsgebiete^{M-B4} vorgenommen. Im Zeitraum 2008–2010 wurden in drei Viertel (74%) der Planungsgebiete neue Gruppen geschaffen.

Der Ausbau von Gruppen wird sich auch zukünftig über alle Planungsgebiete hinweg fortsetzen, um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab der Vollendung des 1. Lebensjahres erfüllen zu können. Der gesetzliche Auftrag lautet hierbei auf die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebotes in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege für unter 3-jährige Kinder ab 2013. Als planerische Zielgröße ist eine stadtweite Versorgungsquote von zunächst 35% bis August 2013 formuliert.

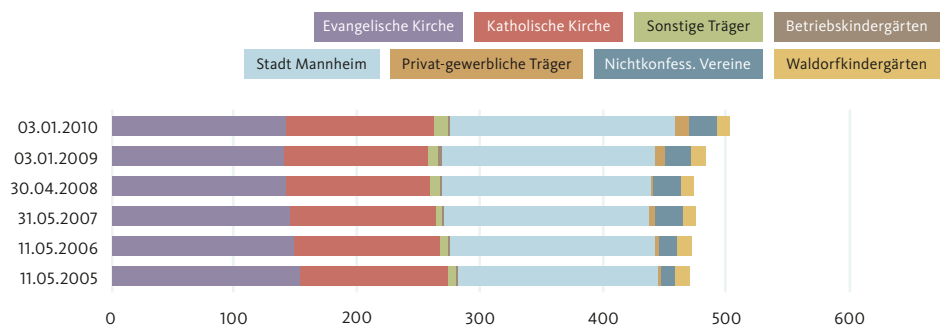
Exkurs: Bildungsinitiative für junge Kinder (BilKi)

In Mannheim wird der Krippenausbau seit 2010 mit der Bildungsinitiative für junge Kinder – BilKi – begleitet. Alle Mannheimer Krippen können sich trägerübergreifend und stadtweit an der Qualitätsinitiative beteiligen und sich zertifizieren lassen. In Teamfortbildungen werden die Inhalte vertieft und deren Umsetzung in die pädagogische Praxis geplant. Die Fortbildungsmodule sind als eintägige Workshops mit max. 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern geplant. Sie werden trägerübergreifend angeboten, so dass alle Fachkräfte einer Krippe zeitlich versetzt zu den Veranstaltungen gehen können. Auch die Pflegepersonen in der Kindertagespflege werden in ihrer Qualifizierung mit BilKi-Elementen weitergebildet. Von 66 Mannheimer Krippen bzw. Einrichtungen mit Krippe haben bisher 53 Einrichtungen mit mehr als 300 pädagogischen Fachkräften teilgenommen (Stand: 31.12.2011).

Im Jahr 2010 hat der städtische Träger sein Angebot um 9 Gruppen erweitert.

Betrachtet man die Entwicklung der Gruppen unter dem Aspekt der Trägerschaft, so zeigt sich, dass die evangelische Kirche von 2005 bis 2010 12 Gruppen zurückgebaut hat. Bei der katholischen Kirche hingegen bleibt die Gruppenanzahl zwischen 2005 bis 2010 mit kleineren Schwankungen verhältnismäßig stabil. Den größten Zuwachs verzeichnen die städtischen Einrichtungen des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt, hier liegt der Zuwachs seit 2005 bei insgesamt 20 Gruppen. Den größten Sprung bei der Zunahme der städtischen Einrichtungen gab es von 2009 bis 2010. Allein in 2010 sind insgesamt 9 neue Gruppen hinzugekommen. Ein ebenfalls großer Zuwachs an Gruppen ist bei den sonstigen Trägern und privat-gewerblichen Trägern zu verzeichnen (Abb. B2; Tab. B2web).

Abb. B2 Entwicklung der Gruppenanzahl in Mannheim nach Trägerschaft in den Jahren 2005 bis 2010 (absolut)



Quelle: KVJS-Statistik; Stand: 2010; eigene Berechnungen.

Exkurs: Evaluationsstudie „Pädagogische Qualität in Kindergärten der Stadt Mannheim“

Im Rahmen der Implementierung des „Orientierungsplans für Bildung und Erziehung für die baden-württembergischen Kindergärten“ hat die Stadt Mannheim das Projekt „Mannheimer Weg zur Qualitätsweiterentwicklung – Sprachförderung für alle“ auf den Weg gebracht. Teil des Projekts war die externe Evaluation der Qualität der Kindergärten der Stadt Mannheim. Diese repräsentative Erhebung der Qualität in Mannheimer Kindergärten erfolgte im Jahr 2009 durch das unabhängige Institut Pädquis (FU Berlin). Aktiv beteiligt an der Evaluationsstudie waren 62 Kindertageseinrichtungen mit insgesamt 119 Kindergruppen mit Kindergartenkindern. Dies sind knapp 40% aller Mannheimer Kindertageseinrichtungen dieser Art. Die Stichprobe wurde als stratifizierte Zufallsstichprobe gezogen und ist repräsentativ.

Zentraler Bestandteil der Untersuchung war eine mehrstündige Beobachtung der pädagogischen Qualität durch externe Beobachter mittels standardisierten Qualitätsskalen. Die pädagogischen Fachkräfte, die Leitungen und Träger wurden zudem schriftlich befragt und auch die Sicht der Eltern auf die pädagogische Qualität (besonders auch die Qualität des Familienbezugs aus Sicht der Eltern) wurde über eine schriftliche Befragung der Eltern erfasst.

Insgesamt wird den Mannheimer Kindergärten im Durchschnitt eine befriedigende Qualität bescheinigt. Trägerübergreifend zeigt sich eine gewisse Spannweite zwischen sehr guten und verbesserungswürdigen Einrichtungen. Diese Varianz in der Qualität ist nicht sozialräumlich determiniert. In Summe schneiden Mannheimer Einrichtungen in den einzelnen Qualitätsbereichen „Sprachliche und kognitive Anregungen“, „Kommunikation mit den Kindern“, „Erzieherin-Kind-Interaktion“ und „Aktivitäten“ deutlich besser ab. Hingegen gab es Anregungen zur Weiterentwicklung der Sicherheit im Innen- und Außenbereich von Einrichtungen und der Pflege der Kinder. Diese Anregungen wurden aufgegriffen und seit 2009 sukzessive bearbeitet.

B1.2

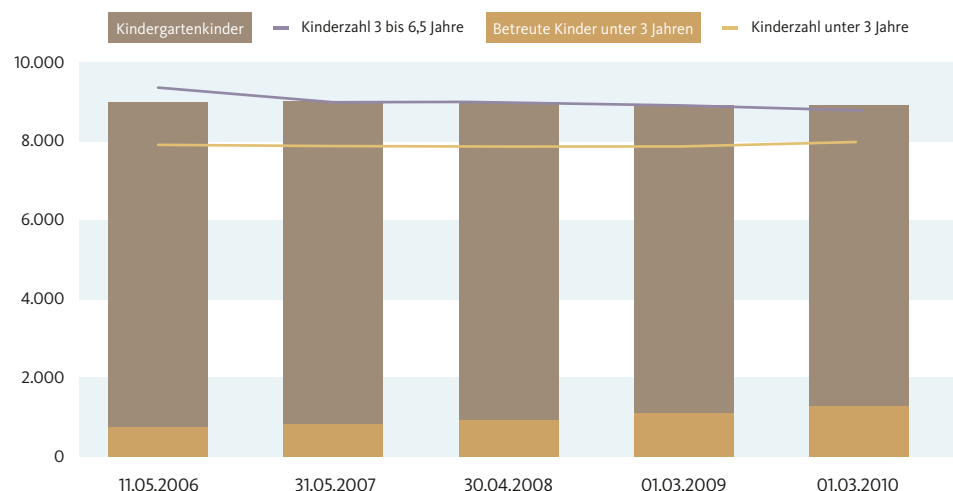
Die Zahl der mit unter 3-jährigen belegten Plätze hat sich seit 2006 nahezu verdoppelt.

Anzahl der Kinder in Tageseinrichtungen

Die demografische Entwicklung der Kinderzahlen zeigt, dass die wohnberechtigte Bevölkerung im Bereich der unter 3-jährigen seit 2006 kontinuierlich leicht anwächst. Als Berechnungsgrundlage ist hier die wohnberechtigte Bevölkerung herangezogen worden und nicht wie in Abb. A7 (Kapitel A) die Bewohner mit Hauptwohnsitz. Während 2006 7.896 Kinder unter 3 Jahren in Mannheim lebten, sind dies 2010 7.954 Kinder (Abb. B3; Tab. B3web). Mit dem entsprechenden Ausbau an Betreuungsplätzen hat sich der Anteil der betreuten Kinder unter 3 Jahren fast verdoppelt. So werden im Jahr 2010 insgesamt 1.232 Kinder unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen betreut.

Die Anzahl der Kinder im Alter von 3 bis 6,5 Jahren ist von 9.383 (2006) auf 8.802 (2010) zurückgegangen. Dies entspricht einem Rückgang dieser Alterskohorte von 6,2%. Aufgrund der rückläufigen Kinderzahlen im Kindergartenalter hat die Anzahl der betreuten Kinder in der Altersgruppe 3 bis unter 7 Jahre abgenommen.

Abb. B3 **Betreute Kinder in Mannheimer Tageseinrichtungen nach Altersgruppen und Entwicklung der Kinderzahlen der jeweiligen Altersgruppe in den Jahren 2006 bis 2010 (absolut)**



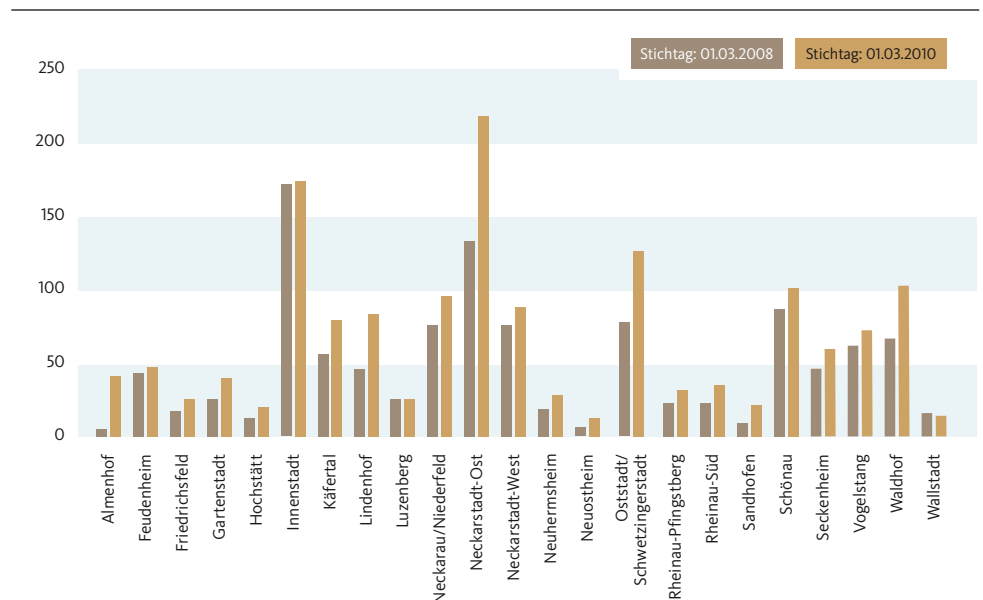
Quelle: KVJS-Statistik (zum jeweiligen Stichtag) ergänzt um Bevölkerungsdaten der Statistikstelle der Stadt Mannheim (Stichtag: 31.12. des jeweiligen Vorjahres); Stand: 2010; eigene Berechnungen.

Zuwachs von 36% in der U3-Betreuung innerhalb von zwei Jahren.

Während 2006 noch 8.274 Kinder betreut wurden, waren dies 2010 nur noch 7.827. Dies entspricht einem Rückgang von 5,4% in fünf Jahren. Diese Entwicklung machte es der Stadt Mannheim möglich, bestehende Kindergartengruppen in Kinderkrippen umzuwandeln und somit den ersten Schritt zur Erfüllung des Rechtsanspruchs im U3-Bereich zu gehen.

Im Zuge des Ausbaus der Kleinkindbetreuung ist der Anteil der betreuten Kinder unter 3 Jahren seit 2008 deutlich angestiegen. Während 2008 noch 1.139 Kinder in einer Tageseinrichtung oder in Tagespflege betreut wurden, sind dies zwei Jahre später 1.552 Kinder. Damit wurden 2010 413 Kinder unter 3 Jahren mehr betreut als 2008 (360 Kinder mehr in Tageseinrichtungen und 53 mehr in der Tagespflege). Dies entspricht einem Zuwachs von 36,3% in zwei Jahren. Jedoch sind in 2010 sowohl stadtweit als auch im Planungsgebiet zu wenige Betreuungsplätze im U3-Bereich vorhanden. Hinzu kommt die Erfahrung, dass Familien mit unter 3-jährigen Kindern nicht zwangsläufig eine wohnortnahe, sondern beispielsweise eine arbeitsplatznahe Betreuung wünschen. Beide Umstände führen dazu, dass Kinder unter 3 Jahren nicht zwangsläufig in ihrem Wohngebiet einen Betreuungsplatz in Anspruch nehmen. Aus den in Abb. B4 (Tab. B4web) dargestellten Belegungszahlen lassen sich daher keine validen Aussagen zur tatsächlichen sozialräumlichen Versorgungssituation und Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten ableiten.

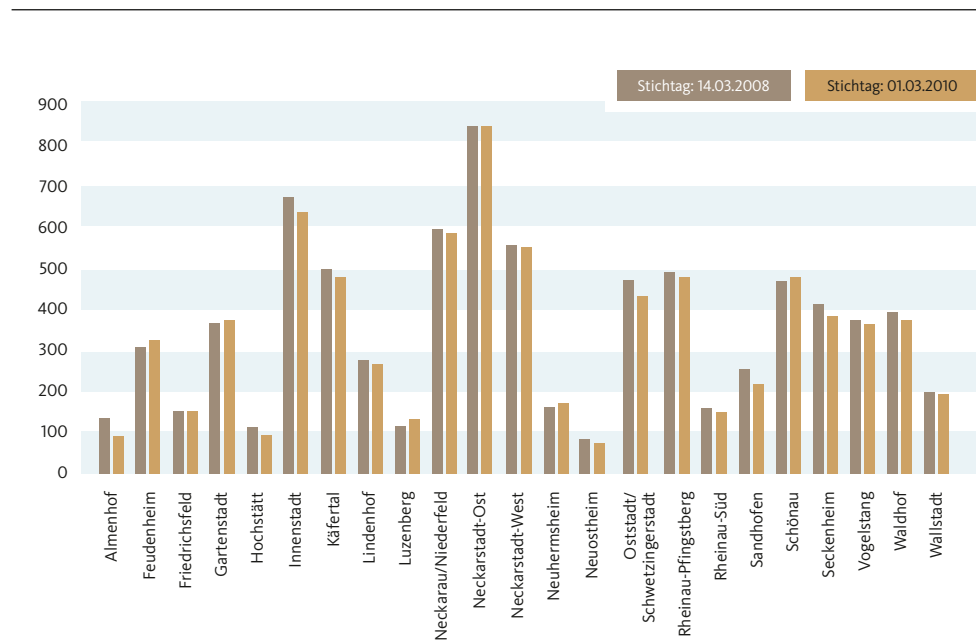
Abb. B4 **Anzahl der unter 3-jährigen in Betreuung in Tageseinrichtungen und Tagespflege nach Planungsgebieten in den Jahren 2008 und 2010 (absolut)**



Quelle: KVJS-Statistik (ergänzt um Tagespflege); Stand: 2010; eigene Berechnungen.

Im Unterschied zu den betreuten Kindern unter 3 Jahren ist bei den betreuten Kindern im Kindergartenalter die absolute Zahl in den Jahren 2008 bis 2010 zurückgegangen. Während 2008 noch 8.085 Kinder im Kindergartenalter betreut wurden, waren dies 2010 258 Kinder weniger. Dies entspricht einem moderaten Rückgang von 3,2% betreuter Kinder im Kindergartenalter. Wie der nachstehenden Abb. B5 (Tab. B5web) zu entnehmen ist, verteilt sich der Rückgang der Anzahl der Kindergartenkinder über alle Kita-Planbereiche hinweg annähernd gleich.

Abb. B5 **Anzahl der betreuten Kinder im Kindergartenalter (3 bis unter 7 Jahre) in Tageseinrichtungen nach Planungsgebieten in den Jahren 2008 und 2010 (absolut)**^{M-B5}

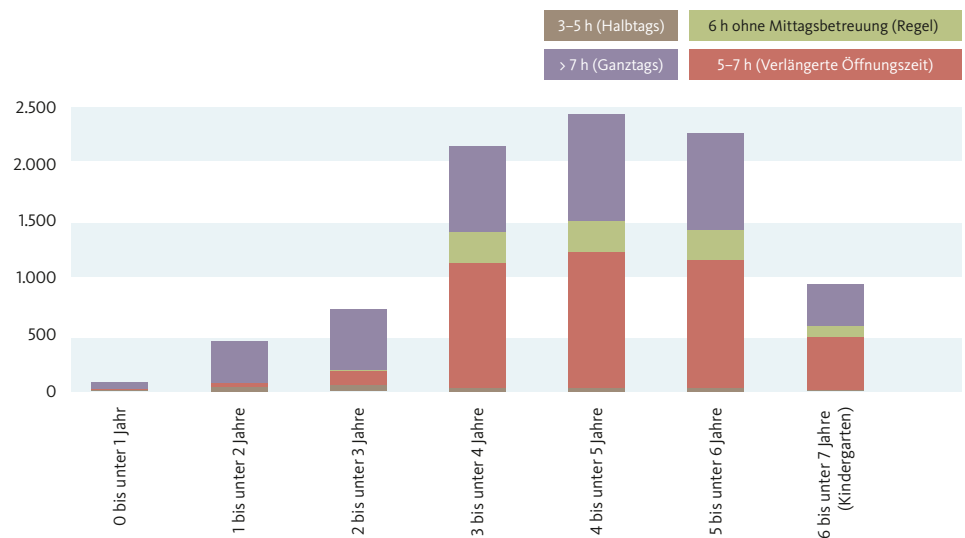


Quelle: KVJS-Statistik (ergänzt um Tagespflege); Stand: 2010; eigene Berechnungen.

Ganztagsbetreuung im U3-Bereich stark nachgefragt.

Bei der Betrachtung der belegten Plätze nach Alterskategorien wird deutlich, dass der Schwerpunkt der betreuten Kinder im U3-Bereich im Alter zwischen 2 und unter 3 Jahren liegt (Abb. B6; Tab. B6web). So werden 719 Kinder zwischen 2 und unter 3 Jahren in einer Tageseinrichtung betreut. Dagegen sind dies nur 461 betreute Kinder im Alter zwischen 1 und unter 2 Jahren und sogar nur 81 Kinder unter einem Jahr, die in einer Tageseinrichtung betreut werden. Der Anteil der ganztags betreuten Kinder für die Alterskategorie unter 3 Jahre zu allen unter 3-jährigen betreuten Kindern liegt 2010 bei 76,6%.

Der wesentlich geringere Anteil der ganztags betreuten Kinder findet sich im Kindergartenalter. Dieser liegt lediglich bei 37,2% (2.917 betreute Kinder) und ist in erster Linie durch das tatsächliche Angebot an Ganztagsplätzen im Kindergartenalter determiniert. Die Anzahl der ganztätig betreuten Kinder lassen keine Rückschlüsse auf eine bedarfsgerechte Versorgung zu. Die aktuelle Entwicklung im Krippen- wie auch im Hortbereich (vgl. Kapitel C1.2) lassen davon ausgehen, dass es auch im Kindergartenalter zukünftig einen erhöhten Bedarf an Ganztagsbetreuung geben wird.

Abb. B6 **Betreute Kinder in Mannheimer Tageseinrichtungen nach Angebotsform und Alter im Jahr 2010 (absolut)**

Quelle: KVJS-Statistik; Stand: 2010; eigene Berechnungen.

Exkurs: Was sind eigentlich „Frühe Hilfen“?

Frühe Hilfen sind gezielte Unterstützungsangebote für Schwangere und Familien mit Kindern von 0 bis 3 Jahren. Im Rahmen der frühen Hilfen geht es darum, die Gefährdungspotenziale zu erkennen und den Kindern und ihren Eltern (am besten gemeinsam) eine geeignete Hilfe zu bieten. Hierzu sind psychosoziale Angebote und solche aus dem Gesundheitswesen sowie die Erziehungshilfe erforderlich, um enge Netzwerke zu bilden.

Mit dieser Zielsetzung treiben die Fachbereiche Kinder, Jugend und Familie sowie Gesundheit die Bildung eines Netzwerkes „Frühe Hilfen“ in Mannheim voran und bauen entweder selbst geeignete Hilfen auf oder unterstützen die entsprechende Entwicklung bei den freien Trägern. Seit 2007 besteht der **Besuchsdienst „Willkommen im Leben“** in Regie des Fachbereiches Gesundheit, der mittlerweile flächendeckend für ganz Mannheim angeboten wird. Ein Team von Kinderkrankenschwestern bietet allen Eltern neugeborener Kinder ein Begrüßungs- und Orientierungsgespräch zum Thema „Gesundheit für Kind und Eltern“ an. Bei entsprechendem Bedarf wird weiterverwiesen, z. B. an Beratungsstellen oder an die Eltern-Kind-Zentren.

Die ersten **Eltern-Kind-Zentren** wurden 2006 gegründet. Eltern-Kind-Zentren sind regionale Einrichtungen in Verbindung mit einer Krippe bzw. einem Kinderhaus. Bis zum Jahre 2013 werden in Mannheim 11 Eltern-Kind-Zentren eingerichtet sein und zwar vorrangig in den Stadtteilen, die dem Sozialraumtyp 5 zuzurechnen sind. Die bisherigen Auswertungen zeigen, dass die Kinder mit Gefährdungspotenzial gut erreicht, die Eltern-Kind-Bindung stabilisiert und die Eltern-Kompetenzen verbessert werden.

Um darüber hinaus Risikopotenziale zu erkennen und potenziell gefährdete Kinder schnell einer Hilfe zuzuführen, wurde die **Anlaufstelle „Frühe Hilfen“** geschaffen. Ihre Aufgabe ist es, sich mit den niedergelassenen (Kinder-)Ärzten und den Geburtskliniken zu vernetzen und ein erstes Clearing durchzuführen. Bei Bedarf werden weitere Hilfen vermittelt, z. B. (Familien)-Hebamme oder andere Hilfsangebote auch bei freien Trägern. Im Jahr 2012 gingen 131 Fallanfragen ein.

Das in Mannheim inzwischen entstandene Netzwerk und die systematische Zusammenarbeit der verschiedenen Dienste und Berufsgruppen ist vom Land Baden-Württemberg zertifiziert und mit dem Zertifikat für Qualitätsentwicklung im Netzwerk Frühe Hilfen und Kinderschutz im Bereich interdisziplinärer Kooperation und Vernetzung ausgezeichnet worden.

B1.3

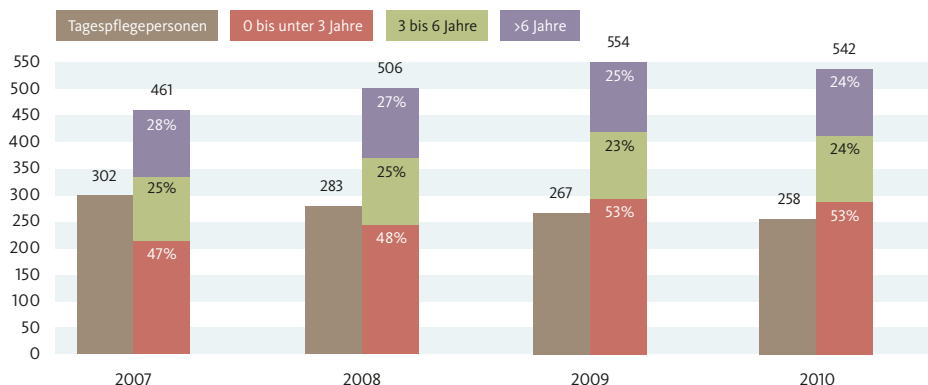
Tagespflegepersonen und betreute Kinder in der Tagespflege

Neben den institutionellen Betreuungsangeboten in Form von Kindergärten, Krippen und Kinderhäusern gibt es in Mannheim das Angebot der Kindertagespflege, das nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz von 2004 neben der Tagesbetreuung in Kindertageseinrichtungen eine gleichwertige Form der Betreuung darstellt. Mit dem Ziel, den Rechtsanspruch für unter 3-jährige bis 2013 zu erfüllen, wird neben dem Ausbau der Kinderkrippe auch die Erhöhung der Anzahl der betreuten Kinder in Tagespflege in Mannheim weiter vorangetrieben.

Die Zahl der in der Tagespflege betreuten Kinder ist von 2007 bis 2010 deutlich gestiegen.

Obwohl die Anzahl der Tagespflegepersonen seit 2007 zurückgegangen ist, konnte die Anzahl der betreuten Kinder in der Tagespflege im gleichen Zeitraum deutlich gesteigert werden (Abb. B7; Tab. B7web). Während 2007 noch 302 Tagespflegeeltern 461 Kinder betreuten, waren dies 2010 nur noch 258 Tagespflegeeltern, die insgesamt 542 Kinder betreuten. Erklären lässt sich dieser Trend der rückläufigen Anzahl der Tagespflegeeltern und dennoch steigenden betreuten Kinderzahlen

Abb. B7 Anzahl der Tagespflegepersonen (absolut) und der Anteil der in Kindertagespflege betreuten Kinder in Mannheim in den Jahren 2007 bis 2010 (in %)



Quelle: Daten des Fachdienstes Kindertagespflege Stadt Mannheim; eigene Berechnungen; Stand: 2010.

Rund die Hälfte der Plätze in der Tagespflege wird von unter 3-Jährigen in Anspruch genommen.

durch die gesetzlichen Entwicklungen. Mit Inkrafttreten des Tagesbetreuungsausbaugesetzes 2005 benötigt jede Tagespflegeperson eine Pflegeerlaubnis. Zum Erhalt dieser Erlaubnis absolvieren die zukünftigen Tagespflegepersonen gesetzlich vorgeschriebene Qualifizierungsmaßnahmen und die räumlichen Bedingungen vor Ort werden geprüft. Dieser Qualitätsschub bedingte, dass sich die Tagespflegepersonen professionalisieren und mehr Kinder betreuen können.

Zwar ist in 2010 die Zahl der in der Tagespflege insgesamt betreuten Kinder im Vergleich zu 2009 marginal zurückgegangen, jedoch ist davon auszugehen, dass sich der in den Jahren zuvor beobachtete Aufwärtstrend, bedingt auch durch neue ausbauunterstützende Maßnahmen und die ab 2013 geltende neue Rechtslage, zukünftig fortsetzen wird.

Zugleich zeigt Abb. B7, welche Altersgruppen in erster Linie die Kindertagespflege in Anspruch nehmen. Die Hälfte der Kinder (Tendenz steigend), die von einer Tagespflegeperson betreut werden, ist unter 3 Jahre. Kinder ab 3 Jahren besuchen in der Regel einen Kindergarten und nutzen, genau wie Schulkinder, die Kindertagespflege hauptsächlich ergänzend zu Kindergarten und Schule. So zeigt sich, dass Kindergartenkinder und Schulkinder zu je einem Viertel die Tagespflege nutzen. Auf Wunsch der Eltern verbleibt jedoch eine gewisse Anzahl der Kinder mit dem vollendeten dritten Lebensjahr in der Kindertagespflege, auch wenn der Rechtsanspruch der Eltern über einen Kindergartenplatz erfüllt werden könnte, weil der „Wunschkindergarten“ noch keine Zusage erteilt hat.

Seit 2007 gibt es in Mannheim zudem Kindertagespflege in Form von Kindertagespflege in anderen geeigneten Räumen, den sogenannten Großtagespflegestellen. Bei dieser neuen Angebotsform betreuen mindestens zwei Tagespflegepersonen maximal neun Kinder – meist in eigens dafür angemieteten Wohnungen. Eine einzelne Tagespflegeperson darf maximal fünf Kinder zeitgleich allein betreuen, in der Regel liegt die genehmigte Anzahl in Mannheim, aufgrund räumlicher Kapazitäten, jedoch meist unter den fünf Kindern pro Tagespflegeperson. Die Zahl der Großtagespflegestellen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, von ursprünglich 3 in 2008 auf 8 in 2010.

Exkurs: Realisierung des quantitativen und qualitativen Ausbaus der Betreuung von Kindern in Tagespflege

Dem Kinder- und Jugendhilfegesetz entsprechend wurden in Mannheim 1998 die Voraussetzungen geschaffen, Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder zu gleichwertigen Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsangeboten zu entwickeln. In Mannheim gibt es derzeit 5 Tagespflegevermittlungsstellen. Mit dem Caritasverband e. V., der Familiengenossenschaft e. G., der Freizeitschule, der Generation Guide GmbH, der AWO und dem in 2012 neugegründeten Verein TamuTava hält die Stadt Mannheim ein breitgefächertes Angebot im Bereich Kindertagespflege vor.

Ein kontinuierlicher Ausbau des Kindertagespflegeangebotes beruhte insbesondere auf der Neugewinnung von qualifizierten Tagespflegepersonen. 2004 erhielten 12 Mannheimer Tagespflegepersonen als erste in ganz Baden-Württemberg das Zertifikat vom Bundesverband für Kinderbetreuung in Tagespflege e. V. (ehemals „Tagesmütter Bundesverband e. V.“). Inzwischen ist die Qualifizierung für alle neu beginnenden Tagespflegepersonen verpflichtend. Für die Lehrgänge der Qualifizierung konnten anerkannte Kooperationspartner (Mannheimer Abendakademie und der Caritasverband e. V.) gewonnen werden. Die genannten Bildungsträger haben das Gütesiegel und sind zudem Maßnahmenträger beim Bundesverband für Kindertagespflege e. V.

Die Lehrgänge richten sich nach dem Qualifizierungskonzept für Kindertagespflege des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg, nach dem Curriculum des Deutschen Jugendinstituts und nach der Prüfungsordnung des Bundesverbandes Kindertagespflege e. V.

Seit 2004 wurde der Aufbau eines Vertretungsnetzes, das inzwischen im SGB VIII auch gesetzlich verankert ist, ebenfalls realisiert. In allen Stadtteilen finden Tagesmüttertreffen statt, bei denen sich die Tagespflegepersonen kennen lernen und die gegenseitige Vertretung organisieren können.

B2

Sprachförderung

Die Sprachförderung ist ein zentraler Baustein der frühkindlichen Bildung in Mannheim. Über die Sprachförderung soll die Sprachentwicklung des einzelnen Kindes unterstützt werden. Sprachförderangebote finden grundsätzlich in jeder Kindertagesstätte statt. In Tageseinrichtungen, in denen ein erhöhter Sprachförderbedarf (z. B. in der Einschulungsuntersuchung) festgestellt wird, wird dieser intensiviert. Vorwiegend trifft dies auf Tageseinrichtungen zu, die in den Sozialräumen 4 oder 5 liegen. Somit wird in Mannheimer Tageseinrichtungen der Versuch unternommen, über Sprachförderung den Bildungserfolg der Kinder zu erhöhen und Bildungsgerechtigkeit herzustellen.

Aussagen über die Wirkung von Sprachförderung können zum gegenwärtigen Zeitpunkt landesweit wie auch in Mannheim noch nicht ausreichend belegt werden. Aus diesem Grund rät der Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“ im Jahr 2010 dem Land Baden-Württemberg, die Aktivitäten des bundesweiten Forschungsprogramms „Sprachförderung und Sprachdiagnostik“ zu verfolgen und auf der Grundlage dieser Ergebnisse die Entscheidung zu treffen, welche Sprachförderansätze in welcher Art in Baden-Württemberg implementiert werden können (Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“, 2011, S. 65).

Nachstehend werden für Mannheim die Ergebnisse zum Sprachstand von Kindergartenkindern präsentiert (Kapitel B2.1). Anschließend werden einige in Mannheim durchgeführte Sprachfördermaßnahmen vorgestellt (Kapitel B2.2).

B2.1

Ergebnisse zum Sprachstand von Kindergartenkindern

Studien (z. B. Stamm, 2011) zeigen, dass insbesondere bildungsbenachteiligte Kinder und Kinder mit Deutsch als Zweitsprache in hohem Maß vom regelmäßigen Besuch einer frühkindlichen Bildungseinrichtung profitieren – vorausgesetzt der Bildungs- und Erziehungsinput ist qualitativ hochwertig. Für das Ziel Bildungsgerechtigkeit ist deshalb die frühzeitige Teilhabe aller Kinder an altersgerechten Bildungsangeboten eine entscheidende Voraussetzung. Bezogen auf Kinder mit Migrationshintergrund in Mannheim können die folgenden Aussagen festgehalten werden:

Kinder mit Migrationshintergrund sind im frühkindlichen Bildungssektor entsprechend ihrem Anteil an der Altersklasse in der Gesamtbevölkerung von Mannheim vertreten.

In Mannheim wachsen 2010 im Durchschnitt 58,8% der Kinder unter 7 Jahren mit einem Migrationshintergrund auf (vgl. Kapitel A2). In beiden Geschlechtern bilden sie im Krippenalter als auch im Kindergartenalter die Mehrheit. Kinder im Alter von 0 bis unter 7 Jahren mit Migrationshintergrund besuchen zu rund zwei Dritteln eine Kindertageseinrichtung. Demnach sind, gemessen am Anteil der in Mannheim lebenden Kindern mit Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe, Migrantenkinder im frühkindlichen Bildungssektor annähernd entsprechend ihrem prozentualen Anteil an der Altersklasse der 0- bis unter 7-Jährigen in der Gesamtbevölkerung Mannheims vertreten.

Übergangsphase der Einschulungsuntersuchung (ESU) führt vorübergehend zu eingeschränkten Möglichkeiten der Auswertung.

95% der kommenden Erstklässler wurden bei der ESU 2011 untersucht.

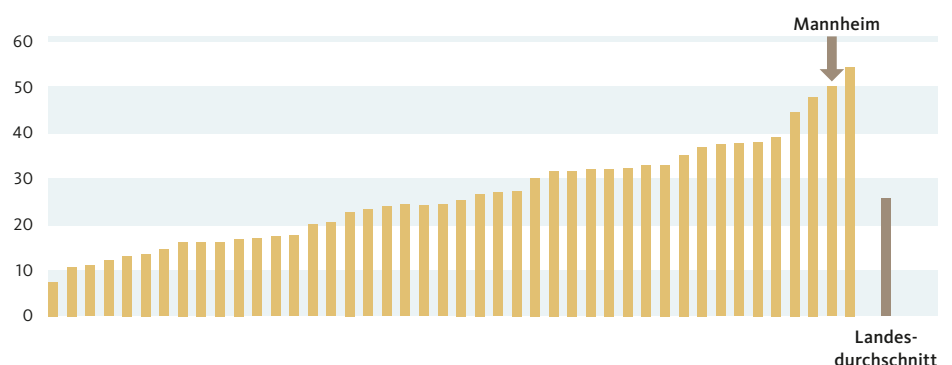
Mannheim hat landesweit die zweithöchste Rate der erforderlichen SETK-Diagnostik.

Aus dem 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010 geht hervor, dass Kinder durchschnittlich 33,1 Monate einen Kindergarten besuchen. Migrantenkinder gehen im Durchschnitt drei Monate weniger und Kinder aus sozial benachteiligten Familien einen Monat weniger in einen Kindergarten (1. Mannheimer Bildungsbericht 2010, S. 57). Der Kindergartenbesuch ist jedoch gerade für Kinder mit Migrationshintergrund und für Kinder aus sozial benachteiligten Familien im Bereich der Sprachförderung bedeutend. So liegt beispielsweise in Mannheim der Sprachförderbedarf bzw. der Verdacht auf Therapiebedarf bei Kindern, die zu Hause nicht deutsch sprechen, bei fast 60% (1. Mannheimer Bildungsbericht 2010, S. 53). Aufgrund der Vorverlegung des Untersuchungszeitraums der Einschulungsuntersuchung (ESU) ins vorletzte Kindergartenjahr können die bisherigen Daten seit 2009 nicht mehr fortgeschrieben und nur eingeschränkt ausgewertet werden. Eine sozialraumbezogene Auswertung der neu konzipierten ESU ist noch nicht möglich. Nachstehend wird der Schwerpunkt auf die Darstellung der ESU-Ergebnisse 2011 im sprachlichen Bereich in Mannheim im Vergleich zum Land Baden-Württemberg gelegt.

Insgesamt wurden im ESU-Jahrgang 2011 (Kinder, die im Herbst 2011 schulpflichtig wurden) 2.262 Kinder im Rahmen der ESU untersucht. Dies entspricht ca. 95% des gesamten Jahrgangs. Die Jungen (50,9%) überwiegen leicht gegenüber den Mädchen (49,1%). Das mittlere Alter der Kinder beträgt 58,9 Monate und liegt damit ca. 13 Monate niedriger als bei den nach der „alten ESU“ untersuchten Kindern.

Die Vorgehensweise zur Beurteilung der sprachlichen Kompetenz wird landesweit in gleicher Weise angewendet und kann daher für einen Vergleich herangezogen werden. Der Anteil der Kinder, die bei der HASE-Diagnostik^{M-B6} einen auffälligen Befund aufweisen und somit einen SETK^{M-B7} brauchen, differiert landesweit beträchtlich. Die niedrigsten Raten betragen 7,6%, während der höchste Anteil bei 54,4% liegt (Mittelwert 25,4%). In Mannheim unterschreiten 49,7% der Kinder die HASE-Grenzwerte, so dass ein SETK notwendig wird (Abb. B8). Damit weist Mannheim die zweithöchste Rate der durchgeführten SETK nach Kreisen und Städten in Baden-Württemberg auf. Dieses Mannheimer Ergebnis entspricht den Erwartungen, die sich aufgrund des landesweiten Vergleichs der Ergebnisse aus der „alten ESU“ bereits gezeigt hatten. Ausschlaggebend hierfür sind in erster Linie die gegebene Bevölkerungsstruktur und damit die soziostrukturellen Herausforderungen in der Stadt, die sich insbesondere von den ländlichen Strukturen erheblich unterscheiden.

Abb. B8 Anteil der durchgeführten SETK nach Städten und Kreisen in Baden-Württemberg, ESU 2011 (in %)

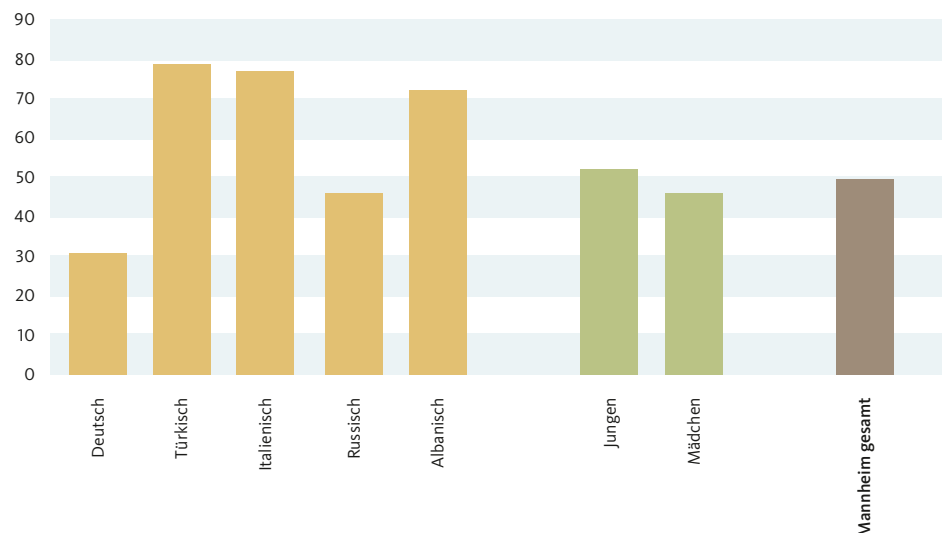


Quelle: Daten vom Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt.

Migrationshintergrund und Geschlecht beeinflussen den SETK-Anteil, auch eine beträchtlicher Anteil der deutschsprachigen Kinder zeigt sprachliche Auffälligkeiten.

Eine differenzierte Betrachtung des Anteils der durchgeführten SETK in Mannheim ist in Abhängigkeit der Familiensprache und des Geschlechts möglich. Erwartungsgemäß liegt der SETK-Anteil bei nicht-deutscher Familiensprache höher als bei deutscher Familiensprache (Abb. B9; Tab. B8web). Allerdings zeigen auch über 30% der deutschsprachigen Kinder einen SETK-Bedarf. Daneben zeigen sich auch innerhalb der Gruppe der Migrantenkinder Unterschiede bei der Rate der durchgeführten SETK. Kinder mit türkischer, italienischer und albanischer Familiensprache zeigen hierbei die höchsten Raten.

Abb. B9 Anteil der durchgeführten SETK in Mannheim in Abhängigkeit der Familiensprache bzw. des Geschlechts, ESU 2011 (in %)



Quelle: Daten der ESU in Mannheim; eigene Berechnungen.

Diese Ergebnisse decken sich mit der Landesauswertung, wobei die jeweiligen Zahlen der durchgeführten SETK in Mannheim höher liegen. Auch beim Einfluss des Geschlechts auf die durchgeführten SETK findet sich der Landestrend in Mannheim wieder, Jungen haben etwas höhere Raten. Auch hier sind die Mannheimer Zahlen höher als im Landesschnitt. Die praktische Erfahrung zeigt, dass bzgl. des Sozialraums der gleiche Einfluss wie bei der Darstellung im 1. Mannheimer Bildungsbericht besteht, d. h., in den Sozialräumen 4 und 5 steigt der Anteil der durchgeführten SETK an. Aufgrund der Umstellung der ESU wird dies für den Übergangszeitraum nicht separat in einem Diagramm ausgewiesen.

76,4% der mit dem SETK untersuchten Kinder weisen einen auffälligen Befund auf.

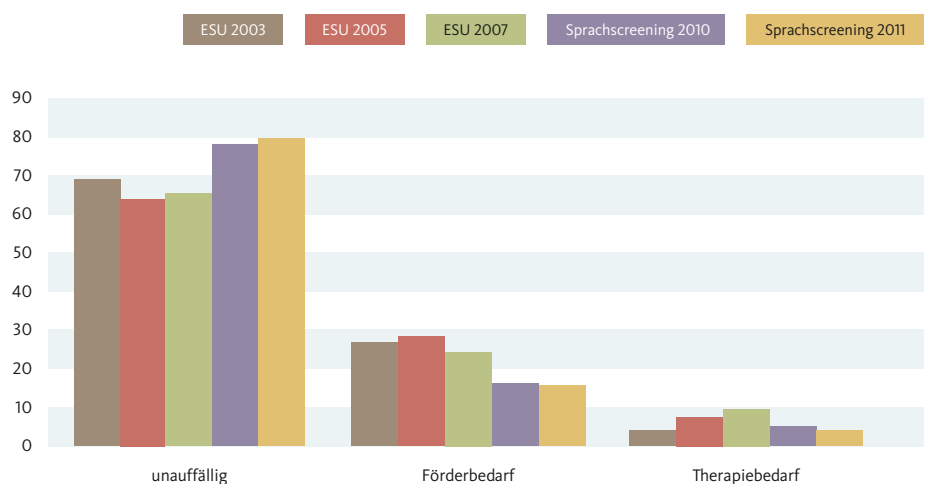
38% der Kinder im vorletzten Kindergartenjahr weisen in Mannheim einen Sprachförderbedarf auf.

In der Folge ist es wichtig, sich den Anteil der SETK näher anzuschauen, die einen auffälligen Befund aufwiesen, d. h., bei denen sich ein intensiver Sprachförderbedarf zeigte. In Mannheim weisen 76,4% der mit dem SETK untersuchten Kinder im vorletzten Kindergartenjahr einen auffälligen SETK-Befund auf, so dass eine intensive Sprachförderung im vorletzten Kinderjahr empfohlen wird. Dies ist hingegen für das restliche Viertel der Kinder nicht erforderlich. Wenn als Bezugsgröße der gesamte ESU-Jahrgang herangezogen wird, kann abschließend festgestellt werden, dass 38% der untersuchten Kinder im vorletzten Kindergartenjahr einen mit dem SETK bestätigten Sprachförderbedarf aufweisen, der eine intensive Sprachförderung erforderlich macht.

Von besonderem Interesse ist die Fragestellung, wie viele Kinder an der Schnittstelle zwischen Kindergarten und Grundschule eine sprachliche Auffälligkeit aufweisen. Während dies näherungsweise aus der „alten ESU“ beschrieben werden konnte (damals allerdings Untersuchung über das gesamte letzte Kindergartenjahr), ist dies durch die Vorverlagerung der flächendeckenden Untersuchung im Rahmen der ESU in das vorletzte Kindergartenjahr nicht mehr möglich. Daher hat die Stadt Mannheim als freiwillige kommunale Leistung ein sog. Sprachscreening eingeführt, das erstmals 2010 durchgeführt wurde. In den letzten Wochen der Kindergartenzeit (nach den Osterferien) kommt eine sozialmedizinische Assistentin/ein sozialmedizinischer Assistent in den Kindergarten und untersucht dort nochmals die Kinder bzgl. ihrer sprachlichen Fertigkeiten, die im vorletzten Kindergartenjahr eine SETK-Diagnostik erhalten hatten. Die im vorletzten Kindergartenjahr sprachunauffälligen Kinder werden nur bei gezieltem Hinweis (v. a. durch die pädagogischen Fachkräfte) erneut untersucht, da bei ihnen im Regelfall von einer unauffälligen Sprachentwicklung im Verlauf auszugehen ist. Diagnostisch kommt hier als Screening wieder die HASE-Diagnostik zum Einsatz. Die Grenzwerte orientieren sich nun an den Werten aus der „alten ESU“ (Kinder sind im vergleichbaren Alter), so dass auch wieder ein Vergleich mit den ESU-Ergebnissen der früheren Jahre möglich ist (Abb. B10; Tab. B9web).

Im Jahr 2011 konnten 82,8% der „SETK-Kinder“ im Rahmen dieses Sprachscreenings untersucht werden. Die nicht erreichten Kinder waren zum Untersuchungszeitpunkt nicht im Kindergarten bzw. konnten aufgrund nicht vorliegender Einverständniserklärung der Eltern bei der freiwilligen Untersuchung nicht untersucht werden. Die erzielten Ergebnisse wurden zunächst auf die Gesamtgruppe der SETK-Kinder und anschließend auf den gesamten Jahrgang hochgerechnet.

Abb. B10 Ergebnisse bei der „alten ESU“ bzw. im Sprachscreening am Ende der Kindergartenzeit in Mannheim im Zeitverlauf (in %)



Quelle: Daten der ESU bzw. des Sprachscreenings in Mannheim; eigene Berechnungen.

20% der untersuchten Kinder sind sprachlich auffällig. Gleichwohl geht der Sprachförderbedarf zurück.

Als erfreuliche Entwicklung über den dargestellten Zeitraum 2003 bis 2011 kann festgestellt werden, dass die Rate der Kinder mit einem pädagogischen Sprachförderbedarf zurückgegangen ist. Diese Entwicklung deutete sich bereits 2007 an und setzte sich im neu eingeführten Sprachscreening fort. Der Anteil der therapiebedürftigen Kinder liegt im mittleren einstelligen Bereich und somit in einer Größenordnung, die der Beschreibung in der Fachliteratur entspricht. Allerdings zeigen die Zahlen auch, dass nur ca. 80% der Kinder einen im Screening unauffälligen Befund am Ende ihrer Kindergartenzeit aufweisen. Zusammenfassend besteht bei ca. 16% der Mädchen und Jungen am Beginn ihrer Schulzeit ein pädagogischer Sprachförderbedarf und bei ca. 4% der Kinder ein sprachlicher Therapiebedarf.

Exkurs: Den Übergang vom Kindergarten in die Schule gestalten

Übergänge bedeuten immer eine Veränderung der Rolle aller Beteiligten, ihrer Beziehungen und die Veränderung von Abläufen und Ritualen. Beim Übergang vom Kindergarten in die Schule wechseln Kinder von einer bedeutsamen entwicklungspsychologischen Phase in die nächste und erleben dabei einen Wechsel der Institution. Die daraus entstehenden Entwicklungsaufgaben werden in der Kindertageseinrichtung intensiv begleitet, um den Kindern die besten Chancen für einen guten Start in der Schule zu ermöglichen. Dabei ist die Kooperation von Kindergarten und Schule und damit von Erziehern und Lehrern der Schlüssel zur gelingenden Übergangsgestaltung.

Im Rahmen des Landesprojektes „Bildungshaus 3-10“ wurden die Rahmenbedingungen für die Kooperation der beteiligten Einrichtungen (Kindergarten und Schule) verändert, um diese Begleitung der Kinder systematisch weiterzuentwickeln. Dabei wurden an 3 Projektstandorten in Mannheim Bildungshäuser eingerichtet/implementiert: Bildungshaus Hochstätt, Bildungshaus Gerhart Hauptmann (Rheinau) und das Bildungshaus Neckarschule (Neckarstadt-West).

B2.2

Ausgewählte Sprachfördermaßnahmen

Nachstehend wird eine Auswahl von Sprachfördermaßnahmen vorgestellt, die unterschiedliche Adressaten haben. So richtet sich das Programm „Sag mal was“ / „Intensive Sprachförderung im Kindergarten“ (ISK) an Kinder im Vorschulalter, das „Rucksack“-Projekt an Eltern, das Projekt „Offensive Frühe Chancen – Schwerpunkt-Kita für Sprache und Integration“ an unter 3-jährige Kinder. Zusätzlich bietet Mannheim eine logopädische Sprachberatung in Kindertageseinrichtungen an. Diese vier Sprachfördermaßnahmen werden im Folgenden vorgestellt.

„Sag mal was“ / ISK. Nach sieben Jahren erfolgreicher Programmdurchführung von „Sag mal was“ zog sich die Baden-Württemberg Stiftung ab dem Kindergartenjahr 2010/2011 aus der Sprachförderung für Vorschulkinder zurück. Das Land übernahm diese Aufgabe und konzipierte die „Intensive Sprachförderung im Kindergarten“ (ISK). Neu ist dabei die Verknüpfung mit der Einschulungsuntersuchung des Gesundheitsamts. Nur Kinder, die bei dieser Untersuchung einen mit dem Verfahren SETK festgestellten Sprachförderbedarf haben, können für die ISK-Förderung angemeldet werden. In Mannheim beteiligen sich alle Träger, die Sprachförderkinder in ihren Einrichtungen haben, an der ISK.

In der Sprachfördermaßnahme geht es um das Experimentieren mit Sprache, um Fragen und Antworten, Erzählen und Zuhören, um Begriffsbildung und Formulierungskunst, um Zugang zu Schrift und Textbildern – schlicht um alle sprachlichen Ausdrucksformen. An erster Stelle steht die Verknüpfung der Sprachförderangebote mit den Bildungsangeboten der Einrichtung. Die zusätzlichen Förderstunden stehen nicht isoliert neben den Bildungsangeboten, sondern werden mit ihnen vernetzt. Auch das direkte Zusammenwirken mit den Eltern wird forciert. Die Eltern arbeiten an den Zielen und Erfolgen der Sprachbildung intensiv mit. Sie erwerben neue Kenntnisse darüber, wie Spracherwerb in Verbindung mit Weltwissensthemen von Kindern erfolgt. Sie erfahren, wie Kinder ihre Sprachlernaufgaben selbständig meistern und wie sie dabei mit Spaß unterstützt werden können. Kinder und Eltern spüren Wertschätzung und insbesondere Kinder mit anderen Muttersprachen fühlen sich als kompetent zweisprachig aufwachsende Persönlichkeiten.

„Rucksack“-Projekt / Konzept „Elternbegleiterinnen“. Die Zielsetzung des Rucksackprojekts ist die Stärkung der Zweisprachigkeit der Kinder. Im Kindergarten fördern die Fachkräfte die Sprachentwicklung der Kinder in der deutschen Sprache, parallel werden die Eltern, insbesondere die Mütter als Förderinnen der Muttersprache eingesetzt. Hierzu stärken Elternbegleiterinnen des Interkulturellen Bildungszentrums Mannheim gGmbH (ikubiz) die Interaktions-, Erziehungs- und Sprachförderkompetenz der Mütter. Dazu treffen sich die Mütter regelmäßig in der Tageseinrichtung mit der Elternbegleiterin und lernen gemeinsam Aktivitäten kennen, die sie in der Woche mit ihren Kindern zuhause durchführen. Während dieser Treffen erleben sie den Wert von Bilderbüchern, Geschichten, Reimen, Fingerspielen und Liedern. Sie erfahren, wie wichtig die Verbindung von Sprache und Handeln für die Entwicklung ihres Kindes in der alltäglichen Beschäftigung ist. Die soziokulturell aufbereiteten Themenfelder sind gleichzeitig Anregung für die Tageseinrichtung, ihren Alltag interkulturell zu gestalten.

Die Mütter sammeln vielfältige Erfahrungen, lernen sich untereinander kennen, erfahren, wie wichtig Sprachförderung in jedem Kindesalter ist, und erleben, wie viel sie selbst zur Unterstützung der Sprachfähigkeit ihrer Kinder beitragen können: „Ich verbringe jetzt die Zeit intensiv mit meinem Kind, spiele und singe täglich. Mein Kind ist ganz stolz auf mich.“ „Früher habe ich meinen Haushalt gemacht und mein Kind hat sich in der Zeit beschäftigt. Als ich das erste Mal mit ihm gespielt habe, war er ganz verwundert und konnte nicht fassen, dass ich mir Zeit nehme, um etwas mit ihm zu machen. Heute fordert er seine ‚Rucksackzeit‘ ein.“ In Kombination mit dem Projekt „Frühe Chancen – Schwerpunkt-Kita für Sprache und Integration“ erfolgte im Jahr 2011 die Weiterentwicklung des „Rucksack“-Projektes zum Konzept „Elternbegleiterinnen“.

„Offensive Frühe Chancen – Schwerpunkt-Kita für Sprache und Integration“. Das Projekt „Offensive Frühe Chancen – Schwerpunkt-Kita für Sprache und Integration“ wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert und richtet sich an unter 3-jährige in Kindertageseinrichtungen.

Sprachliche Kompetenz ist der Schlüssel für die Integration in das gesellschaftliche Leben und der Grundstein für Erfolg in Ausbildung und Beruf. Insbesondere Kinder aus sozial schwachen Familien profitieren, wenn sie früh beim Spracherwerb unterstützt werden. In den „Schwerpunkt-Kitas für Sprache und Integration“ werden qualifizierte Sprachexperten beschäftigt, die die sprachliche Bildung der Kinder im pädagogischen Alltag stärken. Neben der sprachpädagogischen Arbeit mit den Kindern gehören auch die Qualifizierung und fachliche Begleitung des Kita-Teams und die Zusammenarbeit mit den Eltern zu ihren Aufgaben. In Mannheim beteiligen sich 33 Kindertageseinrichtungen in städtischer und freier Trägerschaft an dem Bundesprojekt.

Logopädische Sprachberatung in Kindertageseinrichtungen. Seit Herbst 2011 bietet die Stadt Mannheim trägerübergreifend für alle Kindertageseinrichtungen die Beratung durch eine Logopädin an. Die pädagogischen Fachkräfte der Einrichtungen nehmen die Sprachberatung in Anspruch, um Fragen zur altersentsprechenden Sprachentwicklung zu klären, oder bitten um die Einschätzung des Sprachstands eines bestimmten Kindes ihrer Einrichtung aus logopädischer Sicht. Mit Einverständnis der Eltern besucht die Logopädin die Einrichtung dann vor Ort. Gemeinsam überlegen die Pädagogen und die Logopädin geeignete Handlungsmöglichkeiten, um das Kind in der Einrichtung zu unterstützen oder weitere Hilfesysteme zu nutzen.

Seit Beginn des Beratungsangebots bis 01.08.2012 nutzten 24 Einrichtungen das Angebot, dabei wurden 52 ein- und mehrsprachige Kinder im Alter von 2 bis 5 Jahren vorgestellt.

Die pädagogischen Fachkräfte erhalten fachliche Unterstützung bei der sprachlichen Entwicklungseinschätzung von Kindern, um ggf. zusammen mit den Eltern eine frühzeitige Intervention zu veranlassen. Zudem wirkt diese stärkend im Hinblick auf die pädagogischen Möglichkeiten in der Einrichtung. Die Einrichtungen nutzen ebenfalls die Möglichkeit der Begleitung von Elterngesprächen und thematischen Elternabenden durch die Logopädin.

B3

Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Ein zentrales kommunales Handlungsfeld für die zukünftige Entwicklung des frühkindlichen Bildungssektors ist der Ausbau im U3-Bereich. Um den Rechtsanspruch bis August 2013 erfüllen zu können, wird der quantitative Ausbau von Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege weiter vorangetrieben. Durch die Anstrengungen der vergangenen Jahre konnte das Angebot an Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige massiv gesteigert werden. In Folge dessen wurden 2010 1.552 unter 3-Jährige in einer Tageseinrichtung bzw. in Tagespflege betreut. Dies entspricht einer Betreuungsquote^{M-B8} von 19,5%. Aufgrund veränderter Familien-, Lebens- und Arbeitsformen ist von einem Anstieg des bislang objektiv festgestellten Bedarfs^{M-B9} an Kinderbetreuungsplätzen für unter 3-Jährige auszugehen. Um Bildungsgerechtigkeit zu erreichen, ist es unabdingbar, bei der Steuerung der Belegung der Plätze die sozialen Bedarfslagen der Familien (z. B. alleinerziehend, Berufstätigkeit) mit zu berücksichtigen.

Die Tagespflege wird strukturell besser verankert und qualitativ aufgewertet. Kooperationen mit Dritten, bspw. mit Unternehmen, werden vorangetrieben.

Über die Tagespflege sollten ursprünglich 30% an der Gesamtzahl der Betreuungsplätze für unter 3-jährige Kinder gedeckt werden. Derzeit sind rund 22% der Betreuungsplätze in der Tagespflege. Daher werden Maßnahmen ergriffen, um die Tagespflege als gleichwertiges Betreuungsangebot strukturell besser zu verankern und qualitativ aufzuwerten. Es bleibt zu beobachten, ob es mittels dieser Initiativen gelingt, das Platzangebot und die Belegungszahlen in der Tagespflege zu verstetigen. Die „Tagespflege in anderen geeigneten Räumen“ bietet zudem die Chance neuartiger Kooperationen, z. B. mit Unternehmen. Derartige Wege werden genutzt, um das Profil der Tagespflege als passgenaue Betreuung für besondere Bedarfe zu schärfen. Auch das neu gestartete Angebot, Kindertagespflege mittels Festanstellung der Tagespflegepersonen durchzuführen, fördert den Ausbau zusätzlicher Betreuungsplätze.

Es werden Einrichtungen geschaffen, welche auch sogenannte Randzeiten frühmorgens und spätabends abdecken.

Ein weiteres zentrales Handlungsfeld ist im Kindergartenbereich die Anpassung des bestehenden Platzangebots an die gewandelten Betreuungsbedarfe. Während die Mehrheit der Krippenplätze ganztags geführt werden, muss das Kontingent von Ganztagsbetreuungsplätzen im Kindergartenbereich erhöht werden, um einen nahtlosen Übergang von der Kinderkrippe zum Kindergarten zu ermöglichen. Im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird die bedarfsgerechte Schaffung von Einrichtungen mit längeren Öffnungszeiten (bspw. wochentags 6.00 bis 20.00 Uhr, Öffnung am Wochenende) vorangetrieben. Die Abdeckung der sogenannten Randzeiten frühmorgens und spätabends ist gerade für Arbeitnehmer/-innen in der Dienstleistungsbranche von großer Bedeutung.

Für den Ausbau im U3-Bereich sowie für die Erweiterung des Kontingents von Ganztagsbetreuungsplätzen im Kindergartenbereich werden Erzieher/-innen benötigt. Diese sind aufgrund des landesweiten Mangels an pädagogischen Fachkräften nur schwer zu akquirieren. Mannheim wird das Versorgungsziel von 35% im U3-Bereich bis 2013 erreichen. Obwohl bis 2013 damit die räumlichen Kapazitäten zur Erreichung der Zielquote vorhanden sind, stellt sich die Frage, wie das Personal für diese neu eingerichteten Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren gewonnen werden soll.

Vor diesem Hintergrund beteiligt sich die Stadt Mannheim als Arbeitgeberin ab dem Ausbildungsjahr 2012/2013 an der neu konzipierten praxisintegrierten Erzieherausbildung (PIA). In Kooperation mit der Fachschule für Sozialpädagogik Helene-Lange-Schule – Fröbel-Seminar stehen jährlich 25 PIA-Ausbildungsstellen zur Verfügung. Kürzere Ausbildungszeiten, eine Ausbildungsvergütung ab dem ersten Ausbildungsjahr sowie die praxisnahe Ausgestaltung (regelmäßige Praxisanteile ab dem ersten Ausbildungsjahr) tragen zur Attraktivität des neuen Ausbildungsmodells bei. Im Auftrag der Stadt Mannheim führt die Hochschule Mannheim für die Praxisanleiterinnen und -anleiter in den Häusern eine Weiterqualifizierung durch, um die Anleiterinnen und Anleiter auf die neue Rolle gut vorzubereiten.

Weitere Maßnahmen zur Personalgewinnung und -haltung, welche im Rahmen des Attraktivitätsfonds der Stadt Mannheim beschlossen wurden, sind zum Beispiel die Einrichtung eines kommunalen Beratungsbüros für Erzieher/-innen, die Bereitstellung von „Coachings vor Ort“ in den Betreuungseinrichtungen, die Ausrichtung eines „Willkommen“-Events nebst Begrüßungsbox für junge Erzieher/-innen und die Entwicklung einer gemeinsamen Homepage „Online-Bewerberplattform“ für alle Träger in Mannheim. Ziel aller Maßnahmen ist es, die Attraktivität des Erzieherberufes für junge Menschen zu erhöhen sowie Wertschätzung für die Tätigkeit der Erzieher/-innen auszudrücken.

Der Prozess der Gewinnung und Einbindung neuer Träger in die vorhandenen Strukturen wird zielführend gesteuert.

Es ist davon auszugehen, dass im Zuge des weiteren Platzausbaus nach Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) weitere freie Träger hinzukommen, die bisher in Mannheim keine Einrichtung führen. Zudem werden das Thema „Unternehmensnahe Kinderbetreuung“ und alle damit zusammenhängenden Fragestellungen zunehmend an Bedeutung gewinnen. Im Sinne des Wunsch- und Wahlrechts nach § 5 KJHG sowie den Grundsätzen der Subsidiarität und der Trägerpluralität folgend, ist diese Entwicklung zu unterstützen. Wichtig ist es, den Prozess der Gewinnung und Einbindung neuer Träger von Seiten des Jugendamtes zielführend zu steuern.

Qualitätsentwicklungsinitiativen für Betreuungseinrichtungen und Tagespflege werden trägerübergreifend verstetigt.

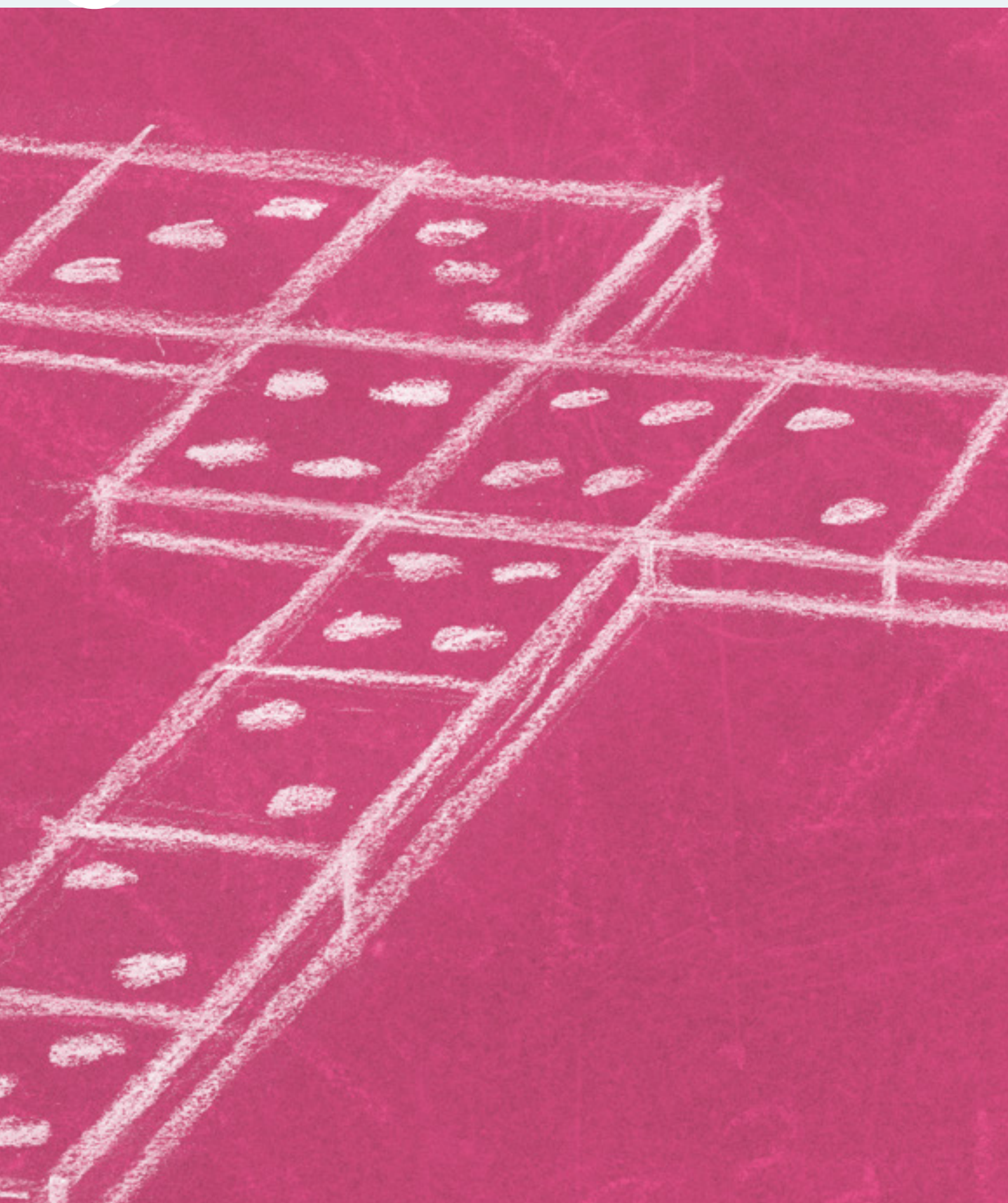
Die Qualitätsentwicklung und -sicherung sind ein wesentlicher Baustein des Krippenausbaus. Mittels der Bildungsinitiative für junge Kinder – BilKi – wird der Krippenausbau seit 2010 qualitativ begleitet. Ziel ist die Teilnahme aller Einrichtungen (i. e. Krippen) aller in Mannheim vertretenen Träger an dem modularen Zertifizierungssystem. Insgesamt müssen die Qualitätsentwicklungsinitiativen für Krippen, Kindergärten, Kinderhäuser und Kindertagespflege trägerübergreifend verstärkt und verstetigt werden; hierzu gehört auch die Einführung einer Evaluationsroutine. Die Einbeziehung kleinerer sowie neuer Träger ist sicherzustellen. Entwicklungen in Bezug auf inklusive Betreuung, Bildung und Erziehung sind zu berücksichtigen.

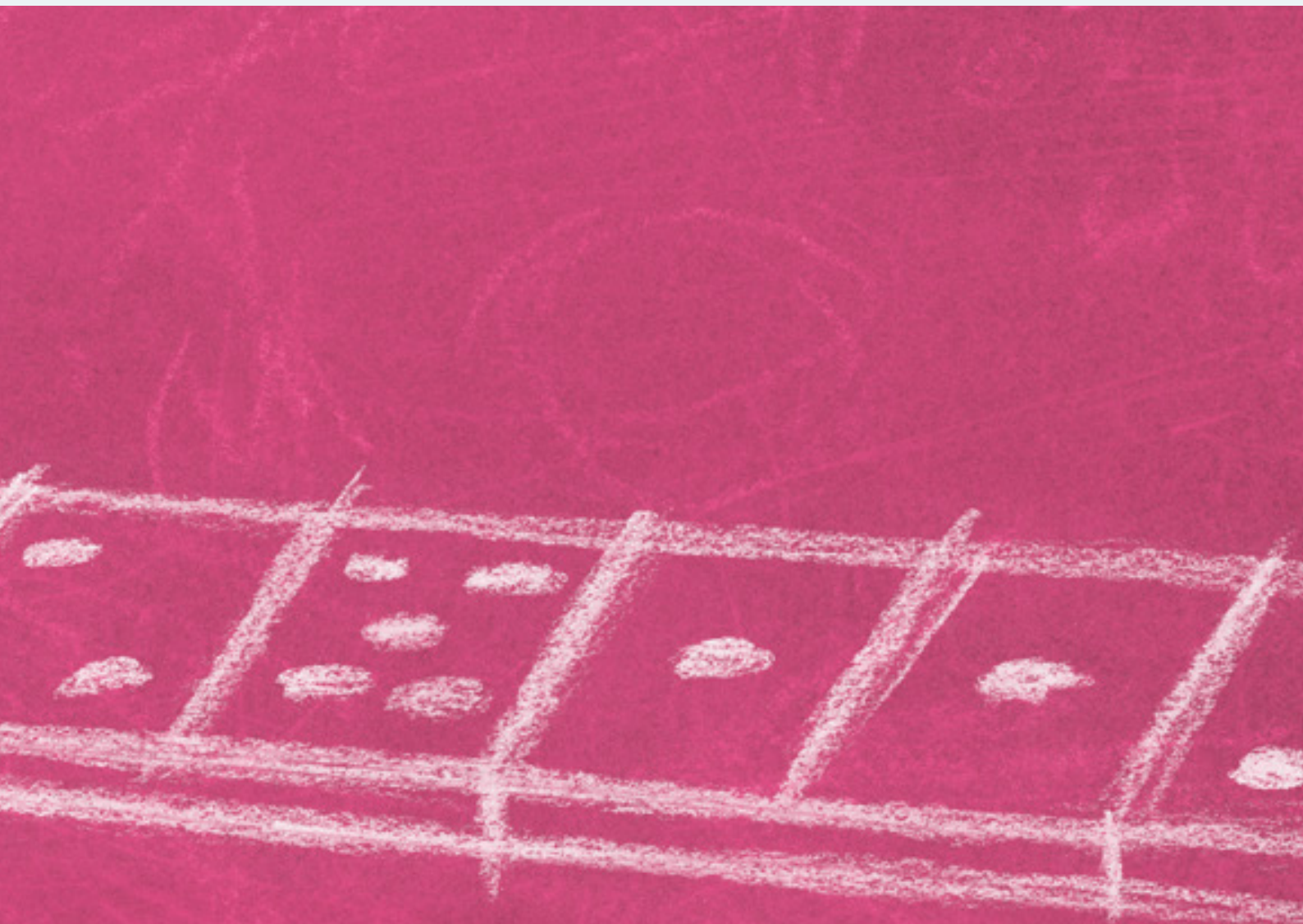
2009 wurde landesweit die Neukonzeption der Einschulungsuntersuchung (ESU) umgesetzt, so dass für die Übergangszeit nur eine begrenzte Berichterstattung möglich ist. Die Ergebnisse im Zusammenhang mit den sprachauffälligen Kindern zeigen, dass in Mannheim im Landesvergleich hohe Raten an Förderbedarf bestehen. Im vorletzten Kindergartenjahr wurde bei 38% der Mädchen und Jungen ein auffälliger Befund der sprachlichen Entwicklung erhoben. Am Ende der Kindergartenzeit zeigen 16% der Kinder einen Sprachförderbedarf. Erfreulicherweise ist diese Zahl in den Jahren seit 2003 deutlich zurückgegangen. Um diese Situation weiter zu verbessern, ist es erforderlich, die Kooperation mit den Eltern und allen institutionellen Kooperationspartnern weiter zu intensivieren. Gemeinsame Standards werden derzeit in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit verschiedenen städtischen Akteuren und dem Staatlichen Schulamt Mannheim erarbeitet.

Des Weiteren entwickeln sich die Kindertagesstätten durch die fachliche Begleitung der Landesförderung ISK und des Bundesprojekts „Schwerpunkt-Kitas für Sprache und Integration“ zu sprachförderlichen Kindertagesstätten weiter. Vor dem Hintergrund der stetig steigenden Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund gilt es, diese Entwicklung zu verstärken. Zielsetzung muss sein, dass diese Kinder sowohl ihre Mutter- bzw. Erstsprache als auch die deutsche Sprache kompetent beherrschen.

Außerdem gilt dem Thema der sogenannten „Hauskinder“ ein besonderes Augenmerk. Damit sind die Kinder angesprochen, die bei der ESU im vorletzten Kindergartenjahr keinen Kindergarten besuchen und somit durch das Netz der ESU fallen können. Aufgrund der Ergebnisse aus der „alten ESU“ ist bekannt, dass gerade diese Kinder in höherem Maß Auffälligkeiten in der kindlichen Entwicklung aufweisen und daher häufiger Förder- und/oder Therapiemaßnahmen brauchen. Hier ist das Ziel, möglichst alle Kinder zu erreichen, als wichtige Handlungsempfehlung zu sehen. Dies schließt auch die Kinder mit ein, die mit ihren Familien erst kurz vor der Einschulung nach Mannheim ziehen und bislang noch keine ESU erhalten haben. Idealerweise wird es künftig ein Angebot geben, zu Beginn des 1. Schuljahres bei allen Kindern, die bis dahin noch keine ESU hatten, die ESU nachzuholen.

C





Die Logik des Gelingens

ALLGEMEINBILDENDE SCHULEN UND
KOMMUNALE UNTERSTÜTZUNGSANGEBOTE

C

Allgemeinbildende Schulen und kommunale Unterstützungsangebote^{M-C1}

Vor dem Hintergrund der strategischen Zielsetzung nach mehr Bildungsgerechtigkeit werden die Entwicklungstrends im allgemeinbildenden Schulsystem, die nachhaltig die kommunale Schullandschaft und die Bildungsbiografie von Kindern und Jugendlichen in Mannheim beeinflussen, im Folgenden dargestellt.

Die stadtweiten Entwicklungstrends werden, sofern die Datenlage dies zulässt, differenziert nach Sozialräumen/Stadtteilen, nach Geschlecht und nach Migrationshintergrund dargestellt. Hierbei liegt das Augenmerk auf der Bildungsnachfrage und den Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen innerhalb des Stadtgebiets.

Um die Bildungsprozesse und die Bildungschancen im allgemeinbildenden Schulsystem in Mannheim einschätzen und beurteilen zu können, werden die Grunddaten der schulischen Versorgung (Kapitel C1), die Übergänge und Wechsel (Kapitel C2) sowie die Schulabschlüsse (Kapitel C3) berichtet.

C1

Grunddaten schulischer Versorgung

Im Mittelpunkt stehen die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Schullandschaft und eine vergleichende Sicht zwischen der Entwicklung der Schülerzahlen an öffentlichen und privaten Schulen (Kapitel C1.1). Weiterhin wird der Fokus auf die steigende Nachfrage an ganztägigen Betreuungsstrukturen (Kapitel C1.2) sowie die Entwicklung von inklusiven Schulangeboten (Kapitel C1.3) gelegt.

C1.1

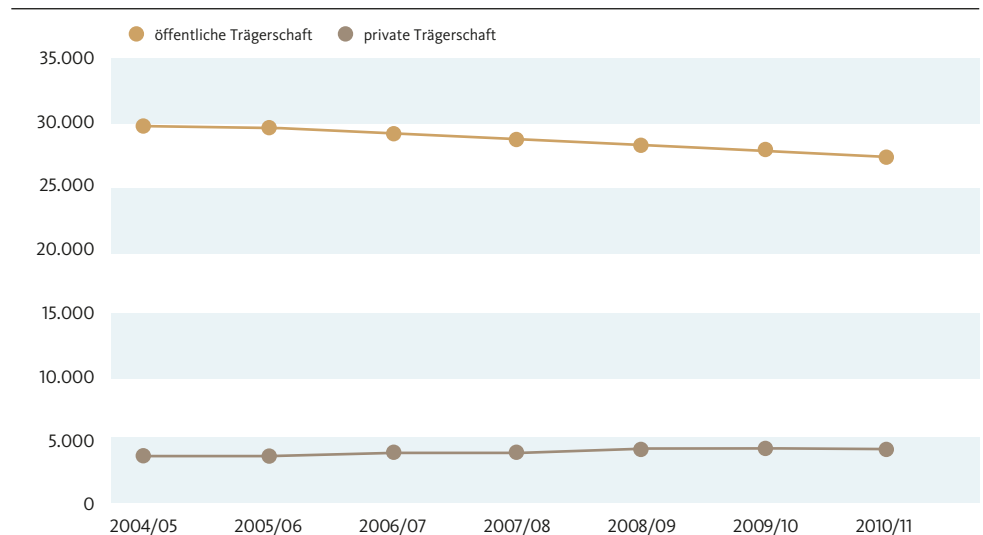
In Mannheim gibt es 94 allgemeinbildende Schulen, davon sind 10 in privater Trägerschaft.

Von 2004/05 bis 2010/11 verzeichnet Mannheim stadtweit einen Schüler-rückgang von 4,5%.

Schulangebot und Entwicklung der Schülerzahlen

In Mannheim gibt es im Schuljahr 2010/11 insgesamt 94 allgemeinbildende Schulen. Hiervon sind 10 in privater und 84 in öffentlicher Trägerschaft. Im Einzelnen gibt es in öffentlicher Trägerschaft: 34 Grundschulen, 20 Haupt-/Werkrealschulen, 9 Realschulen, 9 Gymnasien, 1 Gesamtschule und 11 Sonderschulen. In privater Trägerschaft werden 4 Gymnasien, 2 Realschulen, 2 Waldorfschulen und 2 Sonderschulen geführt. In Mannheim gibt es keine privaten Grund- und Haupt-/Werkrealschulen.

Schülerzahlenentwicklung. Der Rückgang der Schülerzahlen korrespondiert mit der demografischen Entwicklung in Mannheim (vgl. Kapitel A1). Während im Schuljahr 2004/05 noch 33.350 Schüler im allgemeinbildenden Schulsystem unterrichtet wurden, sind dies im Schuljahr 2010/11 nur noch 31.519 Schüler. Dies entspricht einem Schülerrückgang von stadtweiten 4,5%. Damit setzt sich die bereits im 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010 beschriebene Entwicklung der sinkenden Schülerzahlen weiter fort. Während das öffentliche Schulsystem von 2004/05 bis 2010/11 ca. 8,3% Schüler weniger zählt, verzeichnet das private Schulsystem einen Anstieg von 16,8% der Schüler-schaft (Abb. C1; Tab. C1web). Im Schuljahr 2010/11 werden 4.349 Schüler an privaten allgemeinbil-denden Schulen (13,8%) unterrichtet. Jede sechste Privatschülerin bzw. jeder sechste Privatschüler ist auf einem Gymnasium.

Abb. C1 Schülerzahlenentwicklung an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen in Mannheim (absolut)


Quelle: Schulstatistik 2010/11; eigene Berechnungen.

An den Grundschulen ist die Talsohle der Schülerentwicklung erreicht und die Zahlen stabilisieren sich auf aktuellem Niveau.

In Mannheim werden Bildungsgänge, die zu höheren Schulabschlüssen führen, verstärkt nachgefragt.

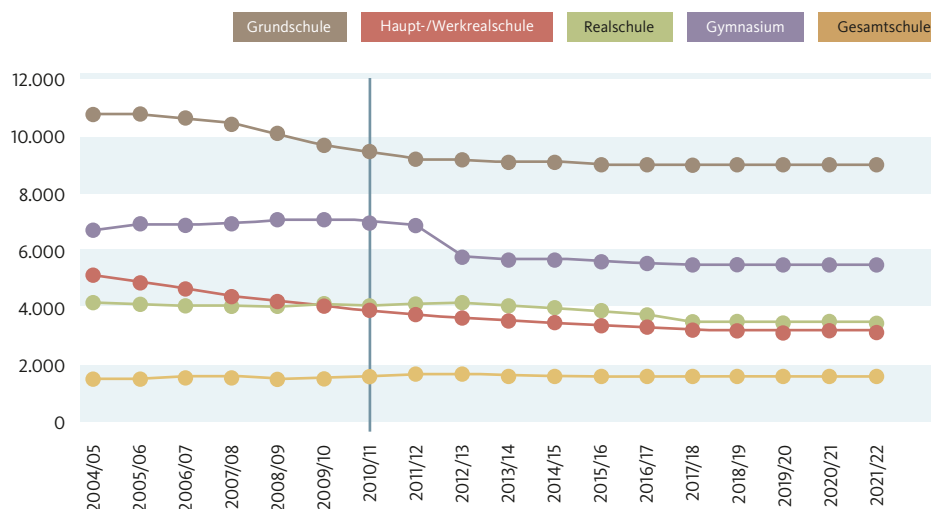
Schülerzahlenentwicklung nach Schularten. Im Grundschulbereich kommt es zwischen 2004/05 und 2010/11 zu einer Abnahme von 12,6% der Schülerschaft (Abb. C2; Tab. C2web). Die bisherige und die zukünftige Schülerzahlenentwicklung unterscheiden sich je nach Stadtteil, in dem sich die Grundschule befindet, erheblich (Tab. C3web). So wird z. B. prognostiziert, dass die Schüleranzahl in Käfertal rückläufig ist, während die in Lindenhof ansteigt. Die Prognose bis zum Schuljahr 2020/21 kann jedoch zeigen, dass sich stadtweit die Grundschülerzahlen auf dem aktuellen Niveau stabilisieren (nach 2010/11 bis 2020/21 ein Rückgang von 5,2%; vgl. auch Kapitel A1.1) und nicht mehr mit einem besonders starken Abfall in den kommenden Jahren zu rechnen ist (Abb. C3; Tab. C4web; vgl. Kapitel A1.2).

An den weiterführenden Schulen lässt sich beobachten, dass sich der Schüleranteil an den Gymnasien (2004/05: 8.961 Schüler → 2010/11: 9.542 Schüler) sukzessive erhöht, während er sich an den Haupt-/Werkrealschulen reduziert (2004/05: 5.034 Schüler → 2010/11: 3.806 Schüler). Ein Schülerrückgang von 24% an den Haupt-/Werkrealschulen ist zu beobachten (Abb. C3; Tab. C4web). Die Anzahl der Realschüler bleibt stabil. Diese Entwicklung verdeutlicht die Nachfrage nach Bildungsgängen, die zu höheren Schulabschlüssen führen.

Für das Segment der weiterführenden Schule ist der Rückgang der Schülerzahlen auch in den kommenden Jahren nicht abgeschlossen (Abb. C3; Tab. C4web), da geburtenstarke Jahrgänge die Schulen verlassen und durch geburtenschwächere Jahrgänge ersetzt werden (vgl. Kapitel A1.2).

Abb. C2 **Entwicklung der Schülerzahlen in allgemeinbildenden öffentlichen und privaten Mannheimer Schulen nach Schularten (absolut)**


Quelle: Schulstatistik 2010/11; eigene Berechnungen.

Abb. C3 **Entwicklung der bisherigen Schülerzahlen und Prognose der Schülerzahlen an den öffentlichen allgemeinbildenden Mannheimer Schulen nach Schularten (absolut)**


Anmerkung: Der Schülerrückgang an den öffentlichen Gymnasien nach dem Schuljahr 2011/12 ist auf das Auslaufen des Doppeljahrgangs G8/G9 zurückzuführen.

Quelle: Schulstatistik 2010/11; eigene Berechnungen.

Es wird ein Schülerrückgang bis ins Jahr 2021/22 von bis zu 12,6% im öffentlichen Schulsystem erwartet.

Eine Prognose^{M-C2} der Schülerzahlen für die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen (ohne die Sonderschulen) zeigt, dass sich der Bevölkerungsrückgang auch weiterhin auf die Schülerzahlen an den öffentlichen Schulen auswirken wird (Abb. C3; Tab. C4^{web}). Es wird erwartet, dass die Anzahl der Schüler/-innen zwischen den Schuljahren 2010/11 und 2021/22 an den Haupt-/Werkrealschulen um 17,3%, an den Realschulen um 13,9%, an den Gymnasien um 21,2% und an der Gesamtschule um 0,8% zurückgehen wird. Insgesamt wird im öffentlichen Schulsystem (ohne Berücksichtigung der Sonderschulen) mit einem Schülerrückgang von 12,6% gerechnet. Der starke Rückgang an den Gymnasien ist auf das Auslaufen des Doppeljahrgangs zurückzuführen. Nachdem der Doppeljahrgang die Schule verlassen hat, werden die Schülerzahlen voraussichtlich nur noch um 5,6% zurückgehen.

C1.2

Betreuung, Bildung und Förderung von Schulkindern

Die Stadt Mannheim sieht die Themen Betreuung, Bildung und Förderung als zentrale kommunale Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben. Durch die Bereitstellung und Förderung unterschiedlicher Formen des ganzheitlichen Lernens und der (ganztägigen) Betreuung soll ein Beitrag für eine höhere Bildungsqualität sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erzielt werden. Eine hohe Priorität haben daher Ganztagschulen, Horte^{M-C3} sowie die Verlässliche Grundschule (VGS).

Mannheim liegt mit einer Versorgungsquote von 46,5% landesweit auf Platz 2 und innerhalb der Metropolregion Rhein-Neckar auf Platz 1.

Im Vergleich der Schulkindbetreuungsquote mit anderen baden-württembergischen Stadt- und Landkreisen belegt Mannheim Platz zwei hinter Stuttgart und vor Karlsruhe (Pflugmann-Hohlstein, 2010, S. 11). Im Vergleich zu Städten in der Metropolregion Rhein-Neckar weist Mannheim die höchste Versorgungsquote in der Schulkindbetreuung auf.

Die Nachfrage nach Schulkindbetreuungsangeboten kann mit dem vorhandenen Angebot nicht mehr gedeckt werden.

Zum 01.03.2011 wurden in Mannheim insgesamt 46,5%^{M-C4} der Schulkinder betreut. In dieser allgemeinen Versorgungsquote sind unabhängig von den Anbietern alle Grundschulkinder im Hort, in der Verlässlichen Grundschule und in der Ganztagschule erfasst. In den letzten Jahren konnte allgemein ein stetig zunehmender Bedarf an Betreuungsplätzen verzeichnet werden (Abb. C4; Tab. C5^{web}). Obwohl Mannheim im landesweiten und regionalen Vergleich sehr gut abschneidet, übersteigt seit dem Schuljahr 2010/11 die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Schulkinder das vorhandene Angebot. Zum 23.02.2012 fehlte aufgrund des Mangels an pädagogischen Fachkräften für insgesamt 990 Grundschulkinder zunächst ein Betreuungsplatz. Diese Kinder wurden auf der Warteliste geführt. Durch die intensive Kooperation mit anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe^{M-C5} und die Einführung einer Beikräfte-Qualifizierungsmaßnahme konnten zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden. Bis zum Ende des Jahres 2012 konnte die Warteliste auf bis zu 358 unversorgte Kinder abgebaut werden.

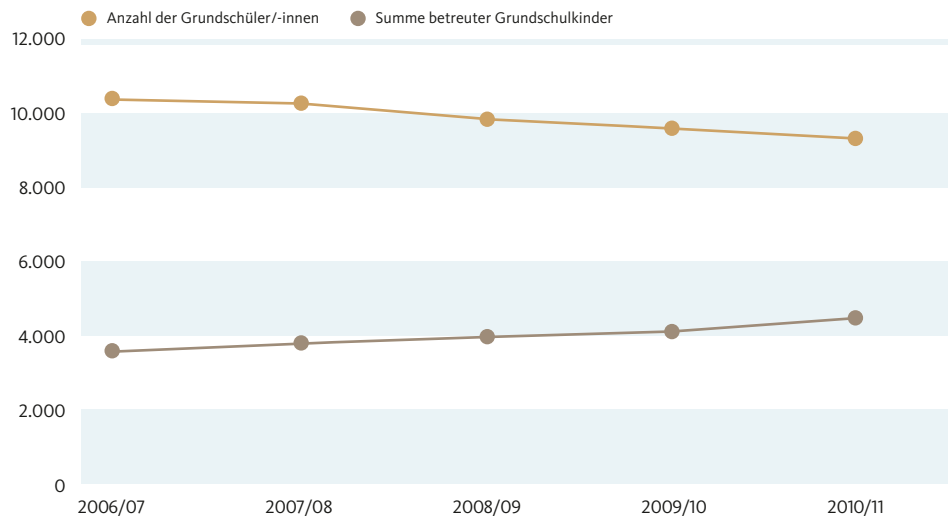
Der Schülerrückgang im Grundschulbereich wird nicht zur Entlastung der Angebotssituation führen.

Die Nachfrage nach Schulkindbetreuung ist zwischen den Schuljahren 2006/07 bis 2010/11 um 24,1% angestiegen. Der Schülerrückgang im Grundschulbereich lag im gleichen Zeitraum bei 10,8%. Hieraus wird deutlich, dass die Anzahl der Grundschüler/-innen langsamer zurückgeht, als die Nachfrage nach Schulkindbetreuungsangeboten steigt. Diese Entwicklung zeigt sich ebenfalls in der Betreuungsquote im Krippenbereich (vgl. Kapitel B1). Somit kann der Schülerrückgang die steigende Nachfrage nach einer Schulkindbetreuung nicht kompensieren.

Drei Angebotsmöglichkeiten zur Schulkindbetreuung: Ganztagsgrundschule, Verlässliche Grundschule und Hort.

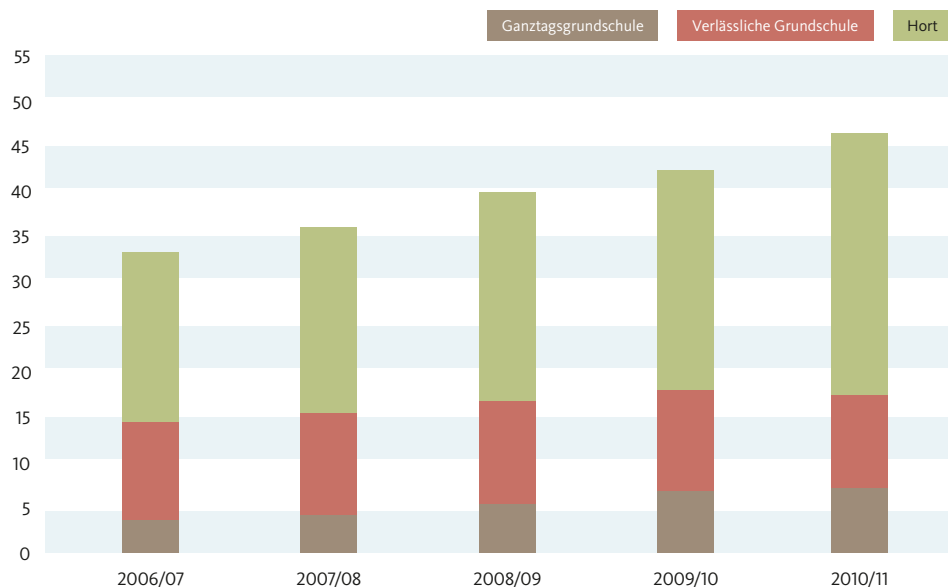
In Mannheim gibt es für die Schulkindbetreuung ein breites Angebot. So können Schulkinder im Hort, in der Verlässlichen Grundschule und in der Ganztagschule betreut werden. Wie auch im frühkindlichen Bereich (vgl. Kapitel B1) steigt die Nachfrage nach ganztägiger Betreuung im Grundschulbereich sukzessive an. Aus diesem Grund ist der Ausbau von Ganztagschulen und Horten an den Schulen in der Vergangenheit stetig vorangeschritten (Abb. C5; Tab. C6^{web}).

Abb. C4 Entwicklungstendenzen betreuter Grundschulkinder in Mannheim im Vergleich zur Anzahl der Grundschulkinder (absolut)



Quelle: Schulstatistik, EasyKid, KitaDataWeb; eigene Berechnungen.

Abb. C5 Anteil der Grundschüler/-innen, die ein Mannheimer Betreuungsangebot in Anspruch nehmen (in %)



Quelle: Schulstatistik, EasyKid, KitaDataWeb; eigene Berechnungen.

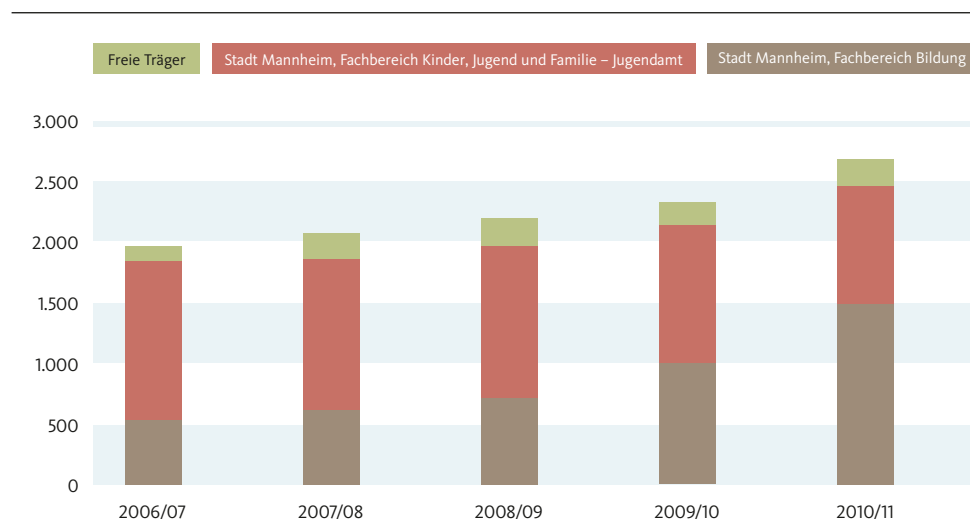
Jedes fünfte Kind an einer allgemeinbildenden Schule wird in einer Ganztags-schule unterrichtet.

7,3% der Grundschüler sind an einer Ganztags-grundschule.

Im Jahr 2010/11 bieten in Mannheim 25 Schulen einen Ganztagsbetrieb an. Davon sind fünf Grundschulen (öffentlich), fünf Hauptschulen (öffentlich), zwei Realschulen (je eine öffentlich und privat), vier Gymnasien (je zwei öffentlich und privat), fünf Sonderschulen (vier öffentlich, eine privat), zwei private Waldorfschulen sowie eine Gesamtschule (öffentlich) (Tab. C7web). Im Schuljahr 2010/11 wurden im allgemeinbildenden Schulsystem ca. 20% der Schülerschaft an einer öffentlichen Ganztagsschule unterrichtet. In den Grundschulen profitieren 7,3% der Schüler von einem Ganztagsangebot. Der Schwerpunkt im Ausbau von Ganztagsschulen liegt auf der gebundenen Form vorwiegend in den Sozialräumen 4 und 5. Ganztagsgrundschulen gibt es in den Stadtteilen Innenstadt/Jungbusch, Hochstätt, Schönau und seit dem Schuljahr 2011/12 in Vogelstang. Ab dem Schuljahr 2012/13 befindet sich auch die Uhland-Grundschule im gebundenen Ganztagsbetrieb.

Mit Beginn des Schuljahres 2000/01 wurde die Verlässliche Grundschule in Baden-Württemberg eingeführt. Darunter sind verlässliche Unterrichtszeiten, Optimierung des Stundenplans, Einführung von festen Unterrichtsblöcken am Vormittag und ein bedarfsorientiertes Betreuungsangebot außerhalb der Unterrichtszeit zu verstehen. Im Schuljahr 2010/11 nahmen 951 Grundschulkinder (10,2%) das Angebot der Verlässlichen Grundschule in Anspruch. Aktuell sind verstärkt Hortangebote nachgefragt, die eine ganztägige Betreuung der Grundschulkinder sicherstellen. Da eine ganztägige Betreuungsoption über das Hortangebot aufgrund des Mangels an pädagogischen Fachkräften gegenwärtig nicht flächendeckend sichergestellt werden kann, wird alternativ versucht, durch Kooperationen mit freien Trägern durch die Verlässliche Grundschule zumindest eine Betreuung zu ermöglichen.

Hortangebote werden in Mannheim vom Fachbereich Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt, vom Fachbereich Bildung sowie von freien Trägern zur Verfügung gestellt. Der Abb. C6 (Tab. C8web) ist zu entnehmen, dass die Hortversorgungsquote aufgrund des bedarfsorientierten Angebotsausbaus stetig ansteigt. So ist die Hortversorgungsquote im betrachteten Zeitraum um 39,4% angestiegen. Um die Betreuung von Schulkindern einheitlich durch eine Verwaltungsinstanz zu garantieren, wurde beschlossen, die Schulkindbetreuung zukünftig im Fachbereich Bildung zusammenzuführen. Die „reinen“ Horte des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt, also die Einrichtungen, die ausschließlich Hortgruppen führen, sind ab dem Jahr 2011/12 organisatorisch dem Fachbereich Bildung zugeordnet. Die Horteinrichtungen des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt, welche in den Kinderhäusern integriert sind, bestehen weiterhin und werden aufgrund der starken Nachfragesituation auch nicht reduziert. Die Entwicklung zeigt weiterhin, dass die Anzahl der betreuten Hortkinder bei freien Trägern über einige Jahre hinweg stabil war. Im Schuljahr 2010/11 wuchs die Zahl der Betreuungsplätze sichtbar an. Aufgrund des Rechtsanspruchs ab Vollendung des 1. Lebensjahres müssten weitere Hörtpplätze geschaffen werden. Es bleibt abzuwarten, ob dies aufgrund des Mangels an pädagogischen Fachkräften umgesetzt werden kann.

Abb. C6 Hortversorgung im Grundschulbereich nach Anbieter in Mannheim


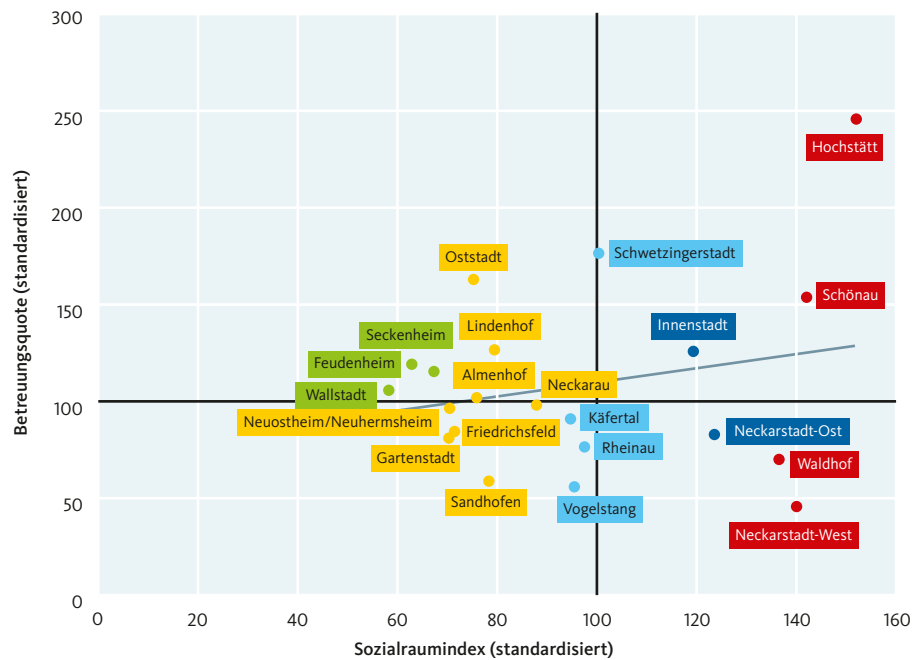
Quelle: Schulstatistik, EasyKid, KitaDataWeb; eigene Berechnungen.

Schulkindbetreuung nach Sozialräumen. Bedingt durch die verstärkte Nachfrage in der Schulkindbetreuung wurde eine Prognose erstellt, die auf Einzelgrundschulebene einen Überblick über das zukünftige Angebot-Nachfrage-Verhalten ermittelt und weitere Möglichkeiten des Ausbaus von Schulkindbetreuungsangeboten prüft. Diese Prognose wurde unter Beteiligung verschiedener Fachämter und Einrichtungen im Jahr 2011 einmalig durchgeführt. Hierzu wurde die Datenlage (Stichtag: 01.03.2010) so aufbereitet, dass die betreuten Kinder aller Einrichtungen (Hort, VGS und Ganztagsgrundschule) unabhängig vom jeweiligen Träger einer Grundschule zugewiesen werden konnten. Durch die Zuordnung der Grundschulen zum Stadtteil konnte ein Sozialraumbezug für vergleichende Analysen hergestellt werden. Aufgrund dieser Prognose war es möglich, einen umfassenden aktuellen Sachstand zur Schulkindbetreuung darzustellen.

Unterdurchschnittliche Nachfrage an Hort- und VGS-Plätzen in den Sozialräumen 4 und 5.

Der Abb. C7 (Tab. C9web) kann entnommen werden, dass die allgemeine Betreuungsquote leicht ansteigt, je sozial belasteter der Stadtteil ist. In den Stadtteilen Hochstätt und Schönau (beide Sozialraum 5) liegt die Ursache der hohen allgemeinen Betreuungsquote in der Tatsache, dass sich zwei von drei Grundschulen im gebundenen Ganztagsbetrieb befinden. Die Stadtteile Waldhof und Neckarstadt-West und -Ost haben keine Ganztagsgrundschule und zugleich eine vergleichsweise geringe Nachfrage nach Hort- und VGS-Plätzen (vgl. Abb. C7, Tab. C9web). Das führt zu der unterdurchschnittlichen allgemeinen Betreuungsquote von Schulkindern.

Abb. C7 Quote aller betreuter Grundschulkinder im Schuljahr 2009/10 nach Stadtteilen (standardisierte %-Werte)



Lesebeispiel: Der städtische Mittelwert liegt bei 100%. Die Oststadt erreicht bei der Betreuungsquote einen standardisierten Wert von 164,21%, die Neckarstadt-West einen standardisierten Wert von 47,03%. Dies bedeutet, dass die Oststadt über und die Neckarstadt-West unter dem städtischen Mittelwert liegt. Diese standardisierten Werte verdeutlichen, dass stadtwert durchschnittlich 10 Kinder in Mannheim betreut werden (entspricht dem städtischen Mittelwert von 100%), in der Oststadt wären dies 16 betreute Kinder und in Neckarstadt-West nur 5 betreute Kinder.

Quelle: Schulstatistik, EasyKid, KitaDataWeb; eigene Berechnungen.

Die Stadtteile Oststadt, Lindenhof, Almenhof, Feudenheim, Wallstadt und Seckenheim können den Sozialraumtypen 1 und 2 zugeordnet werden und weisen überdurchschnittliche Hortbetreuungsquoten auf. Mit Ausnahme des Almenhofs werden in diesen Stadtteilen auch die Angebote der Verlässlichen Grundschule verstärkt nachgefragt. Trotz dieser auch im stadtwerten Vergleich sehr hohen Angebotsdichte in den besagten Stadtteilen übersteigt die Nachfrage nach Hortangeboten aktuell das vorhandene Angebot. In diesen Stadtteilen werden Schulkinderbetreuungsangebote vor allem unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf benötigt.

In den Sozialräumen 4 und 5 ist die Nachfrage geringer. Aus diesem Grund ist es das Ziel, eine ganztägige schulische Förderung durch die gebundene Ganztagsschule anzubieten. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, haben Investitionen zur Weiterentwicklung von Grundschulen zu Ganztagsschulen Priorität. Es wurde nachgewiesen, dass Ganztagsschulen eine positive Auswirkung auf das Sozialverhalten der Jugendlichen und das häusliche Familienklima haben (StEG-Konsortium, 2010). Der ganztägige Besuch einer Schule führt nicht per se zu einer Verbesserung der Schulnoten, sondern ist abhängig von der pädagogischen Qualität der Angebote (StEG-Konsortium, 2010).

Ein wesentlicher Bestandteil des pädagogischen Konzepts einer Ganztagschule ist in Mannheim die Verknüpfung des Ganztagsbetriebs mit der Schulsozialarbeit. Der Schulträger ermöglicht die Einrichtung der Schulsozialarbeit, sobald eine Grundschule in den gebundenen Ganztagsbetrieb geht. Durch den zusätzlichen Personaleinsatz soll das soziale Miteinander in der gebundenen Ganztagschule gestärkt werden.

Exkurs: Sozialarbeit an Schulen

Sozialarbeit an Schulen ist ein eigenständiges sozialpädagogisches Angebot in kommunaler Verantwortung am Ort Schule, das zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen und zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen beiträgt. Sozialarbeit an Schulen ist ein Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe nach SGB VIII und wird in Mannheim in unterschiedlichen Formen wahrgenommen:

a) Schulsozialarbeiter/-innen: Schulsozialarbeiter/-innen leisten an Schulen kontinuierlich und qualifiziert Integrationsarbeit und bieten Hilfestellungen für Kinder und Jugendliche mit besonderen Problemlagen und individuellem Unterstützungsbedarf an (§ 13 SGB VIII). Auch für Eltern und Familien der Kinder und Jugendlichen sowie für das Lehrerkollegium sind sie eine Anlaufstelle an der Schule.

Als Maßstab für die Ermittlung der sozialen Problemlage und damit verbundener Vergabekriterien für Schulsozialarbeit an einem Schulstandort wird der sogenannte Kompositionsindex einer Schule berechnet. Dieser dient als objektivierte Entscheidungsgrundlage für die Einrichtung von Schulsozialarbeit. Der Indexwert berücksichtigt die sozialräumliche Herkunft der Schülerschaft sowie die soziale Problemlage des jeweiligen Stadtteils. Das zeitliche Arbeitskontingent der Schulsozialarbeit orientiert sich zudem an der Schüleranzahl der jeweiligen Schule.

Schulsozialarbeit existiert seit 2001 an Mannheimer Schulen, war jedoch auf Projektmodellphasen beschränkt. Mittlerweile hat sich die Schulsozialarbeit in Mannheim zu einer festen Größe in der Schul- und Bildungslandschaft entwickelt. In der Mannheimer Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden Schulen werden über 4.500 Schüler erreicht. Der Fachbereich Bildung der Stadt Mannheim arbeitet aktuell mit 15 Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern an insgesamt zwölf Schulen. Durch den Einstieg des Landes Baden-Württemberg in die anteilige Finanzierung der Schulsozialarbeit wird im Jahr 2012 an weiteren Grundschulstandorten Schulsozialarbeit installiert werden können.

b) Angebote im Bereich der Gewalt- und Suchtprävention sowie der Gesundheitsprophylaxe:

Themenbezogene Angebote der Jugendarbeit an Schulen haben in Mannheim eine lange Tradition. Seit mehr als 20 Jahren werden institutionen- und trägerübergreifende Angebote und Projekte im Arbeitskreis Jugendhilfe – Schule entwickelt und abgestimmt. Seit 1996 besteht zum Beispiel das trägerübergreifende Angebot „Gewaltprävention an Mannheimer Schulen“, in dem seither mehr als 1.500 Schulklassen schwerpunktmäßig in Grund- und Haupt-/Werkrealschulen sich mit dem Thema ein- oder mehrtägig auseinandergesetzt haben. Ziel der Programme ist eine Förderung der sozialen Kompetenz und die Vermittlung eines sinnvollen Verhaltens in Konflikt- und Bedrohungssituationen. 2011 wurden allein im Gewaltpräventionsprogramm insgesamt 219 Projektstage (mit ca. 1.000 Angebotsstunden) in verschiedenen Schulen durchgeführt. Die Nachfrage an den von speziell ausgebildeten Fachkräften durchgeführten pädagogischen Projekten ist weiterhin hoch.

Punktuellen und zeitlich begrenzten Angeboten der schulbezogenen Jugendsozialarbeit können flexibel aktuelle Entwicklungen aufgreifen und auf besondere Problemstellungen reagieren.

c) Soziale Gruppenarbeit an Schulen (§ 29, SGB VIII) soll Kindern und Jugendlichen bei der Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten und Verhaltensproblemen helfen und auf der Grundlage eines gruppenpädagogischen Konzepts deren Entwicklung durch soziales Lernen fördern. Ab 2005 wurde im Rahmen eines Umbauprozesses von Seiten des Jugendamts verstärkt diese ambulante Form der „Hilfen zur Erziehung“ direkt an Schulstandorten eingerichtet. Durchgeführt werden diese „Schülergruppen“ durch freie Träger der Jugendhilfe. Inzwischen gibt es 15 Gruppen (i. d. R. bis zu max. 9 Kindern), die auf Antrag der Eltern für Kinder mit besonderem Entwicklungsbedarf in der Schule soziales Lernen in der Gruppe ermöglichen. Die direkte Ansiedelung dieses Erziehungshilfeangebots am Lebensort Schule ist von großem Vorteil, da dort die Probleme von Kindern frühzeitig erkannt werden können und diese Hilfeform als integraler Bestandteil des Schulalltags eine hohe Akzeptanz bei Eltern und Schülern findet.

C1.3

Entwicklung der Sonderschulen und die Teilnahme am Schulversuch des Landes

Mannheim zählt im Schuljahr 2009/10 insgesamt 13 Sonderschulen. 11 davon sind öffentlich, zwei befinden sich in privater Trägerschaft. Zum erweiterten Schulangebot im Sonderschulbereich zählt ebenso die Martinsschule in Ladenburg (Rhein-Neckar-Kreis), welche spezifische Förderangebote für körper- und mehrfachbehinderte Kinder (Tab. C10web) bietet, die in Mannheim nicht vorhanden sind. Rund 40% der „Martinsschüler/-innen“ wohnen in Mannheim und pendeln täglich nach Ladenburg.

Für die Schulen im Stadtgebiet gilt, dass die überwiegende Zahl der Schüler/-innen auch in Mannheim wohnt. Allerdings gibt es zwischen den Schulformen erkennbare Unterschiede. Während nahezu alle Förderschüler/-innen in Mannheim leben, wohnen Schüler/-innen der übrigen Sonderschulen oftmals außerhalb. Rund 21,6% kommen aus dem Rhein-Neckar-Kreis bzw. den benachbarten Bundesländern Rheinland-Pfalz und Hessen und nutzen das Schulangebot in Mannheim (Tab. C11web).

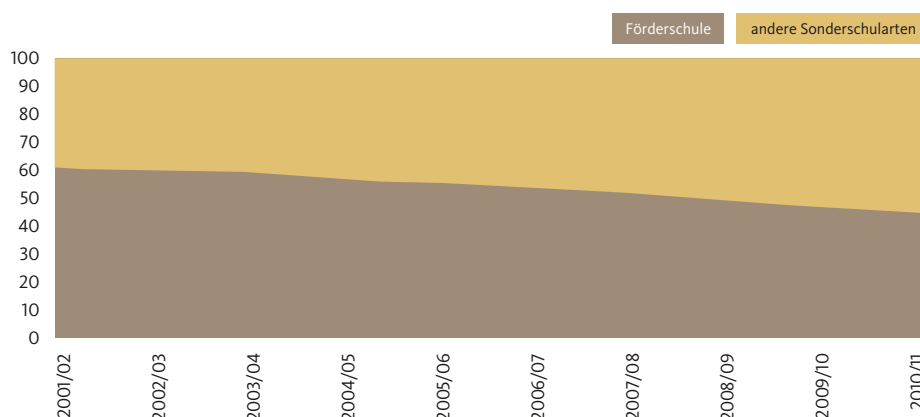
**Nur die Zahl der
Förderschüler/-innen
ist rückläufig.**

In den letzten zehn Jahren sanken die Schülerzahlen an den öffentlichen Sonderschulen um durchschnittlich 12%. Dies ist ausschließlich auf den Rückgang an Förderschülern zurückzuführen. Dementsprechend stark schlägt der Schülerrückgang an den Förderschulen mit einem Minus von 45% zu Buche. So sinkt die Schülerzahl von 1.062 im Schuljahr 2001/02 auf 692 im Schuljahr 2010/11.

Wider diesem Trend steigt die Anzahl der Sonderschüler/-innen an den sechs übrigen Sonderschulformen im Vergleichszeitraum um durchschnittlich 19% auf 862 an. Für den wachsenden Schülerstrom sind im Besonderen zwei Sonderschularten verantwortlich: die Schule für Geistig-behinderte sowie die Schule für Erziehungshilfe. In Folge der unterschiedlichen Schülerzahlenentwicklung hat sich das Größenverhältnis zwischen Förder- und weiteren Sonderschulen seit dem Schuljahr 2008/09 umgekehrt (Abb. C8; Tab. C12web). Während vor zehn Jahren noch Förderschüler/-innen die Mehrheit der Sonderschüler/-innen ausmachten (60,2%), ist deren Anteil an allen Sonderschülern zwischenzeitlich auf 44,5% merklich gesunken (Tab. C12web).

Eine sozialräumliche Betrachtung der Herkunft von Förderschülern zeigt, dass in den beiden Stadtteilen Neckarstadt-Ost und Neckarstadt-West jede fünfte Förderschülerin bzw. jeder fünfte Förderschüler wohnt. Diese Aussage gilt sowohl für das Schuljahr 2001/02 als auch für 2010/11: Mit gleicher Konstanz in der Rangfolge folgen die Stadtbezirke Innenstadt/Jungbusch (14%) und Waldhof/Luzenberg (12,4%) (Tab. C10web). Neben der Größe des Stadtteils ist augenscheinlich,

Abb. C8 **Verhältnis der Schülerzahlen zwischen öffentlichen Förderschulen und anderen Sonderschularten in Mannheim in den Jahren 2001/02 bis 2010/11 (in %)**



Quelle: Amtliche Schulstatistik; eigene Berechnungen.

dass insbesondere Kinder und Jugendliche, die in Stadtteilen mit einer hohen sozialen Problemlage leben, überproportional häufig eine Förderschule besuchen (vgl. 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010, S. 31f.). Ebenso auffällig ist, dass Schüler/-innen mit Migrationshintergrund überproportional häufig an einer Förderschule anzutreffen sind. Deren Anteil beträgt 38% an allen Förderschülern. Für andere Sonderschularten sind diese Auswertungen aufgrund sehr geringer Schülerzahlen nicht aussagekräftig.

Der gemeinsame Unterricht von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung ist seit dem zweijährigen Modellversuch des Landes zur „Erprobung des gemeinsamen Unterrichts von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung“ in Mannheim ein Entwicklungsfeld der kommunalen Schulentwicklung. Durch die schulrechtlich veränderten Rahmenbedingungen und die Aufhebung der Sonderschulpflicht in fünf Modellregionen (Biberach, Freiburg, Konstanz, Stuttgart, Mannheim) konnten Erfahrungen gesammelt werden, in welcher Intensität welche Formen des inklusiven Unterrichts nachgefragt und seitens der Schulen umgesetzt werden können.

Inklusion – der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung – gehört die Zukunft.

Baden-Württemberg reagiert mit dem Schulversuch auf die Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (VN) durch den Deutschen Bundestag im Dezember 2009. Diese verpflichtet alle Bundesländer aufgrund ihrer Kultushoheit die Entsprechung des Artikels 24 (Bildung) in ihr Schulgesetz zu überführen.

Ein gemeinsamer Unterricht von behinderten bzw. von Behinderung bedrohten Schülerinnen und Schülern sowie nicht behinderten Schülerinnen und Schülern wurde vor dem Schulversuch insbesondere über den Sonderpädagogischen Dienst des Staatlichen Schulamts Mannheim an allgemeinen Schulen gefördert. Zu dessen Zielgruppe zählen Kinder und Jugendliche, die dem allgemeinen Unterricht folgen können, deren Entwicklung aber in regelmäßigen Abständen beobachtet bzw. gezielt unterstützt wird.

Zum Schuljahr 2008/09 betreute der Sonderpädagogische Dienst insgesamt 985 Kinder und Jugendliche. 399 Kinder und Jugendliche wurden durch Förderschulkräfte betreut, 46 über die Schule für Sehbehinderte, 43 über die Schule für Sprachbehinderte und 497 über die Schule für Erziehungshilfe. 67% (665) der betreuten Kinder besuchten eine Grundschule, 21% (216) eine Hauptschule, 7% (72) eine Berufsschule und je 1% (11) eine Realschule, ein Gymnasium (6) oder eine andere Sonderschule (5) (vgl. Tab. C13web).

Eine alternative Form der Kooperation zwischen Sonder- und allgemeiner Schule war die Bildung von Außenklassen. Durch die Auslagerung des sonderpädagogischen Unterrichts wurden gezielt Anlässe geschaffen, Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam zu unterrichten. „Außenklassen sind reguläre Klassen einer Sonderschule, die an einer allgemeinen Schule eingerichtet werden. Sie sind einer Partnerklasse der allgemeinen Schule zugeordnet. Die Einrichtung von Außenklassen ermöglicht unterschiedlich intensive Formen des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nichtbehinderter Schüler“. (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg und Landesinstitut für Schulentwicklung, 2009, S. 76). Die Zahl der Außenklassen im Stadtgebiet schwankt jährlich. Im Schuljahr 2009/10 konnten sieben Außenklassen gebildet werden.

**Die Nachfrage nach
inklusive Schulangeboten
steigt langsam an.**

In der Bilanz des zweijährigen Schulversuchs (2010 bis 2012) lässt sich belegen, dass die Nachfrage nach inklusiven Schulangeboten ansteigt. Im Schuljahr 2011/12 meldeten 48 Eltern im Stadtkreis Mannheim ihr Interesse an, dass sie für ihr Kind – mit einem voraussichtlichen sonderpädagogischen Förderbedarf – den Schulbesuch an einer allgemeinen Schule wünschen. Nach eingehender Prüfung und Vorberatungen konnte der Elternwunsch bei 32 (66%) Anmeldungen umgesetzt werden. Im Besonderen hatten Eltern zum Zeitpunkt der Einschulung ein Interesse an dem gemeinsamen Unterricht. Von 32 Anmeldungen bezogen sich 21 auf eine gemeinsame Einschulung an der wohnortnahen Grundschule.

Für eine bestmögliche Unterstützung der Kinder mit sonderpädagogischen Lehrkräften wurden an vier Grundschulen im Stadtgebiet sogenannte „gruppenbezogene Lösungen“ entwickelt. Dies bedeutet, dass in der jeweiligen Eingangsstufe der Grundschule eine Klasse gebildet wird, die Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam unterrichtet. Die Gruppengröße der Kinder mit unterschiedlicher Behinderung variiert hierbei zwischen 2 und 8 Schülern. Maßgeblich für die Auswahl der Schulen war zuvorderst die Realisierung des Elternwunschs nach einer möglichst wohnortnahen Beschulung.

Für das Schuljahr 2012/13 deutet sich ein erheblicher Anstieg der Anmeldungen für einen gemeinsamen Unterricht an. Im Juni 2012 lagen bereits 75 Anmeldungen vor. Dies entspricht einer Steigerung von 44%. Zugleich zeigt sich erneut, dass sich die Mehrheit der Anmeldungen auf den Grundschulbereich bezieht. In der Folge ist zu erwarten, dass gruppenbezogene Lösungen, neben den bereits bestehenden, an weiteren Grundschulstandorten eingerichtet werden.

Aufgrund der bisherigen Entwicklungstrends ist zu erwarten, dass inklusive Unterrichtsangebote immer häufiger nachgefragt werden. Insbesondere ist von einem Anstieg an Grundschulen in den kommenden Jahren auszugehen. Dies wird dazu führen, dass mittelfristig auch an weiterführenden und beruflichen Schulen die Einführung inklusiver Unterrichtsformen erfolgen wird. Die steigende Nachfrage nach inklusiven Schulangeboten wird folglich die Schullandschaft in Mannheim strukturell verändern. Dies betrifft die Schulentwicklung an allgemeinen Schulen sowie Sonderschulen gleichermaßen.

Exkurs: Einstellungen zur Inklusion – Forschungsprojekt EFI

Vor dem Hintergrund der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland und der steigenden Anmeldezahlen von Kindern mit Beeinträchtigungen an allgemeinen Schulen stellt sich die Frage nach der Akzeptanz und nach der Bereitschaft zur Umsetzung von Inklusion bei den beteiligten Akteuren und Eltern. Dieser Frage gehen Wissenschaftlerinnen der Pädagogischen Hochschule Heidelberg im Forschungsprojekt EFI (Einstellungsforschung zu Inklusion), Projektlaufzeit Juni 2011 bis Mai 2014, nach. Das Projekt begleitete den Schulversuch in Mannheim, gefördert von der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und der Stadt Mannheim. EFI untersuchte die Einstellungen zur Inklusion bei unterschiedlichen Personengruppen mittels quantitativer und qualitativer Forschungsmethoden. Ziel des Projekts ist die Beschreibung und Erklärung von Unterschieden in der Einstellung zur Inklusion und die Darstellung der konkreten Forderungen, Hoffnungen und Befürchtungen der Befragten, die sie mit einer Umsetzung von Inklusion verbinden.

Die Stichprobe in Mannheim umfasste insgesamt 369 Fragebögen von Lehrkräften und 407 Elternfragebögen aus allen Schularten (außer berufsbildende Schulen).

Es zeigt sich, dass die befragten Sonderschullehrkräfte signifikant positivere Einstellungen zur inklusiven Beschulung haben als Lehrkräfte anderer Schularten. Zudem wurde deutlich, dass die Art der Behinderung einen Einfluss auf die Bereitschaft zur gemeinsamen Beschulung hat. So wird die Inklusion eines Kindes mit Lernbehinderung signifikant positiver eingeschätzt als die Inklusion eines Kindes mit Sehschädigung. Ein Kind mit schwerer geistiger Behinderung können sich die Befragten am wenigsten in einer inklusiven Schule vorstellen. Es wird deutlich, dass positivere Einstellungen eng mit einer höheren Bereitschaft, im kommenden Schuljahr eine inklusive Klasse zu übernehmen, zusammenhängen. Außerdem haben nach den Ergebnissen der Befragung die berufsbezogene Selbstwirksamkeitserwartung der Lehrkräfte und die Vorerfahrungen mit Menschen mit Behinderungen einen signifikant positiven Einfluss auf die Einstellung zu Inklusion, und zwar unabhängig von der Tendenz, sozial erwünscht zu antworten. Von allen befragten Lehrkräften stehen die Grundschullehrkräfte der Inklusion interessanterweise mit der größten Skepsis gegenüber. Eltern zeigen – unabhängig von der Schulart, die ihre Kinder besuchen – signifikant positivere Einstellungen zur Inklusion als Lehrkräfte. Die Auswertung der offenen Fragen zu Hoffnungen und Befürchtungen steht derzeit noch aus. Eine erste Analyse der Forderungen, die Lehrkräfte und Eltern im Zusammenhang mit einer Umsetzung von Inklusion nennen, zeigt aber, dass sich rund zwei Drittel aller Forderungen an das Land richten (bspw. sollen mehr zusätzliche Lehrkräfte eingestellt, Klassen verkleinert und Fortbildungen angeboten werden). An die Kommune gerichtete Forderungen nach räumlicher, sächlicher und technischer Ausstattung und nach zusätzlichem Pflege- und Betreuungspersonal machen ca. ein Drittel aus.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass es zwischen Lehrkräften an unterschiedlichen Schularten sowie zwischen Lehrkräften und Eltern durchaus unterschiedliche Sichtweisen und Einstellungen zur Inklusion gibt. Erste Auswertungen der qualitativen Interviews, die hier nicht näher dargestellt werden können, zeigen zudem, dass offenbar nicht das Ziel Inklusion abgelehnt wird, sondern dass eine unzureichende Klärung von Vorgehensweisen und Zuständigkeiten sich kontraproduktiv auf den Inklusionsprozess auswirkt. Dies könnte auch die vergleichsweise eher ablehnende Haltung der Grundschullehrkräfte erklären, da die Grundschule primär mit Inklusion konfrontiert werden wird und die Lehrkräfte auf klare Vorgaben angewiesen wären. Wesentlich erscheint auch das Ergebnis, dass Eltern von Kindern, die eher leistungsorientierte Schulen wie das Gymnasium oder die Realschule besuchen, im Vergleich zu anderen Eltern die Inklusion von Kindern mit Behinderungen keineswegs negativer bewerten, beispielsweise

aus Angst vor einem Absinken des Leistungsniveaus der eigenen Kinder. Wichtig ist auch die Erkenntnis, dass Sonderschullehrkräfte nicht der „Hemmschuh“ bei der Umsetzung von Inklusion sind. Sie sind von allen befragten Lehrkräften die mit den positivsten Einstellungen zum gemeinsamen Unterricht. Da sich die befragten Sonderschullehrkräfte überdies signifikant eher bereit zeigten, im kommenden Schuljahr eine inklusive Klasse zu übernehmen, lässt sich an dieser Stelle der vorsichtige Schluss ziehen, dass die Inklusion von Kindern mit Behinderungen derzeit offensichtlich noch eher als Aufgabe der Sonderpädagogik angesehen wird bzw. Sonderschullehrkräfte sich eher in der Lage sehen, diese Aufgabe zu übernehmen. Diese Zuständigkeit muss zukünftig auch für die allgemeine Pädagogik selbstverständlich werden, wenn Inklusion im Bildungswesen flächendeckend als Ziel verfolgt werden soll.

C2

Übergänge und Wechsel im allgemeinbildenden Schulsystem

Zur Evaluation des Ziels, die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen zu erhöhen – insbesondere in Sozialräumen mit hoher und sehr hoher sozialer Problemlage – werden die Kennzahlen „Grundschulübergangsquote“ (Kapitel C2.2), „Durchgangsquoten“ (Kapitel C2.4) und „Schulartwechselquote“ (Kapitel C2.5) ermittelt.

Da sich in der Kennzahl „Einschulungsquote“ seit dem 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010 keine Veränderungen ergeben haben, wird diese Kennzahl nachstehend nur kurz beschrieben. Nach wie vor erfolgt die überwiegende Mehrheit der Einschulungen weder spät noch früh. 86% der Kinder werden unabhängig vom Sozialraum in dem sie leben normal, d. h. mit dem vollendeten sechsten Lebensjahr, eingeschult. Unter den früh Einschulten sind eher die Mädchen, unter den spät Einschulten eher die Jungen vertreten.

Ebenfalls gibt es keine grundlegenden Veränderungen seit dem 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010 in den „Klassenwiederholerquoten“. Nach wie vor sind die Klassenwiederholungen relativ stabil. Im Schuljahr 2010/11 wiederholten 0,5% in der Grundschule, 1,5% in der Haupt-/Werkrealschule, 6,9% in der Realschule und 4,2% im Gymnasium eine Klassenstufe. An den Realschulen sind die Klassenwiederholungen am höchsten und an den Grundschulen am niedrigsten.

C2.1

Grundschulübergangsquote

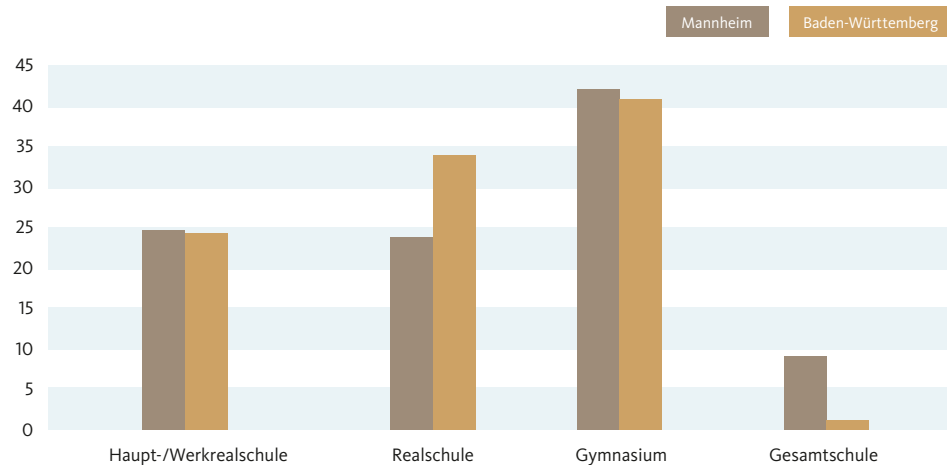
Der gewählte weiterführende Schultyp beeinflusst die persönliche Bildungsbiografie in besonderem Maße. Die Grundschulübergangsquoten verdeutlichen, wie sich die tatsächlichen Übergänge auf die Realschulen und die Gymnasien stadtweit erhöhen, mit besonderem Blick auf Stadtteile mit sehr hohen und hohen sozialen Problemlagen.

Die Gymnasialübergangsquote in Mannheim ist höher als die in Baden-Württemberg.

Aus der nachstehenden Abb. C9 (Tab. C15web) können die Übergangsquoten im Schuljahr 2010/11 in Mannheim und Baden-Württemberg entnommen werden. Im Schuljahr 2010/11 gehen 41,9% der Grundschüler am Ende ihrer Grundschulzeit auf ein Gymnasium, 23,9% auf eine Realschule, 24,6% auf eine Haupt-/Werkrealschule und 9% auf eine Gesamtschule. Im Vergleich hierzu wechseln landesweit im Schuljahr 2010/11 40,7% der Viertklässler auf ein Gymnasium, 33,9% auf eine Realschule, 24,3% auf eine Haupt-/Werkrealschule und 1,1% auf eine Gesamtschule. Die stark erhöhte Gesamtschulübergangsquote in Mannheim erklärt sich dadurch, dass sich in Mannheim eine der drei landesweit vorhandenen Gesamtschulen ^{M-C6} befindet.

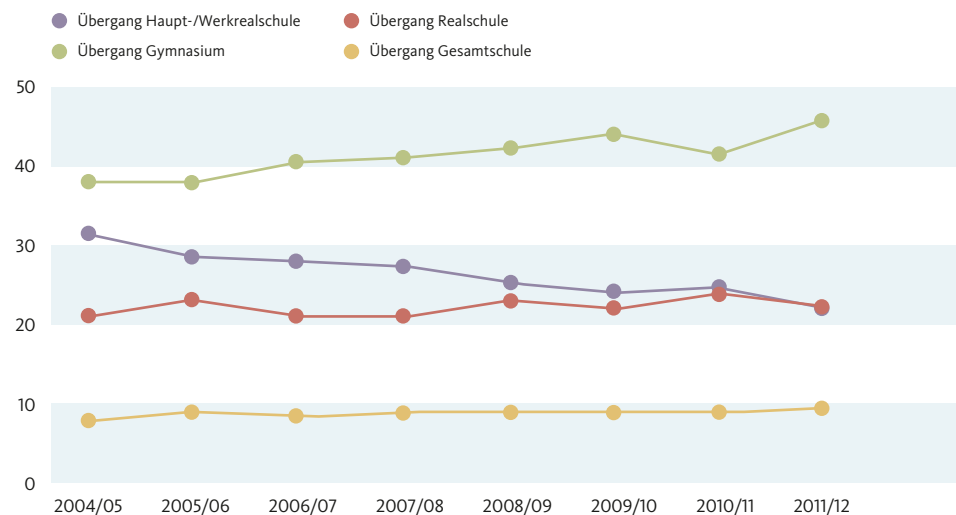
Abb. C10 (Tab. C16web) zeigt, dass sich in Mannheim die Übergangsquoten auf die Haupt-/Werkrealschulen und die Realschulen weiterhin angenähert haben. Der Übergang auf eine Gesamtschule weist eine stabile Übergangsquote von stadtweiten 9% auf. Dies liegt u. a. daran, dass die

Abb. C9 Grunds Schulübergangsquoten im Schuljahr 2010/11 in Mannheim und Baden-Württemberg (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2011; eigene Berechnungen.

Abb. C10 Entwicklung der Grunds Schulübergangsquoten in Mannheim (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2011; eigene Berechnungen.

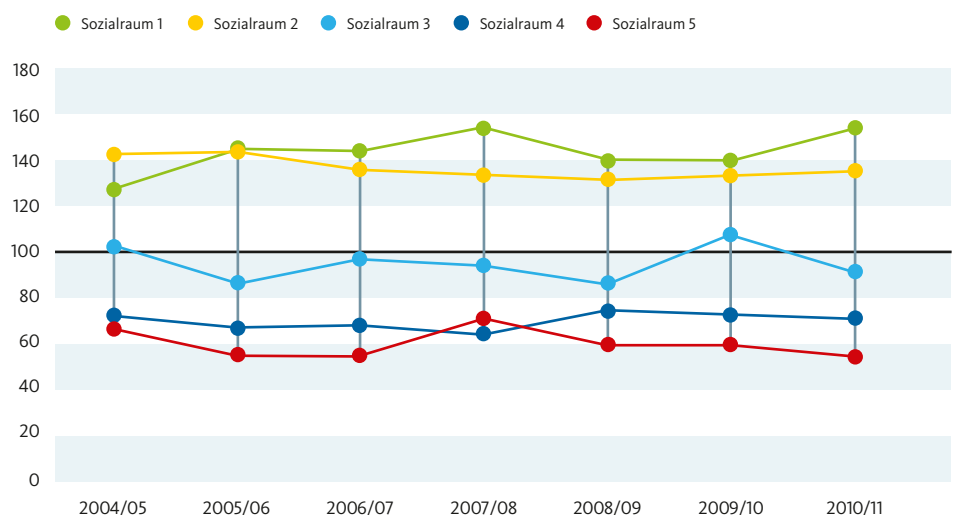
Fast jeder Zweite geht auf ein Gymnasium.

Integrierte Gesamtschule Herzogenried in jedem Schuljahr ca. 240 Schüler in die 5. Klassenstufe aufnimmt. Die Gymnasien verzeichnen weiterhin einen hohen Zulauf. Während nach der Grundschulzeit im Schuljahr 2004/05 38,7% der Schüler ein Gymnasium besuchten, sind dies im Schuljahr 2011/12 46,1%.

Die soziale Schere hat sich beim Übergang auf das Gymnasium vergrößert.

Grundschulübergangsquoten nach Sozialräumen. Stadtweit wechseln jährlich immer mehr Schüler/-innen auf die Realschule und das Gymnasium. Ein Anzeichen von einem Mehr an Bildungsgerechtigkeit entsteht jedoch erst dann, wenn die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen über alle fünf Mannheimer Sozialräume hinweg gleich verteilt sind. Um dies darzustellen, werden im Folgenden die Grundschulübergangsquoten in Bezug zur Sozialraumtypologie gesetzt. Abb. C11 (Tab. C17^{web}) verdeutlicht die Übergänge auf das Gymnasium in den einzelnen Sozialräumen. Kinder aus dem Sozialraum 5 haben nach wie vor die geringste Chance in Mannheim auf ein Gymnasium zu wechseln. Vergleicht man Sozialraum 1 mit Sozialraum 5, zeigt sich, dass sich die soziale Schere im Laufe der betrachteten sieben Jahre vergrößert. Im Schuljahr 2004/05 war der Abstand zwischen diesen beiden Sozialräumen am geringsten, im Schuljahr 2010/11 am größten. Das Verhältnis im Schuljahr 2004/05 zwischen Schülern aus den Sozialräumen 1 und 5 beim Wechseln auf ein Gymnasium liegt bei knapp 2 zu 1. Im Schuljahr 2010/11 liegt das Verhältnis bei 3 zu 1 zugunsten von Schülern aus Sozialraum 1. Hieraus wird deutlich, dass dreimal so viele Schüler aus Sozialraum 1 auf ein Gymnasium wechseln im Vergleich zum Sozialraum 5. Die soziale Schere beim Übergang auf das Gymnasium hat sich folglich erweitert.

Abb. C11 **Entwicklung der Gymnasialübergangsquoten nach fünf Sozialräumen in Mannheim** (standardisierte %-Werte)



Lesebeispiel: Das Verhältnis zwischen Sozialraum 1 und 5 beträgt im Schuljahr 2004/05 130 zu 70. Dies bedeutet, dass in diesem Schuljahr 130 Schüler aus Sozialraum 1 und 70 Schüler aus Sozialraum 5 auf ein Gymnasium wechselten. In den Schuljahren 2005/06 und 2006/07 beträgt das Verhältnis 150 zu 60, im Schuljahr 2007/08 liegt es bei 160 zu 70, in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10 bei 140 zu 60 und im Schuljahr 2010/11 bei 150 zu 50.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2011; eigene Berechnungen.

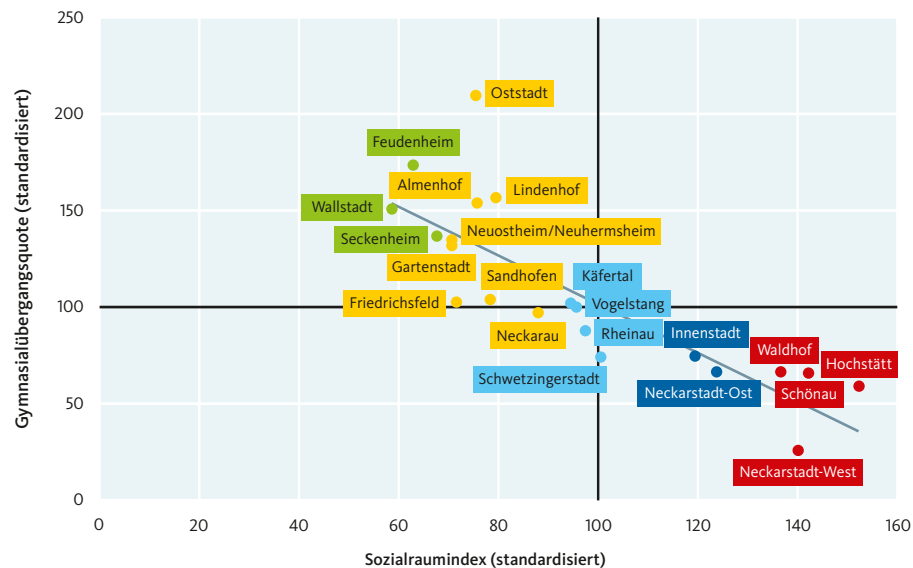
In den einzelnen Sozialräumen variieren die Stadtteile in ihren Gymnasialübergangsquoten.

Bei einem Wechsel auf das Gymnasium kommen auf ein Kind aus der Neckarstadt-West sieben Kinder aus der Oststadt.

Innerhalb der Sozialräume gibt es bei den Gymnasialübergangsquoten in verschiedenen Stadtteilen große Unterschiede (Abb. C12^{M-C7}; Tab. C18^{web}). Dies zeigt sich beispielsweise in Abb. C12 bei den Stadtteilen Neckarau und Oststadt, die beide dem Sozialraum 2 angehören. Abb. C12 zeigt die standardisierten Werte der Gymnasialübergangsquoten und der Stadtteile. Der standardisierte Mittelwert liegt jeweils bei 100%. Abweichungen nach oben, also über 100%, deuten auf Stadtteile hin, deren Gymnasialübergangsquoten höher sind als im städtischen Mittelwert üblich. Abweichungen nach unten, also unter 100%, zeigen Stadtteile, deren Gymnasialübergangsquoten geringer im Vergleich zur stadtweiten Übergangsquote auf das Gymnasium sind. Wenn man den städtischen Mittelwert von 100% nun mit 10 Kindern gleichsetzt, können die Gymnasialübergangsquoten plastisch veranschaulicht werden. So zeigt sich, dass in Neckarau ca. 10 Kinder (standardisierter Wert: 97,2%) und in der Neckarstadt-West 3 Kinder (standardisierter Wert: 26,1%) auf ein Gymnasium wechseln. In der Oststadt dagegen gehen ca. 21 Kinder an ein Gymnasium (standardisierter Wert: 209,6%).

Auffallend ist, dass zwischen dem Stadtteil mit der geringsten Gymnasialübergangsquote (Neckarstadt-West, standardisierter Wert: 26,1%) und dem mit der höchsten Übergangsquote auf das Gymnasium (Oststadt, standardisierter Wert: 209,6%) eine Differenz von 184% liegt. Das bedeutet ein Unterschied von ca. 18 Kindern – oder anders ausgedrückt: Auf jedes Kind aus der Neckarstadt-West, das auf das Gymnasium wechselt, kommen 7 Kinder aus der Oststadt.

Abb. C12 Zusammenhang zwischen dem Sozialraumindex und der Gymnasialübergangsquote nach Stadtteilen für das Schuljahr 2010/11 (standardisierte %-Werte)^{M-C8}

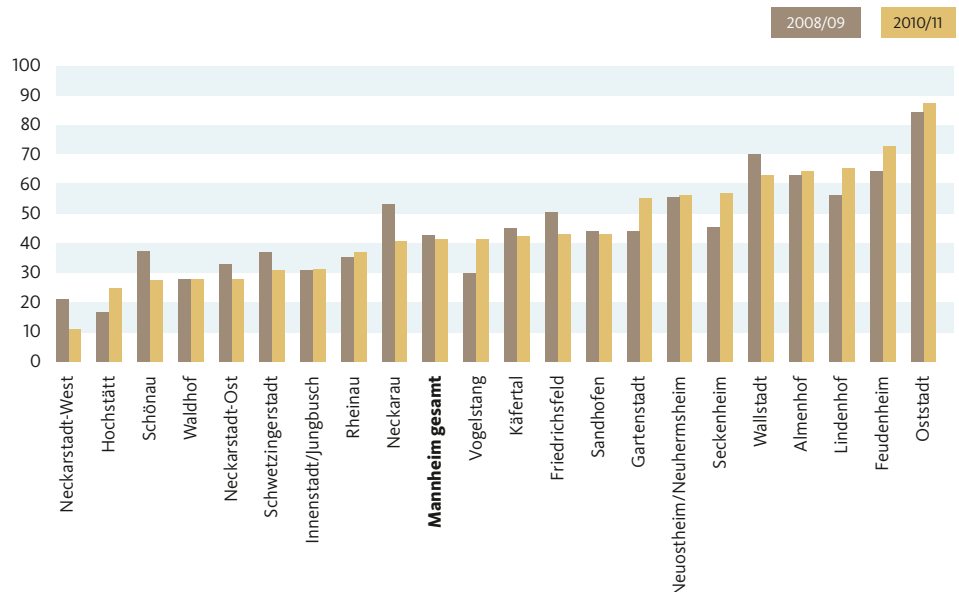


Lesebeispiel: Der städtische Mittelwert liegt bei 100%. Die Oststadt erreicht bei der Gymnasialübergangsquote einen standardisierten Wert von 209,6%, die Neckarstadt-West einen standardisierten Wert von 26,1%.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2011; eigene Berechnungen.

Im Vergleich zum 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010 konnten einige Stadtteile ihre Gymnasialübergangsquoten zwischen den Schuljahren 2008/09 und 2010/11 verbessern (Abb. C13; Tab. C19^{web}). Hierzu gehören u. a. die Stadtteile Hochstätt, Vogelstang, Gartenstadt, Seckenheim, Lindenhof, Feudenheim und Oststadt. Zu den Stadtteilen, die im Vergleich zum 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010 eine geringere Gymnasialübergangsquote aufweisen, zählen: Neckarstadt-West, Schöna, Neckarstadt-Ost, Schwetzingenstadt, Neckarau, Käfertal, Friedrichsfeld und Wallstadt. Wie aus dieser Aufzählung der Stadtteile deutlich wird, scheinen die Chancen, nach der Grundschule ein Gymnasium zu besuchen, in den Stadtteilen mit sehr hoher und hoher sozialer Problemlage geringer zu werden, während sie sich in den Stadtteilen der Sozialräume 1 und 2 erhöhen. Dies entspricht auch dem Fazit aus Abb. C11 zur Entwicklung der Gymnasialübergangsquoten in den fünf Sozialräumen.

Abb. C13 Vergleich der Gymnasialübergangsquoten nach Stadtteilen in den Jahren 2008/09 und 2010/11 (in %)

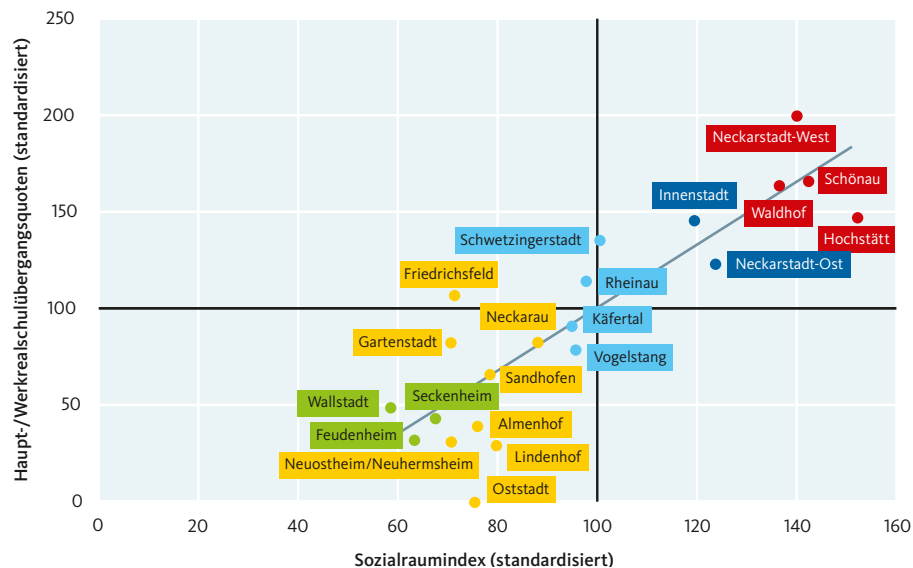


Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2011; eigene Berechnungen.

Die Hauptschulübergangsquote verläuft entgegengesetzt zur Gymnasialübergangsquote.

Ein umgekehrtes Bild zeichnet sich ab, wenn man die Übergangsquote auf die Haupt-/Werkrealschule betrachtet (Abb. C14; Tab. C20^{web}). Schüler/-innen aus den Sozialräumen 4 und 5 wechseln am häufigsten auf eine Haupt-/Werkrealschule, während die Sozialräume 1 und 2 die niedrigste Übergangsquote auf die Haupt-/Werkrealschule aufweisen.

Abb. C14 Zusammenhang zwischen dem Sozialraumindex und der Haupt-/Werkrealschulübergangsquote nach Stadtteilen für das Schuljahr 2010/11 (standardisierte %-Werte)^{M-C8}



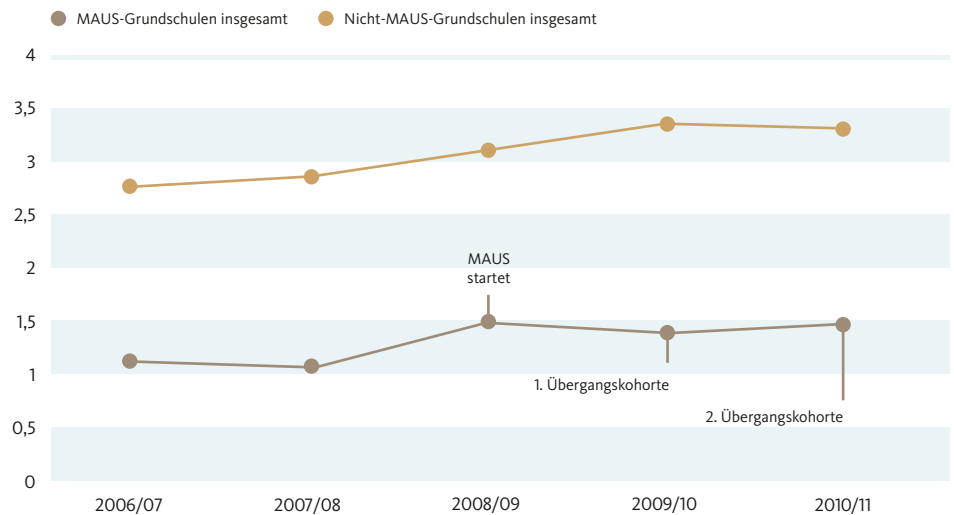
Lesebeispiel: Der städtische Mittelwert liegt bei 100%. In Wallstadt hat die Haupt-/Werkrealschulquote einen standardisierten Wert von 47,9%, die Neckarstadt-West einen standardisierten Wert von 197,3%. Dies bedeutet, dass in Wallstadt unterdurchschnittlich und in Neckarstadt-West überdurchschnittlich viele Grundschul Kinder auf die Haupt-/Werkrealschule gehen. Diese standardisierten Werte verdeutlichen, dass stadtweit durchschnittlich 10 Kinder, in Wallstadt 5 Kinder und in Neckarstadt 20 Kinder nach der Grundschulzeit auf eine Haupt-/Werkrealschule übergehen. Der standardisierte Prozentwert der Oststadt liegt bei Null, da kein Kind aus diesem Stadtteil auf eine Haupt-/Werkrealschule gewechselt hat.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2011; eigene Berechnungen.

Grundschulübergangsquoten an MAUS-Schulen. Es zeigt sich nach vier Jahren Mannheimer Unterstützungssystem, dass auch auf Schulebene erste statistisch signifikante Effekte an den drei MAUS-Grundschulen nachweisbar sind (vgl. Abb. C15; Tab. C21^{web}). So zeigt ein Vergleich der Grundschulübergangsquoten zwischen MAUS- und Nicht-MAUS-Grundschulen über die vergangenen zwei MAUS-Abschlussjahre, dass die Zahl der Übergänge auf eine Haupt-/Werkrealschule an den MAUS-Schulen signifikant abnimmt und der Wechsel auf Realschulen und Gymnasien überproportional ansteigt. Zwar schneiden MAUS-Schulen im direkten Vergleich weiterhin schlechter ab als Nicht-MAUS-Schulen, jedoch scheint es den Schulen durch die zusätzliche Unterstützung zu gelingen, den Abstand erkennbar zu verringern.

Der Abstand zu einem annähernd gleichen Verhältnis zwischen Schulen mit und ohne MAUS ist allerdings weiterhin groß. Zum Vergleich: Das Übergangsverhältnis von Haupt-/Werkrealschule versus Nicht-Haupt-/Werkrealschule beträgt bei Nicht-MAUS-Schulen 1 zu 3. Dies bedeutet, es besuchen 3-mal mehr Kinder eine Realschule oder ein Gymnasium als eine Hauptschule. An MAUS-Schulen ist das Verhältnis im Schuljahr 2010/11 nahezu ausgeglichen. Dennoch stimmt die Entwicklung tendenziell positiv, da sich dieses Verhältnis in den vergangenen zwei Jahren verbessert hat und die beiden Linien ihren Abstand zueinander verringern (Abb. C15). Insbesondere mit Fortbestehen der gewachsenen Kooperationsstrukturen ist zu erwarten, dass sich der erste positive MAUS-Effekt weiter verstärkt.

Abb. C15 Verhältnis der Übergänge auf die Hauptschule und Nicht-Hauptschule in vergleichender Sicht zwischen MAUS-Grundschulen und Nicht-MAUS-Grundschulen



Exkurs: Evaluation des Mannheimer Unterstützungssystems Schule (MAUS)

Das Mannheimer Unterstützungssystem Schule (MAUS) hat zum Ziel, Bildungserfolge von Schülerinnen und Schülern zu erhöhen und Talente zu fördern. Durch MAUS werden vorhandene kommunale Ressourcen vor Ort gebündelt und den teilnehmenden Schulen in einem strukturierten Rahmen zur Verfügung gestellt. Die Schule selbst bestimmt das inhaltliche Angebot und orientiert sich an den individuellen Bedarfslagen ihrer Schüler/-innen. Angebote werden insbesondere für die leistungsschwächeren Schüler/-innen sowie für diejenigen, deren Begabungspotenzial nicht ausgeschöpft wird, entwickelt.

Mit MAUS sind schulartspezifische Ziele verbunden, die in einer Zielvereinbarung zwischen dem Fachbereich Bildung und jeder Schule schriftlich formuliert werden. Grundschulen arbeiten über spezifische Fördermodule an einem verbesserten Übergang auf weiterführende Schulen. Haupt-/Werkrealschulen fördern gezielt Schüler/-innen auf dem Weg zum Haupt- bzw. Werkrealschulabschluss. Realschulen und Gymnasien vermeiden Klassenwiederholungen durch individuelle Fördermaßnahmen und Förderschulen nutzen alle unterstützenden und fördernden Maßnahmen in Hinblick auf die Rückschulung in eine Haupt-/Werkrealschule mit Anschlussmöglichkeiten zu weiterführenden Schulabschlüssen an einer Realschule oder an einem Gymnasium.

Für MAUS bieten außerschulische Bildungspartner an 13 ausgewählten Schulen Unterstützungskurse im Umfang von ca. 20 Wochenstunden an, die von der spezifischen Lernförderung bis hin zu kulturellen Bildungsangeboten für die Kinder und Jugendlichen reichen. Die Stadt stellt für diese Unterstützung in den Schuljahren 2010/11 und 2011/12 jährlich 324.000 Euro und in den Schuljahren 2012/13 und 2013/14 jährlich 412.500 Euro zur Verfügung.

MAUS wird seit Beginn der Pilotphase im Schuljahr 2008/09 durch den Lehrstuhl Empirische Bildungsforschung der Universität Würzburg wissenschaftlich begleitet. Die Evaluationsergebnisse sind bereits in die Konzeption von MAUS II eingegangen. So zeigen die Evaluationsergebnisse der Projektphase 2008 bis 2010 Wirkungen in der positiven Entwicklung der Schulfreude der Schüler/-innen sowie Verbesserungen im Notenbereich bei Primarschülerinnen und -schülern. Die wissenschaftliche Begleitung von MAUS II verfolgt drei Ziele. Zum einen werden aus Sicht der beteiligten Schulen die Fortschritte bei der Implementation und Konsolidierung von MAUS betrachtet. Zum anderen wird festgestellt, inwiefern die mit der Maßnahme verfolgten Ziele erreicht werden können und durch welche Änderungen in dem Programm eine intensivierte Zielerreichung erwartbar ist. Schließlich dient die wissenschaftliche Begleitung der kontinuierlichen Beratung der Bildungsakteure.

Thematische Schwerpunkte von qualitativen Interviews mit beteiligten Schulleitungen sind strukturelle und konzeptionelle Herausforderungen und Chancen sowie die Verknüpfung von MAUS II mit den schuleigenen Zielen und pädagogischen Profilen.

Erste Ergebnisse deuten an, dass die Rückmeldungen der Schüler/-innen zu den MAUS-Kursen positiv ausfallen und ein großes Interesse an MAUS-Angeboten besteht. Wichtig ist hierbei insbesondere eine freiwillige Teilnahme der Schüler/-innen, die teilweise durch Empfehlungen und Beratungen durch Lehrkräfte forciert wird. Aus Sicht der befragten Schulakteure zeigen sich bei den Schülerinnen und Schülern Anzeichen einer Leistungs- und Kompetenzverbesserung.

Vor dem Hintergrund dieser Einschätzungen durch die Schulen werden im nächsten Schritt amtliche Schulstatistiken herangezogen und hinsichtlich veränderter Kennwerte in den Bereichen Rückstellungen und Schulübertritte analysiert. Hierbei steht im Mittelpunkt, diese von MAUS II intendierten Verbesserungen vor dem Hintergrund der schulisch gegebenen Eingangs- und Prozessvoraussetzungen zu betrachten. Dies ermöglicht den in der Bildungsforschung weithin anerkannten Ansatz der schulfairer Analyse.

Je höher der Bildungsgang ist, desto eher stimmen die Grundschulempfehlung und der Elternwunsch überein.

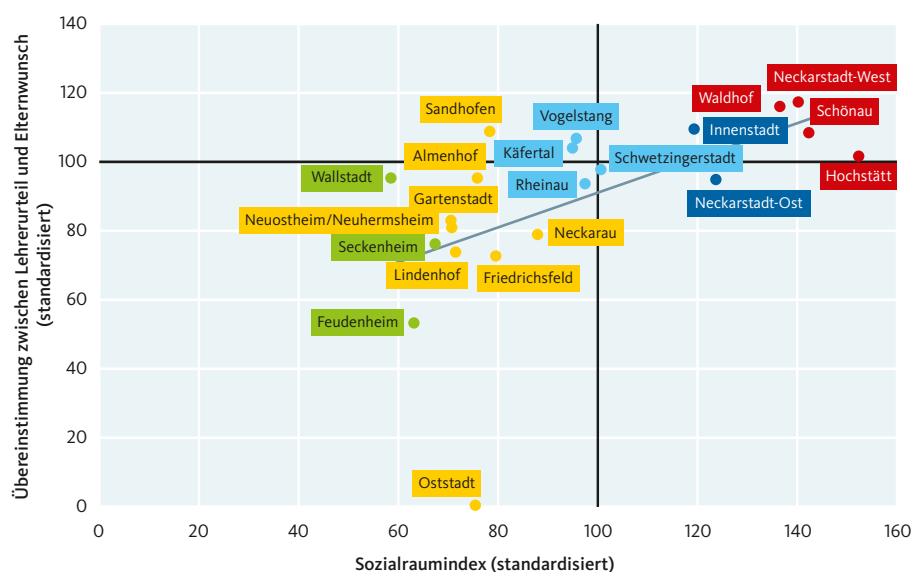
Grundschulübergangsquoten und Elternwille. Eine wichtige Rolle für die Übergänge in weiterführende Schulen spielen die Grundschulempfehlungen. Bis zum Schuljahr 2010/11 hatten Grundschulempfehlungen in Baden-Württemberg für Schüler/-innen und Eltern einen verbindlichen Charakter. Ab dem Schuljahr 2011/12 wurde die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft (vgl. Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften vom 08.12.2011). Die verbindliche Grundschulempfehlung ist besonders dann Anlass für Kritik und Unmut, wenn der Elternwunsch nicht mit der Grundschulempfehlung übereinstimmt. Bei einer Empfehlung zur Haupt-/Werkrealschule besteht die größte Diskrepanz zwischen dem Lehrerurteil und dem Elternwunsch. So sind knapp 20% der Eltern nicht mit dieser Grundschulempfehlung einverstanden und wünschen sich für ihr Kind einen höheren Bildungsgang. Je höher der angestrebte Bildungsgang ist, desto höher ist die Übereinstimmung zwischen der Lehrerempfehlung und dem Elternwunsch (Tab. C22web). So liegt die Übereinstimmung bei der Gymnasialempfehlung bei 94,00%, bei der Realschulempfehlung bei 89,98% und bei der Haupt-/Werkrealschulempfehlung bei 78,89%.

Ein Fünftel der Eltern von haupt- und werkrealschulempfohlenen Kindern sind nicht mit der Grundschulempfehlung einverstanden.

Bei den Übereinstimmungen zwischen Lehrerurteil und Elternwunsch kann ein sozialraumbezogener Unterschied festgestellt werden (Abb. C16; Tab. C22web). So zeigt sich generell der folgende Trend: Je höher die soziale Problemlage im Sozialraum ist, desto höher ist die Übereinstimmung bei der Haupt-/Werkrealschulempfehlung zwischen dem Lehrerurteil und dem Elternwunsch.^{M-C9} In der Abb. C16 wird wiederum mit standardisierten Prozentwerten gearbeitet. Diese ermöglichen

einen direkten Vergleich der Übereinstimmung des Lehrerurteils und des Elternwunsches in den unterschiedlichen Stadtteilen. Die 100% deuten auf eine stadtweit durchschnittliche Übereinstimmung zwischen Lehrern und Eltern hin. Ein Wert über 100% zeigt, dass die Übereinstimmung höher ist als im städtischen Mittelwert. So deutet der standardisierte Wert von 108,65% in Sandhofen darauf hin, dass in diesem Stadtteil die Übereinstimmung zwischen dem Lehrerurteil und dem Elternwunsch höher ist als stadtweit üblich. Wohingegen der standardisierte Wert von Neuostheim/Neuhermsheim mit 80,67% darauf hindeutet, dass die Eltern und die Lehrkräfte seltener als im städtischen Vergleich in der Empfehlung Haupt-/Werkrealschule übereinstimmen. Der Wert Null in der Übereinstimmung zwischen Lehrerurteil und dem Elternwunsch in der Oststadt erklärt sich dadurch, dass hier im Schuljahr 2010/11 kein Kind für den Besuch einer Haupt-/Werkrealschule empfohlen wurde.

Abb. C16 Zusammenhang zwischen dem Sozialraumindex und der Übereinstimmung zwischen Lehrerurteil und Elternwunsch bei der Haupt-/Werkrealschulempfehlung nach Stadtteilen für das Schuljahr 2010/11 (standardisierte %-Werte)^{M-C8}



Lesebeispiel: Der städtische Mittelwert bei der Übereinstimmung zwischen Lehrerurteil und Elternwunsch liegt bei 100%. Stadtteile, die über 100% liegen, weisen eine im Vergleich zum städtischen Durchschnitt höhere Übereinstimmung zwischen Lehrerurteil und Elternwunsch auf. Stadtteile, die unter 100% liegen, weisen eine im Vergleich zum städtischen Durchschnitt geringere Übereinstimmung zwischen dem Lehrerurteil und dem Elternwunsch auf. In Neuostheim/Neuhermsheim liegt die Übereinstimmung bei 80,67% und in Sandhofen bei 108,65%. Während stadtweit durchschnittlich 10 Eltern (entspricht dem standardisierten Wert von 100%) der Grundschulempfehlung Haupt-/Werkrealschule zustimmen, tun dies in Neuostheim/Neuhermsheim 8 Eltern und in Sandhofen 11 Eltern.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2011; eigene Berechnungen.

Exkurs: Elternbefragung zur Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung

Es stellt sich die Frage, ob mit der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung ab dem Schuljahr 2011/12 Bildungsungleichheiten ausgeglichen werden können. Aus wissenschaftlichen Abhandlungen kann entnommen werden, dass die unverbindliche Grundschulempfehlung dazu führt, dass sich bildungsferne Eltern häufiger für den Übergang auf eine Realschule entscheiden, auch wenn die Leistung ihres Kindes auf ein Gymnasium hindeutet (vgl. Dollmann, 2011). Umgekehrt konnte gezeigt werden, dass bildungsnahe Eltern bei einer unverbindlichen Grundschulempfehlung ihr Kind auch bei unterdurchschnittlichen Leistungen auf einem Gymnasium anmelden (vgl. Dollmann, 2011; Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“, 2011, S. 17). Aufgrund der vorhandenen wissenschaftlichen Befunde müsste der Zusammenhang zwischen dem Sozialraum und der Gymnasialübergangsquote durch die Aufhebung der verbindlichen Grundschulempfehlung noch verschärft werden.

Die Stadt Mannheim hat gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt Mannheim im März 2012 eine Elternbefragung durchgeführt, um die Auswirkung der Einführung des Elternwahlrechts zu erforschen. Diese Informationen sollen dazu genutzt werden, die bestehenden Schulangebote in Mannheim weiterzuentwickeln. Es wurden an allen Mannheimer Grundschulen die Eltern der Viertklässler/-innen zu ihrer Schulwahl befragt. Die Befragung war anonym, die Teilnahme freiwillig und der Datenschutz gewährleistet. Es sollte geklärt werden, ob bestimmte Bevölkerungsgruppen verstärkt vom Elternwahlrecht Gebrauch machen und welche Aspekte für Eltern bei der Schulwahl relevant sind.

Von 2.220 Viertklässlern nahmen 1.239 Eltern an der Elternbefragung teil (55,8%). 635 der befragten Eltern (51,3%) hatten einen hohen und sehr hohen Schulabschluss (Fachhochschulreife, Abitur und Hochschulabschluss). Darüber hinaus lag die Elternbeteiligung in Sozialraum 1 bei 79,4%, in Sozialraum 2 bei 53,5%, in Sozialraum 3 bei 46,2%, in Sozialraum 4 bei 39,8% und in Sozialraum 5 bei 52,6%. Hieraus wird ersichtlich, dass Eltern mit einem höheren Schulabschluss und aus Sozialraum 1 in der Befragung überrepräsentiert sind.

Die Elternbefragung konnte zeigen, dass 667 Schüler eine Gymnasialempfehlung (53,8%), 313 eine Realschulempfehlung (25,3%) und 211 eine Haupt-/Werkrealschulempfehlung (17,0%) erhielten. 48 der befragten Eltern (3,9%) machten zur Grundschulempfehlung keine Angabe. Je höher der Schulabschluss der Eltern ist, desto höher ist die empfohlene Schulart. Kinder ohne Migrationshintergrund erhalten häufiger eine Empfehlung auf eine höhere Schulart als Kinder mit Migrationshintergrund. Die aufgestellte These, dass Eltern mit einem höheren Schulabschluss ihr Kind an einer höheren Schulart anmelden, auch entgegen der Grundschulempfehlung, kann für Mannheim mit dieser Befragung nicht bestätigt werden. Von 130 Eltern haben 38 die Grundschulempfehlung unterboten (29,2%) und 92 haben sie überboten (70,8%). Diese 130 Eltern, die für ihr Kind eine höhere bzw. eine niedrigere Schulart als die empfohlene wählen, unterscheiden sich nicht in ihrem Schulabschluss.

Abb. C17
**Anmeldung des Kindes nach Abschaffung der verbindlichen
 Grundschulempfehlung in Mannheim im Schuljahr 2011/2012**

Anmeldung des Kindes						
Grundschulempfehlung		Haupt-/Werk- realschule	Realschule	Gymnasium	IGMH	Summe
	Haupt-/Werk- realschule	57 (33,3%)	52 (30,4%)	2 (1,2%)	60 (35,1%)	171
	Realschule	3 (1,0%)	176 (58,9%)	39 (13,0%)	81 (27,1%)	299
	Gymnasium	1 (0,2%)	36 (5,5%)	573 (88,3%)	39 (6,0%)	649
	Summe	61	264	614	180	1119

Quelle: Fachbereich Bildung; Elternbefragung 2012

C2.2

Durchgangsquoten

Nach dem Wechsel auf eine weiterführende Schule stellt sich für Eltern und Schüler/-innen die Frage, ob die gewählte Schulart die passende ist. Eine Auswertung der „Durchgangsquoten“ lässt erkennen, wie hoch die Schülerfluktuation innerhalb einzelner Jahrgangsstufen ist. Sie gibt ein Größenverhältnis zwischen der Eingangs- und Abschlussklasse an. Somit kann die Durchgangsquote Aufschluss darüber geben, inwieweit die einzelnen Schulen in der Lage sind, ihre Schüler/-innen zum Abschluss der jeweiligen Schulart zu führen. In Abb. C18 (Tab. C23web) sind die Durchgangsquoten der Mannheimer Schulen anhand der Entwicklung von vier Schuljahren beschrieben. Offen bleibt, inwieweit bei einer verbesserten Durchgangsquote die Aktivitäten der Schulen, der Eltern (beispielsweise in Form intensiver Nachhilfe), der Kommune (Unterstützungssysteme) dazu beigetragen haben. Ein sicherlich interessantes Untersuchungsthema wäre beispielsweise auch unter dem Aspekt der Chancengleichheit der große Markt privater Nachhilfe und sein Einfluss auf Bildungsergebnisse.

7% bis 9% der Erstklässler erreichen nicht die 4. Klasse.

Die Durchgangsquoten an den Grundschulen unterscheiden sich nicht sozialraumtypisch.

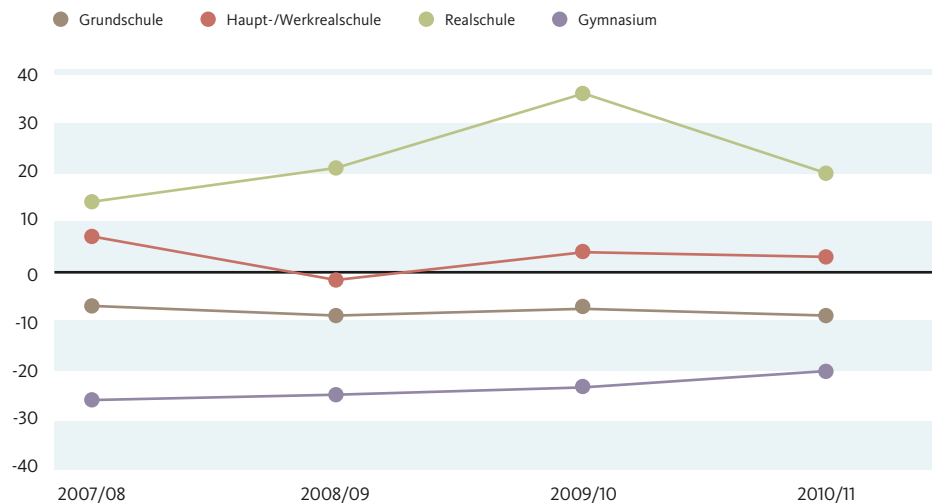
Seit dem Schuljahr 2009/10 besuchen zwei Drittel der Schüler an den Haupt-/Werkrealschulen die 10. Klassenstufe.

Die Realschulen zeichnen sich durch einen stark aufnehmenden Charakter aus.

Grundschulen. An den Grundschulen bleibt der zahlenmäßige Rückgang zwischen 179 und 257 Schülern (7% und 9%) aus den Eingangsklassen, die nicht die 4. Klasse erreichen, zum 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010 unverändert. Dieses Niveau entspricht in etwa einer kleinen Grundschule. Allerdings ist kein Zusammenhang zwischen dem Sozialraum und den Durchgangsquoten feststellbar. Mögliche Erklärungen für die abnehmende Schülerschaft sind der Wegzug von Familien und die Abgabe der Schüler/-innen an andere Schularten (z. B. Waldorfschulen und Sonderschulen).

Haupt-/Werkrealschulen. Die Durchgangsquoten an den Haupt-/Werkrealschulen sind leicht schwankend. Im Zuge der Einführung der Werkrealschule in Mannheim ist perspektivisch davon auszugehen, dass sich der Übergang von der 9. in die 10. Jahrgangsstufe weiterhin erhöhen wird. So geht das Land Baden-Württemberg davon aus, dass zwei von drei der Haupt-/Werkrealschüler/-innen von der 9. in die 10. Jahrgangsstufe wechseln werden. Vorläufige Anmeldezahlen für das Schuljahr 2012/13 weisen auf eine erhöhte Übertrittsquote in Klasse 10 von rund 70% hin.

Realschulen. Die Realschulen zeichnen sich durch einen stark aufnehmenden Charakter aus. So sind zwischen 14% (90 Schüler) und 36% (199 Schüler) mehr Schüler/-innen in der 10. Klasse anzutreffen, als in der Eingangsklasse zu verzeichnen waren.

Abb. C18 Verhältnis der Eingangs- zur Abschlussklasse nach Schulart und Schuljahr^{M-C10} an öffentlichen Mannheimer Schulen (in %)


Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2011; eigene Berechnungen.

Während 2007/08 noch ein Viertel der Schüler an öffentlichen Gymnasien „verloren gingen“, sind dies 2010/11 nur noch ein Fünftel der Schüler.

Die Gymnasialdurchgangsquoten an der IGMH sind mit denen an den öffentlichen Gymnasien vergleichbar.

Die privaten Gymnasien nehmen in der Sekundarstufe I bis zu einem Achtel mehr Schüler auf.

Von der 5. bis zur 12./13. Klassenstufe verlieren die privaten Gymnasien nur zwischen 3% und 6% der Schüler.

Gymnasien. Die Durchgangsquoten der Gymnasien stiegen in den betrachteten Schuljahren kontinuierlich an. Der Schülerverlust beträgt am Gymnasium im Schuljahr 2010/11 allerdings immer noch 20% (190 Schüler). Es ist davon auszugehen, dass die an den öffentlichen Gymnasien verloren gegangenen Schüler/-innen in der Sekundarstufe I von den Realschulen aufgenommen werden (vgl. Kennzahl „Schulartwechselquote“) oder auf private Schularten (insbesondere private Gymnasien) ausweichen. Darüber hinaus besteht nach der Sekundarstufe I für Gymnasiasten zusätzlich die Möglichkeit, an ein berufliches Gymnasium (z. B. 3-jähriges berufliches Gymnasium; siehe Kapitel D) auszuweichen, um das Abitur zu erlangen. An beruflichen Gymnasien befinden sich jedoch nur zwischen 32 Schüler (8,5% im Schuljahr 2005/06) und 61 Schüler (12,4% im Schuljahr 2010/11), die nach der Sekundarstufe I von einem allgemeinbildenden an ein berufliches Mannheimer Gymnasium wechseln (vgl. Kapitel D2.2).

IGMH. Aus den schuleigenen Statistiken der Integrierten Gesamtschule Mannheim Herzogenried (IGMH) der Schuljahre 2002/03 bis 2009/10 geht hervor, dass in der überwiegenden Zahl ein höherer Bildungsabschluss erzielt wird. So erreichen 5% der hauptschulempfohlenen Schüler, 20% der realschulempfohlenen Schüler und 70% der gymnasialempfohlenen Schüler das Abitur. Der durchschnittliche Schülerrückgang bis zum Abitur an der IGMH entspricht dem an einem öffentlichen allgemeinbildenden Gymnasium.

Private Gymnasien. Die privaten Gymnasien nehmen in der Sekundarstufe I (5. bis zur 10. Klassenstufe) zwischen 1% und 13% Schüler auf. Dies entspricht zwischen 6 und 36 Schüler. Zwischen 8 und 14 Schüler aus der 5. Jahrgangsstufe kommen nicht in der Abschlussklasse an. Dies entspricht einem Schülerverlust von 3% bis 6%. Damit weisen die privaten allgemeinbildenden Gymnasien in Mannheim eine höhere Durchgangsquote als die öffentlichen Schulen auf.

Exkurs: Hausaufgabenhilfe International

Die Hausaufgabenhilfe bietet vor allem Kindern mit Migrationshintergrund die Möglichkeit, unter Anleitung die Hausaufgaben zu bearbeiten, nicht verstandene Lerninhalte durch individuelle Hilfestellung zu klären und richtig anzuwenden. Sie ist dann besonders wichtig, wenn elterliche Hilfe nicht oder nur bedingt möglich ist. Neben der konkreten Hilfe beim Erstellen der Hausaufgaben steht die Verbesserung von sprachlichen und sozialen Fähigkeiten im Mittelpunkt.

Die Hausaufgabenhilfe findet in verschiedenen Grund- und Hauptschulen und anderen Einrichtungen in Mannheim statt. 1- bis 4-mal pro Woche erhalten die Schüler/-innen für etwa 2 Stunden Unterstützung in Gruppen von 5 bis 8 Schülern.

Die Hausaufgabenhilfe wird am Nachmittag (nach dem Unterricht) von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angeboten, die für ihre Arbeit eine Aufwandsentschädigung erhalten. Ziel der Hausaufgabenhilfe ist es, in allen Schulen, in denen es Bedarf gibt, Gruppen einzurichten. Die Finanzierung erfolgt in etwa hälftig über Landesmittel sowie über einen städtischen Zuschuss (ca. 250.000 Euro in Summe). Im Schuljahr 2009/10 profitierten 900 Kinder in 18 Schulen und bei 7 Kooperationspartnern (Stadtteilbibliothek, Stadtteilzentren etc.) in Mannheim von diesem Angebot, im Schuljahr 2010/11 etwa 1.000 Kinder in 18 Schulen und bei 5 Kooperationspartnern.

Exkurs: Sprachförderung im Rahmen des Heinrich-Vetter-Grundschulprojektes

Das Projekt wurde 2005 mit Mitteln der Heinrich-Vetter-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Universität Mannheim und dem Institut für deutsche Sprache konzipiert. Nach Ende der 3-jährigen Projektlaufzeit wurde es in das kommunale Regelangebot übernommen und wird von der Stadt Mannheim finanziert. Es bietet Sprachförderung in Deutsch für Kinder mit noch vorhandenem diagnostiziertem Sprachförderbedarf in der ersten Klasse der Grundschule und begleitend den Einsatz von Elternbegleiterinnen, die die Eltern der Sprachförderkinder in den Förderprozess einbeziehen sollen.

Die Kinder der ersten Klassen werden in kleinen Gruppen von max. 6 Schülern von geschulten Studierenden der Universität Mannheim an 2–3 Nachmittagen in der Woche unterrichtet. Die Studierenden werden von der Universität für ihre Aufgabe vorbereitet und während ihrer Tätigkeit gecoacht. Ziel der Förderung ist es, die Kinder auf ein altersgerechtes Sprachniveau in Deutsch zu bringen.

Im Schuljahr 2009/10 profitierten 342 Kinder in 57 Gruppen an 10 Grundschulen von dem Angebot, im Schuljahr 2010/11 waren es 294 Kinder in 49 Gruppen an 9 Grundschulen. An jeder der teilnehmenden Grundschulen arbeiten 2 Elternbegleiterinnen, die für die Eltern der Förderkinder Treffen und Fortbildungen organisieren.

C2.3

Schulartwechselquote in der Sekundarstufe I

Die Kennzahl „Schulartwechselquote in der Sekundarstufe I“ beschreibt, wie oft von Schulartwechsel zwischen der 5. und 10. Jahrgangsstufe Gebrauch gemacht wird. Um die Durchlässigkeit des Schulsystems zu erhöhen, sollte ein Gleichgewicht zwischen Auf- und Abstiegen vorhanden sein. Gleichzeitig sollten von Schulartwechsel wenige Schüler/-innen betroffen sein.

Der Anteil der Schüler/-innen, die ihre Schulartwahl durch einen Wechsel korrigieren, ist rückläufig.

Von Schulartwechsel in der Sekundarstufe I ist in Mannheim nur eine kleine Gruppe von Schülerinnen und Schülern betroffen. Zwischen 2004/05 und 2010/11 haben nur zwischen 116 und 221 Schüler ihre eingeschlagene Schullaufbahn durch einen Schulartwechsel in der Sekundarstufe I korrigiert. Dies entspricht, gemessen an der Gesamtzahl der Schüler/-innen in den Klassenstufen 5 bis 10 im jeweiligen Schuljahr, einem Anteil zwischen 0,9% und 1,6%. Im Schuljahr 2009/10 erreichten die Schulartwechsel in Mannheim mit 0,9% ihren niedrigsten Wert der letzten sieben Jahre. Die Werte schwanken von Jahr zu Jahr, so dass keine signifikante Entwicklung konstatiert werden kann, allenfalls eine leicht rückläufige Tendenz. Die Schulartwechselquoten des Landes Baden-Württemberg sind mit denen von Mannheim vergleichbar. So beträgt die Schulartwechselquote an Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien in Baden-Württemberg 0,87% im Schuljahr 2010/11.

Vorwiegend finden Schulartwechsel zwischen der nächst höheren bzw. der nächst niedrigeren Schulart statt. Schulartwechsel, in denen eine Schulart übersprungen wird (z. B. von der Haupt-/Werkrealschule ans Gymnasium oder umgekehrt), kommen faktisch in Mannheim nicht vor. In Mannheim ist, ebenfalls dem Landestrend folgend, der Schulartwechsel in eine niedrigere Schulart wesentlich häufiger anzutreffen als der in eine höhere Schulart. So kommen bis zum Schuljahr 2009/10 auf einen Schüler, der auf eine höhere Schulart wechselt, drei bzw. vier Schüler, die auf eine niedrigere Schulart übergehen. Im Schuljahr 2010/11 wechseln 59 Schüler (45%) auf eine höhere Schulart, während 72 Schüler (55%) auf eine niedrigere Schulart wechseln. Damit findet im Schuljahr 2010/11 erstmals eine Annäherung zwischen den Auf- und Abstiegen im allgemeinbildenden Schulsystem statt (Abb. C19; Tab. C24^{web}).

Erstmals eine Annäherung der Auf- und Abstiege im Schuljahr 2010/11.

Abb. C19 Auf- und Abstiege gemessen an allen Schulartwechsellern an öffentlichen Mannheimer Schulen (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2011; eigene Berechnungen.

Seit dem Schuljahr 2009/10 nehmen die Aufstiege von der Realschule auf die Gymnasien leicht zu.

Die Auf- und Abstiege zwischen der Haupt-/Werkrealschule und der Realschule sind annähernd gleich. Dagegen zeichnet sich das Verhältnis von Auf- und Abstiegen zwischen der Realschule und den Gymnasien größtenteils durch Abstiege aus. Seit dem Schuljahr 2009/10 wechseln zwischen 1 und 12 Schüler von den Realschulen auch auf ein Gymnasium. Dies entspricht einem Anteil von 0,7% und 9,2% aller Schulartwechsel in den Schuljahren von 2004/05 bis 2010/11. Die Wechsel der letzten zwei Jahre von einer Realschule zu einem Gymnasium könnten ein erstes Indiz dafür sein, dass sich die Durchlässigkeit für Aufstiege von der Realschule auf das Gymnasium erhöht. Nach Aufhebung der verbindlichen Grundschulempfehlung wird die Kennzahl „Schulartwechselquote“ eine neue Bedeutung erhalten, deren Entwicklung weiterhin beobachtet werden sollte.

Exkurs: Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets im Fachbereich Bildung

Im Februar 2011 wurde das Gesetz für das „Bildungs- und Teilhabepaket“ von Bundestag und Bundesrat rückwirkend zum 1. Januar 2011 beschlossen, nachdem die Bundesregierung vom Bundesverfassungsgericht ein Jahr zuvor dazu aufgefordert worden war, Bildung und Teilhabe als existenzielle Grundleistung für jedes Kind und jeden Jugendlichen sicherzustellen.

Wer wird gefördert?

Anspruchsberechtigt für die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets sind rund 17.000 Kinder und Jugendliche in Mannheim ab 0 Jahren, deren Eltern Leistungen nach SGB II (zweites Sozialgesetzbuch, Grundsicherung für Arbeitsuchende) oder SGB XII (zwölftes Sozialgesetzbuch, Sozialhilfe), Kindergeldzuschlag, Wohngeld oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz analog zum SGB XII beziehen. Die neuen Leistungen für Bildung und Teilhabe wurden vom Gesetzgeber im Wesentlichen als Sachleistung mit Individualanspruch konzipiert, damit sie so dem anspruchsberechtigten Personenkreis direkt zugutekommen. Nahezu alle Leistungen wurden als Antragsleistung ausgestaltet. Diese gesetzliche Konstruktion führt bei der Umsetzung aufgrund des hohen administrativen Aufwands im Verhältnis zum Nutzen wiederkehrend zu Problemen. Lediglich das Schulbedarfspaket wird im Bereich SGB II und SGB XII von Amts wegen, ohne gesonderten Antrag, direkt an die Leistungsberechtigten ausgezahlt.

Was wird gefördert

Das „Bildungspaket“ für Schüler/-innen unter 25 Jahren und für Kinder in Kindertageseinrichtungen umfasst eintägige Ausflüge und mehrtägige Klassenfahrten, das Schulbedarfspaket von 100 Euro jährlich, Leistungen zur Schülerbeförderung (bisher ohne Eigenanteil), Bezuschussung von Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten (befristet bis 2013), Schulen und Horten an Schulen mit einem Eigenanteil von je 1 Euro sowie eine die schulischen Angebote ergänzende und angemessene Lernförderung, um die wesentlichen Lernziele, i. d. R. die Versetzung, zu erreichen.

Für die „Teilhabe“ am sozialen und kulturellen Leben im Sportverein, im Musikunterricht, bei Ferienfreizeiten u. v. m. erhalten Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren ein Budget von jeweils 10 Euro monatlich bzw. 120 Euro jährlich.

Wie ist die Resonanz in Mannheim?

Bis 01.03.2012 wurden rund 1.600 Anträge zur **Lernförderung** gestellt, die vom Gesetzgeber als Antragsleistung ausgestaltet wurden. Um möglichst viele Kinder und Jugendliche insbesondere in den Sozialräumen 4 und 5 zu erreichen, initiierten der Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren und der Fachbereich Bildung eine kooperative Implementierung wohnortnaher Lernförderangebote durch externe Partner direkt an der Schule. 22 Schulen

(24,4%) im ganzen Stadtgebiet beteiligen sich inzwischen an der koordinierten Lernförderung. Die bislang vorliegenden Erfahrungen zeigen, dass bildungsferne Eltern seltener die erforderlichen Anträge stellen, auch wenn ihre Kinder einen entsprechenden Bedarf haben. Da den Schulen keine Informationen über die Antragsberechtigung vorliegen, können diese Familien auch nur bedingt bei der Antragstellung unterstützt werden.

Da sowohl die **Mittagsverpflegung** an Schulen, Schulhorten und Kindertagesstätten sowie die **Schülerbeförderungskosten** für Schulwege ab 3 km Länge bisher von der Stadt Mannheim bezuschusst wurden, mussten die geltenden Gebührensatzungen entsprechend angepasst werden.

Nach Inkrafttreten der erforderlichen Änderungen bewilligte die gemeinsame Anlaufstelle des Fachbereichs Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren und des Jobcenters seit 1. Januar 2012 insgesamt 3.470 BuT-Anträge zur Mittagsverpflegung und 1.627 Anträge auf Zuschuss zur Schülerbeförderung. Für das gesamte Leistungsspektrum wurden bis 01.03.2012 von rund 7.700 Kindern für 14.817 Leistungen entsprechende Anträge gestellt.

C3

Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen und der Verbleib der Schüler/-innen

Der Schulabschluss ist gleichzusetzen mit einer Weichenstellung, die den weiteren Bildungsweg eines Jugendlichen maßgeblich bestimmt. So kann die Kennzahl „Schulabgangsquote an allgemeinbildenden Schulen“ den Output des Bildungssystems verdeutlichen (Kapitel C3.1). Die Schulabgangsquote wird im Vergleich zum Land Baden-Württemberg dargestellt. Des Weiteren besteht in Mannheim die Möglichkeit, über Verbleibsstatistiken (anonymisierte Individualdaten) zu eruieren, welchen Bildungsweg die Schüler/-innen nach dem Verlassen der Förderschule bzw. der Haupt-/Werkrealschule oder dem alten Modell der Werkrealschule einschlagen. Der Verbleib der Förderschüler/-innen wird vom Förderband e. V. erhoben (Kapitel C3.2), der Verbleib der Hauptschüler/-innen (Kapitel C3.3) und der Werkrealschüler/-innen (Kapitel C3.4) vom Interkulturellen Bildungszentrum Mannheim (ikubiz gGmbH). Diese Daten können allerdings aufgrund der Datenerhebungsmethode (z. B. kein einheitlicher Stichtag) nur näherungsweise einen ersten Einblick über die Entwicklungen vor Ort bieten.

C3.1

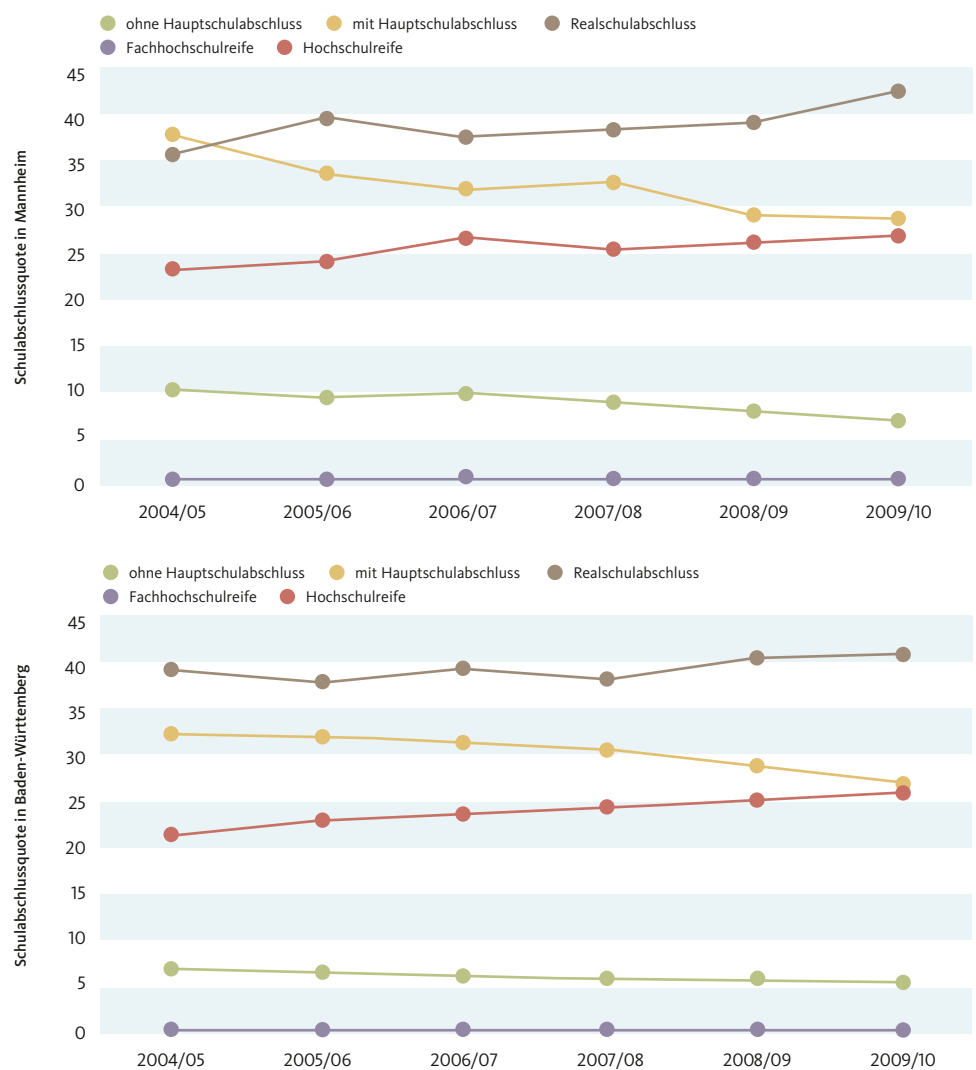
Schulabschlüsse

Eine steigende Zahl formal höherer Bildungsabschlüsse bedeutet für die Wohnbevölkerung insgesamt einen steigenden Bildungsstandard. Jugendlichen bieten hohe Bildungsabschlüsse tendenziell bessere Zukunftschancen und einen gelingenden Übergang in das Berufsleben. Um zu überprüfen, ob im Zeitverlauf mehr höhere Bildungsabschlüsse erzielt werden, wird die Kennzahl „Schulabschlussquoten an allgemeinbildenden Schulen“ herangezogen. Diese Kennzahl setzt sich zusammen aus den Schülerinnen und Schülern, die im jeweiligen Schuljahr von der allgemeinbildenden Schule abgegangen sind, gemessen an allen Jugendlichen in der jeweils für den Schulabschluss typischen Altersgruppe. So wird die Anzahl der Mannheimer Abiturienten ins Verhältnis zu allen Mannheimer Jugendlichen im Alter zwischen 18 bis unter 21 Jahren gesetzt.^{M-C11} Der Anteil der Schüler/-innen mit Mittlerer Reife wird ins Verhältnis zu allen Mannheimer Jugendlichen im Alter zwischen 16 bis unter 18 Jahren und der Anteil der Schüler/-innen ohne und mit Hauptschulabschluss ins Verhältnis zu allen Mannheimer Jugendlichen im Alter zwischen 15 bis unter 17 Jahren gesetzt.

**Die meisten
Schulabgänger/-innen
haben die Mittlere Reife
erworben.**

Wie die nachstehende Abb. C20 (Tab. C25^{web}) aufzeigt, lassen sich im Vergleich zwischen Mannheim und Baden-Württemberg Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede feststellen: Ein Trend hin zu formal höheren Bildungsabschlüssen zeigen die steigenden Realschulabschlüsse und Hochschulreife. Die Mittlere Reife ist der am häufigsten erzielte Abschluss. Im Schuljahr 2009/10 verlassen in Mannheim 42,5% der Schüler/-innen mit einem Realschulabschluss die Schule (Baden-Württemberg: 40,7%). 28,8% erwerben einen Hauptschulabschluss (Baden-Württemberg: 27,0%) und 26,9% eine Hochschulreife (Baden-Württemberg: 25,9%). 6,6% gehen aus dem allgemeinbildenden Schulsystem ohne einen Hauptschulabschluss ab (Baden-Württemberg: 5,3%). Der Anteil der Schüler/-innen mit Fachhochschulreife liegt bei 0,4% (Baden-Württemberg: 0,2%).

Abb. C20 Schulabschlussquoten an allgemeinbildenden Schulen in Mannheim und Baden-Württemberg (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2011; eigene Berechnungen.

Bildungsungleichheiten nach Migrationshintergrund und Geschlecht bestehen weiterhin.

Der geringe Anteil der Schüler/-innen mit Fachhochschulreife kommt dadurch zustande, dass im allgemeinbildenden Schulsystem dieser Abschluss nur an der Waldorfschule erworben werden kann. Um den Trend hin zu formal höheren Bildungsabschlüssen nach unterschiedlichen Zielgruppen beurteilen zu können, werden im Folgenden die Abschlussquoten der einzelnen Schularten jeweils nach Geschlecht und Migrationshintergrund der Schüler/-innen ausgewertet.

Es gibt weiterhin Bildungsungleichheiten nach Migrationshintergrund und Geschlecht. Obwohl Jugendliche mit Migrationshintergrund im Zeitverlauf immer höhere Schulabschlüsse erwerben, verkleinert sich der Abstand zu den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund nicht bzw. nur geringfügig (vgl. Tab. C26web, Tab. C27web). Bildlich gesprochen bedeutet dies: Alle Bildungsteilnehmer/-innen sind mit dem Fahrstuhl eine Etage höher gefahren, ohne sich untereinander wesentlich anzunähern.

Der nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2010“ schreibt zu den Bildungsdisparitäten zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund, dass diese die Ursachen u. a. von ungleich erworbenen Kompetenzen sind (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2010, S. 91f.).

Der Trend zum Erwerb höherer Schulabschlüsse wird auch von den Jugendlichen mit Migrationshintergrund mitgetragen.

Schüler/-innen mit und ohne Hauptschulabschluss. Im Schuljahr 2009/10 verlassen 110 Jungen und 69 Mädchen die Schule ohne einen Hauptschulabschluss. Mit einem Hauptschulabschluss gehen 448 Jungen und 339 Mädchen ab. Im Verhältnis zu den 15- bis unter 17-Jährigen sind die Jungen im Vergleich zu den Mädchen deutlich überrepräsentiert, wenn es darum geht, die Schule mit bzw. ohne einen Hauptschulabschluss zu verlassen. Der analoge Sachverhalt gilt für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund. 110 Jugendliche ohne Migrationshintergrund und 69 Jugendliche mit Migrationshintergrund verlassen die Schule ohne einen Hauptschulabschluss. Mit Hauptschulabschluss tun dies 476 Schüler ohne Migrationshintergrund und 311 Schüler mit Migrationshintergrund. Im Verhältnis zu den 15- bis unter 17-Jährigen sind auch hier die Jugendlichen mit Migrationshintergrund (8,3% ohne und 37,6% mit Hauptschulabschluss) im Vergleich zu den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (5,8% ohne und 25,0% mit Hauptschulabschluss) deutlich überrepräsentiert. Folglich gehen jeder vierte Jugendliche ohne Migrationshintergrund und etwas mehr als ein Drittel der Jugendlichen mit Migrationshintergrund von der Schule mit einem Hauptschulabschluss ab. Aus der Entwicklung der Schulabschlussquoten wird deutlich, dass in Mannheim der Trend zu höheren Schulabschlüssen auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund zutreffend zu sein scheint. So ist die Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die mit einem Hauptschulabschluss die Schule verlassen, rückläufig (2004/05: 52,1% → 2009/10: 37,6%). Landesweit ist der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund mit einem Hauptschulabschluss von ca. 55,0% im Zeitverlauf weiterhin höher.

Schüler/-innen mit Realschulabschluss. In Mannheim erwerben in den vergangenen Jahren in etwa gleich viele Jungen wie Mädchen den Realschulabschluss (beide Geschlechter 2009/10: 42,5%). In Baden-Württemberg erreichen leicht mehr Mädchen als Jungen den Realschulabschluss (2009/10: 39,7% der Jungen und 41,9% der Mädchen). Sowohl in Mannheim als auch in Baden-Württemberg absolvieren mehr Jugendliche ohne Migrationshintergrund als Jugendliche mit Migrationshintergrund die Mittlere Reife. So erwerben beispielsweise im Schuljahr 2009/10 in Mannheim 900 Jugendliche ohne Migrationshintergrund (45,7%) und 288 Jugendliche mit Migrationshintergrund (34,8%) einen mittleren Abschluss. Im Zeitverlauf erhöht sich in Mannheim die Zahl der Schüler/-innen mit Realschulabschluss sowohl bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund als auch bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Die Differenz zwischen beiden Schülergruppen beträgt im Schuljahr 2004/05 noch 13,1%, im Schuljahr 2009/10 dagegen nur noch 10,9%. Dies deutet auf eine Annäherung zwischen den beiden Schülergruppen hin. Dagegen nähern sich in Baden-Württemberg die beiden Gruppen beim Erwerb der Mittleren Reife an. Die Abschlussquoten der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund bleiben relativ stabil, während es die Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg vermehrt schaffen, die Schule mit einem mittleren Abschluss abzuschließen.

Bei Jugendlichen zwischen 18 bis unter 21 Jahren erwerben 35,5% ohne Migrationshintergrund und 4,5% mit Migrationshintergrund das Abitur.

Von 100 Hochschulzugangsberechtigten kommen 47 aus allgemeinbildenden und 53 aus beruflichen Schulen.

Schüler/-innen mit Hochschulreife. Der Anteil der Schüler/-innen mit Hochschulreife steigt stetig an. In Baden-Württemberg absolvieren durchschnittlich mehr Mädchen als Jungen das Abitur. So erwerben im Schuljahr 2009/10 mit 29,2% mehr Mädchen das Abitur als Jungen (22,8%). In Mannheim ist dieser Unterschied nicht so deutlich zu erkennen. Im Schuljahr 2009/10 erwarben 26,7% der Jungen und 27,0% der Mädchen zwischen 18 bis unter 21 Jahren das Abitur. Die größten Unterschiede nach Migrationshintergrund in den Schulabschlussquoten gibt es bei der Hochschulreife. Jugendliche mit Migrationshintergrund und Jugendliche ohne Migrationshintergrund absolvieren verstärkt das Abitur. Die Schulabschlussquoten beider Gruppen behalten jedoch in etwa die gleiche Differenz zueinander. So beträgt im Schuljahr 2009/10 in Mannheim der Anteil der Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund mit Abitur 35,5% und der der Schüler/-innen mit Migrationshintergrund 4,5%. Dies bedeutet, dass auf einen Jugendlichen mit Migrationshintergrund 7 Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund kommen, die das Abitur absolvieren.

Ein nicht unerheblicher Anteil von jungen Menschen erwirbt die Hochschulreife an den beruflichen Schulen (vgl. Kapitel D2.2). Von 100 Hochschulzugangsberechtigten in Mannheim kommen im Schuljahr 2010/11 ca. 47 aus dem allgemeinbildenden und 53 aus dem berufsbildenden Schulsystem (vgl. Exkurs Kapitel D2.2).

Exkurs: Zweiter Bildungsweg, Mannheimer Abendakademie und Volkshochschule GmbH und Abendschulen Mannheim GmbH

Die Angebote zum Zweiten Bildungsweg der Mannheimer Abendakademie und Volkshochschule GmbH bieten Menschen, die aus persönlichen, sozialen oder politischen Gründen einen Schulabschluss nicht erwerben konnten oder erworben haben, in der Regel im frühen Erwachsenenalter die Möglichkeit, diesen nachzuholen (vgl. Tab. C28web).

Im Schuljahr 2010/11 waren am Abendgymnasium in vier Jahrgangsstufen und acht Klassen 175 Teilnehmer eingeschrieben. An der Abiturprüfung haben 23 Teilnehmer, ca. 50% eines Jahrgangs, teilgenommen, von diesen haben 21 bestanden. Dies ergab eine Bestehensquote von 91%. Die Analyse der Altersgruppen zeigt, dass ein Teilnehmer/eine Teilnehmerin unter 18 Jahren alt war, 73 Teilnehmer waren unter 25 Jahre, 84 Teilnehmer waren unter 35 Jahre und 17 Teilnehmer über 35 Jahre alt.

Die Abendrealschule wurde im Schuljahr 2010/11 von 114 Teilnehmern besucht. Es werden jährlich je zwei Klassen auf zwei Klassenstufen und ein Vorkurs – also fünf Klassen insgesamt – durchgeführt. An der Abschlussprüfung haben 30 Teilnehmer teilgenommen, davon haben 21, also 70% bestanden. Die Altersstruktur zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der 114 Teilnehmer im Schuljahr 2010/11 unter 25 Jahre alt war. Lediglich 8 Teilnehmende waren unter 18 Jahre, 82 waren unter 25 Jahre und 2 waren über 35 Jahre alt.

Die Tageskurse zur Vorbereitung auf die Realschulabschlussprüfung für Schulfremde sind eine Neugründung der Abendakademie aus dem Jahr 2004. Die Idee war, dass man Hauptschülern, die einen guten Hauptschulabschluss hatten, eine Möglichkeit bieten wollte, in Tagesform einen mittleren Bildungsabschluss zu erwerben. Dieses Angebot stieß seit Bestehen auf einen überraschend großen Bedarf und wird gut angenommen. Die Abendakademie bietet inzwischen fünf Tagesrealschulkurse mit zwei Klassenstufen an. 2010/11 haben 38 Teilnehmer an der Prüfung teilgenommen; 18 haben bestanden. Diese relativ niedrige Quote entstand dadurch, dass sich Teilnehmer/-innen direkt beim Schulamt zur Prüfung angemeldet haben, trotz der Empfehlung, nicht an der Prüfung teilzunehmen.

Eine signifikant hohe Gruppe war unter 20 Jahre (82; 73%) und 27 Teilnehmer waren unter 30 Jahre (23%) alt. Lediglich 3 Teilnehmer waren über dreißig. Diese Altersverteilung spricht dafür, dass ein nicht unerheblicher Teil junger Menschen mit Hauptschulabschluss den Wunsch und die Motivation hat, einen höheren Bildungsabschluss möglichst zügig zu erwerben. Bei 72 Teilnehmern (63%) kann von einem Migrationshintergrund ausgegangen werden. Diese relativ hohe Quote zeigt, dass in dieser Bevölkerungsgruppe der „Nachholbedarf“ hoch ist.

Ein weiteres Angebot stellen die Schulfremdenprüfungen dar: Im Schuljahr 2010/11 wurden zwei Tageshauptschulklassen und eine Abendhauptschulklasse zur Vorbereitung auf die Hauptschulabschlussprüfung für Schulfremde durchgeführt. Diese wurden von 49 Teilnehmern besucht, wovon 40,8% erfolgreich die Hauptschulabschlussprüfung bestanden haben.

C3.2

Anteil der Förderschüler/-innen ist rückläufig.

Verbleib der Förderschüler/-innen

Der Anteil der Schüler/-innen mit Förderschulabschluss ist in den letzten Schuljahren rückläufig (vgl. Kapitel C1.3; Abb. C8). Während im Schuljahr 2004/05 144 Schüler die Förderschule verließen, waren dies im Schuljahr 2010/11 101 Schüler. Dies entspricht einem Schülerrückgang von 30%. Die Schüler mit Förderschulabschluss setzten sich im Schuljahr 2010/11 zusammen aus 51 Jungen (50,5%) und 50 Mädchen (49,5%). 60 Jugendliche ohne Migrationshintergrund (59,4%) und 41 Jugendliche mit Migrationshintergrund (40,6%) haben einen Förderschulabschluss absolviert. Damit schließen Jugendliche mit Migrationshintergrund im Vergleich zu ihrer Altersgruppe überproportional häufig mit einem Förderschulabschluss die Schule ab (vgl. Kapitel C1.3). Wie bereits im 1. Mannheimer Bildungsbericht dargestellt, treten jährlich zwischen 91% und 96% der Schulabgänger/-innen nach der Förderschule in eine berufsvorbereitende Schule ein.

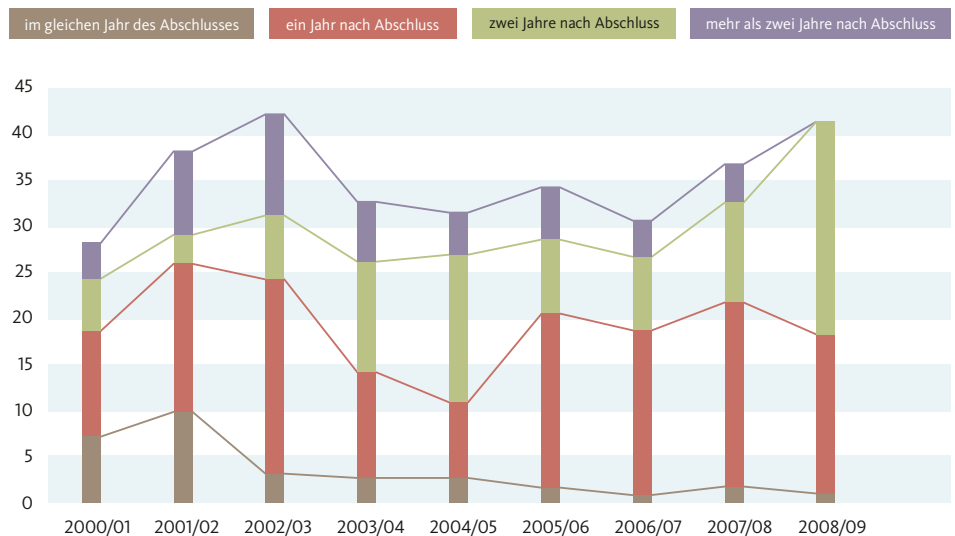
Mit einem Förderschulabschluss ist ein direkter Einstieg in Ausbildung heute kaum noch möglich.

Nach Abschluss der 9. Klasse einer Förderschule und dem Bestehen des Förderschulabschlusses ist ein direkter Einstieg in Ausbildung heute kaum noch möglich. Diese Aussage belegt die Abb. C21 (Tab. C29web), in der der Ausbildungsstart ehemaliger Förderschüler/-innen nach Beendigung ihrer Schulzeit dargestellt sind. Waren es in den Abgangsjahrgängen 2002 und früher noch rund 10% der Schulabgänger/-innen, die direkt nach Verlassen einer Mannheimer Förderschule eine Ausbildung begonnen haben, so gab es im Schuljahr 2010 und 2011 keine Schüler/-innen mehr, die direkt in ein Ausbildungsverhältnis wechselten.

Wie kam es zu dieser Entwicklung? In den letzten Jahren haben sich die Förderschulen mit den beruflichen Schulen in Mannheim durch die Installierung sogenannter Kooperationsklassen enger verzahnt. Im Rahmen dieser auf zwei Jahre angelegten Klassen besteht für die Schüler/-innen im 10. Schuljahr an der Berufsschule die Möglichkeit, einen Hauptschulabschluss zu erlangen. Der Erwerb des externen Hauptschulabschlusses an der Förderschule spielt dadurch immer weniger eine Rolle. Mit dem Hauptschulabschluss erhöhen ehemalige Förderschüler/-innen ihre Chance auf einen Ausbildungsvertrag. Diese aktiv eingeleitete Entwicklung stellt somit die Erklärung für die gewollte Verschiebung des Ausbildungsbeginns um ein Jahr dar. Abb. C21 verdeutlicht diese angestrebte Entwicklung. Bei einer Gesamtbetrachtung der Daten zeigt sich, dass nur zirka ein Drittel der ehemaligen Förderschüler/-innen eines Jahrganges eine Ausbildung beginnen konnte (vgl. Tab. C29web). Rund 20% mündeten nach einem Jahr berufsvorbereitender Maßnahme in eine betriebliche bzw. außerbetriebliche Ausbildung ein. Ein noch größerer Teil erreicht nach 2 Jahren den Übertritt. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass diese Schüler/-innen nach Beendigung der Berufsschule (BEJ/BVJ) nochmals eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme der Agentur für Arbeit besuchen und damit auf eine anschließende Ausbildung gezielt vorbereitet werden. Viele Jugendliche benötigen diese Zeit, um ausbildungsbezogene Kompetenzen und die erforderliche Ausbildungsreife für eine gelingende Ausbildung zu erlangen. Liegen nach Beendigung der

Ein Drittel der Förderschüler/-innen mündet 2 Jahre nach Beendigung der Förderschule in eine Ausbildung ein.

Abb. C21 **Ausbildungsbilanz 2011 der Förderschüler/-innen nach Abschlussjahrgang in Mannheim: Einmündung in betriebliche und außerbetriebliche Ausbildung (in %)**



Quelle: Förderband e. V.; Stand: Oktober 2011.

Förderschule mehr als drei Jahre, wird der Einstieg in eine Ausbildung in der Regel immer schwieriger, so dass dies nur noch einzelnen Jugendlichen gelingt (vgl. Abb. C21).

C3.3

Fast die Hälfte der Hauptschüler/-innen strebt nach einem höheren Bildungsabschluss.

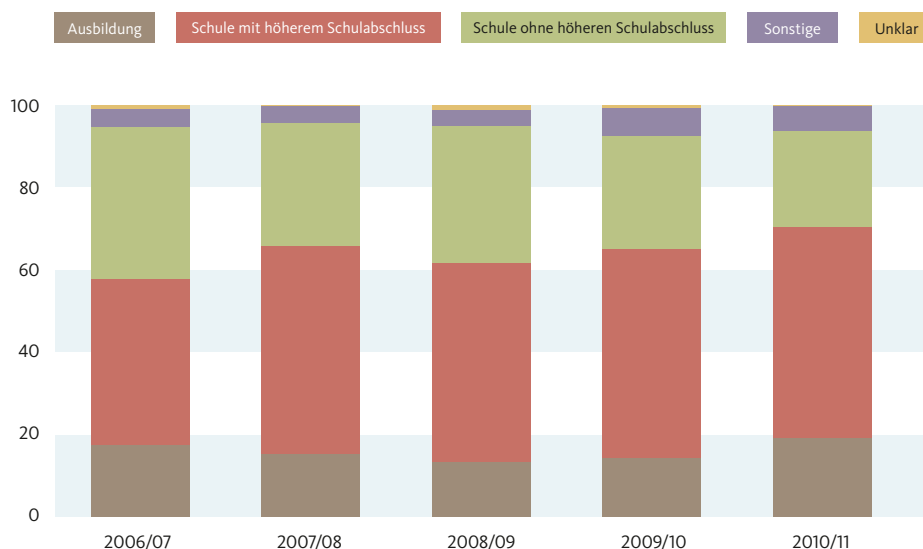
Seit 2009/10 sind keine Unterschiede mehr im Verbleib der Hauptschüler/-innen festzustellen.

Verbleib der Hauptschüler/-innen

An den Verbleibsquoten der Hauptschüler/-innen haben sich in den letzten fünf Schuljahren leichte Veränderungen ergeben (vgl. Abb. C22, Tab. C30web). Durchschnittlich gehen ca. 19% nach der Hauptschule in eine Ausbildung. Fast die Hälfte (51%) wechselt zu Schulen, die einen höheren Schulabschluss anbieten. Ca. 24% der Hauptschüler besuchen nach der 9. Klassenstufe eine Schule ohne höheren Schulabschluss. Der Prozentsatz der Schüler, die unter die Kategorie Sonstige^{M-C12} fallen, beläuft sich auf ca. 4% bis 7%. Die Schüler, über deren Verbleib nichts bekannt ist, beträgt ca. 0,4%.

Veränderungen sind erkennbar in der Zusammensetzung nach Geschlecht und Migrationshintergrund. Beim Übergang auf die Schule ohne höhere Abschlüsse gibt es seit dem Schuljahr 2006/07 keine signifikanten Unterschiede mehr zwischen Mädchen und Jungen sowie zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. Bis einschließlich des Schuljahres 2008/09 wechselten mehr Jungen als Mädchen und mehr Jugendliche ohne Migrationshintergrund als mit Migrationshintergrund nach der Hauptschule in die Ausbildung. Dagegen besuchten tendenziell mehr Mädchen als Jungen eine Schule, die zum höheren Schulabschluss führt. Seit dem Schuljahr 2009/10 bestehen kaum noch Unterschiede im Übergangverhalten bei Jungen und Mädchen sowie zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund (Tab. C31web). Dies ist ein erstes Zeichen dafür, dass sich geschlechtsspezifische und migrationsbedingte Unterschiede am Übergang Schule – Beruf abschwächen. Ob es sich hierbei um eine längerfristige Entwicklung handelt, muss weiter beobachtet werden.

Abb. C22 Verbleibe der Mannheimer Hauptschüler/-innen in Mannheim zwischen 2006/07 und 2010/11 (in %)



Quelle: Interkulturelles Bildungszentrum Mannheim, Stand: 2011; eigene Berechnungen.

C3.4

Verbleib der Werkrealschüler/-innen

Für die neu eingeführte Werkrealschule liegen zum Verbleib der Schüler/-innen noch keine Daten vor. Der erste Jahrgang, der den neuen Typus der Werkrealschule absolviert, verlässt im Schuljahr 2012/13 die Schule. Die Verbleibsdaten der Werkrealschüler/-innen, die in diesem Kapitel vorgestellt werden, beruhen daher auf dem ursprünglichen Typus der Werkrealschule und einer Zugangsbeschränkung von Klassenstufe 9 auf 10.

Der Anteil der Werkrealschüler/-innen erhöht sich.

Der Anteil der Werkrealschüler/-innen hat sich ausgehend vom Schuljahr 2007/08 bis zum Schuljahr 2010/11 um 19% erhöht. Während im Schuljahr 2007/08 noch 185 Schüler die Werkrealschule absolvierten, sind dies vier Schuljahre später 220 Schüler. Aus den Grundschulübergangsquoten (Kapitel C2.1) und den Durchgangsquoten der Haupt-/Werkrealschule (Kapitel C2.2) kann geschlussfolgert werden, dass die Werkrealschüler/-innen zu einem erheblichen Anteil aus den Stadtteilen des Sozialraumtyps 4 und 5 stammen. Es zeigt sich, dass auch diese Schüler/-innen nach höheren schulischen Abschlüssen streben. Dies ist nachvollziehbar, da die Übertrittsquote in Ausbildung mit einem Hauptschulabschluss zwischen 15% und 20% liegt. Mit einem Werkrealschulabschluss steigt diese auf 35,9% an (2010/11).

Mehr Jungen als Mädchen und mehr Migrantenjugendliche als deutsche Jugendliche absolvieren einen Werkrealschulabschluss.

Den Werkrealschulabschluss absolvieren tendenziell eher Jungen als Mädchen. So schließen zwischen 55% (2007/08 und 2009/10) und 59% (2010) der Jungen die Hauptschule mit einem Werkrealschulabschluss ab. Den Werkrealschulabschluss erwerben zu ca. zwei Dritteln Jugendliche mit Migrationshintergrund. Anhand der Schulabschlussquoten (Kapitel C3.1) konnte aufgezeigt werden, dass Hauptschulen verstärkt von Jungen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund besucht werden. Folglich ist es auch nicht verwunderlich, wenn Jungen und Jugendliche mit Migrationshintergrund verstärkt den Hauptschul- bzw. den Werkrealschulabschluss erwerben.

80% der Werkrealschüler nehmen nach der Schule eine Ausbildung auf oder gehen in eine Schule, die zu einem höheren Schulabschluss führt, über.

Unterschiede nach Migrationshintergrund beim Übergang in Ausbildung und beim Besuch einer Schule mit höherem Bildungsabschluss.

Der Abb. C23 (Tab. C32^{web}) ist zu entnehmen, dass über 80% der Schüler nach ihrem Werkrealschulabschluss in eine Ausbildung oder an eine Schule mit einem höheren Schulabschluss (z. B. Berufskolleg, berufliches Gymnasium) gingen (vgl. Kapitel D2.2). Der Anteil der Jugendlichen, der nach dem Werkrealschulabschluss in Ausbildung geht, steigt bis 2010/11 sukzessive an (2007/08: 29,2% → 2010/11: 35,9%), gleichzeitig nimmt der Anteil der Schüler, die anschließend eine Schule mit höherem Bildungsgang besuchen, ab (2007/08: 56,8% → 2010/11: 47,3%) (vgl. Kapitel D2.2).

Nach dem Werkrealschulabschluss gehen tendenziell eher die Jugendlichen ohne Migrationshintergrund in eine Ausbildung. Dagegen besuchen Jugendliche mit Migrationshintergrund häufiger eine Schule, die zu einem höheren Bildungsabschluss (z. B. Abitur) führt. Unterschiede nach dem Geschlecht gibt es beim Verbleib der Werkrealschüler/-innen nicht.

Abb. C23 Verbleibe der Werkrealschüler/-innen in Mannheim zwischen 2007/08 und 2010/11 (in %)



Quelle: Interkulturelles Bildungszentrum Mannheim, Stand: 2011; eigene Berechnungen.

C4

Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Aus dem Themenfeld des allgemeinbildenden Schulsystems können die folgenden Kernaussagen festgehalten werden:

Der demografische Rückgang führt zu stadtweit sinkenden Schülerzahlen.

1. Der stadtweite Rückgang an Kindern und Jugendlichen (vgl. Kapitel A1) führt dazu, dass die Schülerschaft an den allgemeinbildenden Schulen abnehmen wird. Die öffentlichen weiterführenden Schulen sind besonders vom demografischen Rückgang betroffen. Dagegen sind die Schülerzahlen an den Privatschulen in Mannheim steigend.

Stabilisierung der Schülerschaft auf dem derzeitigen Niveau im Grundschulbereich.

Die Grundschülerzahlen nahmen zwischen 2004/05 und 2010/11 um stadtweit bis zu 12,6% ab. Prognostiziert werden kann, dass sich die Schülerzahlen an den Grundschulen auf dem aktuellen Niveau stabilisieren. 34 Grundschulen verteilen sich über das Stadtgebiet. Mit Ausnahme der bereits beschlossenen Aufgabe eines Grundschulstandorts im Stadtteil Käfertal im August 2013 weist die aktuelle demografische Entwicklung darauf hin, dass die bisherige Angebotsstruktur aufrechterhalten bleiben kann. Obwohl sich die Schülerzahlenentwicklung und die Größe einzelner Standorte erheblich unterscheiden, ist davon auszugehen, dass ein wohnortnahes Grundschulangebot im bisherigen Umfang allen Familien zur Verfügung stehen wird (vgl. Tab. C3web).

Weiterhin sinkende Schülerzahlen an Haupt-/Werkrealschulen und steigende an Gymnasien.

Für das Segment der weiterführenden Schulen ist der Rückgang der Schülerzahlen auch in den kommenden Jahren noch nicht abgeschlossen (vgl. Kapitel C1.1), da geburtenstarke Jahrgänge die Schulen verlassen und durch geburtenschwächere Jahrgänge ersetzt werden. Sämtliche Schularten sind von der demografischen Entwicklung betroffen, jedoch in einem unterschiedlichen Maße (vgl. Kapitel A1). Der Anstieg der Schülerzahlen an den Gymnasien bei gleichzeitig rückläufigen Schülerzahlen verdeutlicht, wie stark das allgemeinbildende Schulsystem von einer veränderten Nachfragesituation und einem Strukturwandel betroffen ist. Denn die Folgen zeigen sich im Besonderen im starken Rückgang an den Haupt-/Werkrealschulen. Die Schulart mit der größten Anzahl von Schulstandorten verzeichnet in den vergangenen Jahren einen erheblichen Verlust an Schülerzahlen, der maßgeblich den Erhalt von Schulstandorten gefährdet. So reduzierte sich die Schülerzahl seit 2004/05 bis 2010/11 um 24% (1.228 Schüler weniger). Nach dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung ab dem Schuljahr 2012/13 wird sich dieser rückläufige Trend nochmals verstärken. Seitens der kommunalen Schulentwicklung wurde auf diesen Trend reagiert und die Einführung der Werkrealschule vom Gemeinderat beschlossen. Die Anzahl der ehemals 21 Hauptschulstandorte wird mittelfristig auf 12 Werkrealschulstandorte reduziert. Ein Schulstandort wurde bereits nach Ende des Schuljahres 2011/12 aufgegeben, weitere sieben werden in den kommenden Schuljahren bis 2014/15 folgen. Durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung wurden im Schuljahr 2012/13 nur noch 383 Schüler für die 5. Klassenstufe an einer Haupt-/Werkrealschule angemeldet. Dies entsprach knapp 29% weniger Anmeldungen im Vergleich zum Vorjahr. Entsprechend ist davon auszugehen, dass sich das Bild der kommunalen Schullandschaft in den nächsten Jahren weiterhin wandeln wird. In welcher Weise sich die Schullandschaft im Bereich der weiterführenden Schulen entwickeln wird, wird im Rahmen einer Schulentwicklungskommission erarbeitet.

Trotz Schülerrückgang kann der Bedarf an Betreuungsplätzen nicht gedeckt werden.

Der Trend zu formal höherer Schulart und Schulabschlüssen setzt sich weiterhin fort.

Trend zu formal höherer Bildung wird unterstützt durch die höhere Durchgangsquoten der Mannheimer Gymnasien und durch die erhöhte Aufwärtsmobilität von der Realschule zum Gymnasium.

2. Mannheim liegt mit einer Versorgungsquote in der Schulkindbetreuung (46,5%) landesweit auf Platz zwei und innerhalb der Metropolregion auf Platz eins. In den letzten Jahren kann in Mannheim ein stetig zunehmender Bedarf an Betreuungsplätzen verzeichnet werden (Kapitel C1.2). Trotz sinkender Schülerzahlen übersteigt die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Schulkinder das vorhandene Angebot. In besonderem Maße wurden Ganztagsplätze nachgefragt und ausgebaut. Dies spiegelt sich in den kontinuierlich steigenden Schülerzahlen in Ganztagsgrundschulen und Horten wider. Aufgrund des Mangels an pädagogischen Fachkräften konnten zum 23.02.2012 insgesamt 990 Grundschulkinder zunächst nicht mit einem (ganztägigen) Betreuungsplatz versorgt werden. Alternativ, um die Nachfrage der Eltern in Teilen bedienen zu können, wurden durch Kooperationen mit freien Trägern im Bereich der Verlässlichen Grundschule Plätze geschaffen, sodass bis zum Ende des Jahres 2012 nur noch 358 Kinder unversorgt waren.
3. Wie auch im 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010 verdeutlicht, setzt sich der Trend zur höheren Schulart und zu höheren Schulabschlüssen weiter fort. Dies wird deutlich, wenn die Quoten der Grundschulübergänge (Kapitel C2.1) und der Schulabschlüsse (Kapitel C3.1) betrachtet werden.^{M-C13} Die Gymnasien verzeichnen weiterhin einen hohen Zulauf. Im Schuljahr 2010/11 wechselten 4 von 10 Kindern nach der Grundschulzeit auf ein Gymnasium. Die Bildungserwartungen der Eltern legen nahe, dass auch zukünftig mit einem hohen Andrang auf die Gymnasien zu rechnen sein wird (vgl. Dollmann, 2011; Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“, 2011). Im Gegenzug werden die Schülerzahlen an den Haupt-/Werkrealschulen weiterhin abnehmen. Im Schuljahr 2010/11 wechselten nur noch 2 von 10 Kindern auf eine Haupt-/Werkrealschule. Nicht nur in den Grundschulübergangsquoten kann der Trend hin zu formal höheren Schulabschlüssen beobachtet werden, sondern auch in den Schulabschlussquoten. So besitzen im Jahr 2010 von 10 Schulabgängern 4 die Mittlere Reife, 3 das Abitur und 3 einen Hauptschulabschluss. Der Anteil der Schulabgänger/-innen mit Mittlerer Reife und Abitur ist steigend, während der Anteil der Schulabgänger/-innen ohne und mit Hauptschulabschluss sinkend ist.

Der Trend zu formal höherer Bildung wird zum einen gestützt durch die höheren Durchgangsquoten der öffentlichen Mannheimer Gymnasien (Kapitel C2.2). Während im Schuljahr 2007/08 3 von 10 Jugendlichen vor der Abschlussklasse das Gymnasium verlassen haben, sind dies im Schuljahr 2010/11 nur noch 2 von 10 Jugendlichen. Zum anderen wird der Trend zu formal höherer Bildung durch die leicht erhöhte Aufwärtsmobilität innerhalb der Sekundarstufe I beim Wechsel von einer Realschule auf ein Gymnasium gestützt (Kapitel C2.3). Dieser Effekt ist jedoch eher klein und dessen weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Kinder aus den Sozialräumen 4 und 5 haben nach wie vor geringere Chancen auf einen höheren Bildungsabschluss.

4. Während stadtweit der Anteil der unter 18-Jährigen bis zum Jahr 2030 um voraussichtlich 7,3% zurückgehen wird (siehe Kapitel A1), ist gleichzeitig feststellbar, dass eine hohe Anzahl von Kindern und Jugendlichen in Stadtteilen aufwachsen, die sich durch eine Konzentration von sozioökonomischen Problemlagen auszeichnen (siehe Kapitel A4). Diese Kinder und Jugendliche haben nach wie vor geringere Bildungschancen im allgemeinbildenden Schulsystem, wie aus der Datenlage zum Grundschulübergang (Kapitel C2.1), zum Schulartwechsel (Kapitel C2.3) und zur Schülerfluktuation (Kapitel C2.2) hervorgeht. Kinder aus den Sozialräumen 4 und 5 wechseln häufiger nach der Grundschulzeit auf eine Haupt-/Werkrealschule. Bei einem Vergleich der Sozialräume 1 und 5 wird deutlich, dass sich die soziale Schere im Schuljahr 2010/11 vergrößert hat. So besuchen verhältnismäßig weniger Schüler/-innen aus Sozialraum 5 ein Gymnasium als aus Sozialraum 1. Die geringe Mobilität innerhalb der Sekundarstufe I die Schulart zu wechseln führt dazu, dass Kinder aus den Sozialräumen 4 und 5 weiterhin überproportional häufig den Haupt- und Werkrealschulabschluss erwerben. Aufgrund der großen Anzahl von Kindern und Jugendlichen, die in den Sozialräumen 4 und 5 leben, muss deren Bildungschancen eine besondere Aufmerksamkeit zugesprochen werden. Dies geschieht derzeit u. a. durch gebundene Ganztagschulen und das Mannheimer Unterstützungssystem Schule (MAUS).

Folgende Handlungsempfehlungen lassen sich basierend auf den aktuellen Entwicklungen ableiten:

1. Die Stadt Mannheim reagiert auf die demografische Entwicklung im allgemeinbildenden Bereich durch die aktive Weiterentwicklung der kommunalen Schullandschaft. So wird auf sinkende Schülerzahlen mit der Neuordnung der Grundschulbezirke punktuell reagiert. Nach der Neuordnung der Grundschulbezirke im Mannheimer Norden wird gegenwärtig ein Vorschlag für den Mannheimer Süden erarbeitet. Bei der Neuordnung der Grundschulbezirke werden der sichere Schulweg, die Entfernung zur Schule, die Aufnahmekapazität der Grundschulen und die Zusammensetzung der Schülerschaft mitberücksichtigt. Damit werden die 33 Grundschulstandorte^{M-C14} beibehalten und stabilisiert.

Zum anderen muss es eine gezielte Weiterentwicklung im Bereich der weiterführenden Schule geben. Die Anmeldezahlen für das Schuljahr 2012/13 zeigen, dass mit der Einführung des Elternwahlrechts die Schulart Haupt-/Werkrealschule weniger nachgefragt wird. Während im Schuljahr 2011/12 noch 540 Anmeldungen für eine Haupt-/Werkrealschule vorlagen, sind dies im Schuljahr 2012/13 nur noch 383 Anmeldungen. Dennoch werden voraussichtlich sechs der 12 Schulstandorte zwei 5. Klassen bilden können, die übrigen nur eine. Dies bedeutet, im Schuljahr 2012/13 werden im Vergleich zum Vorjahr zehn Eingangsklassen weniger gebildet werden können. Die geringe Nachfrage lässt erwarten, dass mittelfristig weitere Haupt-/Werkrealschulen aufgegeben werden müssen.

Durch den Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung seit dem Schuljahr 2012 sowie einem vorangegangenen, kontinuierlichen Bedeutungsverlust der Haupt- und Werkrealschule ist zu erwarten, dass – verstärkt durch bildungspolitische Weichenstellungen –, das aktuelle Schulsystem im Bereich der weiterführenden Schulen auf ein reduziertes Zwei-Säulen-System zusteuert. Ein Zwei-Säulen-System besteht idealtypisch aus zwei gleichberechtigten Schularten, deren höchster Abschluss den Zugang zur Hochschule ermöglicht. Der konkrete Prozessverlauf für eine solche Entwicklung in Baden-Württemberg ist zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht klar definiert, sondern muss im Rahmen einer regionalen Schulentwicklung in enger Zusammenarbeit zwischen Stadt-/Landkreisen sowie Kultusbehörden vereinbart werden. In jedem Fall ist zu erwarten, dass aufgrund steigender Nachfrage ganztägige Lern- und inklusive Unterrichtsformen einen zentralen Stellenwert bei der pädagogisch-konzeptionellen Ausgestaltung des zukünftigen Schulsystems besitzen werden. Als ein erster Zwischenschritt zu einem Zwei-Säulen-System kann die landesweite Einführung der Gemeinschaftsschule im April 2012 gelten. Eine Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsschule steht grundsätzlich allen weiterführenden Schularten offen. In Mannheim hat sich bislang eine Schule für diese Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsschule entschieden, weitere Schulen zeigen sich interessiert.

Aufgrund der umfassenden Entwicklungen im allgemeinbildenden Schulsystem, die alle weiterführenden Schularten tangieren, gilt es einen kommunalen Schulentwicklungsprozess zu implementieren, der sich der Frage annimmt, unter welchen Prämissen und in welcher zeitlicher Abfolge sich die Mannheimer Schullandschaft einem zukünftigen Zwei-Säulen-System öffnen kann. Hierzu soll im Rahmen einer Schulentwicklungskommission unter Vorsitz des Dezernates für Bildung, Jugend, Gesundheit in den Jahren 2013 und 2014 ein fachlicher Vorschlag erarbeitet und dem Gemeinderat zu Entscheidung vorgelegt werden.

Zur Inklusion liegt ein Beschluss des Gemeinderats der Stadt Mannheim vor. In Mannheim wird davon ausgegangen, dass die Nachfrage nach inklusiver Beschulung im Grundschulbereich ansteigen wird. Die Herausforderung der kommunalen Schulentwicklung wird darin liegen, mittelfristig viele Grundschulstandorte dafür vorzubereiten. An den weiterführenden Schulen ist in einem ersten Schritt an ausgewählten Schulstandorten ein entsprechendes Angebot zu entwickeln.

Mannheim baut Grundschulen zu Ganztagsschulen aus.

Gebundene Ganztagsschulen in den Sozialräumen 4 und 5

Zur Diskussion stehen offene Ganztagsschulen in den Sozialräumen 1 bis 3.

2. Die Stadt Mannheim reagiert auf die steigende Nachfrage nach Schulkindbetreuungsplätzen durch den Ausbau von Ganztagsgrundschulen. Dieser Ausbau konzentriert sich aufgrund der geringeren Bildungschancen von Kindern auf die Schulstandorte der Sozialräume 4 und 5. In Mannheim wird es zusätzlich zu den bestehenden gebundenen Ganztagsgrundschulen zukünftig weitere gebundene Ganztagsgrundschulen^{M-C15} geben, an denen die Kinder frühzeitig und zielgenau gefördert werden sollen.

Gegenwärtig wird versucht, den Bedarf an Schulkindbetreuung in den Sozialräumen 1 bis 3 über den Hort und die Verlässliche Grundschule zu decken. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiterhin zu unterstützen, könnten in Sozialräumen des Typus 1 bis 3 aber auch offene Ganztagsgrundschulen mit Betreuungsgebühren errichtet werden. Dies ermöglicht eine bessere inhaltliche und organisatorische Anbindung an die Schulen, die zudem mit einheitlicher pädagogischer Qualität alle Angebote gestalten können, ohne zwingend auf die derzeit fehlenden pädagogischen Fachkräfte angewiesen zu sein. Diesen Aspekt gilt es in die öffentliche Diskussion einzubringen und modellhaft zu erproben.

**Gleichmäßige Auslastung
der Schulstandorte durch
ein Anmeldeverfahren**

3. Der Trend zu formal höherer Bildung zeigt sich in steigenden Schülerzahlen an Realschulen und Gymnasien. Die steigende Nachfrage an Realschulen und Gymnasien erfordert ein anerkanntes Anmeldeverfahren, um dem Elternwunsch nachzukommen sowie eine stabile Auslastung der Schulstandorte zu ermöglichen.

Die steigenden Schülerzahlen an den Realschulen und Gymnasien verursachen voraussichtlich einen Mehrbedarf an Klassenräumen, da durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulpflicht ab dem Schuljahr 2012/13 die Übergangsquoten auf Realschulen und Gymnasien erhöht werden (vgl. Exkurs „Elternbefragung“, S. 88). Über die genaue Höhe dieses Mehrbedarfs kann gegenwärtig noch keine Aussage getroffen werden. Er könnte jedoch gedeckt werden, indem die vorhandenen Schulraumkapazitäten entsprechend der Nachfrage genutzt werden. So besteht die Möglichkeit, dass an Verbundschulstandorten oder an räumlich benachbarten Schulstandorten freiwerdender Schulraum, der durch die Aufgabe von Haupt-/Werkrealschulen entsteht, durch bestehende Realschulen und Gymnasien zusätzlich genutzt werden kann.

**Nutzung der freiwerden-
den Kapazitäten durch die
Realschulen und Gymna-
sien**
**Bildungschancen sollen
durch kommunale Unter-
stützungssysteme erhöht
werden.**

4. Um Kindern und Jugendlichen in Mannheim die gleichen Chancen für erfolgreiche Bildungsprozesse und Bildungserfolge ungeachtet des Sozialraums, des Geschlechts und des sozialen und kulturellen Hintergrunds zu ermöglichen, setzt die Stadtverwaltung im Themenfeld des allgemeinbildenden Schulsystems vielfältige Akzente in der Schulentwicklung. So sollen die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen durch kommunale Unterstützungssysteme verbessert werden. Hierunter fallen beispielsweise der Ausbau der Schulsozialarbeit (vgl. Exkurs, S. 74), die Begabtenförderung (vgl. Exkurs, S. 107), die Ausweitung von MAUS und die Unterstützung beim Übergang Schule – Beruf. Zur Bündelung der kommunalen Angebote sollen zukünftig Zielvereinbarungen mit Schulen für den gezielteren Einsatz der kommunalen Mittel geschlossen werden. Diese sollen festlegen, welche Wirkungen durch die Kooperationen erreicht werden und eine wirkungsorientierte Steuerung ermöglichen.

Exkurs: Kinder- und Jugendakademie

In der Bildungskette der Stadt Mannheim verstehen sich die Kinder- und die Jugendakademie unter dem Dach der Stiftung Begabtenförderung als wichtige Bausteine im Rahmen des durchgehenden Konzeptes der außerschulischen Förderung von der Einschulung bis zum Abitur und als tragende Säulen der Begabtenförderung. Die Begabtenförderung in der Kinder- und Jugendakademie wird in Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen, Kultureinrichtungen und Stiftungen im Rhein-Neckar-Dreieck konzipiert und finanziert.

Die **Förderschwerpunkte** im Bereich der Begabtenförderung sind als gemeinsames Anliegen der Kinder- und der Jugendakademie

- die Förderung des Strebens nach Wissen und Selbständigkeit
- die Förderung der Teamfähigkeit
- die Förderung von interdisziplinärem Denken und Kreativität
- die Förderung des Bewusstseins sozialer Verantwortung

Die Kinderakademie setzt bei der Förderung von hoch begabten Kindern in der Grundschule und der Orientierungsstufe den IQ (mindestens 130) als Auswahlkriterium an. Außerdem kümmert sie sich um besonders begabte Kinder im Vorschulbereich.

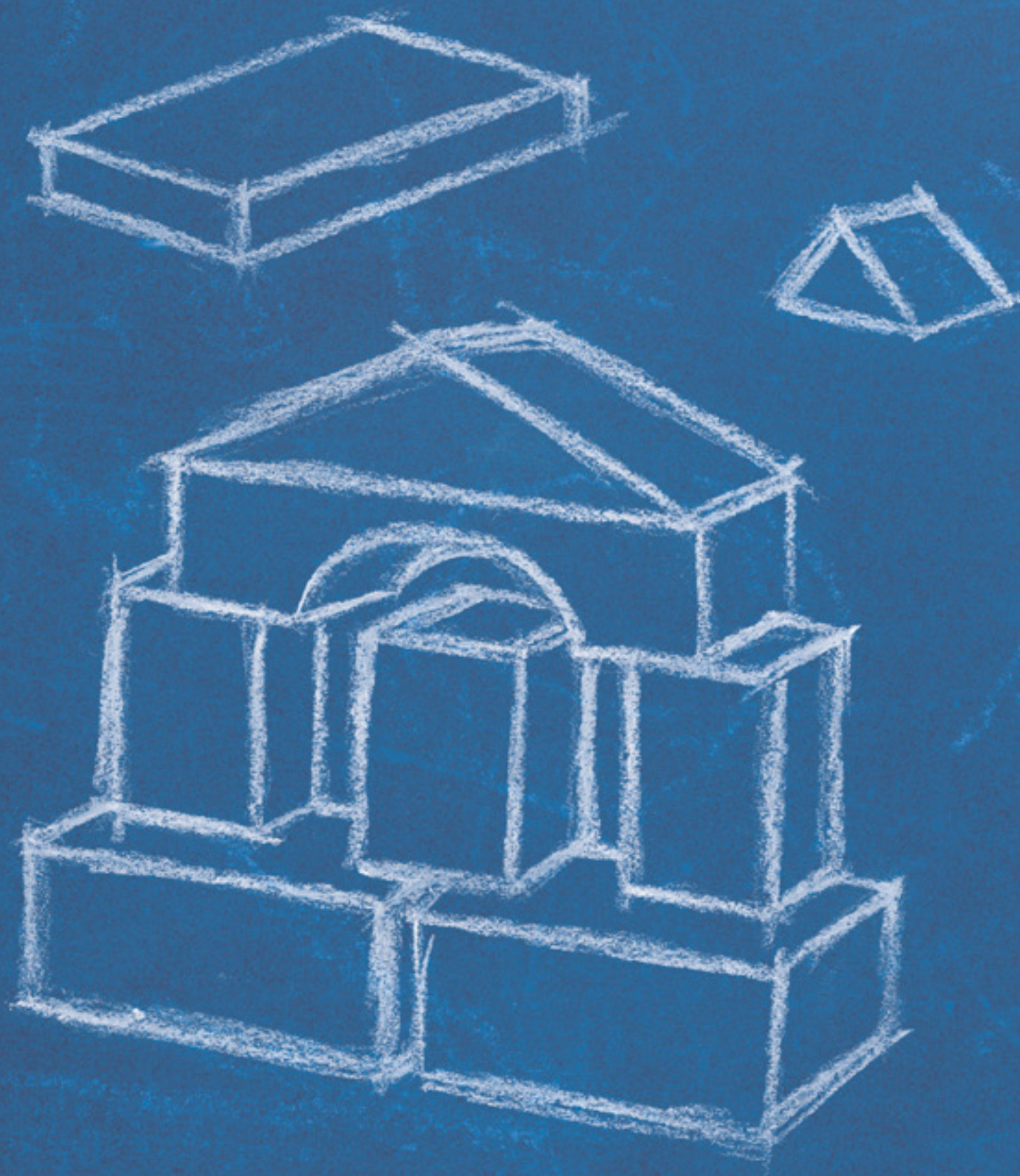
Die **Kinderakademie Mannheim** ist eine gemeinsame Einrichtung des Landes Baden-Württemberg, des Staatlichen Schulamtes Mannheim und der Stadt Mannheim. Ziel der Kinderakademie ist die qualifizierte Zusatzförderung von nachweislich hoch begabten Schülerinnen und Schülern der Grundschule und der Orientierungsstufe sowie besonders begabten Kindern im Vorschulbereich. Im Schuljahr 2010/11 waren 265 Kinder Schüler der Kinderakademie. Davon 34 aus der Vorschule, 208 aus der Grundschule und 23 aus der Orientierungsstufe. Die Zuordnung der Schüler/-innen der Kinderakademie im Schuljahr 2010/11 zu den Sozialräumen ergab folgendes Bild: 19,6% waren wohnhaft in Sozialraum 1, 43,7% in Sozialraum 2, 21,1% in Sozialraum 3, 9,5% in Sozialraum 4 und 6% in Sozialraum 5. Zielsetzung ist auch hier, in Zukunft eine ausgewogene soziale Verteilung zu erreichen.

Aufbauend auf der Kinderakademie setzt die Jugendakademie die Förderung von besonders begabten Schülern fort, die sie auf der Basis eines von der Schülerin/vom Schüler zu erstellen- den Portfolios in Bewerbungsgesprächen auswählt.

Das Angebot der **Jugendakademie Mannheim Rhein-Neckar** soll die einzelnen Schüler/-innen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützen und ihnen die Möglichkeit bieten, mit den verschiedensten wissenschaftlichen und interdisziplinären Kontexten umzugehen.

Mit ihrem Schwerpunkt auf eine nachhaltige Förderung, die die Schüler/-innen in der Regel über mehrere Schuljahre hinweg am Begabtenprogramm teilhaben lässt, hebt sie sich von vielen vergleichbaren Angeboten auf Landes- und Bundesebene ab. Im Schuljahr 2010/11 waren 439 Jugendliche Schüler/-innen der Jugendakademie. 234 davon waren in der Unterstufe, 121 in der Mittelstufe und 84 in der Oberstufe.

D



The background is a dark blue chalkboard with several white chalk sketches. At the top, there is a 3D rectangular prism with a curved line on its side. Below it, on the left, is a 3D cube. To the right of the cube is a 2D rectangle with a diagonal line. At the bottom right, there is a large, rounded rectangular shape with a circular end, resembling a stylized letter 'C' or a part of a machine. The text is overlaid on the lower half of the board.

Wege zum Beruf

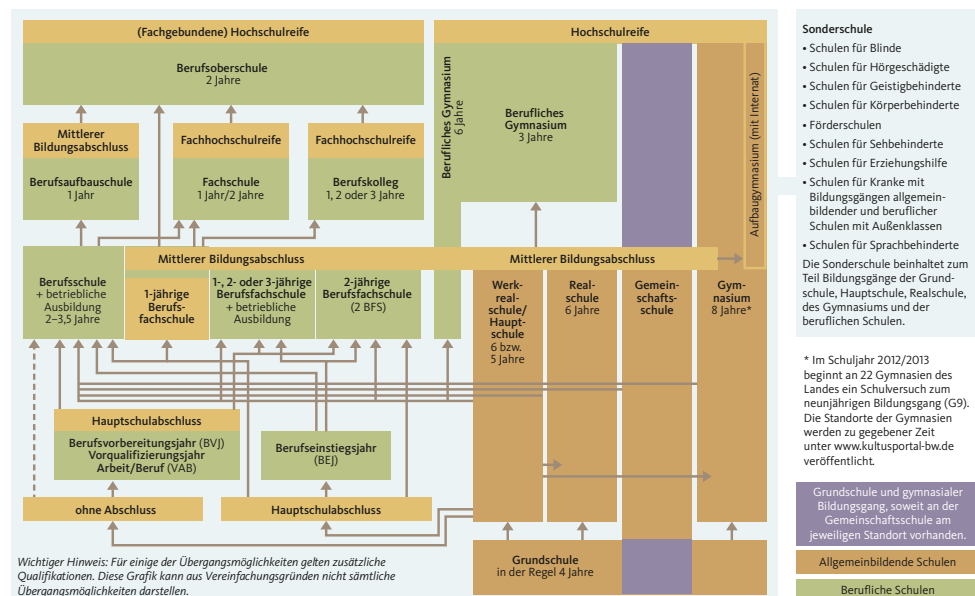
BERUFSBILDENDE SCHULEN

Berufsbildende Schulen^{M-D1}

Kein anderes schulisches Feld ist facettenreicher als das berufliche Schulsystem. Es weist ein breites und stark differenziertes Spektrum an Angeboten auf (Abb. D1), das sich zudem noch in eine Vielzahl fachlicher Prägungen bis hin zu einzelnen Ausbildungsberufen und Ausbildungsformen verzweigt. Das berufliche Schulsystem fußt auf vier Ausbildungs- und Bildungsbereichen, wobei im Fokus des 2. Mannheimer Bildungsberichts die ersten drei Bereiche stehen.

1. Das berufliche Schulsystem hat vorrangig die Funktion, junge Menschen beim Übergang in die Arbeitswelt zu begleiten und ihnen eine berufliche Grundbildung sowie einen berufsqualifizierenden Abschluss in der **dualen Ausbildung** zu vermitteln. Im Bereich der dualen Ausbildung wird in diesem Kapitel die schulische Seite fokussiert.
2. Darüber hinaus können durch die beruflichen Schulen schulische Abschlüsse sowie eine Höherqualifizierung erzielt werden. Die Höherqualifizierung durch den **Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung** wird im Folgenden behandelt.
3. Daneben fördert die berufliche Schule durch unterschiedliche Formen der Berufsvorbereitung Jugendliche ohne Schulabschluss oder ohne Lehrstelle im **Übergangssystem**.
4. Durch die Anforderungen des Berufslebens ist „Lebenslanges Lernen“ notwendig, womit die **Fortbildung** an den beruflichen Schulen an Bedeutung gewinnt. Hier können Berufstätige zusammen mit den zuständigen Stellen (HWK, IHK) und den beruflichen Schulen u. a. einen Meistertitel erwerben.

Abb. D1 Bildungswege in Baden-Württemberg



Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport (www.kultusportal-bw.de; [Stand: Mai 2012]).

Die Bildungs- und Ausbildungsgänge an den beruflichen Schulen sind in drei große Bereiche unterteilt:

1. technisch-gewerblich
2. kaufmännisch-wirtschaftswissenschaftlich
3. hauswirtschaftlich-pflegerisch-sozialpädagogisch

Diese Bereiche bieten von Förderprogrammen bis zum beruflichen Gymnasium alle Ausbildungsgänge für die berufliche Ausbildung, die schulische Höherqualifizierung sowie Fachschulen (z. B. Techniker, Meister) zur beruflichen Fortbildung an. In den entsprechenden Fachrichtungen werden die folgenden Ausbildungsgänge angeboten: Sonderberufsschule, Berufsschule, Berufsfachschule, Berufskolleg, Berufsoberschule, berufliches Gymnasium und Fachschulen. Die ebenfalls angebotenen Förderklassen wie das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und das Berufseinstiegsjahr (BEJ) haben formal die Funktion der Schulpflichterfüllung. Die primäre inhaltliche Funktion liegt in der Vorbereitung von Jugendlichen auf einen Schulabschluss bzw. einen Ausbildungsplatz.

Im vorliegenden Bildungsbericht wird die **Datenlage** der berufsbildenden Schulen sowohl für Mannheim als auch für Baden-Württemberg referiert. Die zusätzliche Darstellung der Datenlage von Baden-Württemberg dient dazu, Stadt-Land-Tendenzen miteinander zu vergleichen.

D1

Grunddaten der schulischen Versorgung

Die Grunddaten der schulischen Versorgung umfassen Kennzahlen wie die Anzahl der beruflichen Schulen (Kapitel D1.1) oder die Schülerzahlenentwicklung (Kapitel D1.2) an den beruflichen Schulen. Darüber hinaus wird der Wohnort der Schüler/-innen an beruflichen Schulen (Kapitel D1.3) berichtet. Eine Betrachtung der Teilbereiche der beruflichen Schulen mit dem Fokus auf die duale Ausbildung, die Höherqualifizierung und das Übergangssystem erfolgt in Kapitel D1.4.

D1.1

10 öffentliche, 15 private und 7 sonstige berufliche Schulen gibt es in Mannheim.

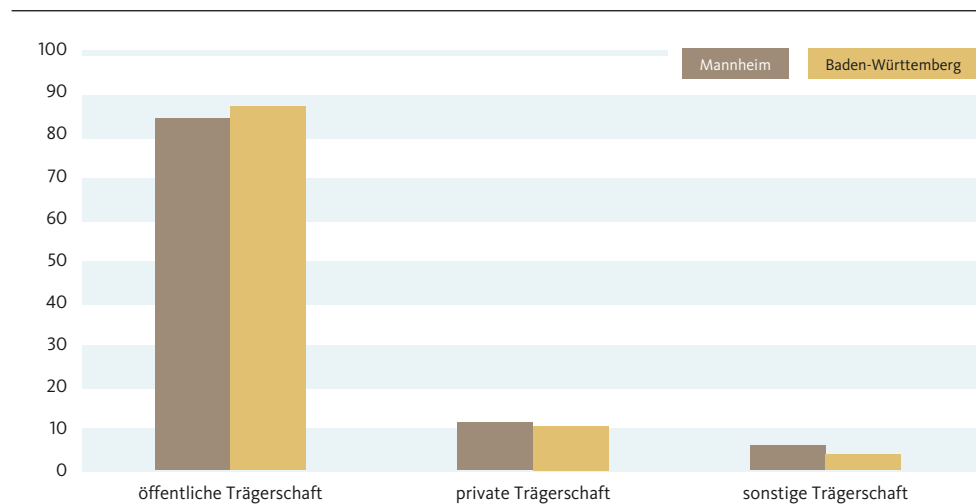
Über 80% der Schüler an beruflichen Schulen sind an öffentlichen Schulen.

Schulangebot

Im Schuljahr 2010/11 gibt es in Mannheim zehn berufliche Schulen in öffentlicher, fünfzehn in privater und sieben in sonstiger Trägerschaft (Tab. D1web). Von den zehn öffentlichen beruflichen Schulen gehören fünf in den gewerblich-technischen Bereich, drei in den kaufmännisch-wirtschaftswissenschaftlichen Bereich und zwei in den hauswirtschaftlich-pflegerisch-sozialpädagogischen Bereich. Ab dem Schuljahr 2012/13 wird es bedingt durch eine Fusion zweier beruflicher Schulen nur noch neun öffentliche berufliche Schulen geben.^{M-D2}

Im Schuljahr 2010/11 werden in Mannheim insgesamt 16.407 Schüler in den beruflichen Schulen ausgebildet. Davon befinden sich 13.597 Schüler an öffentlichen beruflichen Schulen (83%).^{M-D3} 45% der Schülerschaft an den öffentlichen beruflichen Schulen befinden sich im gewerblich-technischen Bereich, 43% im kaufmännisch-wirtschaftswissenschaftlichen Bereich und 12% im hauswirtschaftlich-pflegerisch-sozialpädagogischen Bereich. 1.837 Schüler werden an beruflichen Schulen in privater Trägerschaft (11%) und 973 Schüler (6%) an beruflichen Schulen in sonstiger Trägerschaft (Schulen des Gesundheitswesens) ausgebildet (Abb. D2, Tab. D2web).

Abb. D2 Anteil der Schüler/-innen an den beruflichen Schulen im Schuljahr 2010/11 nach Trägerschaft für Mannheim und Baden-Württemberg (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2010; eigene Berechnungen.

D1.2

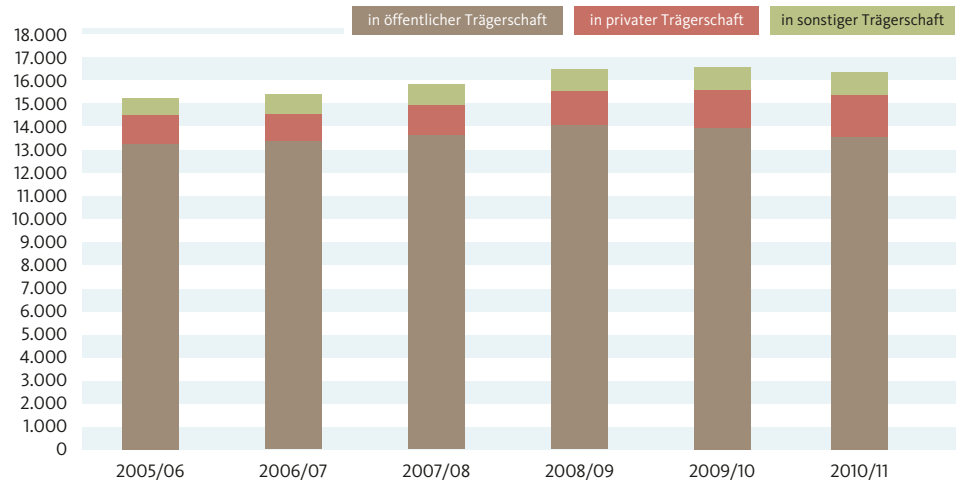
Bis 2009/10 9% Zuwachs an Schülerzahlen, danach rückläufig.

Entwicklung der Schülerzahlen

Im Schuljahr 2009/10 zählt Mannheim im betrachteten Zeitintervall die höchsten Schülerzahlen (16.603 Schüler) im beruflichen Schulsystem. Bis zu diesem Zeitpunkt nehmen die Schülerzahlen im beruflichen Schulsystem um 9% zu (vgl. Abb. D3; Tab. D3^{web}). Danach sind die Schülerzahlen rückläufig (2010/11: 16.407 Schüler). Diese rückläufige Entwicklung der Schülerzahlen seit dem Schuljahr 2010/11 korrespondiert mit der demografischen Entwicklung. Einer Landesschätzung zufolge schrumpft die zukünftige Schülerschaft an den berufsbildenden Schulen bis zum Jahr 2030 um ein Drittel. (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg und Landesinstitut für Schulentwicklung, 2011, S. 189)

Wie auch auf Landesebene ist in Mannheim ein Trend zu beruflichen Schulen in privater Trägerschaft festzustellen. Während die Schülerzahlen nach 2009/10 in den öffentlichen beruflichen Schulen sinken, steigen die der beruflichen Schulen in privater und sonstiger Trägerschaft weiterhin an (Abb. D3). So weisen zwischen 2005/06 und 2010/11 die beruflichen Schulen in privater Trägerschaft einen Anstieg um 50% und die in sonstiger Trägerschaft eine Erhöhung um 31% der Schülerschaft auf. In Mannheim spielen die privaten und die sonstigen beruflichen Schulen anteilmäßig allerdings noch eine untergeordnete Rolle.

Abb. D3 Entwicklung der Schülerzahlen an den beruflichen Schulen in Mannheim nach Trägerschaft (absolut)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2010; eigene Berechnungen.

D1.3

Wohnort der Schüler/-innen an beruflichen Schulen

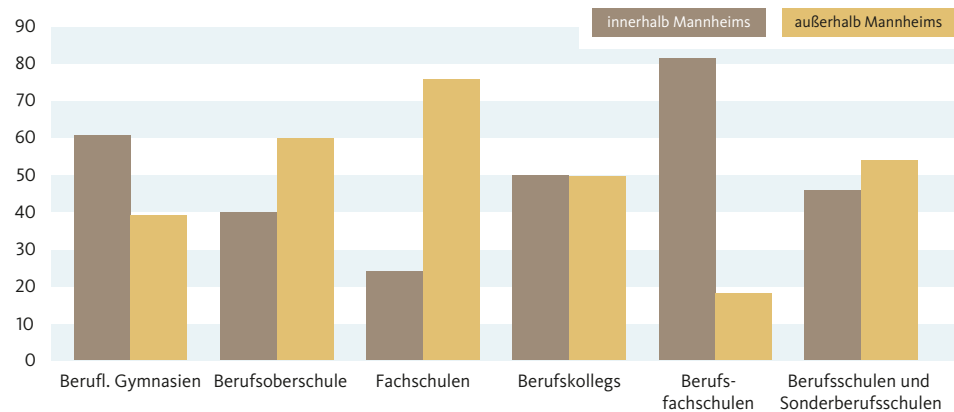
Eine Vielzahl von Schüler/-innen pendelt zu den beruflichen Schulen, da diese sich außerhalb des Wohnorts befinden. „Nur bei einem Viertel der insgesamt knapp 430.000 Schüler in Baden-Württemberg deckt sich der Schulort auch mit der Wohngemeinde“, so das Ergebnis einer landesweiten Analyse (Klostermann, 2011, S. 10).

Der Wohnort der Schüler/-innen kann nur für die öffentlichen beruflichen Schulen in Mannheim dargestellt werden. Als Datengrundlage bietet sich hier die Schulstatistik an. Für die privaten und sonstigen beruflichen Schulen fehlt die Datengrundlage. Es ist jedoch zu vermuten, dass aufgrund der starken Spezialisierung in diesem Bereich der überregionale Radius stärker ausgeprägt ist.

50% der Schüler an öffentlichen beruflichen Schulen kommen nicht aus Mannheim.

In Summe gibt es etwa zu gleichen Anteilen Schüler/-innen aus Mannheim und Schüler/-innen, die von außerhalb kommen. Das Verhältnis variiert jedoch nach Ausbildungsbereichen (Abb. D4, Tab. D4web). Die Berufsfachschulen und beruflichen Gymnasien werden verstärkt von Schüler/-innen und Schülern aus Mannheim besucht. Die Berufsoberschulen und die Fachschulen dagegen werden verstärkt von Schülerinnen und Schülern von außerhalb nachgefragt. Im Schuljahr 2010/11 wurden die beruflichen Gymnasien zu 61% und die Berufsfachschulen zu 82% von Schülerinnen und Schülern aus Mannheim besucht. Dagegen kommen 60% der Berufsoberschüler/-innen und 76% der Fachschüler/-innen von außerhalb. Keine gravierenden Unterschiede nach dem Wohnort gibt es bei den Schülerinnen und Schülern der Berufskollegs sowie der Berufsschulen und Sonderberufsschulen.

Abb. D4 Anteil der Schüler/-innen an den öffentlichen beruflichen Mannheimer Schulen nach Wohnort und Teilbereichen im Schuljahr 2010/11 (in %)



Anmerkung: Die berufsvorbereitenden Maßnahmen sind in der Schulstatistik unter der Berufsfachschule subsummiert.

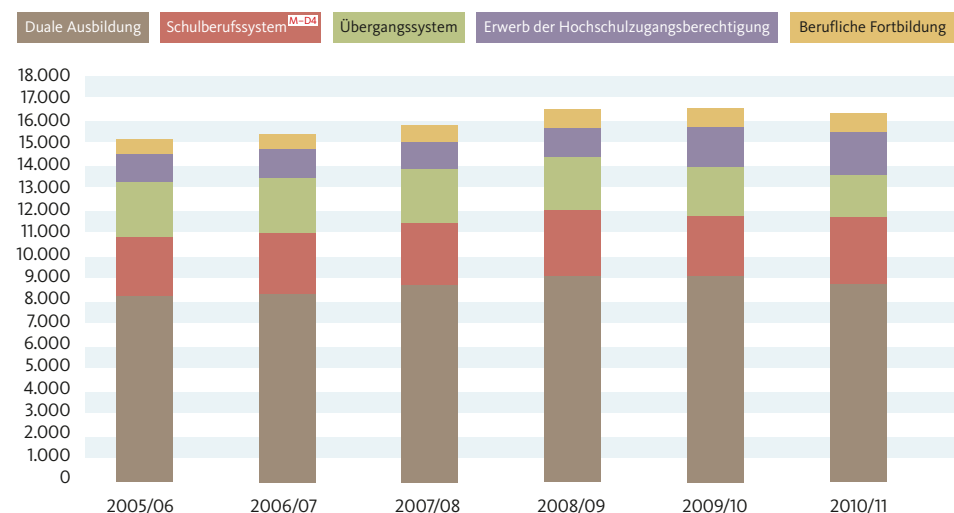
Quelle: Schulstatistik 2010/11; eigene Berechnungen.

D1.4

Teilbereiche der beruflichen Schulen

Die duale Ausbildung, der Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und das Übergangssystem sind Gegenstände der nachfolgenden Ausführungen.

Abb. D5 Entwicklung der Schülerzahlen an den öffentlichen, privaten und sonstigen beruflichen Schulen in Mannheim nach Teilbereichen (absolut)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2010; eigene Berechnungen.

Mädchen in der dualen Ausbildung sind mit 43% unterrepräsentiert.

Rückgängige Schülerzahlen in der dualen Ausbildung seit 2009/10

Streben nach höheren Bildungsabschlüssen, auch im beruflichen Schulsystem

Einführung der Werkrealschule hat erhebliche Auswirkungen auf das berufliche Schulsystem.

Gleich viele junge Frauen wie junge Männer streben den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung an.

- 1. Duale Ausbildung.** In Mannheim findet die duale Ausbildung ausschließlich an öffentlichen beruflichen Schulen statt. Die duale Ausbildung umfasst die in Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen stattfindende Berufsausbildung in Berufen, die nach dem Berufsbildungsgesetz bzw. der Handwerksordnung geregelt sind.

In Mannheim sind im Schuljahr 2010/11 8.827 Schüler in der dualen Ausbildung (54%). Landesweit sind ca. 49% der Schüler an den beruflichen Schulen in der dualen Ausbildung. Der höhere Anteil von jungen Menschen in der dualen Ausbildung in Mannheim ist zurückzuführen auf die Tatsache, dass die Stadt ein Oberzentrum (Einzugsgebiet für städtisches Umfeld, höhere Dichte an Bildungsangeboten) ist. Im Schuljahr 2010/11 besuchten 3.808 Mädchen eine duale Ausbildung (43%). Auch landesweit sind junge Frauen in der dualen Ausbildung unterrepräsentiert. Dies ist auf die deutlich geschlechtsspezifischen Berufswahlunterschiede zurückzuführen.

Die Schülerzahlen in der dualen Ausbildung erhöhten sich zwischen den Schuljahren 2005/06 und 2008/09 stetig von 8.281 auf 9.178 Schüler. Danach sinken die Schülerzahlen ab. Im Schuljahr 2010/11 nahmen noch 8.827 Schüler eine duale Ausbildung wahr. Damit folgt Mannheim dem Landestrend der rückgängigen Schülerzahlen in der dualen Ausbildung. Die Ursache für diesen Trend liegt neben der demografischen Entwicklung u. a. auch in der Wirtschaftskrise. Im Zuge der Wirtschaftskrise wurden weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen, damit waren die Schülerzahlen rückläufig. Zeitgleich nimmt die Nachfrage nach vollzeitschulischen Bildungsgängen deutlich zu.

- 2. Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung.** Der Bereich „Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung“ enthält die Bildungsgänge, die ausschließlich oder vorrangig eine Hochschulzugangsberechtigung, aber keinen Berufsabschluss vermitteln.

Im Schuljahr 2010/11 sind an den Mannheimer beruflichen Schulen 1.942 Schüler, die den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung anstreben. Dies entspricht einem Anteil von 12% aller Schüler an beruflichen Schulen. Landesweit streben 17% den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung an. Dieser Unterschied könnte sich wie folgt erklären: Aufgrund der städtischen Infrastruktur und des wohnortnahen Schulangebots gehen die gymnasialempfohlenen Kinder auf Schularten (z. B. Gymnasien, IGMH), die direkt zum Abitur führen (Kapitel C2.2). In Baden-Württemberg dagegen wollen ca. 18,2% der Eltern auf die Option Gymnasium beim Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule verzichten und besuchen zunächst eine Realschule (Schwarz-Jung, 2012).

Im beruflichen Schulsystem ist wie auch im allgemeinbildenden Schulsystem ein Trend zur höheren Bildung festzustellen. Durch Entwicklungsprozesse im allgemeinbildenden Schulsystem (z. B. Einführung der Werkrealschule) wird ein immer größerer Anteil von Jugendlichen den mittleren Abschluss erwerben und sich über das berufliche Schulsystem (u. a. über die beruflichen Gymnasien) weiterqualifizieren. So zeigt sich, dass gegenwärtig die Schülerzahlen, die über die beruflichen Schulen eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben möchten, stetig anwachsen. Während im Schuljahr 2005/06 1.241 Schüler an den beruflichen Schulen die Hochschulzugangsberechtigung anstreben, sind dies im Schuljahr 2010/11 schon 1.942 Schüler (56%). Landesweit liegt dieser Anstieg bei 44%.

Seit dem Schuljahr 2008/09 ist es möglich, in Mannheim eine Hochschulzugangsberechtigung an einer der privaten beruflichen Schulen anzustreben. 2010/11 realisieren dies insgesamt 282 (15%) von 1.942 Schülern an einer beruflichen Schule in privater Trägerschaft. In etwa gleich viele weibliche wie männliche Jugendlichen streben den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung über die beruflichen Schulen an.

Rückläufige Schülerzahlen im Übergangssystem

3. Übergangssystem. Maßnahmen außerschulischer Träger und schulische Bildungsgänge, die keinen qualifizierenden Berufsabschluss vermitteln, werden dem Übergangssystem zugeordnet. Das Übergangssystem umfasst die Integrations- und Förderausbildungen für die berufliche Integration. Im Schuljahr 2010/11 befanden sich 851 Schüler (11%) im Übergangssystem einer Mannheimer beruflichen Schule. Landesweit waren 16% der Schüler an beruflichen Schulen im Übergangssystem.

Das Übergangssystem verzeichnet stadtweit einen Rückgang an Schülerzahlen um 25% (analog zu Baden-Württemberg). Während im Schuljahr 2005/06 noch 2.477 Schüler das Übergangssystem benötigten, sind dies im Schuljahr 2010/11 nur noch 1.851 Schüler. Dieser Rückgang könnte auf die intensiven kommunalen Förderaktivitäten zurückzuführen sein. Durch die zusätzliche individuelle Förderung soll erreicht werden, dass Jugendliche zum schulischen Abschluss geführt werden und im Anschluss eine berufliche Ausbildung beginnen können. Eine wissenschaftliche Evaluation des Übergangs Schule – Beruf steht noch aus.

Das Übergangssystem ist an beruflichen Schulen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich verankert. Im Schuljahr 2010/11 nehmen 1.502 Schüler (81%) an öffentlichen und 349 Schüler (19%) an privaten beruflichen Schulen das Angebot zur beruflichen Integration wahr. Im Zeitverlauf kann festgestellt werden, dass die Anzahl der Schüler/-innen, die das private Übergangssystem besuchen, relativ stabil bleibt, während die Schüleranzahlen an den öffentlichen beruflichen Schulen stetig sinken. Eine Erklärung kann darin liegen, dass sich einige private Schulen auf Maßnahmen des Übergangssystems spezialisiert haben und große Anstrengungen unternehmen, ihre Kapazitäten auszulasten.

Mehr junge Männer als junge Frauen sind im Über- gangssystem.

Im Schuljahr 2010/11 besuchen 1.040 junge Männer (56%) in Mannheim das Übergangssystem. In Baden-Württemberg liegt der Anteil der männlichen Jugendlichen im Übergangssystem bei 55%.

Exkurs: Kooperationen bilden den Kern für persönlichen Erfolg.

Das gilt auch für die berufsbildenden Schulen bei der Qualifikation der Jugendlichen. Die Aufgabe ist klar! Wie können wir die individuellen Fähigkeiten der Schüler/-innen gemeinsam fördern und fordern? Wir gestalten weiterhin das berufsbildende Schulsystem in Mannheim als eine produktive Kraft guter Beziehungen, die über den schulischen Tellerrand hinausschaut und vielfältig Partner mit in das berufliche Schulsystem einbezieht. Wer will, dass junge Menschen beim Übergang in die Arbeitswelt Erfolg haben, der muss zwischen Schule und Betrieben Kooperationen suchen und Beziehungen aufbauen.

Heinrich-Lanz-Schule II mit dem Internationalen Bund Mannheim und Heidelberg
Bereits seit den 1990er Jahren werden Schüler/-innen, denen aufgrund einer Behinderung oder Lernschwäche eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf (zunächst) nicht möglich ist, in der Heinrich-Lanz-Schule II auf Berufstätigkeit vorbereitet. Hier arbeiten die Lehrkräfte eng und systematisch mit Ausbildern und Sozialarbeitern des Internationalen Bundes Mannheim und Heidelberg zusammen. Die Schüler/-innen erhalten nach bestandener Abschlussprüfung als neue Perspektive den Übergang in die Regelausbildung mit Gesellenprüfung.

Werner-von-Siemens-Schule – Fachschule für Elektrotechnik: Energietechnik, Informations-technik und Automatisierungstechnik / Mechatronik

Neue Bildungsangebote orientieren sich am Bedarf von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Betrieben der Region. Die Lehrer/-innen der Werner-von-Siemens-Schule nehmen deshalb regelmäßig an Fortbildungen auch in Wirtschaftsunternehmen teil, um ihre fachwissenschaftlichen und didaktisch-methodischen Kenntnisse weiter zu entwickeln. Zielsetzung ist es, durch den ständigen Austausch mit Kammern und Unternehmen eine Anpassung des Unterrichts an den aktuellen Bedarf des Arbeitsmarkts vor Ort zu gewährleisten. Das gelingt über diesen Weg insbesondere in Bereichen, die eine enorme Dynamik in der Entwicklung aufweisen.

Carl-Benz-Schule und Institut für Deutsche Sprache

Die Zusammenarbeit der Carl-Benz-Schule mit dem Institut für Deutsche Sprache untersucht das de-facto-didaktische Handeln von Lehrerinnen und Lehrern in authentischen Unterrichtssituationen. Videoaufzeichnungen, die im Unterricht in sämtlichen Schularten und Klassenstufen der Carl-Benz-Schule aufgenommen werden, dienen der systematischen Reflexion. Zielsetzung ist es, die erarbeiteten Erkenntnisse direkt für den Unterricht zu nutzen und dort einzusetzen.

Heinrich-Lanz-Schule | Alternative zum Studium

Praxisnah und bedarfsorientiert werden ab 2012 Nachwuchskräfte für das mittlere Management im Kraftfahrzeugbereich ausgebildet. Jugendliche mit Abiturzeugnis, technischem Interesse und Interesse daran, in Managementfunktionen zu arbeiten, können die duale Ausbildung zum KFZ-Mechatroniker kombinieren mit der Abschlussqualifikation eines technischen Fachwirts und dem Meisterbrief. Diese anwendungsorientierte Ausbildung ist Produkt der engen Zusammenarbeit der Schule mit Handwerkskammer und des KFZ-Gewerbes Rhein-Neckar-Odenwald und soll dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Helene-Lange-Schule/Fröbelseminar-Kooperation bringt „Win-win“-Effekt

Die Kooperation zukünftiger Erzieher/-innen des Fröbelseminars mit der Diesterwegschule führt zu qualifizierten Bewegungsangeboten für die Grundschüler/-innen. Die Erzieher/-innen werden am Motorikzentrum des Fröbelseminars in Zusammenarbeit mit dem Badischen Turnerbund zu Übungsleiterinnen und -leitern im Kleinkindturnen ausgebildet. Diese Kenntnisse bringen sie in den Sportunterricht der Diesterwegschule ein und erproben sie im praktischen Umgang mit Schülerinnen und Schülern der Grundschule. Zielsetzung ist diese Zusammenarbeit zu einer dauerhaften Kooperation werden zu lassen.

Max-Hachenburg-Schule in enger Zusammenarbeit mit Betrieben und außerschulischen Partnern

Flexible und abgestimmte Angebote mit Betrieben und außerschulischen Partnern erhöhen die Chance für Schüler/-innen, die Berufsabschlussprüfung erfolgreich zu bestehen. Grundlage dafür ist die persönliche schulische Förderung, die die Max-Hachenburg-Schule über Jahre zu einem erfolgreichen Konzept entwickelt hat. Dazu gehört u. a. der Schulpädagogische Dienst. Hier wird angestrebt, einen erfolgreichen Übergang von Berufskolleg I nach Berufskolleg II und somit eine Erhöhung der Quote der Schüler/-innen, die eine Hochschulzugangsberechtigung erzielen, zu gewährleisten. Parallel werden in Kooperation mit der Abendakademie Mannheim Förderkurse angeboten. Zielsetzung ist es, Schüler/-innen durch selbstorganisiertes und eigenverantwortliches Lernen zu unterstützen und zum Erfolg zu führen.

Eberhard-Gothein-Schule vermittelt praxisorientiertes Assessment-Center

Die Eberhard-Gothein-Schule führt regelmäßig Assessment-Center für angehende Betriebswirte und Auszubildende zur/zum Personaldienstleistungskauffrau/-mann durch. Das Assessment Center ist ein Standard im Einstellungsverfahren vieler mittlerer und großer Unternehmen.

Die praxisorientierte Diskussion und Umsetzung von Assessment-Centern bietet die Möglichkeit, sich konkret mit einem der wichtigsten Einstellungsverfahren zu beschäftigen. Zielsetzung ist, die Schüler/-innen in die Lage zu versetzen, den eigenen Auftritt im Assessment-Centern souverän und erfolgreich meistern zu können.

Friedrich-List-Schule – fit für die „Internationale Wirtschaft“

Die Globalisierung schreitet weiter voran und die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt nach qualifiziertem Nachwuchs für die internationale Wirtschaft steigt. Diesen Anforderungen und Herausforderungen stellt sich die Friedrich-List-Schule, besonders im Bereich des beruflichen Wirtschaftsgymnasiums. Im Fokus steht hier der bilinguale Unterricht in englischer Sprache in den Fächern Global Studies oder Internationale Geschäftskommunikation. Vorbild ist das internationale Abitur, mit der Möglichkeit, ein Auslandsstudium ohne zusätzliche Sprachprüfung beginnen zu können.

Justus-Liebig-Schule entwickelt mit Partnern den neuen Ausbildungsberuf Speiseeishersteller/-in

Die Justus-Liebig-Schule, Speiseeishersteller aus der Region, der Verband UNITEIS und die Handwerkskammer Rhein-Neckar haben einen neuen Ausbildungsberuf erarbeitet. Ab sofort können Schüler/-innen Speiseeishersteller/-in in Mannheim werden. In einem Eis-Labor, das dem aktuellen Stand der Technik entspricht, werden Schüler/-innen aus ganz Süddeutschland zu Speiseeisherstellern ausgebildet, zusätzlich mit Italienischunterricht und Kursen zur Vermittlung von Kundenorientierung. Die Abschlussprüfung findet regulär vor dem Prüfungsausschuss der Handwerkskammer statt.

Eintritte und Abschlüsse im beruflichen Schulsystem

Vor dem Hintergrund der Zielsetzung der Stadt Mannheim, jedem Jugendlichen einen Weg in den Beruf und eine eigenständige Existenz zu ermöglichen, ist es grundlegend, dass alle Jugendlichen eine berufliche Perspektive erhalten. Die nachfolgende Frage rückt in den Mittelpunkt dieses Kapitels:

Mit welcher schulischen Vorbildung kommen die Schüler/-innen an den beruflichen Schulen an und mit welchen allgemeinbildenden und beruflichen Schulabschlüssen gehen sie ab?

Die unterschiedliche Vorbildung und die unterschiedlichen schulischen Abschlüsse der Schüler/-innen je nach Teilbereich in den beruflichen Schulen kann mit Hilfe der Kennzahl „*Anteile der allgemeinbildenden Schulabschlüsse neu eingetretener Schüler/-innen in den Teilbereichen des Berufsbildungssystems*“ gemessen werden. Die Kennzahl gibt Hinweise auf die Chancen der Jugendlichen, beim Übergang in die Berufsausbildung einen adäquaten dualen oder schulischen Ausbildungsplatz zu erhalten.

Im beruflichen Schulsystem kann ein Berufsabschluss und ein schulischer Abschluss erworben werden. Um zu prüfen, ob die angebotenen Bildungsgänge an den beruflichen Schulen effizient sind, wird die Kennzahl „*Erfolgsquote beim Abschluss beruflicher Bildungsgänge*“ herangezogen. Mit Hilfe dieser Kennzahl können die Abschlusschancen erfolgreicher Absolventinnen und Absolventen und das Ausmaß an nicht erworbenen Abschlüssen eingeschätzt werden, da hiervon das regionale Arbeitskräftepotenzial beeinflusst wird. Weiterhin kann eruiert werden, welche schulischen Abschlüsse über das berufliche Schulsystem erworben werden. Hierzu dient die Kennzahl „*An beruflichen Schulen erworbene allgemeinbildende Schulabschlüsse*“. Es wird angestrebt, möglichst vielen Schülerinnen und Schülern den Zugang zur höheren Bildung zu ermöglichen.

Nachstehend werden die Eintritte und die Abschlüsse im beruflichen Schulsystem nach Schularten anhand der drei ausgewählten Bereiche dargestellt.

1. Die **duale Ausbildung** wird anhand der Schulart Berufsschule und Sonderberufsschule dargestellt (Kapitel D2.1). Hierzu wird die Datenlage der neun Sonderberufs- und Berufsschulen in öffentlicher Trägerschaft ausgewertet. Privatschulen gibt es in diesem Teilbereich nicht.
2. Beim **Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung** wird eine Fokussierung auf den Erwerb der Hochschulreife im beruflichen Schulsystem (Äquivalent zum Kapitel C3.1) und der dazu führenden Schularten (berufliche Gymnasien und Berufsoberschulen) vorgenommen (Kapitel D2.2). Die Datenlage der zwei privaten und der drei öffentlichen Gymnasien sowie der zwei Berufsoberschulen in öffentlicher Trägerschaft werden zur Auswertung verwendet.
3. Das **Übergangssystem** wird anhand der Schulart Berufsvorbereitungsjahr thematisiert, da diese Schüler/-innen die schwierigsten Ausgangslagen besitzen und ihre Ausbildungsfähigkeit im beruflichen Schulsystem gestärkt werden soll (Kapitel D2.3).

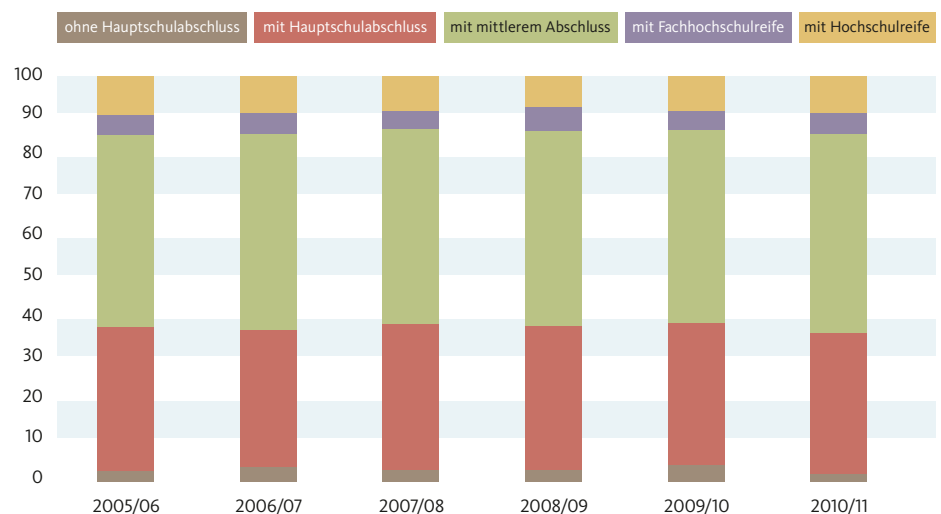
D2.1

Berufs- und Sonderberufsschulen werden vorwiegend von Schülern mit mittlerem Abschluss (49%) und mit Hauptschulabschluss (35%) besucht.

Die duale Ausbildung an der Berufsschule und Sonderberufsschule

Eintritte. Im Schuljahr 2010/11 entfallen von insgesamt 7.593 Neuanmeldungen 2.839 auf die Berufsschulen und Sonderberufsschulen (37%). Fast die Hälfte hatte einen mittleren Abschluss (49%). Ein weiteres gutes Drittel konnte einen Hauptschulabschluss vorweisen (35%). Die restlichen waren im Besitz der Fachhochschulreife (5%) und der Hochschulreife (9%) bzw. hatten keinen Hauptschulabschluss (2%) (Abb. D6; Tab. D6web). Diese Ausgangsvoraussetzungen sind im Zeitverlauf relativ stabil und vergleichbar mit dem Trend auf Landesebene.

Abb. D6 Allgemeinbildende Abschlüsse beim Eintritt in die Berufsschule und Sonderberufsschule in Mannheim (in %)

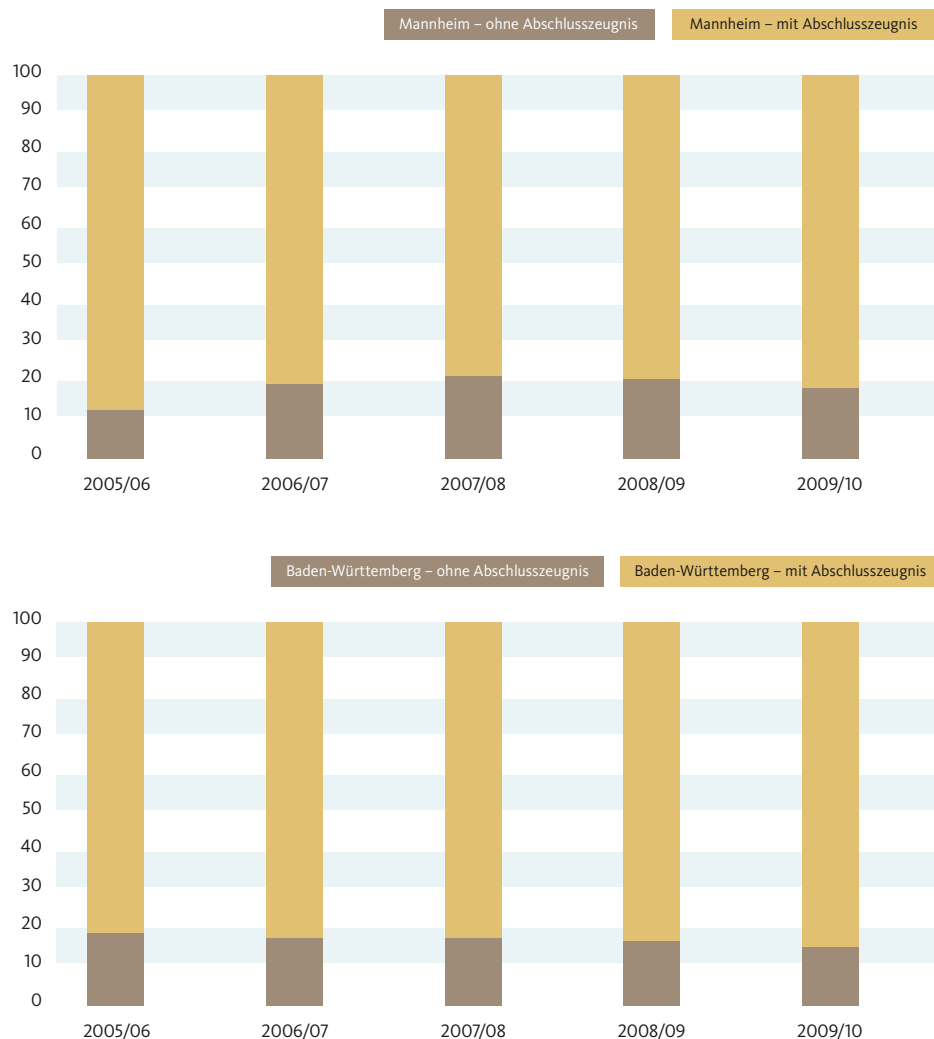


Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2011; eigene Berechnungen.

12% der Absolventen verlassen die Schule ohne einen Abschluss.

Berufliche Abschlüsse. Im betrachteten Zeitraum erhöht sich in Mannheim (um 15%) wie auch in Baden-Württemberg (um 7%) die Anzahl der Sonderberufsschul- und Berufsschulabsolventen. Während in Mannheim im Schuljahr 2005/06 noch 2.678 Schüler die Sonderberufsschule und Berufsschule verließen, waren dies im Schuljahr 2009/10 bereits 3.074 Jugendliche. In Mannheim ist der Anteil der Jugendlichen mit einem erfolgreichen Abschluss der Sonderberufsschule und Berufsschule, zurückgegangen (Abb. D7, Tab. D7web). Während 2005/06 88% der Schüler ein Abschlusszeugnis erhielten, waren dies 2009/10 nur noch 82%. In Baden-Württemberg nimmt der Anteil der Absolventen mit Abschlusszeugnis zu (Schuljahr 2005/06: 81% → Schuljahr 2009/10: 85%).

Abb. D7 Erfolgsquote beim Abschluss der Sonderberufs- und Berufsschule in Mannheim und Baden-Württemberg (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2010; eigene Berechnungen.

Mädchen und Jungen haben gleiche Chancen beim Abschluss der Sonderberufs- und Berufsschule.

Immer weniger Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in den Abschlussklassen der Sonderberufs- und der Berufsschule.

Ein Drittel der Migrant*innen Jugendlichen macht an der Sonderberufs- und der Berufsschule keinen Abschluss.

Die Abschlussklassen der Berufsschulen und der Sonderberufsschulen werden in Mannheim und in Baden-Württemberg in etwa von 55% Jungen und 45% Mädchen besucht. Es gibt in der Wahrscheinlichkeit, diese Schulart erfolgreich zu beenden, keine wesentlichen Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen.

In Mannheim ist der Anteil der Schüler/-innen mit Migrationshintergrund an der Sonderberufs- und Berufsschule rückläufig. Ein Indiz hierfür ist der rückläufige Anteil Migrant*innenjugendlicher in den Abschlussklassen. Im Schuljahr 2005/06 hatten noch 17% der Absolventen einen Migrationshintergrund, im Schuljahr 2009/10 dagegen nur noch 14%. Darüber hinaus ist auffällig, dass Migrant*innenjugendliche im Vergleich zu allen Absolventen seltener ein Abschlusszeugnis erhalten (2009/10: 73%). Im Landesvergleich hierzu bleibt der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund stabil bei ca. 11%. Im Land liegt der Anteil mit einem Abschlusszeugnis bei 71%.

Schulische Abschlüsse. Höherqualifiziert werden im betrachteten Zeitraum in Mannheim zwischen 31 und 68 Jugendliche^{M-D5}. Diese erwerben einen Haupt- bzw. einen Realschulabschluss. Theoretisch gesehen kann in der dualen Ausbildung ein mittlerer Abschluss erworben werden. Da jedoch bereits die Hälfte der Jugendlichen mit einem Realschulabschluss eine duale Ausbildung aufnimmt, kann nur begrenzt eine Höherqualifizierung in der beruflichen Schule stattfinden. Aufgrund der geringen Anzahl von Jugendlichen, die eine Höherqualifizierung in der dualen Ausbildung erwerben, kann keine aussagekräftige Unterscheidung nach Geschlecht und nach Nationalität vorgenommen werden.

D2.2

Drei Viertel der beruflichen Gymnasiasten kommen von den Realschulen.

Die Höherqualifizierung über die beruflichen Gymnasien und die Berufsoberschule

Eintritt. Im Schuljahr 2009/10 traten insgesamt 7.593 Schüler in das berufliche Schulsystem ein. Davon gingen 482 Schüler an eines der beruflichen Gymnasien (6%) und 77 Schüler an eine der Berufsoberschulen (1%). Die Voraussetzung für das berufliche Gymnasium und die Berufsoberschule ist ein mittlerer Bildungsabschluss.

Interessant ist nun, an welchen Schularten die Schülerschaft der **beruflichen Mannheimer Gymnasien** den mittleren Bildungsabschluss erworben hat. Rund drei Viertel der Schüler kommen aus Realschulen. Zwischen 8,5% und 12,4% kommen jährlich vom allgemeinbildenden Gymnasium (Abb. D8, Tab. D8web). Von den Haupt-/Werkrealschulen und den Berufsfachschulen kommen 4,5% und 11,4%. Die beruflichen Gymnasien werden eher selten von Schülern und Schülerinnen besucht, die zuvor eine Berufsaufbauschule, eine Berufsschule oder sonstige Schularten besuchten.

Abb. D8 Herkunft der Schüler/-innen an den beruflichen Gymnasien in Mannheim nach Schularten (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2011; eigene Berechnungen.

Berufliche Abschlüsse. Die Anzahl der Abgänger **beruflicher Gymnasien** hat sich in Baden-Württemberg um 15% und in Mannheim um 20% zwischen 2005/06 und 2010/11 erhöht. Die „Erfolgsquote beim Abschluss des beruflichen Gymnasiums“ ist zwischen den Schuljahren 2005/06 und 2009/10 sowohl in Baden-Württemberg als auch in Mannheim relativ stabil. So verlassen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2009/10 85% der beruflichen Gymnasiasten das berufliche Schulsystem mit einem Abschluss. In Mannheim erreichen dies 65% der Abgänger. Hieraus wird ersichtlich, dass 35% der Schüler die beruflichen Gymnasien ohne ein Abschlusszeugnis verlassen. Hier ist in der Größenordnung eine deutliche Parallele zu den allgemeinbildenden Gymnasien festzustellen (vgl. Durchgangsquoten Kapitel C2.2).

35% verlassen das berufliche Gymnasium ohne einen Abschluss.

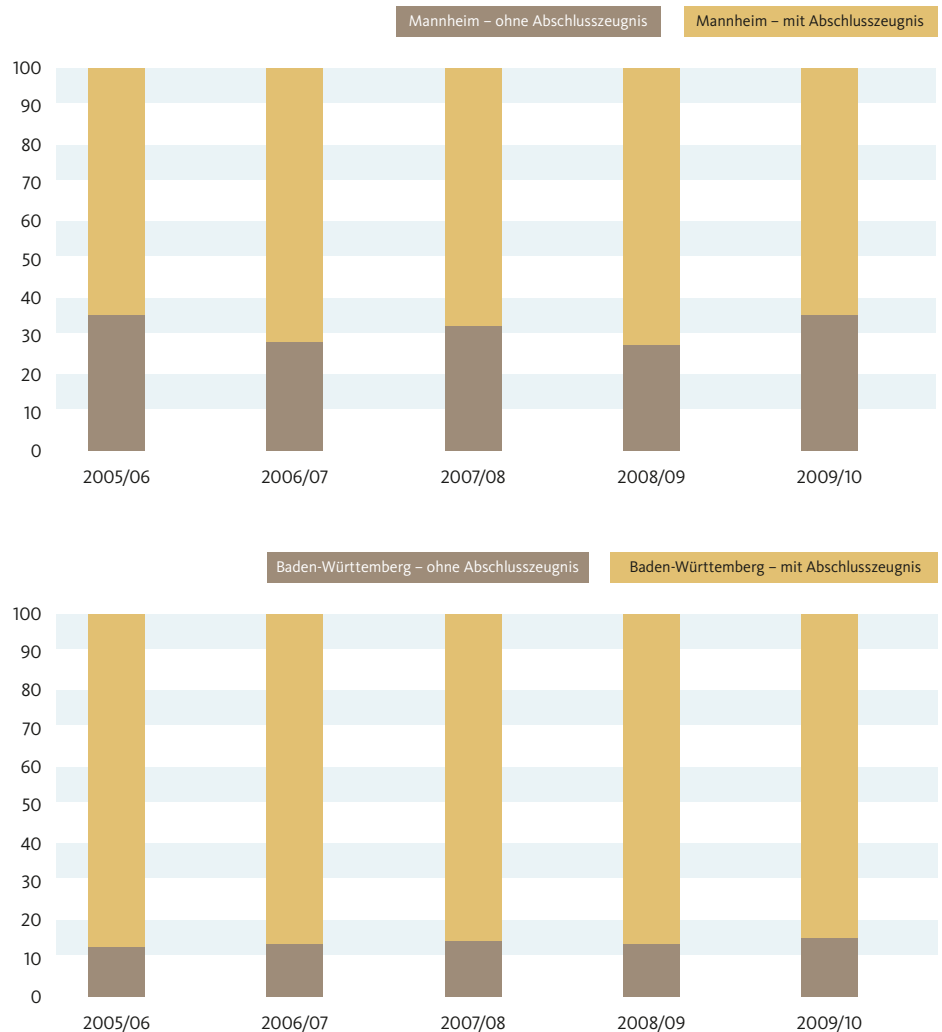
Keine Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen beim Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung am beruflichen Gymnasium

47% der Jugendlichen mit Migrationshintergrund verlassen das berufliche Gymnasium ohne einen Abschluss.

In etwa gleich viele Jungen wie Mädchen besuchen die beruflichen Gymnasien. In Mannheim und in Baden-Württemberg ist die Wahrscheinlichkeit, das berufliche Gymnasium mit Erfolg abzuschließen, für Mädchen und Jungen gleich hoch.

30% der Absolventen der beruflichen Gymnasien sind in Mannheim Schüler mit Migrationshintergrund. Auffällig ist deren extrem hohe Abbruchsquote. So verlassen durchschnittlich 47% die beruflichen Gymnasien ohne ein Abschlusszeugnis. In Baden-Württemberg dagegen besuchen nur ca. 7% Schüler mit Migrationshintergrund die beruflichen Schulen. Die landesweite Abbruchsquote liegt bei ca. 30%. Diese geringe Abschlussquote ist ein Indiz dafür, dass es den Migrantenjugendlichen nur bedingt gelingt, ihre Bildungschancen über das berufliche Schulsystem zu verbessern. Dennoch sind die Chancen das Abitur zu erreichen im Vergleich zu alternativen Bildungswegen im beruflichen Gymnasium am höchsten.

Abb. D9 Erfolgsquote beim Abschluss des beruflichen Gymnasiums in Mannheim und Baden-Württemberg (in %)

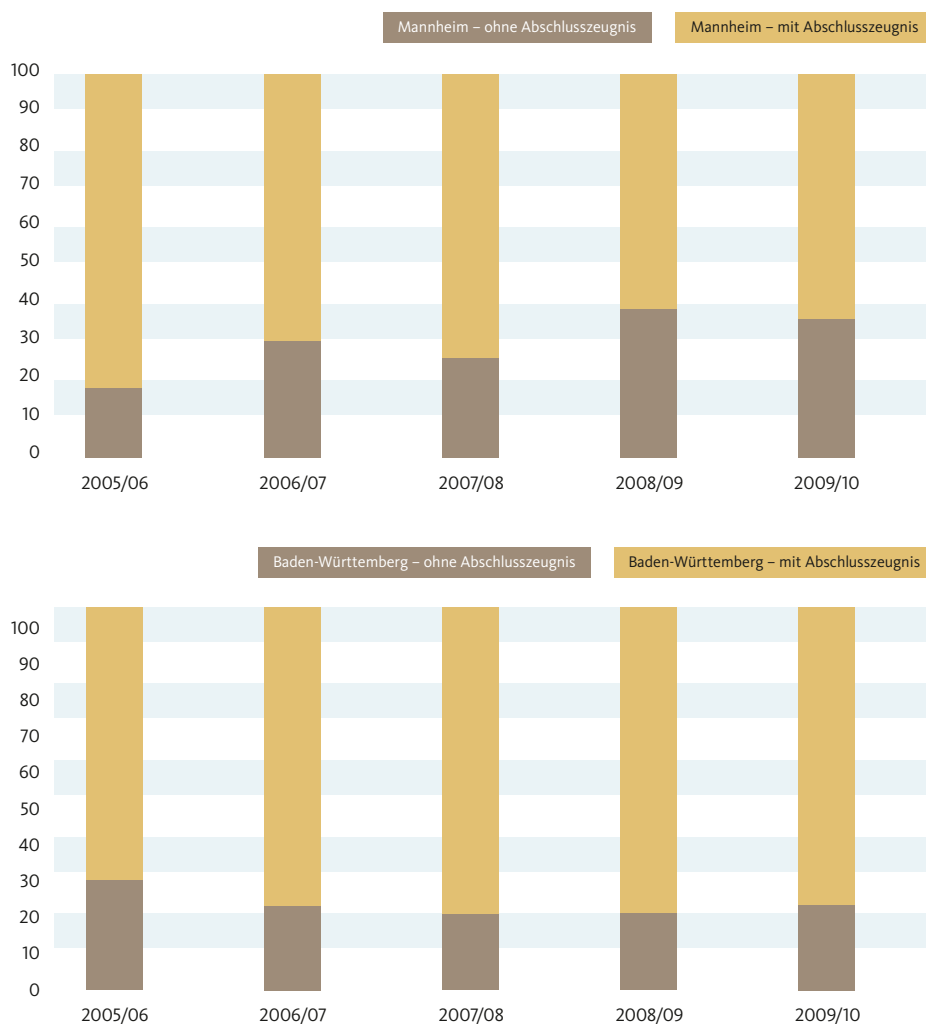


Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2010; eigene Berechnungen.

36% der Jugendlichen verlassen die Berufsoberschule ohne Abschluss.

Die **Berufsoberschule** in Mannheim wie auch in Baden-Württemberg weist relativ stabile Abgängerzahlen zwischen den Schuljahren 2005/06 und 2010/11 auf. In Mannheim absolvieren jährlich zwischen 72 und 80 Schüler die Berufsoberschule. Während der Anteil der Schüler, die ohne Abschlusszeugnis die Berufsoberschule verlassen, sukzessive ansteigt, geht dieser Anteil im gleichen Zeitraum in Baden-Württemberg zurück (Abb. D10; Tab. D10web). Im Schuljahr 2009/10 verlassen in Mannheim 36% der Jugendlichen ohne ein Abschlusszeugnis die Berufsoberschule. Im Landesvergleich sind dies nur 23% der Schüler.

Abb. D10 Erfolgsquote beim Abschluss der Berufsoberschule in Mannheim und Baden-Württemberg (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2010; eigene Berechnungen.

Aufgrund der geringen Schüleranzahl in den Abschlussklassen können keine Aussagen zu den Erfolgsquoten getrennt nach Geschlecht und Migrationshintergrund gemacht werden. Dennoch kann hinsichtlich des Geschlechts und des Migrationshintergrunds folgende Tendenz festgehalten werden: In der Mannheimer Berufsoberschule liegt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Jungen und Mädchen vor. In den Abgangsklassen der Mannheimer Berufsoberschulen beträgt der Anteil Migrantenjugendlicher nur 13%. In Baden-Württemberg sind lediglich ein Drittel der Berufsoberschulabsolventen Mädchen und 10% Jugendliche mit Migrationshintergrund unter den Berufsoberschulabsolventen.

Zwischen 93% und 97% der erfolgreichen Absolventen am beruflichen Gymnasium erwerben die Hochschulreife.

Schulische Abschlüsse. Zwischen 93% und 97% der Absolventen in Mannheim verlassen das **berufliche Gymnasium** mit der Hochschulreife. Zwischen 3% und 7% der Absolventen absolvieren die Fachhochschulreife. Keine wesentlichen Unterschiede gibt es hinsichtlich des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung nach Geschlecht und nach Migrationshintergrund. In Baden-Württemberg erreichen bis zu 98% der Jugendlichen die Hochschulreife und ca. 2% die Fachhochschulreife. Auch hier gibt es keine wesentlichen Unterschiede nach Geschlecht und Migrationshintergrund.

Alle erfolgreichen Absolventen der Berufsoberschule erwerben die Hochschulreife.

In Mannheim haben alle Schüler/-innen, die eine **Berufsoberschule** mit einem Abschlusszeugnis verlassen, die Hochschulreife erworben. Die Option Fachhochschulreife als Abschlussprüfung wird von den Schüler/-innen nicht präferiert.

Exkurs: Die Bedeutung der beruflichen Schulen beim Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung

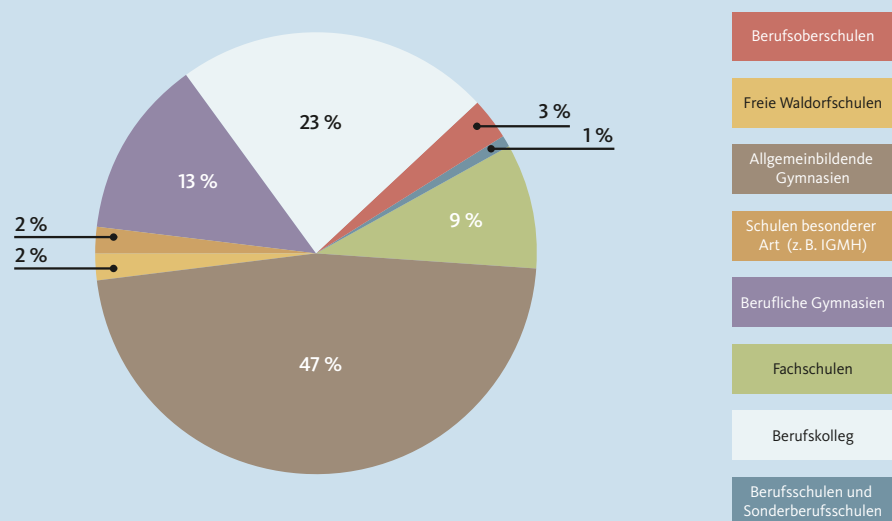
Dr. Rainer Wolf, Leiter des Referats „Bildung und Kultur“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, zeigt auf, dass die beruflichen Schulen landesweit in den vergangenen Jahren an Bedeutung beim Erwerb allgemeinbildender Schulabschlüsse gewonnen haben. Exemplarisch soll diese Aussage für den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung in Mannheim dargestellt werden. Im Jahr 2010 erwarben in Mannheim insgesamt 1.854 Schüler eine Hochschulzugangsberechtigung. Davon hatten 143 Schüler (8%) einen Migrationshintergrund (Wolf, 2012).

Hochschulzugangsberechtigung nach allgemeinbildendem Abschluss. 654 Schüler absolvieren die Fachhochschulreife und 1.200 Schüler die Hochschulreife. Die Fachhochschulreife wird fast ausschließlich (98%) an den beruflichen Schulen erworben. Sie kann im allgemeinbildenden Schulsystem nur an den Waldorfschulen erlangt werden. Ca. 23% der Schüler mit Hochschulreife erwerben diese im beruflichen Schulsystem. Von 143 Schülern mit Migrationshintergrund erwerben 100 Schüler (70%) ihre Hochschulzugangsberechtigung im beruflichen Schulsystem.

Hochschulzugangsberechtigung nach Schulart. Von den 1.854 Schülern, die eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben, tun dies 943 (51%) im allgemeinbildenden und 911 (49%) im beruflichen Schulsystem (Abb. D11). Fast die Hälfte der Schüler in Mannheim erwirbt ihre Hochschulzugangsberechtigung an einem allgemeinbildenden Gymnasium (47%). Nahezu ebenso viele Schüler erwerben die Hochschulzugangsberechtigung über das berufliche Schulsystem (Berufskolleg: 23%, berufliches Gymnasium: 13%, Fachschulen: 9%).

Junge Menschen mit Migrationshintergrund erwerben ihre Hochschulzugangsberechtigung über die beruflichen Gymnasien (29%), die Berufskollegs (29%) und das allgemeinbildende Gymnasium (25%). Die restlichen 17% der Absolventen mit Migrationshintergrund erwerben ihre Hochschulzugangsberechtigung in anderen Schularten (z. B. Berufsoberschule und IGMH).

Abb. D11 Anzahl der Hochschulzugangsberechtigten im Jahr 2010 nach Schulart in Mannheim (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2010; eigene Berechnungen.

D2.3

Die individuelle Förderung im Berufsvorbereitungsjahr

Eintritt. Die Interpretation der Datenlage des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) muss vor folgendem Hintergrund stattfinden: Ab dem Schuljahr 2006/07 wurde als neuer Bildungsgang (zunächst als Schulversuch) das Berufseinstiegsjahr (BEJ), speziell für Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss, konzipiert und eingerichtet. Im BEJ sollen die Jugendlichen eine gezielte berufliche Vorqualifikation erhalten, indem als Schwerpunkt nur ein Berufsfeld unterrichtet wird. Durch die Konzentration auf ein Berufsfeld sollen die Jugendlichen besonders intensiv gefördert werden. Außerdem haben sie die Möglichkeit, einen höher qualifizierenden Abschluss (BEJ-Abschluss) abzulegen.

Ab dem Schuljahr 2007/08 findet sich diese Entwicklung in der Datenlage wieder. Im Vergleich zum Schuljahr 2005/06 wird der Anteil der Schüler/-innen ohne Hauptschulabschluss immer höher, der Anteil der Schüler/-innen mit Hauptschulabschluss und mittlerem Abschluss ist stark rückläufig (Abb. D12; Tab. D12^{web}). Dies liegt daran, dass ab dem Schuljahr 2008/09 die Differenzierung nach BVJ und BEJ verpflichtend war. Dies macht sich nachstehend in der geänderten Zusammensetzung der Schülerschaft bemerkbar. Im BVJ sind ab dem Schuljahr 2008/09 fast ausschließlich Jugendliche ohne Hauptschulabschluss anzutreffen. Der geringe Anteil der Schüler/-innen mit Hauptschulabschluss, die dennoch im Rahmen eines BVJs unterrichtet werden, besteht erfahrungsgemäß zu einem Großteil aus ehemaligen Förderschulabsolventinnen/-absolventen, die durch die Teilnahme an der externen Hauptschulprüfung einen Hauptschulabschluss erworben haben. Im BEJ sind hingegen die Schüler/-innen mit Hauptschulabschluss aufgeführt.

Abb. D12 Allgemeinbildende Abschlüsse beim Eintritt in das Berufsvorbereitungsjahr im Schuljahr 2010/11 in Mannheim (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2010; eigene Berechnungen.

Schulische Abschlüsse. Die Abschlüsse im Berufsvorbereitungsjahr haben sich in Mannheim im Zeitraum von 2005/06 bis 2009/10 um ca. 64% reduziert. Dies liegt u. a. an der Ausdifferenzierung des Berufsvorbereitungsjahres in BVJ und BEJ ab dem Schuljahr 2006/07. In Baden-Württemberg nimmt die Zahl der Absolventen des Berufsvorbereitungsjahres um 72% ab. Die Entwicklung in Mannheim verläuft analog zu der in Baden-Württemberg.

Die Hälfte der Schüler im BVJ machen keinen Abschluss.

Das Berufsvorbereitungsjahr bietet aufgrund seiner Bildungszielsetzung den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, einen Hauptschulabschluss nachzuholen. Auffällig ist, dass in Mannheim durchschnittlich bis zu 50% der Schülerschaft ohne ein Abschlussszeugnis und damit ohne den angestrebten Hauptschulabschluss das BVJ verlässt. Im Schuljahr 2008/09 erreichen sogar 65% der Absolventen diesen Hauptschulabschluss nicht (Abb. D13; Tab. D13web).

In Mannheim liegt die Quote der Schüler/-innen, die den Hauptschulabschluss nicht erreichen, höher als in Baden-Württemberg. Im Schuljahr 2009/10 schaffen die Jugendlichen zu 27% in Baden-Württemberg und zu 52% in Mannheim den im BVJ angestrebten Hauptschulabschluss nicht. Während in Baden-Württemberg der Anteil Jugendlichen im BVJ ohne Hauptschulabschluss seit dem Schuljahr 2005/06 (23%) ansteigt, bleibt er in Mannheim relativ stabil und hoch.

Mädchen und Jungen erwerben gleich häufig einen Abschluss im BVJ.

Mädchen sind in Mannheim seltener im BVJ anzutreffen als Jungen, mit stetig sinkender Tendenz. Während im Schuljahr 2005/06 noch 38% Mädchen in den Abschlussklassen des BVJs waren, sind dies im Schuljahr 2009/10 nur noch 16%. In Baden-Württemberg gibt es eine ähnliche Entwicklung wie in Mannheim, jedoch auf einem höheren Niveau. So waren hier im Schuljahr 2005/06 45% Mädchen in den BVJ-Abschlussklassen im Vergleich zum Schuljahr 2009/10 nur noch 38%. Es gibt keine Unterschiede nach Geschlecht zwischen der Häufigkeit, das BVJ ohne bzw. mit Hauptschulabschluss zu verlassen.

63% der Jugendlichen mit Migrationshintergrund verlassen das BVJ ohne Abschluss.

In Mannheim sind in den Abschlussklassen des BVJs durchschnittlich 42% Jugendliche mit Migrationshintergrund. Im Schuljahr 2009/10 lag dieser Wert erstmals bei 35%. Im Vergleich hierzu hat sich der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund in den Abschlussklassen im BVJ von 2005/06 (31%) bis 2009/10 (37%) sukzessive erhöht. Während in Mannheim fast 63% der Jugendlichen mit Migrationshintergrund das BVJ ohne Hauptschulabschluss verlassen (Tendenz abnehmend), sind dies in Baden-Württemberg nur 28% (Tendenz zunehmend).

Abb. D13 Erfolgsquote beim Abschluss des Berufsvorbereitungsjahrs in Mannheim und Baden-Württemberg (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2010; eigene Berechnungen.

D3

Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt

Berechnungen zur demografischen Entwicklung auf Bundesebene haben ergeben, dass „nach der Status-quo-Variante der Bildungsvorausberechnung das duale System bis 2025 25%, das Schulberufssystem^{M-D6} 27% seines gegenwärtigen Bestands verlieren würde“. (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2010, S. 176).

Um die Fachkräftelücke zu schließen, müssen verstärkt Jugendliche mit Migrationshintergrund für den Arbeitsmarkt gewonnen werden. Nachstehend wird der Fachkräftebedarf in den MINT-Bereichen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) (Kapitel D3.1), sowie der in den hauswirtschaftlich-pflegerisch-sozialpädagogischen Bereichen (Kapitel D3.2) dargestellt.

D3.1

Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt im MINT-Bereich

Die Gewinnung und Entwicklung von Fachkräften wird zu einem Schlüsselthema im Standortwettbewerb der Regionen und der Städte. Fehlende Fachkräfte drohen in vielen Bereichen zu einem strukturellen Problem der Mannheimer Wirtschaft zu werden, oftmals unabhängig von der konjunkturellen Lage. Diese Entwicklung wird die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und des Wirtschaftsstandortes Mannheim durch drohende Wertschöpfungsverluste einschränken.

Untersuchungen im Auftrag der IHK haben ergeben, dass allein in den Mannheimer Schlüsselbranchen, die ca. 40% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Mannheim umfassen, bis zum Jahr 2020 ca. 21.000 zusätzliche Fachkräfte benötigt werden (IHK-Magazin Rhein-Neckar im April 2011). Die Fachkräftelücke zeigt sich sowohl in akademischen Berufen als auch in dualen Ausbildungsberufen. Insbesondere im Bereich MINT (= Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) besteht ein hoher Handlungsbedarf, mehr Schüler/-innen – und hier insbesondere Mädchen und junge Frauen – für eine Ausbildung oder ein Studium zu gewinnen.

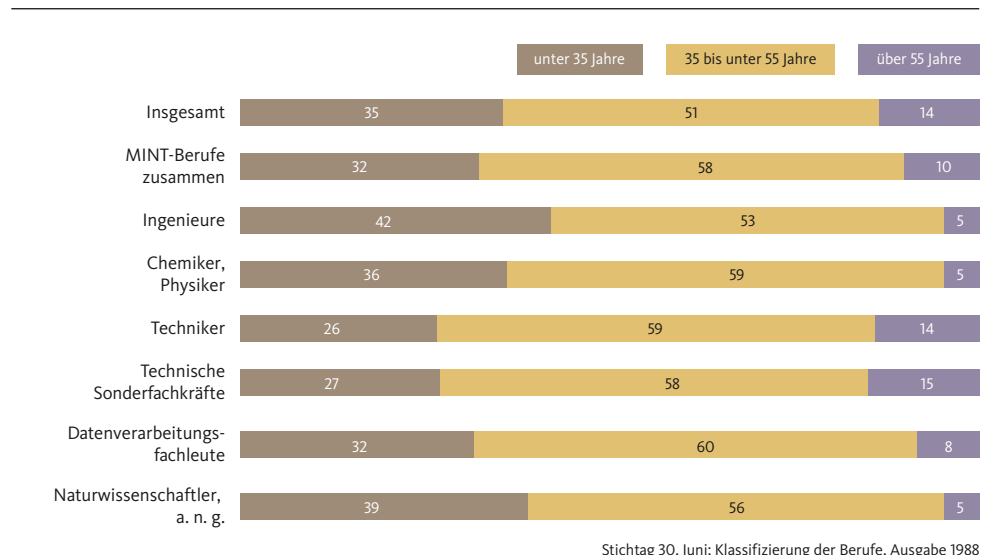
Auf der Grundlage der Datenlieferung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg speziell für den MINT-Bereich kann bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Mannheim Folgendes gezeigt werden: Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt von 168.313 im Jahr 2001 in Mannheim auf 167.622 gesunken ist (0,4%), sind dies im MINT-Bereich 2%. Während im Jahr 2001 noch 20.280 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im MINT-Bereich tätig waren, sind dies im Jahr 2011 nur noch 19.880. Eine gegenläufige Tendenz kann für Baden-Württemberg beobachtet werden. So erhöht sich der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Zeitraum von 2001 bis 2011 um 3%, im MINT-Bereich sogar um 10%. Während in Baden-Württemberg jede/-r achte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im MINT-Bereich über 55 Jahre alt ist, ist das in Mannheim jede/-r fünfte.

Trotz rückläufiger Beschäftigtenzahlen im MINT-Bereich in Mannheim wird deutlich, dass der Anteil der Frauen in diesen 10 Jahren um 2% angestiegen ist. Während im Jahr 2001 ca. 16% sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Frauen waren, sind dies im Jahr 2011 schon 18%. Eine ähnliche Entwicklung hinsichtlich der Frauen im MINT-Bereich kann auch für Baden-Württemberg konstatiert werden. Der höchste Anteil an Frauen unter 35 Jahren findet sich im Ingenieurwesen, der geringste Anteil bei den Technikerinnen und den technischen Sonderfachkräften (Abb. D14). Mit dem Anstieg der Frauen im MINT-Bereich zeigt sich ein Trend, den es weiter auszubauen gilt, um dem Fachkräftemangel entgegenwirken zu können.

Jeder fünfte Beschäftigte im MINT-Bereich in Mannheim ist über 55 Jahre alt.

Im MINT-Bereich ist nur ca. jeder fünfte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte eine Frau.

Abb. D14 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen in MINT-Berufen nach Altersgruppen in Mannheim im Jahr 2011* (in %)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, vorläufige Zahlen; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Stand: 2012.

Die noch stärkere Einbindung von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt – insbesondere von jungen Menschen mit Migrationshintergrund – ist ein zentraler Baustein zur Lösung der Fachkräfteproblematik. Kein junger Erwachsener darf im Übergang Schule – Beruf „verloren gehen“. Schul- und Ausbildungsabschlüsse sind möglichst für alle zu sichern, um die Ausbildungsquote und die Studierendenquote in Mannheim zu erhöhen.

Den berufsbildenden Schulen kommt aufgrund der pluralisierten Übergangsverläufe bei der Sicherung von Talenten und Fachkräften eine zentrale Position zu. Sie sind wichtiger Kooperationspartner der Mannheimer Betriebe bei der dualen Ausbildung. Sie ermöglichen aber auch z. B. mit den beruflichen Gymnasien und den Berufskollegs vielen jungen Menschen erst den Zugang zur Hochschulreife und sind damit eine wichtige Quelle für die Universitäten und Hochschulen – insbesondere im Ingenieur- und Technikbereich. Nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft stammen auch heute noch drei von vier Ingenieurinnen und Ingenieuren aus nicht-akademischen Elternhäusern.

Die Stadt Mannheim hat sich dem Thema Fachkräfte durch die Entwicklung von zwei strategischen Ansätzen auf Basis der strategischen Ziele der Stadt angenommen. Im Rahmen der „Neuen wirtschaftspolitischen Strategie“ wurde im Fachbereich für Wirtschafts- und Strukturförderung der Bereich „Menschen und Kompetenzen“ neu eingerichtet. Hier werden die Mannheimer Unternehmen bei der Gewinnung, Sicherung und Entwicklung von Fach- und Führungskräften unterstützt.

Mit der „Talent- und Fachkräftestrategie“ der Stadt Mannheim gibt es einen weiteren umfassenden Ansatz, um mehr Talente und Fachkräfte mit Pilotmaßnahmen für die Stadt zu gewinnen und dauerhaft an die Stadt zu binden.

Exkurs: Die IHK Rhein-Neckar: „Fachkräftebedarf liegt höher als Akademikerbedarf“

Heute schon verursacht die Knappheit an Fachkräftenachwuchs hohe volkswirtschaftliche Verluste. Der demografische Strukturwandel führt zu einem spürbaren Rückgang der Bewerber/-innen um Lehrstellen. Die IHK Rhein-Neckar, als Interessenvertretung ihrer Mitgliedsunternehmen, analysiert und bewertet die arbeitsmarktpolitischen Prozesse und ist in der Lage, Schüler/-innen über die zukünftige Nachfrage nach Arbeitskräften zu informieren und zu beraten. Wer eine berufliche Ausbildung mit anschließender beruflicher Weiterbildung oder Studium beginnt, kann auf einem soliden beruflichen Fundament aufbauen. Aktuelle Berechnungen zeigen, dass der Fachkräftebedarf in den Unternehmen deutlich höher steigen wird als der Bedarf an Akademikern. Außerdem bietet der stark im Wachstum befindliche Markt an Studiengängen für Berufstätige die Chance, sich nach einer beruflichen Qualifizierung akademisch weiterzubilden.

D3.2**Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt im hauswirtschaftlich-pflegerisch-sozialpädagogischen Bereich**

Durch die demografische Entwicklung (vgl. Kapitel A1) entsteht neben dem Fachkräftemangel im MINT-Bereich auch ein Bedarf an Arbeitskräften im hauswirtschaftlich-pflegerisch-sozialpädagogischen Bereich. Da der Bedarf an qualifizierten Pflegekräften in einer alternden Gesellschaft ansteigen wird, werden an dieser Stelle die Neueintritte und die Abschlüsse betrachtet, die die **Gesundheits-, Kranken- und/oder Altenpflege** beinhalten. Anhand der Datenlage können die folgenden Bildungsgänge, angeboten von den beruflichen Schulen, näher betrachtet werden: einjähriges Berufskolleg für Gesundheit und Pflege, einjährige Berufsfachschule für Altenpflege, Schule für Gesundheits- und Krankenpflegehilfe (einjährig), Schule für Gesundheits- und Krankenpflege (zwei- und dreijährig), Berufsfachschule für Altenpflege. Zwischen den Schuljahren 2008/09 und 2010/11 sind in diesen 5 Bildungsgängen insgesamt 18% mehr Schüler eingetreten. Im Schuljahr 2008/09 nahmen 413 Schüler und im Schuljahr 2010/11 487 Schüler eine Ausbildung in diesen Bildungsgängen auf. Im gleichen Zeitraum traten zwischen 347 und 372 Schüler aus den genannten Bildungsgängen aus. Auffällig ist hierbei, dass trotz der steigenden Anzahl der eintretenden Schüler/-innen die Anzahl der austretenden Schüler/-innen nicht ansteigt. Dies liegt u. a. darin begründet, dass den aufsummierten Bildungsgängen unterschiedliche Ausbildungszeiten zugrunde liegen. Von den abgehenden Schüler/-innen dieser Bildungsgänge erhalten ca. 22% kein Abschlusszeugnis. Im Hinblick auf den zu deckenden Fachkräftemangel in einer überalternden Gesellschaft, besteht auch im Bereich der Gesundheits-, Kranken- und Altenpflege Handlungsbedarf, um die Schüler/-innen zum angestrebten Abschluss zu bringen.

22% der Schüler in Gesundheits-, Kranken- und/oder Altenpflege erhalten kein Abschlusszeugnis.

Engpässe an pädagogischen Fachkräften

Mannheims neuer Weg: Weiterqualifizierung von Beikräften zu Erzieher/-innen

Ein weiterer wichtiger Themenkomplex, der Beachtung verdient, ist der Mangel an **pädagogischen Fachkräften**, der derzeit stadt- und landesweit empfindlich spürbar ist. Zum einen werden pädagogische Fachkräfte benötigt, um den Anspruch der gesetzlichen Regelung, bis 2013 eine Versorgungsquote von 35% im Krippenbereich zu erreichen, zu erfüllen (Kapitel B1). Darüber hinaus steigt seit den letzten Jahren die Nachfrage an Kinderbetreuungsangeboten an (Kapitel B1 und C1.2). Der Bedarf kann aktuell nicht mehr gedeckt werden. Zum 23.02.2012 standen ca. 990 Kinder auf der Warteliste für einen Schulkindbetreuungsplatz (vgl. Kapitel C1.2). Durch zahlreiche Maßnahmen konnte diese Zahl auf 358 (Stand: 01.11.12) gesenkt werden. In Mannheim wurden ab Herbst 2012 im Rahmen eines innovativen Ausbildungsmodells der Stadt zusätzlich Beikräfte im Bereich der Schulkindbetreuung eingestellt, die im Rahmen einer Schulfremdenprüfung zum/zur staatlich anerkannten Erzieher/-in weiterqualifiziert werden.

Mannheim führt die duale Ausbildung für Erzieher/-innen ein.

Bereits zum Schuljahr 2012/13 hat die Stadt Mannheim die praxisintegrierte duale Ausbildung für Erzieher/-innen (PIA) aufgenommen. Damit erhalten diese zukünftigen Erzieher/-innen auch eine Ausbildungsvergütung. Ebenso wird an einer Erleichterung für Quer- und Wiedereinsteiger in den Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers gearbeitet und neue arbeitsbegleitende Weiterbildungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit der Hochschule Mannheim entwickelt.

D4

Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Anhand der Datenlage in Mannheim können ähnliche Entwicklungen nachgewiesen werden, wie sie auch im Bildungsbericht für Baden-Württemberg beschrieben wurden. So führt die demografische Entwicklung (rückläufige Schülerzahlen) in Verbindung mit der Wirtschaftskrise (weniger abgeschlossene Ausbildungsverträge) und Veränderungen im allgemeinbildenden Schulsystem (Einführung der Werkrealschule) dazu, dass sich die berufliche Schullandschaft an Veränderungen anpassen muss.

Aufgrund der rückgängigen Schülerzahlen an den beruflichen Schulen werden zukünftig weniger Jugendliche in den Arbeitsmarkt eintreten. Aus diesem Grund wird es noch wichtiger, allen Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu bieten und sie für den Arbeitsmarkt (höher) zu qualifizieren. So zeigt sich bis zum Schuljahr 2009/10 eine steigende Anzahl von Jugendlichen im dualen System. Danach kann ein zwischenzeitlicher Rückgang der Schülerzahlen in dualer Ausbildung verzeichnet werden, der geprägt ist durch die Wirtschaftskrise. Ungebrochen dagegen zeigt sich der Trend zur Höherqualifizierung, z. B. über den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung.

Es genügt jedoch nicht, mehr Jugendlichen den Zugang zu den beruflichen Schulen zu ermöglichen, entscheidend ist auch, dass das angestrebte Schul- bzw. Berufsziel erreicht wird. Dies gelingt in Mannheim nur begrenzt. So erlangen in der dualen Ausbildung 12% der Jugendlichen kein Abschlusszeugnis. In den beruflichen Gymnasien und den Berufsoberschulen trifft dies sogar auf mehr als ein Drittel der Schüler/-innen zu. Das BVJ schließen nur die Hälfte der Schüler/-innen erfolgreich ab. Überdurchschnittlich häufig erwerben vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund keinen Abschluss. So verlassen Migrantenjugendliche zu 47% das berufliche Gymnasium und zu 63% das Berufsvorbereitungsjahr ohne einen Abschluss. Gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel und vor der Zielsetzung „Jeder Jugendliche erhält eine berufliche Perspektive“ besteht hier ein großer Handlungsbedarf, die „verlorenen“ Jugendlichen für den Arbeitsmarkt adäquat und wirksam zu qualifizieren.

1. Stabilisierung der dualen Ausbildung heißt vor allem, die duale Ausbildung für Jugendliche attraktiv zu gestalten. Neben den „klassischen“ Herkunftsbereichen für die duale Ausbildung, Haupt-/Werkrealschule und Realschule, gilt es, die wachsende Zahl Abiturientinnen und Abiturienten noch stärker für diese berufliche Laufbahn zu interessieren, besonders für die Fachgebiete, in denen ein großer Fachkräftemangel absehbar ist. In Mannheim ist hier schon eine gute Entwicklung vorbereitet, die weiter ausgebaut werden kann. So wird zum Doppelabgangsjahrgang der Gymnasien (G8 und G9) 2012 ein Ausbildungsverbund an der Heinrich-Lanz-Schule I erprobt. Mit Eingangsvoraussetzung Hochschulzulassungsberechtigung können technisch interessierte Abiturientinnen und Abiturienten sich in einer kombinierten Ausbildung zum Kraftfahrzeugmechatroniker und Kraftfahrzeugmeister qualifizieren lassen.

Obwohl die **Höherqualifizierung im beruflichen Schulsystem**, etwa mit der Qualifikation der Fachhochschulreife oder der fachgebundenen Hochschulreife, auch in anderen Ausbildungsformen in der beruflichen Bildung erreicht werden kann, lag der Fokus in diesem Bildungsbericht auf der Hochschulzugangsberechtigung, weil sie kontinuierlich an Bedeutung gewinnt. Öffentliche berufliche Gymnasien gibt es in Mannheim bereits in dreijähriger Oberstufenform in den drei Schwerpunktbereichen der beruflichen Bildung: technisch-gewerblich in der Carl-Benz-Schule, kaufmännisch-wirtschaftswissenschaftlich in der Friedrich-List-Schule und in den Fachrichtungen Biotechnologie, Sozialwissenschaft und Pädagogik in der Helene-Lange-Schule. Erstmals wird zum Schuljahr 2012/13 in der Carl-Benz-Schule das dreijährige Gymnasium zu einem sechsjährigen technischen beruflichen Gymnasium ausgebaut. Hier können Werkrealschüler/-innen, Realschüler/-innen und Schüler/-innen der allgemeinbildenden Gymnasien mit entsprechenden Voraussetzungen eine Hochschulreife mit technischem Schwerpunkt erlangen. Mit dem Aufbau des sechsjährigen technischen beruflichen Gymnasiums wird eine Höherqualifizierung im Bereich der dringend benötigten Fachkräfte für MINT-Berufe verfolgt.

- 2. Individuelle Förderung.** Trotz rückläufiger Schülerzahlen im Übergangssystem gilt es, in die Beseitigung der Bildungsbenachteiligung von Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten zu investieren, so dass möglichst schnell und effektiv ein Ausbildungsplatz erworben werden kann. Aufgrund der demografischen Entwicklung und in dem Verständnis, dass alle junge Menschen nachhaltig in Beruf und Gesellschaft integriert werden können, wurde im Herbst 2011 zwischen der Stadt Mannheim, der Agentur für Arbeit, dem Staatlichen Schulamt Mannheim, den Vertretern der Kammern und dem deutschen Gewerkschaftsbund eine Vereinbarung zur Kooperation getroffen. In der „Mannheimer Vereinbarung zur Fachkräftesicherung durch Ausbildung“ werden insbesondere Grundsätze der Zusammenarbeit definiert, die bestärken, dass „das gesamte Potenzial an Auszubildenden“ erschlossen werden kann. Diese Grundsätze gilt es durch nachgelagerte Vereinbarungen zu konkretisieren.

Konzeption zur Weiterentwicklung der beruflichen Schullandschaft. Derzeit bereitet die Verwaltung umfängliches Datenmaterial auf, um eine Berufsschulkonzeption erstellen zu können, die neben der Entwicklung in Mannheim auch den Rhein-Neckar-Kreis und den Stadtkreis Heidelberg berücksichtigt. In diesem Kontext werden die drei großen Fragestellungen für eine nachhaltige Weiterentwicklung der neun beruflichen Schulen zu berücksichtigen sein:

- (1) Zukunftsorientierung der dualen Ausbildungsgänge
- (2) Bedeutung der Höherqualifizierung
- (3) Bedarf an individuellen Förderangeboten.

Ein besonderes Augenmerk besitzen hierbei Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Unterstützt wird die Verwaltung beim Schulentwicklungsprozess durch eine erfahrene Unternehmensberatung, die parallel auch die Basisdaten für den Rhein-Neckar-Kreis und die Stadt Heidelberg zusammenstellt. Die Ergebnisse werden in einem Gutachten festgehalten.

In einer Schulentwicklungskommission, die unter der Leitung der Bürgermeisterin für Bildung, Jugend, Gesundheit einberufen wird, sollen die Ergebnisse analysiert und diskutiert werden. Die Schulentwicklungskommission setzt sich neben den bildungspolitischen Sprechern der Gemeinderatsfraktionen zusammen, u. a. aus Vertretern der beruflichen Schulen, IHK, HWK, Regierungspräsidium Karlsruhe, Schulbeirat und Agentur für Arbeit. Darunter finden sich auch Personalvertreter der Schulen und geschäftsführende Schulleitung und Gesamtelternbeirat. Dieses Beteiligungsverfahren wurde bereits bei der Einführung der Werkrealschule erfolgreich eingesetzt. Die fachlichen Vorschläge werden dann abschließend dem Gemeinderat zur Abstimmung vorgelegt.

Exkurs: „Hochschulen in Mannheim“ und „Übergang zu Hochschulen“

„Talente fördern“ ist ein strategisches Ziel der Mannheimer Stadtverwaltung. Den Studierenden an Mannheimer Hochschulen gilt daher als akademisch qualifizierten Fachkräften zukünftig ein besonderes Augenmerk.

In Mannheim gibt es sechs Hochschulen, zu denen Studierendendaten amtlich erhoben werden.^{M-D7} Die Universität Mannheim, die Hochschule Mannheim, die Staatliche Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Mannheim sowie die Duale Hochschule Baden-Württemberg sind staatliche Hochschulen des Landes Baden-Württemberg. Die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung betreibt den Fachbereich Bundeswehrverwaltung in Mannheim. Die Hochschule der Bundesagentur für Arbeit ist ebenfalls staatlich anerkannt. Im Wintersemester (WS) 2010/11 waren an den sechs Hochschulen 22.578 Studierende eingeschrieben (Tab. D15web). Die meisten studierten an der Universität Mannheim (44,8%), an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Mannheim (25,3%) und an der Hochschule Mannheim (21,2%).

Die Hochschulstatistik fasst Studienfächer zu Fächergruppen zusammen. Durch die Berücksichtigung der angestrebten Abschlussprüfungen lassen sich außerdem die Studierenden in Lehramtsstudiengängen abgrenzen (Tab. D16web). Im WS 2010/11 waren die meisten Studierenden an Mannheimer Hochschulen in Studiengängen der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (52,2%), der Ingenieurwissenschaften (17,0%) oder der Mathematik und Naturwissenschaften (13,1%) eingeschrieben.

Anhand des Kreises, in dem die Studierenden ihre Hochschulzugangsberechtigung (HZB) erworben haben, können die „Mannheimer Studierenden“ (Erwerb der HZB in Mannheim) ausgewertet werden. Im WS 2010/11 gab es 8.100 Mannheimer Studierende (Tab. D17web). Der Anteil der Mannheimer Studierenden, die sich für ein Studium außerhalb der Stadt Mannheim entscheiden, ist seit dem WS 2004/05 von 68,2% auf 79,0% deutlich gestiegen. 1.702 Mannheimer Studierende waren im WS 2010/11 an Hochschulen in Mannheim eingeschrieben; die meisten von ihnen studierten an der Hochschule Mannheim (41,4%), an der Universität Mannheim (38,6%), an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (9,7%) oder an der Staatlichen Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Mannheim (6,3%).

Als ein Indikator dafür, wie gut es durch die Vermittlung der Hochschulreife gelungen ist, die Schüler/-innen zur Studierfähigkeit zu führen, lässt sich die Übergangsquote von Hochschulzugangsberechtigten auf die Hochschule deuten. Diese wird anhand des Jahres des Erwerbs der HZB berechnet. Zur Ermittlung der Übergangsquote wird die Anzahl der Studienanfänger/-innen eines Hochschulreifejahrgangs zu der Anzahl der Schulabgänger/-innen mit Hochschulreife des gleichen Jahres ins Verhältnis gesetzt. Die so ermittelten Übergangsquoten ergeben, dass 86,7% (Hochschulreifejahrgang 2007) bis 100,8%^{M-D8} (Hochschulreifejahrgang 2009) der Schulabgänger/-innen eines Hochschulreifejahrgangs spätestens im Jahr nach dem Erwerb der HZB an einer allgemeinbildenden Schule ein Studium angefangen haben (Tab. D18web). Unter den Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit Migrationshintergrund sind die Übergangsquoten mit 90,4% (Hochschulreifejahrgang 2008) bis 210,0%^{M-D8} (Hochschulreifejahrgang 2005) deutlich größer als die Übergangsquoten insgesamt. Dies spiegelt die auch in anderen Studien wie z. B. im nationalen Bildungsbericht festgestellte höhere Studierneigung von Studienberechtigten mit Migrationshintergrund (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2010, S. 289) wider, ist aber wahrscheinlich auch auf Datenprobleme zurückzuführen.

Dennoch kann aus den Übergangsquoten geschlossen werden, dass sich an den Erwerb der Hochschulreife an einer allgemeinbildenden Schule in Mannheim meistens ein Studium anschließt.^{M-D9}

E





Welt der Horizonte

NON-FORMALE LERNWELTEN

E

Non-formale Lernwelten

Die non-formalen Lernwelten umfassen thematisch breit gefächerte Angebote und Interessen. Nachfolgend werden die kulturelle (Kapitel E1) und die politische (Kapitel E2) Bildung sowie die Bereiche Gesundheit (Kapitel E3) und Sport (Kapitel E4) thematisiert. Ebenso werden Informationen zur Jugendarbeit (Kapitel E5) und zu den erzieherischen Hilfen (Kapitel E6) geliefert. Für jeden dieser Bereiche liegt in den entsprechenden Fachabteilungen die Datengrundlage vor. Folglich basiert dieses Kapitel auf unterschiedlichen Datenquellen.

E1

Kulturelle Bildung

Kulturelle Bildung vermittelt Kenntnisse zu Kunst und Kultur, fördert Fähigkeiten, bietet Freiräume und ermutigt zur Herausbildung eigener ästhetischer und gestalterischer Ausdrucksformen. Sie ebnet Kindern und Jugendlichen einen Weg zur aktiven Teilhabe am Leben.

Es gibt eine enge Beziehung zwischen kultureller Bildung und kultureller Teilhabe.

Angebote kultureller Bildung sind vielfältig.

Kulturelle Teilhabe und kulturelle Bildung stehen in engem Bezug zueinander – sie bedingen sich gegenseitig und sind eng mit gesellschaftlicher Teilhabe verknüpft und können so einen Beitrag zur Konstitution einer demokratischen Gesellschaft leisten. Kulturelle Bildung im außerschulischen und schulischen Bereich ist in Mannheim vielfältig. Dies gilt für die Unterschiedlichkeit der Anbieter ebenso wie für die Beschaffenheit der Angebote. Zu den Anbietern zählen die kommunalen Kultureinrichtungen wie Museen, Theater, Stadtbibliothek und Musikschule sowie die Einrichtungen der Jugendarbeit (vgl. Tab. E1web). Außerdem gibt es in Mannheim ein umfangreiches Spektrum von Musik- und Kulturvereinen, Kultureinrichtungen in freier Trägerschaft, freie Einrichtungen der Jugendarbeit sowie Künstler/-innen, die zur kulturellen Bildung beitragen. In der Regel kann das vielfältige Angebot auf dem Gebiet der kulturellen Bildung nur durch Kooperationen mehrerer Träger und nicht zuletzt durch das überdurchschnittliche persönliche Engagement der Akteure realisiert werden. Um dies strukturell und systematisch zu unterstützen, haben sich die Institutionen unter der Geschäftsführung der Jugendförderung und des Jugendkulturzentrums FORUM im „Fachgremium Kulturelle Bildung“ zusammengeschlossen.

Der kulturellen Bildung an Schulen wird in der Bildungslandschaft eine steigende Bedeutung zugemessen. Nicht zuletzt mit dem Ausbau der Ganztagschulen wird für die Akteure der kulturellen Bildung die Zusammenarbeit mit den Schulen immer wichtiger. Die Nachfrage an verlässlichen außerschulischen Partnern seitens der Schulen steigt. Die Stadt Mannheim hat im Jahr 2009 das Regionale Bildungsbüro eingerichtet, das die geschäftsführende Einheit des vom Kultusministerium Baden-Württemberg initiierten Impulsprogramms Bildungsregionen bildet und gemeinsam mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe und dem Staatlichen Schulamt Mannheim umgesetzt wird. Das Regionale Bildungsbüro hat sich mit dem Schwerpunkt der systematischen und besseren Vernetzung von Schulen und außerschulischen Partnern etabliert. Ziel der Arbeit ist, gemeinsam bestmögliche Bildungschancen für Mannheimer Kinder und Jugendliche zu schaffen. Dabei sollen Schulen und Kultur-/Jugendeinrichtungen unterschiedliche Bildungsangebote gemeinsam gestalten und diese passgenau für die Kinder und Jugendlichen entwickeln. So wurden in den letzten zwei Jahren durch Initiative des Bildungsbüros im Bereich Kunst und Kultur zwei interkulturelle Fachkonferenzen durchgeführt und neue Kooperationsprojekte an Mannheimer Schulen gezielt vermittelt. Im Kooperationsfeld Jugendarbeit und Schule wurde erfolgreich die Weiterbildung im Tandem „Kooperationsmanagement Jugendarbeit-Schule“ begleitet und für die Zusammenarbeit mit Sportvereinen eine Rahmenvereinbarung für die Kooperation mit Ganztagschulen geschaffen. Seit Dezember 2011 bietet eine online-basierte Kooperationsplattform (www.bildungsregion-mannheim.de) Schulen und außerschulischen Partnern eine Möglichkeit, sich miteinander zu vernetzen und eigene Kooperationsangebote und Bedarfe darzustellen.

Die Weiterentwicklung des Mannheimer Unterstützungssystems Schule (MAUS), das vom Regionalen Bildungsbüro seit 2010 koordiniert wird, ist ein weiterer zentraler Arbeitsbereich.

Neben der Jugendarbeit (vgl. Kapitel E5) gibt es zwei kommunale Einrichtungen (die Stadtbibliothek und die Musikschule), die über Daten auf Sozialraumebene verfügen. Nachstehend werden diese vorgestellt.

E1.1

Die Hälfte der Musikschüler kommen aus den Sozialräumen 1 und 2. Ein Drittel aus den Sozialräumen 4 und 5.

Die Reichweite der Musikschule in den Sozialräumen 4 und 5 ist im Vergleich zu anderen Musikschulen sehr gut.

Die Angebote für die Sozialräume 4 und 5 wurden über Kooperationen mit Kitas und Schulen ausgebaut.

Städtische Musikschule

Im Jahr 2006 hat sich die Musikschule neu ausgerichtet. „Musik macht Menschen – Menschen machen Musik“ lautet das zentrale Motto. Musikerziehung und praktisches Musizieren sind wichtige persönlichkeitsbildende Faktoren für Kinder und Jugendliche aller sozialer Schichten. Die positiven Einflüsse des gemeinsamen Musizierens auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen begründen insbesondere die Notwendigkeit einer großen Breitenarbeit.

Reichweite. Seit 2006 hat sich die Städtische Musikschule stark verändert: Sie hat ihre Schülerzahlen mehr als verdoppelt und ist zu einer der großen Musikschulen in Deutschland geworden. Derzeit werden rund 5.400 Schüler unterrichtet. Die Hälfte der Schüler der Musikschule kommen aus Sozialräumen mit keiner bzw. geringer sozialer Problemlage (Sozialraum 1: 22,3%; Sozialraum 2: 26,4%). Ca. 19,8% der Schüler stammen aus Sozialraum 3. Etwa ein Drittel kommen aus den Sozialräumen mit hoher und sehr hoher sozialer Problemlage (Sozialraum 4: 12,9%; Sozialraum 5: 18,6%). Hieraus wird ersichtlich, dass je geringer die sozioökonomischen Problemlagen im Stadtteil sind, desto eher sind die Kinder und Jugendlichen an der Musikschule angemeldet. Die Reichweite der Mannheimer Musikschule in die Sozialräume 4 und 5 ist dennoch beachtlich. Diese wird von sehr wenigen Musikschulen deutschlandweit überhaupt erreicht. Diese Potenziale sind in den letzten Jahren durch gezielte Kooperationen mit Schulen und Kindertagesstätten erreicht worden.

Angebote. Die Angebote der Musikschule richten sich an Kleinkinder mit Bezugspersonen, Kinder im Vorschulalter, junge Menschen im Schulalter bis hin zu jungen Erwachsenen. Die Musikschule bietet u. a. Musiktherapie an. Hierbei wird durch den gezielten Einsatz von Musik die seelische, körperliche und geistige Gesundheit wieder hergestellt, erhalten und gefördert. Des Weiteren haben Ensembles, Chöre und Orchester die Musikschule weit über die Region hinaus bekannt gemacht. Ebenso belegen zahlreiche Bundespreisträger beim Wettbewerb „Jugend musiziert“ das hohe Niveau. Beim Regionalwettbewerb „Jugend musiziert“ 2011 erhielten 36 Schüler/-innen aus rund 200 Teilnehmer/-innen einen 1. Preis mit Weiterleitung zum Landeswettbewerb. Die Städtische Musikschule hat sich in der jüngsten Zeit auch einen Namen gemacht durch Projekte im Bereich Sprachförderung mit musikalischen Mitteln, Einbezug von Familien in finanziell schwierigen Lagen und zahlreiche Kooperationen mit Mannheimer Schulen und Kindertagesstätten.

Kooperation mit Kindertagesstätten. Das Programm „MUKI“ (Musikalisch-rhythmisches Unterstützungsprogramm Kindertagesstätten) fördert die Sprachentwicklung von Kindern. Durch dieses von der Stadt Mannheim initiierte Programm sollen insbesondere benachteiligte Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund gefördert werden. Daher wird es in den Kindertagesstätten der Sozialraumtypen 4 und 5 umgesetzt, also in Stadtteilen mit hohen sozialen Herausforderungen. Kinder aus diesen Stadtteilen haben nur geringe Chancen auf musikalische Bildung. Durch MUKI erhalten diese Kinder in ihrem Kindergarten eine frühe elementarmusikalische Förderung. Über den musikalischen Aspekt hinaus werden so auch soziales Miteinander und Sprachfähigkeit und die Selbstwirksamkeit gefördert. So ist das Programm MUKI ein weiterer Baustein zur Erreichung von Bildungsgerechtigkeit in Mannheim. Zudem können musikalische Begabungen bereits in diesem frühen Stadium festgestellt und gefördert werden. Mit dem Projekt MUKI werden in den Sozialraumtypen 4 und 5 derzeit 550 Kinder in 49 Kindertagesstätten erreicht.

Nahezu zeitgleich mit dem Programm MUKI hat das Land Baden-Württemberg das Programm „Singen-Bewegen-Sprechen“ (S-B-S) aufgelegt. Auch in Mannheim wird dieses Projekt durchgeführt. Dies erfolgt in Abgrenzung zu MUKI in den Sozialräumen 1, 2 und 3. Die Städtische Musikschule erreicht derzeit mit dem Projekt S-B-S etwa 450 Kinder. Ziel ist es, die für die Schulfähigkeit der Kinder besonders erforderlichen Fähigkeiten zu stärken. Das Programm setzte bislang zwei Jahre vor der Einschulung ein und wird in altershomogenen Gruppen unterrichtet.

Kooperation mit 21 Mannheimer Schulen

Kooperation mit Schulen. Insgesamt kooperiert die Musikschule über unterschiedliche Förderprogramme (bspw. MAUS und Fritz und Margot Rychel-Stiftung) mit 21 Schulen. In zahlreichen Projekten wurden die Kooperationsmöglichkeiten mit ganzen Klassen und mit kleineren Gruppen erprobt. Mittlerweile gibt es unterschiedliche Formen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit. „Klassenmusizieren“ wurde eine etablierte Form des instrumentalen Lernens und ist als Einstieg in den Instrumentalunterricht in vielen Fällen die Regel, u. a. in den Bereichen Bläser, Streicher und Gitarren. Eine besondere Kooperation hat die Musikschule mit der IGMH (Integrierte Gesamtschule Mannheim Herzogenried). Dabei stellt die Schule Räumlichkeiten und Unterrichtsinstrumente zur Verfügung. Die Lehrkräfte werden von der Musikschule gestellt. In der Orientierungsstufe (Klassen 5 bis 7) werden z. T. Musikklassen gebildet, in denen alle Schüler/-innen, die ein Instrument spielen, zusammengefasst werden. Die Schüler/-innen erhalten den Instrumentalunterricht in der Schule während der regulären Unterrichtszeit. Sie können hierzu den Regelunterricht bestimmter (wechselnder) Schulfächer verlassen und in den Instrumentalunterricht gehen. Derzeit erhalten auf diese Weise ca. 250 Schüler/-innen Instrumentalunterricht an der IGMH.

E1.2

Stadtbibliothek

In der gemeinsamen Erklärung der kommunalen Landesverbände Baden-Württemberg und des Landesverbandes Baden-Württemberg im Deutschen Bibliotheksverband werden die Bibliotheken als „Grundbausteine der kommunalen Bildungs- und Kulturinfrastruktur“ beschrieben, denen als „außerschulischer Lernort im Rahmen eines Bildungsgesamtkonzepts wachsende Bedeutung“ zukommt. Zum Bildungsauftrag der Bibliotheken gehört es, den Erwerb grundlegender Kulturtechniken, nämlich den des Schriftsprachenerwerbs und des Lesenlernens zu unterstützen und das Lesen selbst zu fördern. Öffentliche Bibliotheken sind daher sowohl schulunterstützend als auch im außerschulischen Bereich aktiv. Die Bibliothek verfügt über ein Angebot von knapp 400.000 Medieneinheiten. Den geänderten Anforderungen durch Internetnutzung und Verbreitung von mobilen Endgeräten trägt die Bibliothek durch die Ausweitung ihres Internetangebots und den Möglichkeiten einer Onlinebibliothek Rechnung. Insgesamt zählte die Stadtbibliothek im letzten Jahr mehr als 900.000 Besucher, die das Angebot nutzten oder eine der Veranstaltungen besuchten. Die Anzahl der aktiven Leser/-innen beläuft sich auf etwa 31.000.

50% der aktiven Leser/ -innen sind unter 21 Jahre.

Reichweite. Mit einem Anteil von knapp 50% stellen Kinder und Jugendliche unter 21 Jahren die größte Gruppe der aktiven Leser/-innen. Im Folgenden wird sozialraumtypisch dargestellt, welche Gruppen der Kinder und Jugendlichen im Schul- und Ausbildungsalter die Stadtbibliothek mit ihrem Angebot erreicht. Die Daten basieren auf der Auswertung aus dem städtischen Bibliotheksprogramm und umfassen den Zeitraum Januar bis Dezember 2011. Die statistischen Daten zu den Altersstufen entstammen der Mannheimer Bevölkerungsstatistik.

Im Jahr 2011 haben 15.355 Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 21 Jahren Bücher und andere Medien in der Stadtbibliothek ausgeliehen. Das Einzugsgebiet der Stadtbibliothek geht über die Stadtgrenzen hinaus, 1.928 der jugendlichen Entleiher kamen von außerhalb Mannheims. Mit 13.427 Kindern und Jugendlichen aus Mannheim werden durchschnittlich 27,5% der relevanten Altersgruppe erreicht. Allerdings schwankt diese Quote erheblich zwischen den Altersstufen.

**Im Grundschulalter lesen
50% der Kinder aktiv.**

**„Leseknick“ in der Alters-
gruppe ab 12 Jahre**

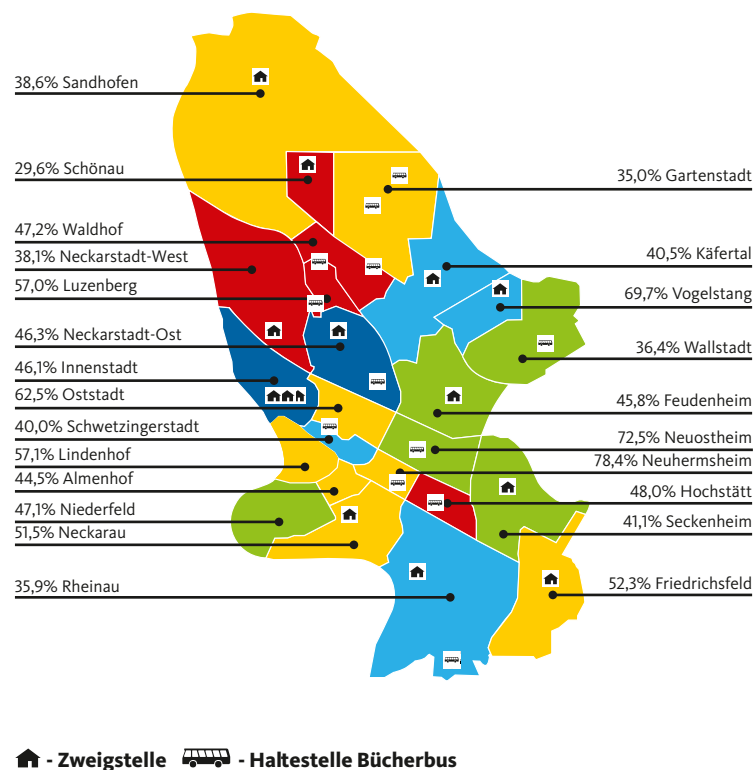
**6 von 10 lesenden Kindern
sind Mädchen.**

Während im Grundschulalter die Hälfte aller Kinder Medien in der Bibliothek ausleihen, sinkt der Anteil im Jugendalter kontinuierlich auf knapp 6,0% bei den 21-Jährigen (Tab. E2web). Nach dem Erwerb der Lesefertigkeiten im Grundschulalter macht sich ab dem 12. Lebensjahr, dem Übergang von der Kindheit zur Pubertät, der sogenannte Leseknick auch in der Mannheimer Statistik bemerkbar.

Darüber hinaus unterscheiden sich Mädchen und Jungen auch in ihren Lesepräferenzen und ihrem Leseverhalten. Der Anteil der Mädchen übersteigt den der Jungen bei weitem. Von zehn lesenden Kindern sind sechs Mädchen, aber nur vier Jungen (Tab. E3web).

Wie die folgende Abb. E1 (Tab. E4web) zeigt, sind die 14 Zweigstellen der Stadtbibliothek über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Stadtteile ohne eigene Zweigstellen werden über den Bücherbus versorgt. Die Anzahl der erreichten Grundschüler/-innen variiert von knapp 30% bis fast 80% und damit deutlich zwischen den Stadtteilen. Einerseits ist die dargestellte Varianz abhängig vom Sozialraum des Stadtteils, insbesondere im Sozialraum 5 ist die Durchdringung mit durchschnittlich 40% niedriger als in den anderen Sozialräumen. Andererseits sind die Erreichbarkeit von Zweigstelle und Bücherbus und deren Öffnungszeiten wesentlich für den Durchdringungsgrad.

Abb. E1 Erreichte Grundschüler/-innen je nach Stadtteil (in %)



**Vielfältige Kooperationen
und Angebote mit Kinder-
tagesstätten und Schulen**

Kooperation mit Kindertagesstätten und Schulen. Die Stadtbibliothek arbeitet eng mit den Kindertagesstätten und Vorschulen, den Grund- und weiterführenden Schulen zusammen. Sie ist kommunaler Bildungspartner von MAUS. 3.225 Pädagogen sind eingetragene Mitglieder und nutzen die verschiedenen Angebote der Bibliothek. Seit Jahren wird eine große Anzahl altersgruppenspezifisch differenzierter Veranstaltungen zur Leseförderung und Vermittlung von Medienkompetenz für Kinder und Jugendliche angeboten, darunter eine Fülle von Gruppen- und Bibliotheksführungen, Recherchetrainings, Literaturveranstaltungen für Schulklassen, Bilderbuchkino-Vorführungen, Lesungen mit kreativen Spielaktionen, Bereitstellung von Schullektüre für ganze Klassen, Medienkisten für Kindertagesstätten und Schulen, Schulbücher und Lernhilfen, darüber hinaus Unterrichtshilfen für Lehrkräfte. In den letzten Jahren wurde das Angebot Schritt für Schritt erweitert, um gerade Kindern und Jugendlichen im Sinne der Chancengerechtigkeit den Zugang zu Sprache und Literatur zu ermöglichen. Zentrale Erfolgsfaktoren sind die gelungene Kooperation zwischen Kindertagesstätten, Schulen und Bibliothek. Dabei geht es nicht nur um die Quantität der Kontakte, sondern vor allem um deren Qualität. Entscheidend sind dabei die Kontinuität der Kooperationsangebote und eine verlässliche Zusammenarbeit zwischen Lehrern, Erziehern und dem bibliothekarischen Personal jenseits von zeitlich befristeten Projekten. Die dadurch entstehende Verlässlichkeit der außerschulischen Angebote – sowohl für die Bibliothek als auch deren Bildungspartner – sorgt für Akzeptanz und somit auch dafür, dass die Angebote bei der Zielgruppe ankommen.

E1.3**Beispiele für das Spektrum kultureller Bildung in Mannheim**

Nachstehend werden vier Beispiele für das Spektrum kultureller Bildung in Mannheim vorgestellt. Dies sind „Kultur macht Schule“, das Kurzfilmfestival GIRLS GO MOVIE, die „Creative Factory“ und die „Lesepatenschaften“.

„Kultur macht Schule“. Viele Kinder nutzen die Angebote bekannter öffentlicher Einrichtungen. Gleichwohl haben viele Kinder aufgrund bildungsferner Hintergründe und finanziell begrenzter Möglichkeiten nicht die Chance einer kulturellen Teilhabe. Aus diesem Grund will „Kultur macht Schule“ durch kulturelle Bildung Teilhabemöglichkeiten in den Bereichen Theater, Tanz, Rhythmik, Medien und Zirkus für alle Schüler/-innen fördern. „Kultur macht Schule“ gestaltet den Dreiklang aus Jugendarbeit, Kulturarbeit und Schule, wo Kinder und Jugendliche Gelegenheit zu künstlerischem Schaffen, zu umfassendem Kompetenzerwerb und zur Persönlichkeitsbildung erhalten. Grundvoraussetzung ist die Freiwilligkeit der Teilnahme und ein durch Interesse und Neugier bestimmter Zugang zu kulturellen Ausdrucksformen. Angeboten werden Kurse in den Sparten Theater, Zirkus, Streetdance, Breakdance und Film. Die Kulturangebote werden in allen Mannheimer Schulen (Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschule und Förderschulen) bei Bedarf angeboten, sofern es die Ressourcen erlauben. Die Kurse finden entweder während oder außerhalb der Unterrichtszeit statt. Sie können wöchentlich über einen längeren Zeitraum oder blockweise – auch während der Ferien – vereinbart werden. Am Ende eines Schuljahres wird eine Präsentation angestrebt. Zurzeit werden 22 Kurse für ca. 300 Kinder und Jugendliche angeboten. „Kultur macht Schule“ wird veranstaltet von der Jugendförderung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Gesundheit („Tanz an Schulen“), dem Fachbereich Bildung (MAUS) und dem Stadtjugendring Mannheim e. V. (CLOSE UP).

Kurzfilmfestival GIRLS GO MOVIE. Das Kurzfilmfestival GIRLS GO MOVIE ist ein Angebot der kulturellen Medienbildung, das Medienkompetenzerwerb und Persönlichkeitsbildung durch künstlerisches Schaffen miteinander verbindet. Es wird gemeinsam vom Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Jugendförderung, und dem Stadtjugendring Mannheim e. V., Jugendkulturzentrums FORUM veranstaltet.

GIRLS GO MOVIE begleitet, berät und qualifiziert 12- bis 25-jährige Mädchen und junge Frauen aus der Metropolregion Rhein-Neckar umfassend bei der Entwicklung und Umsetzung von Kurzfilmen zu einem jährlich festgelegten Thema. Die maximal 10-minütigen Kurzfilme werden zum Ende des Festivaljahres in einem Mannheimer Filmtheater präsentiert und auf DVD veröffentlicht. Die besten Beiträge werden mit Preisen ausgezeichnet. Im Rahmen des FILMBÜRO MANNHEIM mit den Projekten „CLOSE UP – nah dran an Film und Medien“ sowie „LADYFILM – Berufsorientierung Film und Medien“ bietet GIRLS GO MOVIE allen Teilnehmerinnen künstlerische Beratung, ein breit gefächertes Workshop- und Seminarangebot, medienpädagogische Begleitung für Filmprojekte in Schulen und Jugendhilfe sowie Feriencamps rund ums Filmen. Die Medienzentren und Offene Kanäle der Metropolregion Rhein-Neckar stellen ihnen die komplette Technik unentgeltlich zur Verfügung. In der siebten Festivalausgabe 2010/11 mit dem Thema „für immer und ewig“ wurden 12 Gruppen intensiv begleitet und 16 Gruppen künstlerisch beraten. 97 Teilnehmerinnen besuchten Workshops. 37 Kurzfilme von 152 Filmautorinnen wurden fertiggestellt und eingereicht. Seit dem Start im Herbst 2004 haben rund 1.800 Mädchen und junge Frauen an GIRLS GO MOVIE teilgenommen. Bis 2011 entstanden 183 Kurzfilme.

Creative Factory. „Creative Factory – Werkstatt für kreative Jugendkultur“ ist ein Beispiel für erfolgreiches und nachhaltiges Arbeiten im Bereich Kulturelle Bildung. Ihre Arbeit zeigt, wie hervorragend sich Theaterspielen eignet, das Potenzial an Kreativität und Engagement von Jugendlichen zu fördern. Die Theaterwerkstatt „Creative Factory“ wurde 1993 gegründet und ist beim Gemeinschaftszentrum Jungbusch angesiedelt. Jugendliche und junge Erwachsene setzen sich im künstlerischen Tun bewusst mit ihrer Lebenswelt auseinander, spüren ihren kulturellen Wurzeln nach und beschäftigen sich aktiv mit ihrem Leben und ihren Zukunftsideen. Sie verknüpfen ihre eigene Lebenssituation mit den klassischen Schiller'schen Themen Gerechtigkeit, Freiheit und Vernunft. Mit ihren Schiller-Adaptionen nimmt die Gruppe „Creative Factory“ seit 2003 an den Internationalen Schillertagen des Nationaltheaters Mannheim teil. In ihrem Stück „Rumoren“ greift sie den Vater-Sohn-Konflikt aus Schillers „Räuber“ auf. Die Lebensplanung des aus der Türkei migrierten Vaters trifft auf die Zukunftsvorstellungen seines in Deutschland aufgewachsenen Sohnes. Kombiniert mit der Spielform des „Sidewalk-Theaters“ werden die Grenzen zwischen Darstellung und Wirklichkeit aufgelöst. So lernen nicht nur die Jugendlichen den deutschen Klassiker kennen. Dank ihrer Adaption über historische und kulturelle Grenzen hinweg gelingt es der Theatergruppe, Schillers Werk auch für Passanten zu transportieren.

Vermittlung des kulturellen Erbes, Begegnung mit anderen Kulturen, aktive Auseinandersetzung mit zeitgenössischen ästhetischen Ausdrucksformen und vieles andere mehr, die Vorzüge der kulturellen Bildung setzt die Theaterwerkstatt „Creative Factory“ kontinuierlich um.

Lesepatenschaften. Unter dem Begriff „Literacy“ wird heute in der pädagogischen Wissenschaft der Erwerb von Text- und Sinnverständnis, Erfahrungen mit der Lese- und Erzählkultur der jeweiligen Gesellschaft, Vertrautheit mit Literatur sowie die Kompetenzen im Umgang mit der Schriftsprache verstanden. Der Grundstein für den Erwerb dieser Kompetenzen wird bereits in der frühen Kindheit gelegt. Diverse Studien zeigen, dass Kinder mit frühen und vielfältigen Begegnungen mit Buch-, Medien-, Erzähl-, Reim-, Schrift- und Schreibkultur später in der Schule auch bessere Sprach-, Lese- und Schreibkompetenzen aufweisen. In Mannheim wurde durch die Stadtbibliothek daher ein differenziertes Angebot zur Sprach- und Leseförderung aufgebaut. Als Modellversuch im Jahr 2003 gestartet, hat sich die „Lesepatenschaft“ inzwischen als erfolgreiches Programm für Mannheim und die Metropolregion Rhein-Neckar etabliert. Die Mannheimer Lesepatinnen und Lesepaten gehen für eine oder mehrere Stunden pro Woche in eine Kindertagesstätte, einen Hort, eine Grund- oder Förderschule oder in eine der städtischen Bibliotheken. Sie lesen den Kindern aus Bilderbüchern und Büchern vor, erzählen Geschichten, sprechen über die Texte oder spielen Märchen und Rollenspiele. Es gibt Angebote für die Kleinsten ab 2 Jahren („Bücherspaß“) und für alle Altersgruppen

bis zum Ende des Grundschulalters. Mannheim ist heute regionaler Ansprechpartner der bundesweiten Initiative „Vorleseclub“ der Stiftung Lesen. Mehr als 310 Lesepatinnen und Lesepaten wurden für den Einsatz in den verschiedenen Einrichtungen fortgebildet und vorbereitet. Im Jahr 2011 waren insgesamt 146 Vorlesepatinnen und Vorlesepaten bei mehr als 3.600 Vorlese- und Erzählstunden in Kindertagesstätten, Bibliotheksbranchstellen, Schulen und anderen Einrichtungen aktiv. In mehr als 200 Gruppen wurden etwa 1.100 Kinder erreicht.

E1.4

Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Kunst- und Kulturprojekte ermöglichen Menschen, die eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen zu erkennen. Kulturelle Bildung fördert die Auseinandersetzungsprozesse mit sich, mit der Umwelt und der Gesellschaft und vermittelt Fähigkeiten, um das Leben erfolgreich zu bewältigen. Durch Teilhabe an kultureller Bildung erwerben Kinder und Jugendliche soziale Kompetenzen und weitere Schlüsselkompetenzen wie Kreativität, Ausdrucksfähigkeit, Selbstständigkeit, Toleranz und Reflexionsfähigkeit. Wer die Chance hat, sich am kulturellen Leben aktiv zu beteiligen, ist auch am gesellschaftlichen Leben beteiligt. Daher ist es Zielsetzung der Stadt, allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen, um sich über verschiedene künstlerische Ausdrucksformen in die Gesellschaft einzubringen und sie aktiv mitzugestalten.

Durch die Entwicklung von Ganztagschulen ergeben sich neue Betätigungsfelder, in denen die Protagonisten zielorientiert auf Schüler/-innen zugehen können, um sie für kulturelle Angebote zu motivieren. Auf der anderen Seite fehlen Kindern und Jugendlichen aufgrund des Nachmittagsunterrichts Freizeitressourcen, die ihnen bisher für die Nutzung freier Kulturangebote und damit Entwicklung eigener kultureller Aktivitäten zu Verfügung standen. Kinder und Jugendliche benötigen weiterhin Freiräume, in denen sie kulturelle Angebote selbst frei aussuchen und wahrnehmen können.

Schulen und Kindertagesstätten sind dabei, sich – wie es die Bildungs- und Orientierungspläne vorgeben – für Kooperationen mit externen Partnern zu öffnen. Für Akteure im Bereich Kulturelle Bildung ist dies Chance und Herausforderung für die Zukunft zugleich. Stadtbibliothek und Musikschule haben sich in ihrer Arbeit unter anderem durch die Intensivierung der Bibliotheks- und Musikpädagogik und auch durch Aktivitäten wie das Mannheimer Unterstützungssystem Schulen (MAUS) schon stark darauf ausgerichtet. Das Regionale Bildungsbüro unterstützt diesen Ansatz, indem es Schulen und außerschulische Partner vernetzt und eine bessere Systematik für die Zusammenarbeit schafft. Auch die Jugendarbeit und die großen Kultureinrichtungen intensivieren die Kooperationen mit Kindertagesstätten und Schulen, insbesondere auch im Hinblick auf Kinder und Jugendliche aus den Sozialräumen 4 und 5, wie auch die Zielgruppen mit Migrationshintergrund.

E2

Politische Bildung ist ein unverzichtbarer Teil demokratischer Jugendarbeit, indem sie Kindern und Jugendlichen die Wahrnehmung von Angeboten im Hinblick auf die Entwicklung zu mündigen Bürgern ermöglicht.

E2.1

E2.2

Politische Bildung bietet Beteiligungsformen, die eine aktive Teilnahme an gesellschaftlichen und politischen Prozessen ermöglichen.

Kinder- und Jugendversammlungen in den Stadtteilen bieten auch benachteiligten Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu politischen Dialogen.

Politische Bildung

Politische Bildung ist ein unverzichtbarer Teil demokratischer Jugendarbeit. Leitziel der politischen Bildung ist der „mündige Bürger“, der in Verfolgung der Freiheitsgarantien des Grundgesetzes aktiv am Ausbau von Staat und Gesellschaft teilnimmt und seine Interessen und Bedürfnisse verfolgt, konfliktfähig ist, an den Mitbestimmungsmöglichkeiten partizipiert und Verantwortung für das Gemeinwesen übernimmt. Konkretisiert wird dieses Leitziel durch die strategischen Ziele der Stadt Mannheim (Toleranz bewahren, zusammen leben, Bildungserfolg der in Mannheim lebenden Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen erhöhen, Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Mitwirkung) sowie in den Kernzielen der Kinder- und Jugendarbeit in Mannheim. Träger von Angeboten politischer Bildung in der Jugendarbeit sind

- Stadt Mannheim, Jugendamt – Jugendförderung
- Stadt Mannheim – Beauftragte für Kinderinteressen
- Stadtjugendring Mannheim e. V. und Jugendkulturzentrums FORUM
- Offene Jugendeinrichtungen in kommunaler und freier Trägerschaft
- Jugendverbände
- Jugendorganisationen von Parteien, Ring politischer Jugend e. V.

Arbeitsweise

Die Angebote der Jugendarbeit zur politischen Bildung sind grundsätzlich freiwillig und unterliegen keiner Leistungskontrolle. Die Angebote sind stark projekt- und prozessorientiert und zielen vor allem auf die Entwicklung sozialer und persönlicher Kompetenzen.

Politische Bildung in der Jugendarbeit ist ein wichtiges, ergänzendes und begleitendes Instrumentarium zur Vermittlung von demokratischen Grundhaltungen. Auch wenn in Projekten teils nur in kleinen Gruppen gearbeitet wird, erreichen die Ergebnisse in Form von Ausstellungen, Broschüren, Filmen, Podiumsdiskussionen usw. eine beachtlich große Zielgruppe.

Zentrale Arbeitsfelder

Mitbestimmung und Beteiligung. Eine moderne Gesellschaft lebt durch die demokratische Teilhabe ihrer Bürger/-innen. Das Bewusstsein dafür zu stärken und die aktive Teilnahme an politischen Prozessen durch geeignete Maßnahmen auch auf kommunaler Ebene zu fördern, sind die Hauptaufgaben politischer Bildungsarbeit. Das ist umso wichtiger, da intensive und positive Partizipationserfahrungen in frühen Phasen des Lebens späteres politisches und soziales Engagement begünstigen und fördern. Durch eine an Alter und individuellen Fähigkeiten angepasste Angebots- und Projektstruktur sowie durch das Erleben demokratischer Entscheidungsprozesse in Jugendeinrichtungen und Jugendverbänden werden biografiebegleitende Lernprozesse angestoßen, die nachhaltig Wirkung erzielen.

In den vergangenen Jahren wurde unter breiter Mitwirkung von jungen Menschen ein solches Modell für Kinder und Jugendliche entworfen. Viele neu entwickelte Elemente werden die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an kommunalpolitischen Entscheidungen zukünftig wesentlich erleichtern, wie z. B. Stadtteilversammlungen, Kinder- und Jugendgipfel, internetgestützte Information von Kindern und Jugendlichen. Im Rahmen von mehreren bisher durchgeführten Kinder- und Jugendversammlungen in Mannheimer Stadtteilen wurde Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geboten, ihre Wünsche und Interessen direkt mit Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung zu diskutieren. Hierbei wurden auch Kinder und Jugendliche erreicht, die die bisherigen Angebote zu Beteiligung und Dialog nur in begrenztem Umfang wahrgenommen haben. Diese Entwicklung ist insbesondere auch in Bezug auf eine zunehmende Bildungsgerechtigkeit positiv zu bewerten.

Lernen aus der Vergangenheit ist Grundlage für ein tolerantes Miteinander in der Gegenwart und in der Zukunft.

Eine weitere Form der Beteiligung sind die schon seit vielen Jahren durchgeführten Jugendwahlen und begleitenden Veranstaltungen. Seit 2004 werden zu allen Wahlen (Kommunalwahl, OB-Wahl, Europawahl, Landtagswahl, Bundestagswahl) begleitend sogenannte „Jugendwahlen“ durchgeführt, bei denen auch unter 18-Jährige „wählen“ dürfen. Die Ergebnisse beeinflussen zwar nicht die offiziellen Wahlergebnisse, sind aber ein durchaus signifikantes Abbild der Meinungen von Jugendlichen und damit der zukünftigen Wähler/-innen. Durch solche Jugendwahlen werden demokratische Grundregeln auf spannende Art und Weise vermittelt, sorgen so für einen jugendgerechten Einstieg in die Welt der Politik und wirken motivierend für ein späteres politisches und gesellschaftliches Handeln.

Historische Verantwortung und tolerantes Miteinander. Mannheim ist bekannt für seinen offenen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Dazu beigetragen haben in nicht unerheblichem Umfang Jugendprojekte. Die Gedenkskulptur für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in Mannheim geht u. a. auf die Ergebnisse eines 1990 durchgeführten Spurensucheprojektes mit Mannheimer Jugendlichen zurück. Die KZ-Gedenkstätte Mannheim-Sandhofen geht auf eine Initiative aus der Jugendverbandsarbeit zurück. Eine intensive Auseinandersetzung und Aufklärungsarbeit zu rechtsextremen Haltungen und Aktivitäten findet in Jugendzentren (z. B. JUZ, Jugendkulturzentrum FORUM) seinen Ausgangspunkt. Am Hauptbahnhof erinnert seit 2006 ein Hinweisschild an die Deportation von über 2.000 Mannheimer jüdischen Mitbürgern nach Gurs – auch dieses Schild wurde auf Initiative von Teilnehmern eines Jugendprojektes aufgestellt. Die dazu gehörende Ausstellung fand und findet im gesamten süddeutschen Raum Beachtung und ist seit vielen Jahren im Verleih.

Neben solchen im öffentlichen Raum dauerhaft sichtbaren Ergebnissen politischer Bildungsarbeit gibt es eine Vielzahl von weiteren Projekten. Auf Basis solcher Projekte wurde auch der Mannheimer Aktionsplan für Toleranz und Demokratie im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend entwickelt, in dem als Ziele u. a. die Stärkung demokratischer Handlungskompetenzen von Jugendlichen, die Offenheit für Diversität und die Verantwortung für ein tolerantes Miteinander festgelegt wurden. Darüber hinaus ist das Jugendamt Träger des Beratungsnetzwerks „Kompetent vor Ort. Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“.

Internationale Jugendarbeit. Im engen Zusammenhang mit solchen geschichtlichen Projekten stehen auch die seit vielen Jahren durchgeführten internationalen Jugendbegegnungsprojekte mit Israel und mit Polen. Neben der gemeinsamen Aufarbeitung geschichtlicher Hintergründe wurden aber auch auf die Zukunft gerichtete Fragen wie z. B. der Nahostkonflikt mit Jugendlichen bearbeitet. In einer zunehmend globalisierten Welt gibt es ein großes Interesse junger Menschen, in andere Länder zu reisen, sich in Auslandsprojekten zu engagieren oder im Ausland zu studieren. Hierzu bedarf es vielfältiger Kenntnisse über Länder, Sprachen, kulturelle Vielfalt und damit einhergehend interkultureller Kompetenz, auch für den Alltag in multikulturellen Stadtgesellschaften wie Mannheim.

Internationale Jugendarbeit trägt dazu bei, jungen Menschen Lernfelder zu bieten, die ihnen diese Kompetenzen vermitteln. Wer sich mit anderen Kulturen im direkten Dialog auseinandersetzt, ist weit weniger anfällig für rassistisches und rechtsextremistisches Gedankengut.

E2.3**Politische Bildung hinterlässt Spuren.****Reichweite**

Die Projekte der politischen Bildung erreichen eine große Zielgruppe. Hinsichtlich der Wirkung ist von einer unterschiedlichen Intensität der politischen Bildungsangebote auszugehen. Bei den aktiv Beteiligten sind die Wirkungen in Bezug auf die Förderung sozialer und persönlicher Kompetenzen am größten. Darüber hinaus werden aber im Rahmen der politischen Bildung auch weitere Zielgruppen angesprochen.

So wirken zum Beispiel an der Vorbereitung und Durchführung der Podiumsdiskussionen bei den Jugendwahlen 20 Jugendliche mit. Die Veranstaltungen, die sie gestalten und durchführen, erreichen aber jeweils zwischen 800 und 1.000 Jugendliche. Bei der Gurs-Ausstellung hat die Arbeit von 15 Jugendlichen mehr als 5.000 Besucher in Form einer wandernden Ausstellung und Begleitveranstaltungen erreicht.

Darüber hinaus wissen wir, dass regelmäßiges und sich wiederholendes Einüben von demokratischen Verhaltensweisen und die Mitwirkung am politischen Willensbildungsprozess im Sinne einer politischen Bildung nachhaltig wirkt. Rollenvorbilder (Eltern, Jugendgruppenleiter, ältere Jugendliche in Jugendeinrichtungen und bei Jugendprojekten) geben hier oftmals den Ausschlag. Hierfür bieten die offene Jugendarbeit und Jugendverbände zahlreiche Lerngelegenheiten.

E2.4**Die Potenziale politischer Bildungsarbeit sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft.****Handlungsempfehlungen**

Die Fortführung, Weiterentwicklung und Intensivierung der politischen Bildungsangebote im oben genannten Spektrum ist aufgrund der zukunftsweisenden Bedeutung demokratischer Grundkompetenzen anzustreben.

Der Ausbau und die dauerhafte Implementierung von weiteren Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, die im kommunalen System strukturell verankert und für die Kinder und Jugendlichen verständlich, nachvollziehbar und verlässlich sein sollen, werden in den kommenden Jahren realisiert.

Politische Bildungsarbeit wird zunehmend auf eine noch stärkere Vernetzung der unterschiedlichen, in diesem Bereich tätigen Fachbereiche, Institutionen und Träger angewiesen sein, um durch Synergieeffekte bei steigenden Anforderungen einen gleichbleibend hohen Qualitätsstandard halten zu können. Zusätzlich werden zwischen den freien Trägern und der Stadt Mannheim Ziel- und Zuwendungsvereinbarungen geschlossen, um die Nachhaltigkeit zu unterstützen.

Um Bildungsgerechtigkeit auch in diesem Bereich zu ermöglichen, sind solche Arbeitsformen zu wählen und zu entwickeln, die die Beteiligung möglichst vieler Mädchen und Jungen unterschiedlicher Herkunft mit und ohne Migrationshintergrund ermöglichen. Profitieren sollen vor allem auch Kinder und Jugendliche aus den Sozialräumen 4 und 5, die in der Regel aufgrund fehlender familiärer Vorbilder seltener Zugang zu den Angeboten der politischen Jugendbildung finden.

E3

Handlungsbedarfe bei geschlechtsspezifischer Gesundheitsförderung, Ernährung, Bewegung und psychischer Gesundheit in der 1. Jugendgesundheitsstudie identifiziert.

E3.1

Adipositas und Übergewicht sind sozialraumabhängig.

E3.2

Geschlechtsspezifische Gesundheitsprojekte werden verstärkt in Förder-, Haupt-/Werkreal- und Realschulen durchgeführt.

Gesundheitliche Bildung

Im Jahr 2009 führte der Fachbereich Gesundheit eine Jugendgesundheitsstudie (JuGes) in den 5. bis 7. Klassen der Mannheimer Förderschulen und Haupt-/Werkrealschulen durch, deren Ergebnisse im 1. Mannheimer Bildungsbericht dargestellt wurden. Ausgehend von den Ergebnissen wurde ein Aktionsplan zur Förderung der gesundheitlichen Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen entwickelt. Die Studie ergab einen Handlungsbedarf in den Bereichen geschlechtsspezifische Gesundheitsförderung, Ernährung, Bewegung und Psychische Gesundheit inklusive Suchtprävention. Die zweite Jugendgesundheitsstudie ist in Mannheim für den Zeitraum Oktober 2012 bis März 2013 vorgesehen, so dass an dieser Stelle keine neuen Ergebnisse vorgestellt, sondern die Maßnahmen des Aktionsplans beschrieben werden.

Ernährungsprojekt in Mannheimer Kindertageseinrichtungen

Die soziale Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen kann anhand des Ernährungsprofils aufgezeigt werden. So spiegelt die Verteilung von Übergewicht und Adipositas den sozialen Status wider. Der Fachbereich Gesundheit bietet seit Anfang 2011 ein Ernährungsprojekt in Kindertageseinrichtungen an, die in den Stadtteilen der Sozialräume 4 und 5 liegen. Ziel ist es, das Ernährungsverhalten der dort lebenden Bevölkerungsgruppen zu verbessern.

Der Zugang über das Setting Kindertagesstätte ist ein erfolgversprechender Ansatz, da hier neben den Kindern aus sozial benachteiligten Familien und Familien mit Migrationshintergrund insbesondere deren Mütter erreicht werden können, die eine wichtige Schlüsselrolle bezüglich der familiären Gesundheit ausüben. Durch partizipative Prozesse soll eine Veränderung der Ernährungsgewohnheiten erreicht werden, die in die Familien hineingetragen werden und somit über die Einrichtung hinaus eine Nachhaltigkeit entwickeln.

Das Projekt ist in fünf Module gegliedert, die teilweise gemeinsam mit Eltern und Kindern durchgeführt werden. Behandelt werden Themen wie z. B. die Zusammensetzung der Mahlzeiten, Portionsgrößen, Umgang mit Süßigkeiten oder auch die Bedeutung regelmäßiger Bewegung.

Geschlechtsspezifisches Gesundheitsprojekt für Mannheimer Schüler/-innen von Förder-, Haupt-/Werkrealschulen und Realschulen

Das Projekt „Geschlechtsspezifische Gesundheitsförderung“ ist ein spezielles Angebot für Jungen und Mädchen der Klassenstufen 6 bis 8 in Mannheimer Förder-, Haupt-/Werkreal- und Realschulen. Wie die Ergebnisse der Jugendgesundheitsstudie zeigen, besteht hier ein besonderer Bedarf für gesundheitsfördernde Maßnahmen. Das Projekt findet überwiegend an Schulen statt, die einen hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund aufweisen. Es umfasst sechs Module, die von Fachkräften aus dem Fachbereich Gesundheit durchgeführt werden. Die Module behandeln die Themenfelder: Sexualität, Pubertät, Hygiene, Resilienzförderung, Ernährung und Bewegung. Durch die gemischtgeschlechtliche Besetzung der Referenten kann das Projekt in einem geschlechtshomogenen Setting durchgeführt werden.

Mädchen und Jungen können auf diese Weise im Gegensatz zum sonstigen koedukativen Unterrichtsangebot diesen spezifischen Freiraum nutzen: Er bietet einen Schonraum beim Austausch über „heikle“ Themen für die sich in der Pubertät befindenden Schüler/-innen und auch die Möglichkeit, persönliche Erfahrungen in einem geschützten Rahmen auszutauschen. Neue Verhaltensweisen können erprobt und eingeübt werden, intensive Begegnungen werden ermöglicht. Außerdem gewährt der geschlechtshomogene Unterricht einen Schutz vor Konkurrenzverhalten gegenüber dem anderen Geschlecht.

Wichtige Grundlage des Projekts sind die Förderung von Körperaufmerksamkeit sowie ein ressourcenorientierter Ansatz. Darüber hinaus sollen die einzelnen Module der Stereotypisierung von Geschlechterrollen entgegenwirken und Mädchen und Jungen Chancen eröffnen, die Vielfalt der möglichen Lebensgestaltung jenseits von typischen Geschlechterrollen für sich zu entdecken. Die bereits vorhandenen Stärken, Erfahrungen und Fertigkeiten der Schüler/-innen werden durch das Projekt in den Mittelpunkt gestellt.

E3.3

Bewegungsprojekte werden vorwiegend in den Sozialräumen 4 und 5 durchgeführt.

Projekte zur Bewegungsförderung

Bewegungsarme Kinder und Jugendliche haben ein erhöhtes Risiko, im Laufe ihres Lebens an Übergewicht und Adipositas sowie den daraus entstehenden Folgeerkrankungen wie Haltungsschäden, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes u. a. zu erkranken. Ein Schlüssel zu mehr Gesundheit liegt in der Förderung von Bewegung.

„Tanz an Schulen!“ – ein Teilprojekt von „Kultur macht Schule“

Tanzen ist eine Förderung des natürlichen Bewegungsdrangs und des Körperbewusstseins. Tanz ist nonverbal hilfreich für die Integration von Kindern unterschiedlicher Herkunft und unterstützt die Entwicklung von Identität und das Erleben des eigenen Körpers. Es ist mehr als konsequent, Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen innerhalb des Ganztags schulbetriebs entsprechende Bewegungsangebote anzubieten. Tanzen bietet vielfältige Möglichkeiten, dem Bewegungsmangel und der damit verbundenen fehlenden Motivation entgegenzuwirken. Kinder lernen, sich gezielt zu bewegen und mit ihrem Körper Gefühle und Gedanken auszudrücken. Zielgruppe sind Schüler/-innen der 6. bis 8. Klassen in Mannheimer Schulen. Durchgeführt werden die Tanzprojekte in Schulen aller Sozialräume, vorwiegend aber in den Sozialräumen 4 und 5. Das Projekt ist als ein Teil eingebettet in das Projekt „Kultur macht Schule“ des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt.

Bewegungsförderung in der Humboldt-Grundschule in Neckarstadt-West

Folgende Aspekte dienen als Grundlage:

- Gesundheitliche Aspekte: Setzen von altersgemäßen Wachstums- und Entwicklungsreizen, Ausgleich von Bewegungsmangel und Verhinderung von Übergewicht.
- Motorische Aspekte: Sammeln von vielfältigen Bewegungserfahrungen, Erweiterung der motorischen Fähigkeiten und Fertigkeiten.
- Psychomotorische Aspekte: Zusammenspiel von Bewegen, Denken, Fühlen und Orientieren im Spiel.
- Soziale Aspekte: Bewegungsspiele als Möglichkeit, soziale Verhaltensweisen zu fördern, z. B. Kooperation und Respektieren von Regeln.

Die Bewegungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen im Stadtteil sind durch beengte Wohnverhältnisse, verkehrsreiche Straßen, begrenzte Anzahl oft unattraktiver Spiel- und Bewegungsflächen und fehlende Bewegungsangeboten durch Sportvereine sehr begrenzt. Um dem zu begegnen, hat der Fachbereich Gesundheit im Rahmen des Förderansatzes „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ an der Humboldt-Grundschule in Kooperation mit dem TSV Mannheim 1846 e. V. im Frühjahr 2011 ein Bewegungsangebot implementiert. Das Angebot richtete sich zunächst an Kinder der Klassenstufen 2 bis 4. Da die Gruppe und die Altersspanne zu groß waren, wurden mit Beginn des Schuljahres 2011/12 zwei Gruppen gebildet. Eine Gruppe für die Kinder der Klassenstufen 1 bis 2 und eine Gruppe für die Kinder der Klassenstufen 3 bis 4. Turnen und Spielformen wechseln sich ab, um die Attraktivität der Stunden zu erhöhen. Außerdem dürfen die Kinder ihre Wünsche in das Angebot einbringen. Die Maßnahme ist in das Schulleben integriert.

Bewegungsprojekt für Mädchen an Mannheimer Förderschulen und Haupt-/Werkrealschulen

Als Konsequenz der Ergebnisse der Jugendgesundheitsstudie, die darauf hinweisen, dass Mädchen weniger körperlich aktiv als Jungen sind, bietet der Fachbereich Gesundheit seit 2011 in Kooperation mit dem Sportverein TV 1877 Waldhof und den jeweiligen teilnehmenden Schulen ein weiteres Bewegungsprojekt an Mannheimer Förderschulen und Haupt-/Werkrealschulen an. Zielgruppe dabei sind Mädchen der Altersstufe 10 bis 14 Jahre. Die fünf motorischen Grundfähigkeiten Koordination, Ausdauer, Kraft, Schnelligkeit und Beweglichkeit sollen im Rahmen dieses Programms gefördert werden, wobei der Spaß an der Bewegung im Vordergrund steht.

E3.4**Suchtprävention**

Erfolgreiche Suchtprävention muss langfristig und ganzheitlich angelegt sein und die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen einbeziehen. Die zentralen Settings stellen „Schule“ und „Freizeit“ dar, um junge Menschen möglichst frühzeitig zu erreichen. Der Beauftragte für Suchtprophylaxe führt zahlreiche Maßnahmen und Projekte mit Kooperationspartnern auf kommunaler Ebene durch. Die Aktivitäten können in die Bereiche Suchtpräventionstage für Schüler/-innen, Interaktion und Selbsterfahrung sowie Veranstaltungen zur Einhaltung des Jugendschutzes bei Alkoholkonsum eingeteilt werden.

E3.5**Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen**

Die Maßnahmen des Aktionsplans zur Förderung der gesundheitlichen Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen werden erfolgreich umgesetzt und stark nachgefragt. Für das Jahr 2013 sind daher die Fortschreibung des Aktionsplans sowie die Durchführung der 2. Jugendgesundheitsstudie (Ende 2012/Anfang 2013) vorgesehen. Die Verstetigung und Erweiterung des Angebots erfolgt in enger Absprache mit den Kooperationspartnern.

E4**Sport**

Sportliche Aktivitäten sind ein Teil der non-formalen Bildung, indem sie maßgeblich zur Förderung der motorischen Fähigkeiten beitragen. Träger im Bereich Sport sind u. a. die Sportvereine. Die freiwillige Teilnahme an sportlichen Aktivitäten ermöglicht den Kindern und Jugendlichen eine gesunde körperliche, geistige und seelische Entwicklung. Durch die Stärkung des Herz-Kreislauf-Systems und die Verbesserung von Atmung und Stoffwechsel werden Aufmerksamkeit und Konzentration gesteigert (Konzeptpapier zum Thema „Non-formale Bildung“).

Sport trägt zur sinnvollen Freizeitgestaltung und zu einem gesundheitsbewussten Leben bei. Zudem fördert Sport die individuelle Teamfähigkeit und den Gemeinschaftssinn, indem miteinander erlebt wird und Menschen unterschiedlicher Herkunft und Altersgruppen zusammengeführt werden. Gemeinschaftliche Sporterlebnisse machen ein Überwinden ethnischer Barrieren möglich. Auch die Begegnung behinderter Menschen untereinander oder mit Nichtbehinderten wird gefördert. Deshalb bietet der Sport „gerade bei der Integrationsarbeit und der gesellschaftlichen Eingliederung sozial benachteiligter Jugendlicher und Erwachsener eine große Chance.“ (Bundesministerium des Innern, 2010).

Dem Vereinssport kommt durch das Erleben eines „Wir-Gefühls“, des Fair-Plays und des Erfahrens von Offenheit und Toleranz eine entscheidende Bedeutung für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen zu. Werte wie „Leistungswillen, Ausdauer, Teamgeist“ und Fairness werden vermittelt (Bundesministerium des Innern, 2006, S. 7). In ca. 250 Sportvereinen können Mannheimer/-innen rund 100 verschiedene Sportarten betreiben (Mannheimer machen Sport I – Breitensport).

Der Spitzensport spielt eine wichtige Rolle, indem die erfolgreichen Sportler eine Vorbildfunktion für die Kinder und Jugendlichen haben. Für Leistungssportinteressierte hat die Stadt 27 Bundesligavereine zu bieten. Gezielte Talentförderung wird an fünf Stützpunkten, im Landesstützpunkt für weibliches Kunstturnen, in den Bundesstützpunkten für Kanu, Hockey und Eiskunstlauf und im Bundes- und Olympiastützpunkt für Leichtathletik, praktiziert (Mannheimer machen Sport II – Spitzensport).

E4.1

Bildungsanspruch des Sports

Gerade im Kindes- und Jugendalter sind das Erfahren des eigenen Körpers und das Lernen gesellschaftlicher Normen wichtig. Im Sport besteht die Möglichkeit, sich Herausforderungen zu stellen und zu lernen, mit Siegen und Niederlagen umzugehen. Durch sportliche Erlebnisse können Kinder und Jugendliche Erfahrungen und Erkenntnisse sammeln. Für die Stadt Mannheim besteht die Aufgabe darin, den Kindern und Jugendlichen diese Erlebnisse durch ein vielfältiges Sportangebot möglich zu machen. Mannheim ist dieser Aufgabe gewachsen und hat es zuletzt mit der Auszeichnung als „Deutschlands aktivste Stadt 2010“ im Rahmen der „Mission Olympic“ bewiesen.

Sport ist auch im Hinblick auf die Gesundheitsbildung (und -erziehung) wichtig. Eine gesundheitsbewusste Lebensweise, auch in Verbindung mit der Ernährung, kann durch ein gesundheitsförderndes Sportverhalten gestärkt werden. Kinder und Jugendliche können durch sportliche Aktivitäten lernen, soziale Kontakte zu knüpfen, soziale Kompetenzen zu erweitern, das Selbstbewusstsein durch Erlebnisse zu stärken und Verantwortung zu übernehmen. Aus diesem Grund wird Sport in Kindertagesstätten und Schulen eine besondere Bedeutung beigemessen (PH Karlsruhe, 2011).

So kommt dem Sport ein doppelter Auftrag zu: Zum Ersten Erziehung zum Sport, bei der grundlegende Fähigkeiten entwickelt und Fertigkeiten vermittelt werden. Zum Zweiten die Erziehung durch den Sport, bei der durch Bewegung, Spiel und Sport individuelle Bildungsprozesse ausgelöst werden. Der Doppelauftrag entspricht auch den Vorstellungen der Landesregierung, indem ihr „qualifizierte Bewegungserziehung und regelmäßige Sportangebote von früh an“ wichtig sind, da sie die Konzentrationsfähigkeit- und Leistungsfähigkeit verbessern und die soziale und gesundheitliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen fördern.

E4.2

Sport treiben in Mannheim

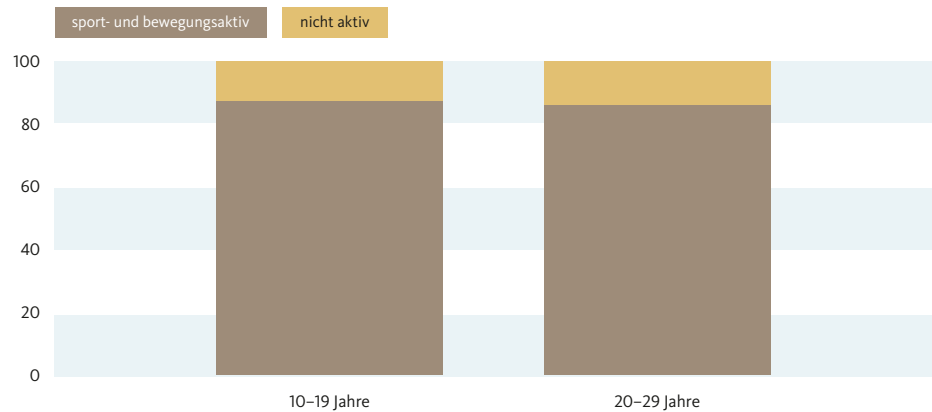
Zwei Studien geben hier Auskunft. Zum einen die Studie über die „Grundlagen der Sportentwicklung in Mannheim 2010“ und zum anderen die Kinder- und Jugendstudie zum Sportverhalten in Mannheim, bei der Kinder und Jugendliche im Alter von 7–16 Jahren befragt wurden.

Fast 90% der Mannheimer jungen Menschen bezeichnen sich in irgendeiner Form als sport- und bewegungsaktiv.

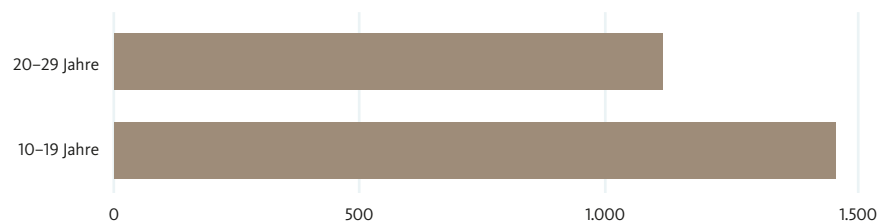
Sportengagement

87,6% der 10- bis 19-jährigen und 86,5% der 20- bis 29-jährigen Mannheimer/-innen bezeichnen sich in irgendeiner Form als sport- und bewegungsaktiv (Abb. E2, Tab. E5web).

Zu den favorisierten Sportarten im Kindes- und Jugendalter (7 bis 16 Jahre) gehören neben Fußball auch Schwimmen, Fahrradfahren, Basketball und Tanzen. Jedoch wird diesen je nach Geschlecht und Alter unterschiedlich nachgegangen. Während bei Jungs Fußball die mit Abstand begehrteste Aktivität ist, stehen bei Mädchen Schwimmen, Fahrradfahren und Tanzen auf den vordersten Plätzen. Sportarten im Gymnastik- und Fitnessbereich sind in diesem Alter nicht sehr beliebt. Die Zahl der Kinder im Turnen nimmt mit zunehmendem Alter stark ab, während das Interesse an Ballsportarten (Volleyball, Fußball, Basketball) steigt. 89,9% der Kinder und Jugendlichen treiben mindestens einmal pro Woche Sport. 56,4% sogar zwei- bis dreimal (Tab. E6web). Die 10- bis 19-jährigen besitzen mit 1.454,7 Minuten im Monat (5,6 Stunden) die höchste Sportausübungszeit (Abb. E3; Tab. E7web).

Abb. E2 Sport- und Bewegungsaktivität nach Altersgruppen (in %)

Quelle: Hübner & Wulf, 2010.

Abb. E3 Verteilung des monatlichen Zeitumfangs der sportaktiven Mannheimer/-innen (in Minuten pro Monat)

Quelle: Hübner & Wulf, 2010.

Die 10- bis 19-Jährigen besitzen mit 5,6 Stunden pro Woche die höchste Sportausübungszeit.

Mehr als die Hälfte der befragten Kinder und Jugendlichen sind Mitglied in einem Sportverein.

Schulsport

Nach den Ergebnissen der Kinder- und Jugendstudie spielt der Schulsport bei der Entwicklung des Sportverhaltens von Kindern und Jugendlichen eine wichtige Rolle. Neben dem regulären Sportunterricht hat jede Schule noch andere Sport- und Spielangebote. Die Schulhöfe werden von 73,1% der Kinder und Jugendlichen für sportliche Aktivitäten genutzt. Da es in Zukunft mehr Ganztagschulen geben soll, ist es wichtig, das Sportangebot auszubauen.

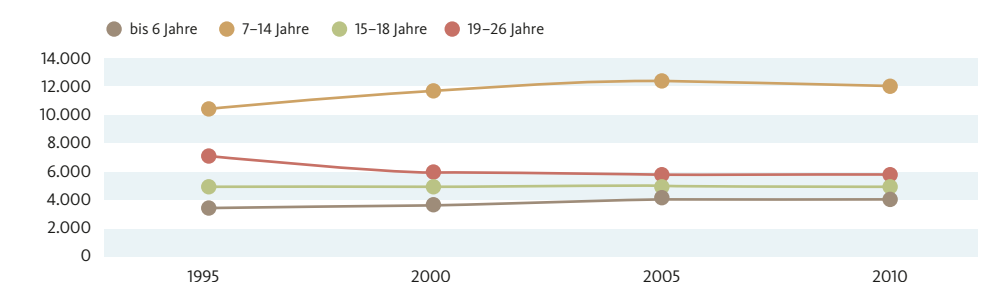
Sportangebote anderer Einrichtungen

Das Spiel- und Sportangebot anderer Träger wird von 31,1% der Kinder und Jugendlichen genutzt. Darunter gehören Jugendhäuser, Tanzschulen, Fitness- und Sportstudios etc. Des Weiteren stehen verschiedene Sportanlagen zur Verfügung (Hallen- und Freibäder, Sporthallen, Eissportzentrum etc.). Auch in der Abendakademie Mannheim ist es möglich, vielfältige Kurse im Bereich des Breiten- und Freizeitsports zu belegen.

Vereinssport

Mehr als die Hälfte der befragten Kinder und Jugendlichen sind Mitglied in einem Sportverein. Es gibt Unterschiede im Bezug auf Alter, Geschlecht, Nationalität und Schulart. 12.052 und somit 59% der 7- bis 14-jährigen Mannheimer/-innen sind 2010 Mitglied in einem Sportverein. Dicht darauf folgen die 15- bis 18-jährigen mit 42,7%. Auffallend ist, dass im Alter von 19 bis 26 Jahren nur noch 16,3% der Mannheimer/-innen Mitglied sind (Abb. E4, Tab. E8web). Im nationalen Vergleich schneidet Mannheim in allen Altersgruppen schlechter ab. Zum Beispiel sind deutschlandweit immerhin noch 31,1% der 19- bis 26-jährigen beim DOSB (Deutschen Olympischen Sportbund) gemeldet (Tab. E9web).

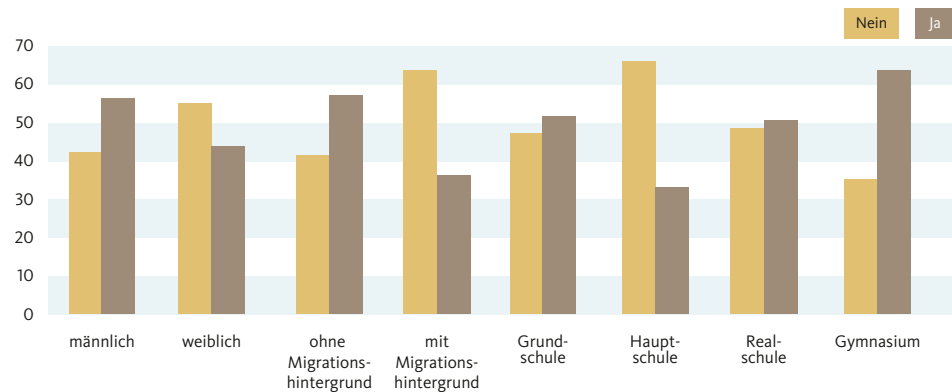
Abb. E4 Anzahl in den Altersgruppen der beim Badischen Sportbund gemeldeten Mitglieder aus Mannheim (absolut)



Quelle: Daten des Badischen Sportbundes; Stand: 2010; eigene Auswertung.

Deutsche Jugendliche sind eher als Jugendliche mit Migrationshintergrund Mitglied in einem Sportverein.

Nach den Ergebnissen der Kinder- und Jugendstudie sind Jungen häufiger Mitglied in einem Sportverein als Mädchen. Deutsche Kinder und Jugendliche sind eher an einer Vereinsmitgliedschaft interessiert als Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund.^{M-E1} Mehr als die Hälfte der Gymnasiasten zeigen eine Vereinszugehörigkeit, während 66,4% der Haupt-/Werkrealschüler keinem Verein angehören (Abb. E5, Tab. E10web).

Abb. E5 Mitgliedschaft im Sportverein (N = 2.942)

Quelle: Kinder- und Jugendstudie zum Sportverhalten in Mannheim, 2006.

E4.3

Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Sport-, Spiel- und Bewegungsaktivitäten sind für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von großer Bedeutung. Sport trägt zu einer gesünderen Lebensweise bei, fördert die Ausbildung von sozialen Kompetenzen und das Selbstbewusstsein. Um diese und weitere Ziele zu erreichen, ist die Zusammenarbeit von Schule, Verein und anderen Institutionen wichtig.

Für die Stadt lässt sich hinsichtlich der Kinder- und Jugendstudie zum Sportverhalten in Mannheim zusammenfassend sagen, dass die Kinder und Jugendlichen aktiv sind und den Wunsch nach Bewegung haben. Das Sportangebot an den Schulen ist durch den regulären Unterricht und die Sport-AGs vielfältig aufgestellt und wird durch Kooperationen zwischen den Schulen und Sportvereinen verbessert. Auch in der kindlichen Früherziehung wird versucht durch Kooperationen mit Sportvereinen Kinder für den Sport und für das Vereinsleben nachhaltig zu begeistern. Die Stadt Mannheim wird auch in den kommenden Jahren durch unterstützende Maßnahmen Kinder und Jugendliche an Sportvereine heranzuführen, um die dort entstehende Lücke an Mitgliedern nachhaltig schließen zu können.

Die Motivation von Kindern und Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen einem Sportverein beizutreten, kann noch ins Positive vorangetrieben werden, da Mannheim im nationalen Vergleich schlecht abschneidet. Auch bei Haupt-/Werkrealschülern sowie Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind diesbezüglich erhebliche Defizite festzustellen. Eine wichtige Maßnahme in Bezug auf die Integrationsförderung stellt beispielsweise das vom Deutschen Sportbund durchgeführte Projekt „Integration durch Sport“ dar, welches versucht, (vor allem jugendliche) Migrantinnen und Migranten an den Sport und die Vereine heranzuführen (Bundesministerium des Innern, 2006). In diesem Bereich kann die Stadt Mannheim verstärkt Projekte initiieren, die die Sportvereine bei der Mitgliedergewinnung unterstützen.

E5

Jugendarbeit

Alltagsorientierung, Offenheit und Freiwilligkeit sowie die Möglichkeit der Selbstorganisation und Partizipation sind wichtige konzeptionelle Grundprinzipien des Arbeitsfeldes Jugendarbeit. Damit erfüllt die Jugendarbeit mit ihren Angeboten in Einrichtungen, bei Projekten und in der Kooperation mit Schulen die Anforderungen an non-formale und informelle Lernprozesse sowie an lebensweltliche Lernorte. Gerade diesen Lernprozessen weist der 12. Kinder- und Jugendbericht (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005) eine große Bedeutung zu, da sie den gesellschaftlichen Anforderungen und der individuellen und persönlichen Entfaltung gerecht werden (Rauschenbach et al., 2010, S. 242). „Die bildungsbezogenen Potentiale der Kinder- und Jugendarbeit lassen sich als personale, praktische und soziale Bildung ebenso umschreiben wie als erfahrungsbasierte, lebensweltlich geprägte Alltagsbildung“ (Rauschenbach et al., 2010, S. 237). Der gesetzliche Bildungsauftrag der Jugendarbeit wird in § 11 SGB VIII beschrieben: „Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zur gesellschaftlichen Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.“

E5.1

Ein konzeptionelles Kernziel der Jugendarbeit ist Bildungsgerechtigkeit. Sie vermittelt persönliche und soziale Kompetenz als Voraussetzung für mehr Teilhabe.

Gesamtkonzeption für die Jugendarbeit in Mannheim – Kernziele der Jugendarbeit in Mannheim

Die von der Arbeitsgemeinschaft AG § 78 SGB VIII Jugendarbeit vorgelegte Gesamtkonzeption der Jugendarbeit in Mannheim wurde vom Jugendhilfeausschuss vom 25.05.2011 beschlossen. Um die im Gesetz beschriebenen Bildungsziele zu konkretisieren und auf die besonderen Möglichkeiten der Jugendarbeit abzustellen, wurden dort sechs Kernziele in der Konzeption für die Jugendarbeit in Mannheim herausgearbeitet.

Die Kernziele der Jugendarbeit gelten übergreifend für alle Arbeits- und Handlungsfelder der Mannheimer Jugendarbeit (Jugendverbandsarbeit, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Mobile Jugendarbeit/Streetwork). Sie sind damit für die in der Jugendarbeit organisierten non-formalen Bildungsprozesse handlungsleitend. Die Angebote fördern demnach insbesondere:

- die soziale und persönliche Kompetenz von Kindern und Jugendlichen,
- die Möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, sich zu beteiligen und mitzubestimmen,
- die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund,
- die Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder Behinderung,
- die aktive Teilhabe am kulturellen Leben und die Ausbildung kultureller Ausdrucksmöglichkeiten,
- die Medienkompetenz und den selbstbewussten, kreativen und sozial verantwortlichen Umgang mit Medien.

E5.2

Strukturen der Jugendarbeit

Offene Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit stellen die zwei großen Arbeitsfelder der Jugendarbeit in Mannheim dar. Träger der Jugendarbeit in Mannheim sind die Jugendförderung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt, der Stadtjugendring Mannheim e. V. als Dachverband von 30 Jugendverbänden sowie verschiedene weitere freie Träger. Der Arbeitsgemeinschaft Jugendarbeit nach § 78 SGB VIII gehören insgesamt 15 verschiedene Träger der Jugendarbeit an.

Bei Einrichtungen der offenen Jugendarbeit wird in Mannheim zwischen Jugendhäusern (10 Einrichtungen in Mannheim) und Jugendtreffs (14 Einrichtungen) unterschieden. Hinzu kommen drei pädagogisch betreute Abenteuerspielplätze. Von den insgesamt 24 Jugendhäusern und Jugendtreffs

befinden sich 11 in städtischer und 13 in freier Trägerschaft. Neben den stadtteilbezogenen Jugendhäusern in kommunaler Trägerschaft gibt es zwei Jugendhäuser, die junge Menschen aus dem gesamten Stadtgebiet ansprechen: das Jugendkulturzentrum FORUM und das Jugendzentrum in Selbstverwaltung. Offene Jugendarbeit findet in der Regel in Einrichtungen statt. Mit dem Sachgebiet „Kinder- und Jugendbildung“ der Abteilung Jugendförderung (mit politischer Bildung, Medienpädagogik, kultureller Bildung, Erlebnispädagogik und Gewaltprävention, „Steig Ein“ sowie dem Spielmobil und Jugendarbeit Mobil) gibt es in Mannheim aber auch einen entwickelten Ansatz von mobilen, projektorientierten und zielgruppenspezifischen Aktionsformen. Diese Angebote sind als Querschnittsaufgaben übergreifend und richten sich an alle Kinder und Jugendlichen im Stadtgebiet.

E5.3

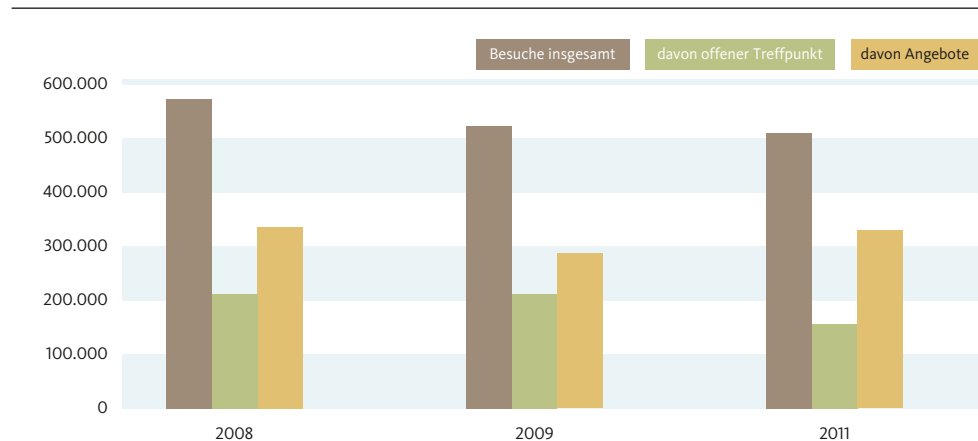
Nutzung von Angeboten und Einrichtungen der Jugendarbeit

Für viele junge Menschen stellt die besuchte Jugendeinrichtung einen Lebensort und eine Sozialisationsinstanz dar. Sie hilft bei der lebensweltlichen Orientierung und Erziehung und liefert so einen wesentlichen Beitrag im Bereich non-formaler Bildung. Die Angebote und Einrichtungen der Jugendarbeit (alle Träger von Einrichtungen, ohne Jugendverbandsangebote) verzeichnen für das Jahr 2011 insgesamt ca. 522.000 Besuche (Abb. E6; Tab. E11^{web}).

Jugendarbeit an die veränderten Zielgruppen, Interessen und zeitlichen Möglichkeiten der Adressaten anpassen

In den vergangenen Jahren hat sich die Nachfrage nach bestimmten Angeboten der Jugendarbeit durch Kinder und Jugendliche stark verändert. So wurden zum Beispiel im Bereich der jugendkulturellen Bildung sowie in der Medienpädagogik von den Besucherinnen und Besuchern von Jugendeinrichtungen neue und andere Inhalte gewünscht. Das Angebot wurde dementsprechend von den Trägern der Jugendarbeit angepasst. Zu beobachten ist darüber hinaus, dass verstärkt jüngere Nutzergruppen in die offenen Jugendeinrichtungen kommen und ein entsprechendes Freizeitangebot nachfragen (Tab. E12^{web}). Von bestimmten Nutzergruppen werden themenspezifische und oftmals sehr spezielle Angebote gewünscht, während das reine offene Treffpunktangebot von diesen Gruppen insgesamt weniger genutzt wird. Die zeitliche Inanspruchnahme durch die Schulen hat Auswirkungen auf das Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen, das bedeutet, dass Angebotszeiten im Jugendfreizeitbereich verändert werden müssen. Die Nachfrage nach interessanten und kostengünstigen Angeboten in den Ferienzeiten ist weiterhin hoch. Ein besonderes Augenmerk ist

Abb. E6 **Besuchszahlen bei Angeboten der Jugendarbeit (Jugendeinrichtungen und zentrale Angebote) in Mannheim (absolut)**



Quelle: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt.

auf die Angebote in Einrichtungen in den Sozialräumen 4 und 5 zu legen, weil es viele Hinweise gibt, dass die dort lebenden Kinder und Jugendlichen in sehr viel geringerem Maße außerschulische Bildungsangebote nutzen (können). Um Bildungsgerechtigkeit herzustellen, sind die Potenziale der offenen Jugendarbeit hier gezielt einzusetzen. Die hohe Akzeptanz, die die Jugendhäuser und Jugendtreffs gerade auch bei bildungsfernen Kindern und Jugendlichen besitzen, und der niedrigschwellige Zugang sind in diesem Zusammenhang Pluspunkte der offenen Jugendarbeit.

E5.4

Jugendverbandsarbeit

Unter einem Jugendverband versteht man einen Zusammenschluss von Kindern und Jugendlichen zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen und Ziele. Die Angebote der Jugendverbände reichen von regelmäßigen wöchentlichen Gruppenstunden über Wochenend- und Ferienfreizeiten, internationale und interkulturelle Begegnungen bis hin zu Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, medienpädagogischer und naturkundlicher Bildung.

Die Mannheimer Jugendverbände bieten aufgrund der verschiedenen Verbandsprofile in ihrer Pluralität viele spezifische Identifikationsmöglichkeiten und weltanschauliche Orientierungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre an. Einige Jugendverbände fungieren als Träger von Jugendtreffs (z. B. CVJM und BDKJ) und engagieren sich damit auch in der offenen Jugendarbeit.

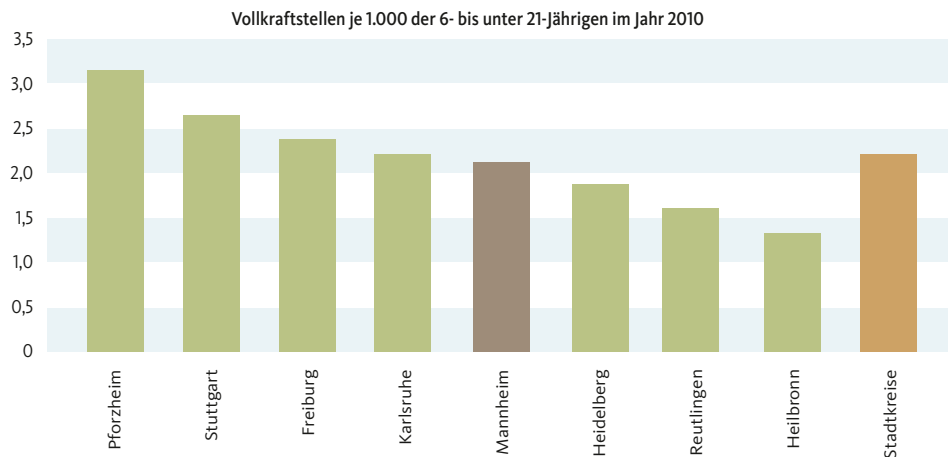
In der Arbeitsgemeinschaft für die Jugendverbandsarbeit in Mannheim, dem Stadtjugendring Mannheim e. V., sind zurzeit 30 Mitgliedsverbände organisiert. Die Jugendverbände weisen im Jahr 2012 (Stand 01.01.2012) eine Mitgliederzahl von 41.182 aus. Die größten Mitgliedsverbände sind die Sportjugend, die Katholische Jugend (BDKJ), die Evangelische Jugend (EJM) und die DGB-Jugend (Tab. E13web).

E5.5

Flächendeckende Versorgung mit Einrichtungen der Jugendarbeit**Versorgung mit offenen Einrichtungen und Angeboten der Jugendarbeit**

In den Mannheimer Stadtteilen wurde weiterhin versucht, eine flächendeckende Grundversorgung mit offenen Angeboten der Jugendarbeit herzustellen und damit den Auftrag des Gemeinderats umzusetzen. Zuletzt wurde ein Jugendtreff in Wallstadt eingerichtet. Am Beispiel von Wallstadt und der Schwetzingenstadt ist jedoch auch festzustellen, dass es mitunter sehr schwierig ist, Standorte für Jugendfreizeitangebote in bereits bestehenden Wohngebieten zu finden, weil die Akzeptanz in der Nachbarschaft nicht herzustellen ist (und in der Folge kein Baurecht geschaffen werden kann). Für den Stadtteil Luzenberg, dessen Kinder und Jugendliche auch durch Jugendeinrichtungen in benachbarten Stadtteilen nur schwer versorgt werden können, ist noch eine Lösung zu finden.

Eine Kennzahl für die Versorgung mit Angeboten der Jugendarbeit ist die Zahl der hauptamtlichen pädagogischen Fachkräfte im Verhältnis zu den Kindern und Jugendlichen zwischen 6 und 21 Jahren. Im baden-württembergischen Vergleich der Stadtkreise nimmt Mannheim mit 2,06 hauptamtlichen Vollzeitstellen pro 1.000 der 6- bis unter 21-jährigen Personen hier eine leicht unterdurchschnittliche Position ein (2,23 ist der Durchschnitt für alle Stadtkreise in Baden-Württemberg, siehe auch Abb. E7 (Tab. E14web)).

Abb. E7 Personalressourcen in der Jugendarbeit – Vergleich der Stadtkreise in Baden-Württemberg

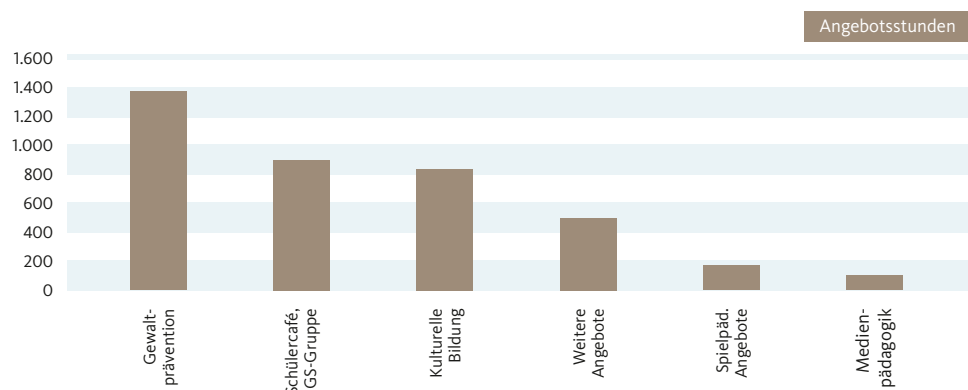
Quelle: KVJS Baden-Württemberg; Stand: 2010; eigene Darstellung.

E5.6

Kooperation Jugendarbeit und Schule ist strukturell weiter zu etablieren

Schwerpunkt 1: Kooperation Jugendarbeit – Schule

Das Jugendamt hat sich auf das Managementziel: „Kinder und Jugendliche erfahren Förderung durch den qualitativen und quantitativen Ausbau der Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule“ verpflichtet. Insgesamt wurden in der Kooperation mit Schulen allein von der Abteilung Jugendförderung im Jahr 2010 an 1.845 Veranstaltungstagen insgesamt 4.204 Zeitstunden Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche durchgeführt. In Schulstunden gerechnet sind dies 5.605 Angebotsstunden der Jugendarbeit zur non-formalen Bildung an und mit Schulen. Der überwiegende Anteil der zusätzlichen Angebote in Kooperation mit Schulen wird zusammen mit Haupt-/Werkrealschulen, Förderschulen und Grundschulen durchgeführt (Abb. E8, Tab. E15web).

Abb. E8 Verteilung der Bildungsangebote an Mannheimer Schulen nach Themenbereichen im Jahr 2010 (Angebotsstunden)

Quelle: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt.

Für die qualitative Weiterentwicklung wurden seit 2008 von einem Organisationsteam, bestehend aus der Jugendförderung im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt, dem Regionalen Bildungsbüro beim Fachbereich Bildung, dem Staatlichen Schulamt und dem Stadtjugendring e. V., drei Fortbildungsreihen zur Weiterbildung im Tandem im Kooperationsmanagement Jugendarbeit und Schule sowie ein Fachtag durchgeführt. Mit dem Ziel, die Intensivierung der Zusammenarbeit von Jugendeinrichtungen und Schulen vor Ort zu unterstützen, wurden insgesamt 54 Kooperationsmanager/-innen ausgebildet, die 24 Projekte gemeinsam geplant und umgesetzt haben.

E5.7

**Potenzial der kulturellen
Bildung in der Jugendar-
beit noch stärker nutzen**

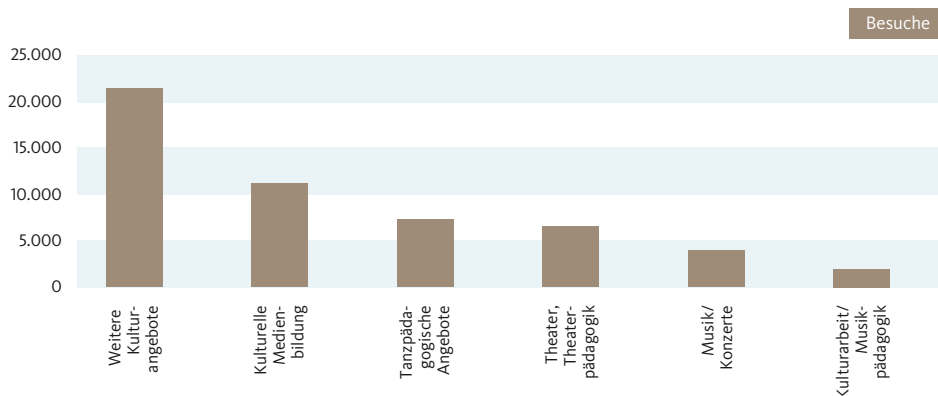
Schwerpunkt 2: Kulturelle Bildung in der Jugendarbeit

Kulturelle Bildung in der Jugendarbeit qualifiziert sich nicht durch problem- oder fallbezogene Interventionen, Maßnahmen oder Strategien, sondern will den ganzen Menschen in seinen alltäglichen Lebensbezügen thematisieren. Im Vordergrund steht die „Kultur für alle“, die Herstellung niederschwellig erreichbarer Angebotsstrukturen nach den Grundsätzen der Selbstorganisation und Selbstverwaltung. Sie folgt dem Prinzip der Vielfalt und integriert alle künstlerischen Sparten, Generationen und gesellschaftlich relevanten Themen. Kulturelle Bildung in der Jugendarbeit bietet Orte und Räume für Kommunikation und unkonventionelle Begegnung zwischen Kulturen, Generationen und gesellschaftlichen Gruppen. Kulturelle Bildung leistet einen Beitrag zur Förderung des künstlerischen Nachwuchses in den Bereichen Theater, Musik, Literatur, Tanz, Film und Kreativ-Medien.

Kulturelle Bildung wird in den Einrichtungen, den Jugendverbänden und den zentralen, stadtweiten Angeboten realisiert. In der jugendkulturellen Fachstelle der Jugendförderung werden kulturelle Aktivitäten in der Abteilung koordiniert, kulturelle Projekte für Kinder und Jugendliche initiiert, organisiert und durchgeführt. Die kulturelle Arbeit in den Jugendeinrichtungen zeichnet sich durch kontinuierliche, langfristige Angebote in den Bereichen Film, Theater sowie Tanz, Gesang und Rap aus. Verschiedene Jugendeinrichtungen, wie z. B. das Jugendkulturzentrum FORUM, die Jugendhäuser Herzogenried, Erlenhof und Vogelstang, haben einen besonderen Schwerpunkt auf die kulturelle Bildung gelegt. Exemplarisch wird in Kapitel E1.3 die kulturelle Bildungsarbeit in der Jugendarbeit durch „Kultur macht Schule“ und GIRLS GO MOVIE dargestellt.

Im Jahr 2011 wurden in den Einrichtungen der Jugendarbeit ca. 4.114 Kulturangebote gemacht, die von 59.066 Kindern und Jugendlichen genutzt wurden (Abb. E9, Tab. E16web).

Abb. E9 Besuche von Kulturangeboten in Mannheimer Jugendeinrichtungen im Jahr 2011 (absolut)



Quelle: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt.

E5.8

Handlungsempfehlungen

Die Kooperation mit (Ganztags-)Schulen und die Ausbildung von Kooperationsmanagern für die Kooperation von Jugendarbeit und Schulen sind weiter zu verfolgen, damit der besondere Bildungsansatz und die Kompetenzen der Jugendarbeit im Rahmen einer vielfältigen Bildungslandschaft gut genutzt werden können.

Die Möglichkeiten junger Menschen, ihre Visionen, Bedürfnisse und Interessen auf kommunaler Ebene einzubringen, müssen im Rahmen der Verankerung eines verlässlichen Partizipationsmodells weiter ausgebaut werden (vgl. ausführlicher Kapitel E2).

**Vernetzung zwischen
Kultur- und Jugendarbeit
intensivieren**

In dem Bereich Kulturelle Bildung sollte die Vernetzung unterschiedlicher Institutionen sowohl aus dem Bereich der Jugendhilfe (Jugendarbeit), dem Regionalen Bildungsbüro als auch dem Kulturbereich vorangetrieben werden, um die kreativen Ausdrucksmöglichkeiten von jungen Menschen vielfältig und wirkungsvoll fördern zu können.

**Weiterentwicklung der Ju-
gendarbeit in Bezirken mit
besonderem Förderbedarf**

Da junge Menschen mit Migrationshintergrund durch niedrigschwellige offene Angebote der Jugendarbeit gut erreicht werden können, sind angemessene Angebote zur Förderung der persönlichen und sozialen Kompetenz von großer Bedeutung und fördern die Chance auf einen Schulabschluss und den Einstieg in die berufliche Ausbildung. Dies setzt interkulturelle Kompetenzen und Migrationssensibilität der Fachkräfte voraus.

Wenn auf der Basis der Haushaltsberatungen 2012/13 ein Jugendtreff in der Schwetzingenstadt in Betrieb genommen werden kann, ist eine Infrastruktur für eine flächendeckende Grundversorgung mit Einrichtungen der offenen Jugendarbeit hergestellt. Danach gilt es, im Hinblick auf das Ziel Bildungsgerechtigkeit vorrangig die Angebote der Jugendarbeit in Stadtteilen und Bezirken mit besonderem Förderbedarf (Sozialräume 4 und 5) weiter zu entwickeln.

Um die Pluralität der Angebote zu sichern, ist das Angebot der Jugendverbände weiter zu unterstützen. Zielsetzung ist es, die unterschiedlichen Interessen von Kindern und Jugendlichen in einem vielfältigen, bedarfsgerechten Angebotsspektrum abzudecken. Die Verantwortungsübernahme durch junge Ehrenamtliche sollte gezielt gefördert werden. Die Veränderungen im Schulsystem und die daraus resultierenden Veränderungen für den Alltag von Kindern und Jugendlichen sind dabei von besonderer Bedeutung auch für die Weiterentwicklung des Angebots der Jugendarbeit insgesamt.

E6

Erzieherische Hilfen

Die Jugendhilfe bietet neben den Angeboten, die für alle jungen Menschen zugänglich sind (Jugendarbeit, Kindertageseinrichtungen etc.), auch gezielte einzelfallbezogene Unterstützung für junge Menschen und Familien in Lebenslagen an, die zu besonderen individuellen oder sozialen Beeinträchtigungen bzw. Benachteiligungen oder Gefährdungslagen führen.

**Erzieherische Hilfen
werden einzelfallbezogen
bei vielfältigen familiären
Problemen, Sozialisations-
schwierigkeiten und
psychosozial begründeten
schulischen Problematiken
eingesetzt.**

Vor allem kommen dabei Hilfen zur Erziehung einschließlich Erziehungsberatungen, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Hilfen für junge Volljährige – nachfolgend verkürzt mit dem Begriff „erzieherische Hilfen“ zusammengefasst – zur Anwendung. Diese Unterstützungsleistungen werden bei einem breiten Spektrum familiärer Probleme und Sozialisationschwierigkeiten sowie bei psychosozial begründeten Problematiken eingesetzt. Die Arbeit orientiert sich möglichst eng an der Lebenswelt – und somit auch am Schulalltag – der jungen Menschen. Hierfür steht ein differenziertes Instrumentarium an sozialpädagogischen

Handlungsformen sowie ein breites Spektrum an Angeboten und Hilfesettings zur Verfügung: von ambulanten Beratungsleistungen über familienunterstützende Hilfen bis hin zu Betreuungen außerhalb der eigenen Familie wie z. B. in Form einer Vollzeitpflege oder einer Heimerziehung.

E6.1

In den vergangenen Jahren verzeichneten die erzieherischen Hilfen eine kontinuierliche Fallzahlensteigerung. Ungebrochen bis zum Jahr 2010 stieg dabei der Stellenwert der Hilfen für seelisch behinderte junge Menschen nach § 35a SGB VIII.

Erzieherische Hilfen sind nach der Kindertagesbetreuung das zweitgrößte Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe.

Erzieherische Hilfen im Jahr 2010 im Überblick

Sowohl in der Bundesrepublik insgesamt (Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe 2011, S. 3ff.) als auch in Mannheim hat sich die Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen nach dem SGB VIII in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht. Durch kommunale Steuerung fiel in Mannheim der Fallzahlenanstieg jedoch insgesamt erkennbar moderater aus als in den Jahren zuvor. Allerdings stiegen auch in Mannheim die Fallzahlen der Hilfen für seelisch behinderte junge Menschen (§ 35a SGB VIII) bis 2010 ungebrochen weiter an, was auf einen erhöhten Unterstützungsbedarf bei komplexen psychischen Problemlagen hinweist.

Ebenso wie bundesweit sind auch in Mannheim, gemessen an den finanziellen Aufwendungen der Jugendämter, die erzieherischen Hilfen nach der Kindertagesbetreuung das zweitgrößte Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe (<http://www.akjstatu-dortmund.de/fileadmin/Analysen/HzE/hze4.pdf>). Auch die Tatsache, dass allein innerhalb eines Jahres (2010) insgesamt 5.542 junge Menschen eine erzieherische Hilfe (einschl. Erziehungsberatung) erhielten – d. h. 94 von 1.000 der 0- bis unter 21-jährigen Einwohner Mannheims^{M-E2} –, unterstreicht den hohen Stellenwert dieser Angebote. Der Mädchenanteil lag bei 42,7%.

E6.2

Schulische Probleme stehen oft bei jungen Menschen im Vordergrund, die mit einer Hilfe für seelisch behinderte Minderjährige (§ 35a SGB VIII) betreut werden. Dabei handelt es sich vorrangig um Leseschreib-Schwächen und Dyskalkulieproblematiken, aber auch zunehmend um autistische Störungsbilder.

Erzieherische Hilfen und schulische Probleme

Erzieherische Hilfen setzen vor allem dort mit stark schulischem Bezug an, wo Leistungsprobleme mit pädagogisch begründeten Problematiken einhergehen, wie etwa bei Schwierigkeiten mit Leistungsanforderungen, Konzentrationsschwierigkeiten (ADHS, Hyperaktivität) oder schulvermeidendem Verhalten. Da die Schule als außerfamiliäre Lebenswelt weiter an Bedeutung gewinnt (Verlässliche Grundschule, Ausbau Ganztagschulen etc.), sind erzieherische Hilfen im Sinne einer lebensweltorientierten Ausrichtung verstärkt auch unmittelbar an die Schule angebunden.

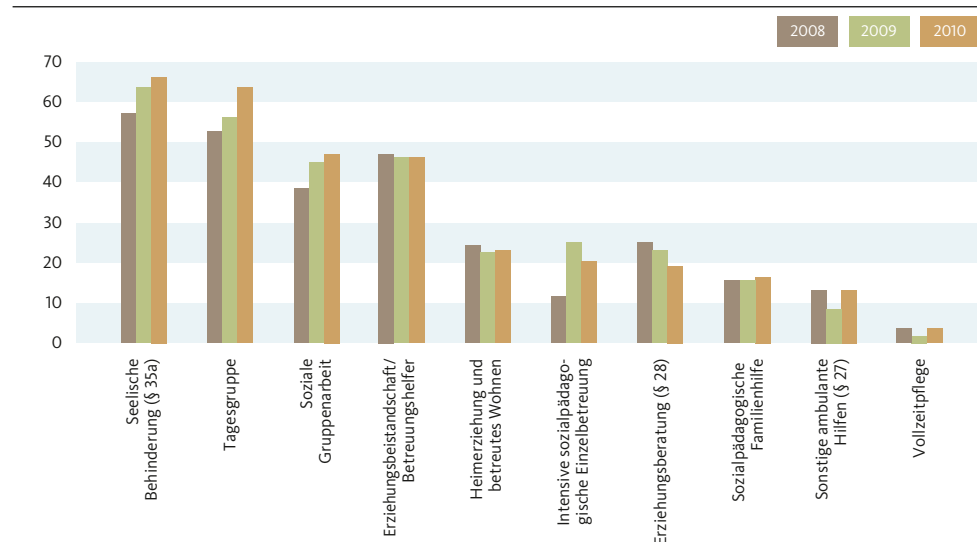
Die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik ermöglicht einen Einblick, inwieweit schulische Probleme ein vorrangiger Grund für die Gewährung einer erzieherischen Hilfe waren (Abb. E10, Tab. E17^{web}).^{M-E3}

In den vergangenen Jahren spielten schulische Probleme in jeweils ca. 30% aller erzieherischen Hilfen (einschließlich Erziehungsberatung) eine wesentliche Rolle.

Besonders oft sind schulische Schwierigkeiten aus Sicht der Fachkräfte des Sozialen Dienstes ein ausschlaggebender Anlass für die Gewährung einer Hilfe für seelisch behinderte junge Menschen nach § 35a SGB VIII (im Jahr 2010 bei zwei Dritteln aller Hilfen nach § 35a). Auffallend ist dabei vor allem ein Anstieg von Legasthenie- und Dyskalkulie-therapien; aber auch Autismustherapien sowie Integrationshilfen in Schulen für junge Menschen mit autistischen Störungsbildern werden verstärkt angewandt (Tab. E18^{web}). Im Ergebnis verbessern sich durch die Hilfen nach § 35a die Chancen, nicht weiterhin infolge einer seelischen Behinderung von der sozialen Teilhabe – z. B. in Form einer Sonderbeschulung – ausgegrenzt zu werden. Somit leisten diese Hilfen einen wichtigen Beitrag zu einer gelingenden Integration bzw. zur Umsetzung inklusionsgeleiteter Handlungsprinzipien.

Auch bei den Hilfen zur Erziehung in Tagesgruppen sowie in sozialer Gruppenarbeit sind schulische Probleme ein zunehmend bedeutsamer Hilfeanlass.

Abb. E10 Schulische Probleme als ein vorrangiger Grund für die Notwendigkeit einer erzieherischen Hilfe, Anteil je Hilfeart (einschl. Erziehungsberatung) in den Jahren 2008 bis 2010 in Mannheim (in %)



Quelle: Amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik, eigene Berechnungen.

Schulische Probleme sind oft die „Spitze eines Eisbergs“ massiver innerfamiliärer Probleme.

Schulische Probleme im Sinne von Leistungsproblemen sind jedoch meist nicht der einzige Grund für die Gewährung erzieherischer Hilfen. Vielmehr sind sie häufig nur die leicht erkennbare „Spitze eines Eisbergs“ an Problemlagen. Vor allem nach dem Übergang vom Kindergarten in die Grundschule sowie beim Übergang in eine weiterführende Schule wird ein bestehender Unterstützungsbedarf – der ursächlich oft in innerfamiliären Problemen begründet ist (vgl. Tab. E19web) – deutlicher sichtbar.

Exkurs: Erziehungsberatung, Eltern- und Familienbildung

Nach Studien des Zentrums für Wirtschaftsforschung ist der Einfluss der Familie auf die sogenannte Humankapitalentwicklung doppelt so groß wie die der Bildungseinrichtungen (zitiert nach Stefan Sell, 2012). Die Familie ist nach wie vor die wichtigste Sozialisationsinstanz. Für ein gelingendes Aufwachsen und damit Lernen legen Eltern die elementaren Grundlagen.

Dabei geht es nicht nur um klassische Bildungsinhalte, sondern in erster Linie um die psychologischen Voraussetzungen für Lernprozesse wie Bindungssicherheit und emotionale Stabilität. Ein Kind, das in diesem Sinne von seinen Eltern wertschätzend, liebevoll und fördernd begleitet wird, ist in guter Weise in der Lage, von Lernprozessen außerhalb der Familie zu profitieren. Umgekehrt gilt, dass Kinder, die keine sichere Bindung zu Bezugspersonen (Eltern u. a.) aufbauen konnten und/oder ständigen Konflikten in ihrer unmittelbaren Umgebung ausgesetzt sind, sich nur unsicher-ängstlich, vermeidend oder aggressiv auf andere Menschen einlassen können und damit auch nur sehr eingeschränkt von angebotenen Bildungsinhalten profitieren können. Der Gesetzgeber hat der Bedeutung der elterlichen Erziehung in § 1 (3) 2. SGB VIII Rechnung getragen, wenn er dazu verpflichtet, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung zu beraten und zu unterstützen. Die institutionelle Erziehungsberatung wird von

den psychologischen Beratungsstellen für Kinder, Jugendliche und Eltern geleistet, deren Unterstützungsangebote in diesem Kapitel (erzieherische Hilfen) berücksichtigt sind. Darüber hinaus ist die Aufgabe der (funktionalen) Erziehungsberatung sowie der Eltern- und Familienbildung in vielen Angeboten integriert, wie z. B.

- in den Leistungen der Hilfen zur Erziehung,
- als funktionale Erziehungsberatung in allen Beratungsdiensten, Tageseinrichtungen für Kinder, insbesondere Eltern-Kind-Zentren und Schulen,
- durch das Landesprogramm „Stärke“ und
- als Eltern- und Familienbildung meist in Form von Kursen in der Abendakademie Mannheim, der Katholischen Familienbildungsstätte, des Kinderschutzbundes, der Freizeitschule, von Pro Familia und vielen anderen mehr.

Über diese genannten Leistungen gibt es keine übergreifende Evaluation. Aus den gewonnenen Erfahrungen ist jedoch abzuleiten, dass es vermehrt darauf ankommen wird, Familien in besonderen Lebenslagen (Alleinerziehende, Patchworkfamilien, Familien mit Migrationshintergrund, Pflegefamilien, Familien mit vielen Kindern und sonstige belastete Familien) anzusprechen. Für eine zukünftige Ausrichtung und Systematisierung von Erziehungsberatung, Eltern- und Familienbildung sind deswegen noch stärker die Familien in besonderen Lebenslagen in den Blick zu nehmen. Dies kann am besten durch eine Fokussierung auf Angebote in Tageseinrichtungen für Kinder und in Schulen der Sozialräume 4 und 5 erfolgen und wird bereits z. B. in den Eltern-Kind-Zentren umgesetzt.

E6.3

Lebenslagen der Adressaten erzieherischer Hilfen

Die verfügbaren Daten der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik geben u. a. auch wichtige Aufschlüsse über die Lebenslagen der Adressaten erzieherischer Hilfen (Tab. E20web) und somit auch Hinweise auf unterschiedliche Teilhabechancen und den spezifischen Förderbedarf junger Menschen.

Die jungen Menschen, die im Jahr 2010 in Mannheim eine erzieherische Hilfe erhielten^{M-E4} (ohne Erziehungsberatung),

- wuchsen zu insgesamt 67,1% nicht bei beiden leiblichen Elternteilen auf (bei einem alleinerziehenden Elternteil 51,0%, in Patchworkfamilien 16,1%),
- waren zu 63,0% aus Herkunftsfamilien, die auf Transfereinkommen angewiesen sind (Arbeitslosengeld II, bedarfsorientierte Grundsicherung oder Sozialhilfe SGB XII), und
- hatten in 43,6% aller Fälle einen Migrationshintergrund.^{M-E5}

Ergänzende Daten zu den Hilfen in Erziehungsberatung zeigen, dass bei dieser Angebotsform 54,5% aller Ratsuchenden in Alleinerziehenden- oder in Patchworkfamilien lebten, in zumindest 26,6% aller Beratungsfälle bezog die ratsuchende Familie ALG II oder Altersgrundsicherung^{M-E6} und 27,5% hatten einen Migrationshintergrund.

Erzieherische Hilfen werden meist von jungen Menschen in Anspruch genommen, die sich in (mehrfach) belasteten Lebensverhältnissen befinden.

Wie aus Tab. E20web zudem ersichtlich ist, treffen auf die meisten jungen Menschen in erzieherischen Hilfen und ihre Herkunftsfamilien mehrere dieser (potenziell) belastenden Lebenslagen gleichzeitig zu. Dies bedeutet, dass bei einer Überlagerung mehrerer erschwelter Ausgangskontellationen die Wahrscheinlichkeit steigt, auf Erziehungshilfeleistungen angewiesen zu sein.

Junge Menschen mit Migrationshintergrund nehmen erzieherische Hilfen unterdurchschnittlich oft in Anspruch.

Bei einem Vergleich mit der Gesamtzahl aller 0- bis unter 21-jährigen Mannheimer Einwohner/-innen wird deutlich, dass jene jungen Menschen, die 2010 eine erzieherische Hilfe erhielten, weit- aus häufiger in prekären materiellen Verhältnissen und/oder brüchigen Familienkonstellationen aufwachsen als im gesamtstädtischen Durchschnitt (Tab. E21web).

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in erzieherischen Hilfen mit 43,6% hingegen geringer vertreten als in der Gesamtbevölkerung (51,3% der unter 21-jährigen; vgl. Tab. E21web), obgleich sie insgesamt noch immer erkennbar schlechtere Teilhabe- und Bildungschancen haben. Insofern stellt sich die Frage, ob die bislang bei jungen Migranten beobachtbare Dichte erzieherischer Hilfen dem tatsächlichen Bedarf entspricht. Deshalb ist zu prüfen, ob und ggf. welcher weiteren, möglichst migrationssensiblen Förderung und Unterstützung es auch in der Erziehungshilfe bedarf, um die Voraussetzungen für ein Gelingen von Sozialisation, Integration und Bildungskarrieren benachteiligter junger Menschen mit Migrationshintergrund optimieren zu können.

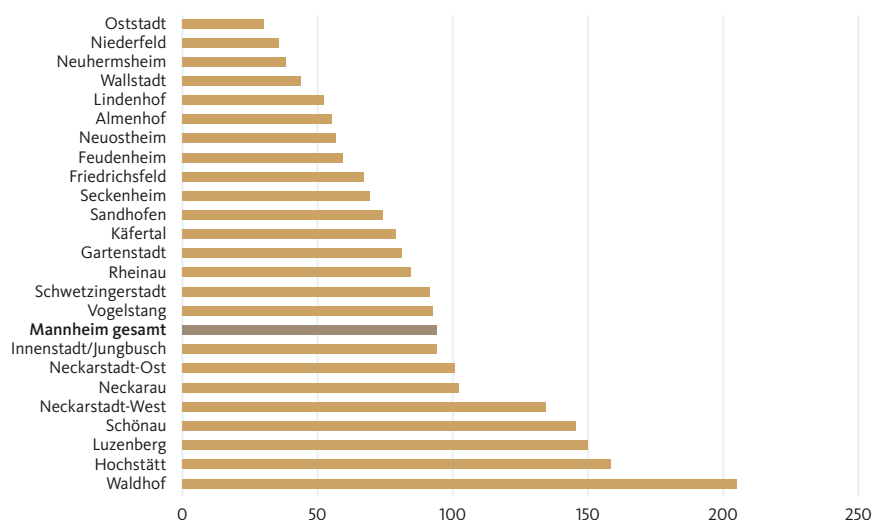
E6.4

Die Bedeutung sozialstruktureller Rahmenbedingungen für die Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen

Ergänzend wird nun aus der Perspektive der sozialräumlichen Betrachtung gezeigt, ob und inwieweit sich auch zwischen den jeweils spezifischen sozialstrukturellen Rahmenbedingungen (KVJS Baden-Württemberg, 2008) der 24 Stadtteile Mannheims und der Dichte erzieherischer Hilfen ein Zusammenhang besteht.

Zunächst veranschaulicht Abb. E11 (Tab. E21web) die Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen (einschließlich Erziehungsberatung)^{M-E7} je 1.000 der unter 21-jährigen Einwohner/-innen^{M-E8} im Jahr 2010. Bei durchschnittlich 94 Hilfen je 1.000 bewegte sich die – beträchtliche – Spannbreite zwischen rund 30 Hilfen je 1.000 in der Oststadt und 205 Hilfen je 1.000 im Stadtteil Waldhof.

Abb. E11 Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen (einschl. Erziehungsberatung) in den 24 Stadtteilen Mannheims im Jahr 2010 je 1.000 der 0- bis unter 21-jährigen Einwohner/-innen



Quelle: Amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik; eigene Berechnungen.

Die Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen steigt insgesamt von Sozialraumtyp 1 zu Sozialraumtyp 5. Die Stadtteile mit der höchsten Hilfedichte gehören durchgängig dem Sozialraumtyp 5 an.

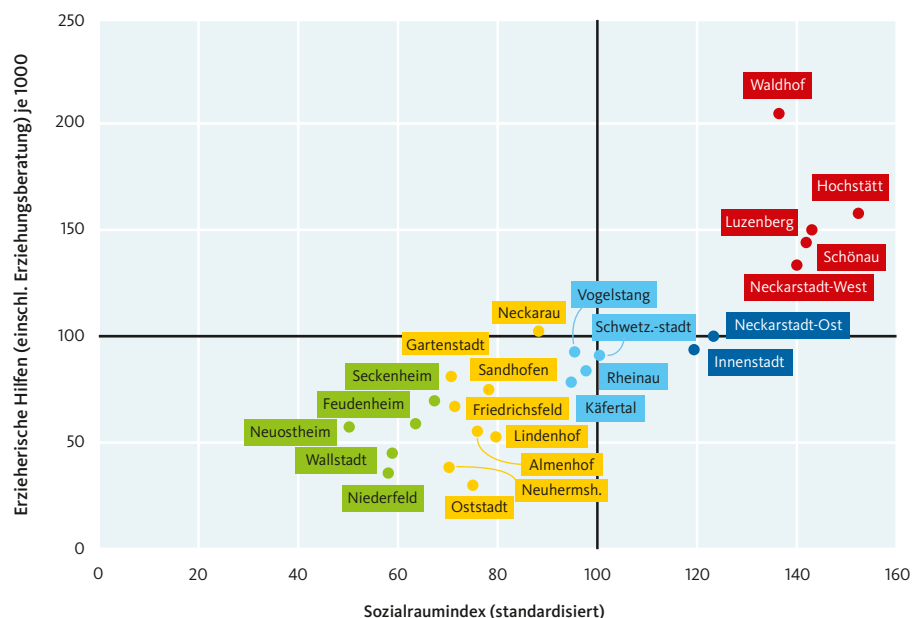
Empirisch lässt sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Höhe sozialstruktureller Auffälligkeiten und der Dichte erzieherischer Hilfen in den Stadtteilen Mannheims nachweisen.

Anschließend wurde je Stadtteil die Dichte erzieherischer Hilfen und dessen sozialraumtypologische Zuordnung^{M-E9} miteinander in Beziehung gesetzt (Tab. E21web, Spalten rechts).

Im Ergebnis veranschaulicht Abb. E12 (Tab. E21web), dass die Dichte erzieherischer Hilfen in der Tendenz von den Stadtteilen des Sozialraumtyps 1 bis hin zu Sozialraumtyp 5 steigt. Unter anderem illustriert die Abbildung eindrücklich, dass die Stadtteile mit der höchsten Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen, d. h. Waldhof, Hochstätt, Luzenberg, Schönau und Neckarstadt-West, zugleich durchgängig dem sozialstrukturell besonders auffälligen Sozialraumtyp 5 angehören.

Empirisch lässt sich zwischen der Höhe der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen und der Höhe sozialstruktureller Auffälligkeiten anhand von Korrelationsanalysen^{M-E10} ein signifikant positiver Zusammenhang nachweisen (vgl. Tab. E22web). Dies bedeutet, dass in den Stadtteilen Mannheims der Bedarf an erzieherischen Hilfen – und somit das Risiko eines beeinträchtigten Erziehungs geschehens – tendenziell steigt, je höher der Anteil an Einwohnern in sozialstrukturell erschwerten Lebenslagen ist.

Abb. E12 Sozialstruktur-Indices der 24 Stadtteile Mannheims und erzieherische Hilfen (einschl. Erziehungsberatung) je 1.000 der 0- bis unter 21-jährigen



Quelle: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt.

Auf der Ebene der statistischen Bezirke lassen sich sehr kleinräumig sozialstrukturelle Auffälligkeiten identifizieren, die für Feinabstimmungen zu Planungsvorhaben zusätzliche wichtige Informationen liefern.

Neben der Gliederungsebene der 24 Stadtteile liegen zudem für die 78 statistischen Bezirke Mannheims Daten zur Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen und seit 2009 auch zu den ausgewählten sozialstrukturellen Rahmenbedingungen vor^{M-E11}, so dass sich auch sehr kleinräumig spezifische strukturelle Auffälligkeiten sozialraumtypologisch^{M-E12} abbilden lassen (Abb. E13; Tab. E23aweb und Tab. E23bweb).

Damit steht in Ergänzung zur stadtteilbezogenen Sozialraumtypologie ein Instrumentarium zur Verfügung, das weitere wichtige Informationen für Feinabstimmungen zu Planungsvorhaben in der Kinder- und Jugendhilfe liefern kann.

Unter anderem verdeutlichen die Berechnungen auf der Ebene der statistischen Bezirke, dass

- in sozialstrukturell insgesamt eher unauffälligen Stadtteilen durchaus Teilgebiete bzw. Quartiere mit verdichteten erschwerten Ausgangslagen vorhanden sind, wie z. B. Casterfeld-Ost (Stadtteil Rheinau) und Gartenstadt-West (Stadtteil Gartenstadt),
- sich umgekehrt aber auch in sozialstrukturell insgesamt auffälligen Stadtteilen einzelne statistische Bezirke als unauffällig erweisen können. Zum Beispiel sind die im Stadtteil Schönau insgesamt hoch auffälligen sozialstrukturellen Rahmenbedingungen ausschließlich auf belastende Ausgangslagen im Bezirk Schönau-Nord zurückzuführen.

Aus Tab. E23a^{web} und Tab. E23b^{web} (letzte Spalte) ist darüber hinaus ersichtlich, dass auch die Bezirke mit einer deutlich überdurchschnittlichen Dichte erzieherischer Hilfen weitgehend deckungsgleich mit jenen Bezirken sind, die dem sozialstrukturell besonders auffälligen Sozialraum 5 angehören.

E6.5

Handlungsempfehlungen

Kommunale Bildungslandschaften benötigen auf lokaler Ebene über Zuständigkeitsgrenzen hinweg eine Weiterentwicklung tragfähiger bildungs- und sozialpolitischer Konzepte. Dazu bedarf es der Verständigung auf einen ganzheitlichen Bildungsbegriff und eines weiteren Ausbaus verbindlicher, abgestimmter Kooperations- und Vernetzungsstrukturen mit angrenzenden Systemen sowie verbindlicher Kooperationsvereinbarungen der handelnden Akteure.

Im Sinne des kommunalpolitischen Postulats der Stadt Mannheim „Kein Kind darf verloren gehen“ wird eine besondere Herausforderung zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen darin bestehen, vor allem strukturell benachteiligte junge Menschen und ihre Eltern noch bedarfs- und zielgerichteter zu unterstützen. Die Angebote sollten niederschwellig und frühzeitig nutzbar sein, damit sich latente Problemlagen junger Menschen möglichst nicht weiter verfestigen. Aus sozialräumlicher Sicht sind dabei im Besonderen die Stadtteile des Sozialräume 4 und 5 in den Blick zu nehmen.

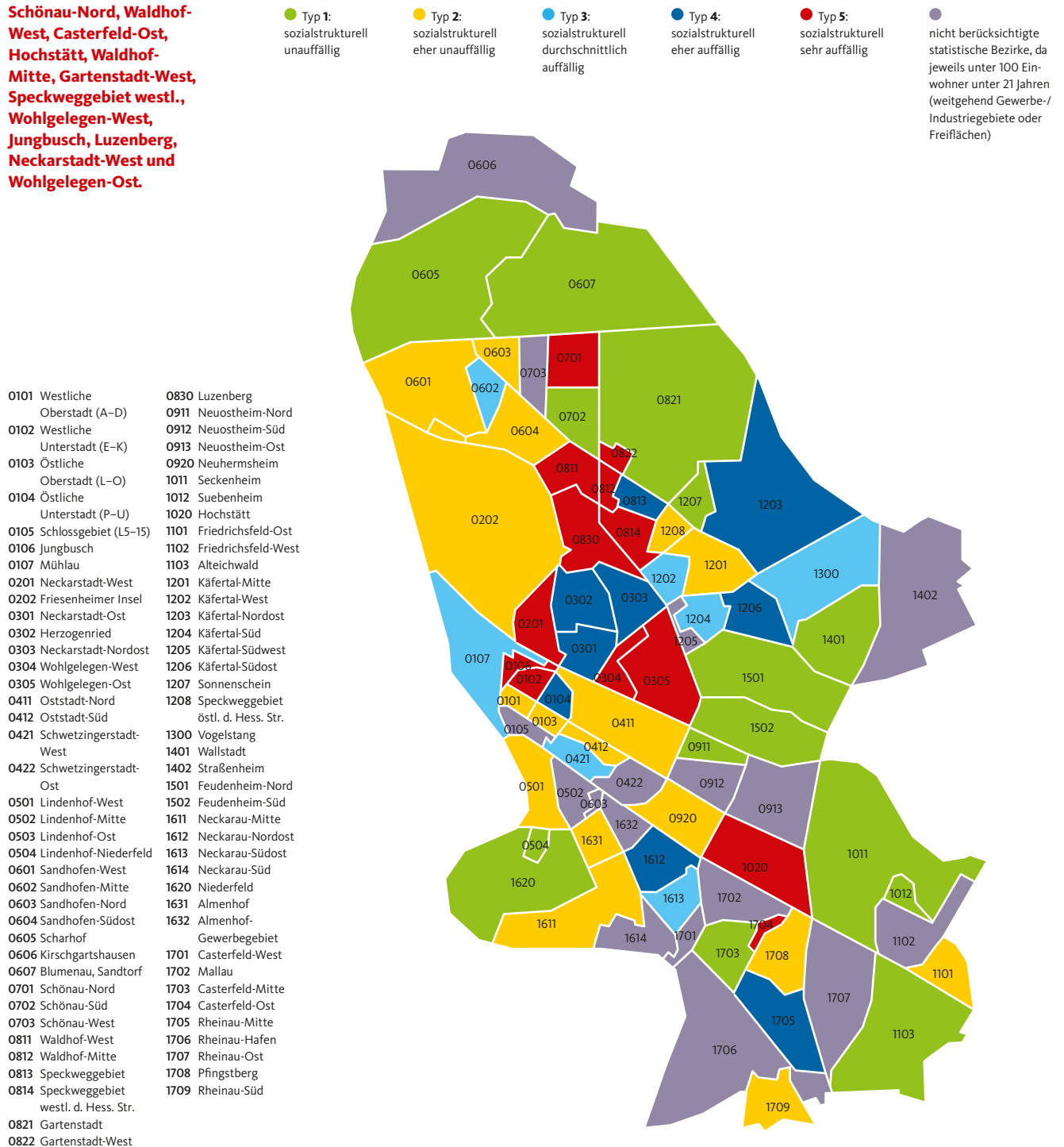
Erzieherische Hilfen leisten mit ihren individuellen und passgenauen Hilfen einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen benachteiligter junger Menschen. Da Kindertageseinrichtungen und Schulen als außerfamiliäre Lebenswelten weiter an Bedeutung gewinnen, sollten erzieherische Hilfen auch verstärkt an diese Lebensorte angebunden werden, um so den Zugang zu den Hilfeangeboten zu erleichtern und Synergien mit anderweitigen Unterstützungsstrukturen zu gewinnen. Um Kindern möglichst gute Entwicklungschancen zu erschließen, bedarf es insbesondere für stark belastete Eltern auch einer Intensivierung der Elternarbeit/Familienbildung. Eine systematische Stärkung migrationssensibler Kompetenzen der Fachkräfte dürfte dazu beitragen, die oft skeptische Haltung von Familien mit Migrationshintergrund gegenüber Unterstützungsangeboten der Jugend-/Erziehungshilfe zu überwinden und die Wirksamkeit von Hilfen zu steigern.

In den kommenden Jahren und Jahrzehnten wird ein deutlicher Rückgang der Zahl junger Menschen erwartet. Zugleich wird ihr Stellenwert als gesellschaftliche Zukunftsträger erheblich wachsen. Umso intensiver ist auch bei Erziehungshilfen – neben der Förderung der Persönlichkeitsentwicklung – in der Hilfeplanung auf einen gelingenden Übergang Schule – Beruf hinzuwirken.

Besonders ausgeprägt sind sozialstrukturelle Auffälligkeiten in den statistischen Bezirken Schönau-Nord, Waldhof-West, Casterfeld-Ost, Hochstätt, Waldhof-Mitte, Gartenstadt-West, Speckweggebiet westl., Wohlgelegen-West, Jungbusch, Luzenberg, Neckarstadt-West und Wohlgelegen-Ost.

Abb. E13

Sozialraumtypologie im Jahr 2010 nach statistischen Bezirken



F





Lernen im Quartier

ÜBERGANG KINDERTAGESSTÄTTE –
GRUNDSCHULE IN EINEM SOZIALRAUM MIT
SEHR HOHER SOZIALER PROBLEMLAGE

F

Lernen im Quartier

Ein Charakteristikum der nationalen Bildungsberichterstattung ist es, dass eine vertiefende Analyse zu einem bestimmten Themenfeld durchgeführt wird. Diese vertiefende Analyse ist immer in Kapitel H des nationalen Bildungsberichts verankert. Auch in Mannheim gibt es ab dem zweiten Bildungsbericht eine vertiefende Analyse zu einem ausgewählten Themenbereich. Da sich dieser Bildungsbericht schwerpunktmäßig mit dem Thema Bildungsgerechtigkeit befasst, wurde für den Auftakt eine thematische Analyse zum Übergang von der Kindertagesstätte zur Grundschule in einem Sozialraum mit einer sehr hohen sozialen Problemlage gewählt (Kapitel F1). Bedingt durch den Förderansatz „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ besteht die Möglichkeit, Kinder im Grundschulbezirk der Humboldt-Grundschule in Neckarstadt-West in ihrem Bildungsprozess zu begleiten (Kapitel F2). Seit dem Schuljahr 2010/11 kann durch die wissenschaftliche Begleitung des Förderansatzes auf Individualdaten der Schüler/-innen zurückgegriffen werden (Kapitel F3). Diese geben detaillierter als bisher Aufschluss zu den Bildungsverläufen von Kindern in einem Stadtteil mit sehr hoher sozialer Problemlage. Aufgrund der ersten Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung werden Handlungsempfehlungen abgeleitet und in Kapitel F4 berichtet.

F1

Bildungsgerechtigkeit am Übergang Kindertagesstätte – Grundschule

Bildungsgerechtigkeit ist dann erreicht, wenn jedes Kind die gleiche Chance hat, sein Potenzial voll zu entfalten (Giesinger, 2007, S. 362–381). Aus den vorangegangenen Kapiteln wurde deutlich, dass gerade Kinder und Jugendliche aus Sozialräumen mit hoher und sehr hoher sozialer Problemlage schlechtere Bildungschancen aufweisen als Kinder und Jugendliche aus Sozialräumen mit keiner und geringer sozialer Problemlage. So gehen Kinder aus den Sozialräumen 4 und 5 später in die Kindertagesstätten (Kapitel B2), weisen einen erhöhten Sprachförderbedarf auf (Kapitel B2) und wechseln am häufigsten nach der Grundschulzeit auf die Haupt-/Werkrealschule (Kapitel C2.1).

Diese soziale Ungleichheit im Hinblick auf die Bildungsprozesse der Kinder und Jugendlichen wird wissenschaftlich mit den primären und sekundären Effekten der sozialen Herkunft erklärt (Boudon, 1974, S. 4–6). Zu den primären Effekten zählen die unterschiedlichen Bildungsleistungen von Kindern, die aus den verschiedenen sozialen und familiären Bedingungen des Aufwachsens resultieren. Studien konnten belegen, dass die Bildungsleistungen von Kindern aus bildungsfernen Familien geringer sind als die von bildungsnahen Familien (Chancenspiegel, 2012). Die sekundären Effekte beziehen sich auf die unterschiedlichen Bildungsentscheidungen, je nach sozialem Status der Familie, bei gleichen Leistungen der Kinder (Boudon, 1974). Dies bedeutet, dass bei gleicher Leistung das Kind aus der bildungsnahen Familie einen höheren Bildungsabschluss anstreben wird als das Kind aus der bildungsfernen Familie.

An den Übergängen im Bildungssystem lässt sich die Bildungsgerechtigkeit ablesen.

Die Übergänge, die ein Kind im Laufe seiner Bildungskarriere durchläuft, sind immer durch die primären und sekundären Herkunftseffekte beeinflusst. An den Übergängen im Bildungssystem lässt sich die Bildungsgerechtigkeit einer Gesellschaft ablesen.

Der Wechsel beispielsweise von der Kindertagesstätte in die Grundschule ist ein Übergang, in welchem sich die primären und die sekundären Herkunftseffekte bemerkbar machen. Zugleich stellt dieser Wechsel für die Kinder und ihre Familien einen Einschnitt dar (Griebel & Niesel, 2004). Der Eintritt in die Grundschule ist für das Kind und die Eltern ein einschneidendes Erlebnis, welches verarbeitet werden muss und bedeutende Auswirkungen auf die Entwicklung des Kindes haben wird (Niesel & Griebel, 2007). Die am Bildungsprozess des Kindes beteiligten Personen, d. h. Eltern, Fachkräfte in Kindergärten, Grundschullehrkräfte und Mitarbeiter/-innen anderer

Ein gelungener Übergang vom Kindergarten in die Grundschule beeinflusst positiv die schulische Laufbahn des Kindes.

unterstützender Dienste, können vor Ort an der Gestaltung der Übergänge mitarbeiten. Es ist das Bestreben der Stadt Mannheim, für jedes Kind „Brücken ohne Brüche“ zu bauen und damit Übergänge positiv zu gestalten. So wird davon ausgegangen, dass ein gelungener Übergang vom Kindergarten in die Grundschule die schulische Laufbahn des Kindes positiv beeinflusst und dem Kind Selbstvertrauen und Optimismus gibt (Griebel & Niesel, 2011).

Mit dem Förderansatz „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ wird versucht, die Übergänge positiv zu gestalten, die primären und sekundären Herkunftseffekte zu verringern und dadurch in einem Stadtteil mit sehr hoher sozialer Problemlage zu mehr Bildungsgerechtigkeit beizutragen.

F2

Der Förderansatz „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ in Neckarstadt-West

„Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ ist eine auf zehn Jahre angelegte Gemeinschaftsaktion der Stadt Mannheim und der Freudenberg Stiftung. Entsprechend dem Leitmotiv „Kein Kind darf verloren gehen“ verfolgt der Förderansatz das Ziel, die Kinder im Schulbezirk der Humboldt-Grundschule im Stadtteil Neckarstadt-West bestmöglich in ihrem Bildungsprozess zu begleiten und zu fördern.

Der Mannheimer Stadtteil Neckarstadt-West gehört dem Sozialraum 5 an. Dies bedeutet, dass die Neckarstadt-West eine sehr hohe soziale Problemlage aufweist. In Neckarstadt-West leben 20.800 Einwohner auf einer Fläche von etwa 1,2 Quadratkilometern. Im Stadtteil sind im Vergleich zu anderen Mannheimer Stadtteilen überdurchschnittlich viele Personen von Arbeitslosigkeit betroffen und leben von Transferleistungen. So liegt der Anteil der Arbeitslosen in der Neckarstadt-West bei 8,3%. 37,92% der unter 15-jährigen Einwohner sind in diesem Stadtteil nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige. Der Anteil der unter 21-jährigen mit Migrationshintergrund an allen unter 21-jährigen Einwohnern liegt in der Neckarstadt-West bei 74,81%. Damit hat die Neckarstadt-West stadtweit den höchsten Anteil an Migranten unter 21 Jahren. Die Herkunftsländer der vier größten Gruppen sind die Türkei (35%), Polen und Italien (jeweils 8%) sowie Bulgarien (6%).

Die soziale Benachteiligung der Bewohner/-innen der Neckarstadt-West wird auch bei der Betrachtung der Schülerschaft der Humboldt-Grundschule deutlich. Die Humboldt-Grundschule hat seit Jahren eine konstant niedrige Übergangsquote auf das Gymnasium (2010/11: 5,6%). Zur Erhöhung der Bildungschancen der Kinder wurde deshalb der Förderansatz „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ installiert. Zum Förderansatz „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ gehören alle im Grundschulbezirk der Humboldt-Grundschule liegenden formellen und informellen Bildungseinrichtungen (siehe Abb. F1).

Abb. F1 Bildungseinrichtungen in „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“



Eine Pädagogische Werkstatt nimmt bei „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ eine koordinierende, impulsgebende und unterstützende Rolle für die Einrichtungen ein. In erster Linie trägt sie zur systematischen Vernetzung der Bildungseinrichtungen und Verbesserung der Kooperationskultur im Schulbezirk der Humboldt-Grundschule bei. Darüber hinaus entwickelt sie gemeinsam mit den Bildungseinrichtungen vor Ort bedarfsgerechte Fördermaßnahmen. Die Stadt Mannheim, die Freudenberg Stiftung und das Staatliche Schulamt nehmen die strategische Ausrichtung vor. Eine Lenkungsgruppe, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Mannheim, der Freudenberg Stiftung, des Staatlichen Schulamtes, der Schulleitung der Humboldt-Grundschule und der Humboldt-Werkrealschule, der Kindertageseinrichtungen sowie des Jugendamtes begleiten die Arbeit der Pädagogischen Werkstatt. Diese Lenkungsgruppe bestimmt die inhaltliche Ausrichtung und unterstützt die Arbeit der Pädagogischen Werkstatt und der Schule fachlich. Die „AHA! Bildungsoffensive Mannheim“ bringt im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ Mittel des Bundes und des Europäischen Sozialfonds in den Förderansatz ein.

Der Förderansatz hat sich zur Aufgabe gemacht, unter Steuerung der Schule Einzelförderung und Strukturentwicklung optimal miteinander zu verknüpfen. Zum einen soll besonders bildungsbenachteiligten Kindern eine individuelle Förderung zugutekommen, um herkunftsbedingte Bildungsunterschiede zu reduzieren. Zum anderen sollen Strukturen geschaffen werden, um die Anschlussfähigkeit der einzelnen Maßnahmen und der Institutionen zu sichern. Dies zeigt sich in einer breiten Palette vielfältiger Aktivitäten, die der Schule sowohl im Elementar- als auch im Primarbereich angeboten werden. In den kommenden Jahren sollen ebenfalls unterstützende Maßnahmen im Sekundarbereich hinzukommen.

Ziel von „Ein Quadrat-kilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ ist die Entwicklung einer institutionsübergreifenden Förderkultur, bei der Einzelförderung und Strukturentwicklung optimal miteinander verknüpft werden.

Ziel von „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ ist die Entwicklung einer institutionsübergreifenden Förderkultur, bei der Strukturentwicklung und Einzelförderung optimal im Rahmen der bestehenden Handlungsmöglichkeiten miteinander verknüpft werden, um die Kinder entsprechend ihren individuellen Bildungsvoraussetzungen und -bedürfnissen fördern zu können. Der Förderansatz setzt dabei an den Potenzialen der Kinder an, reagiert auf vom Scheitern bedrohte Bildungsbiografien von Kindern und trägt systematisch zum Nachteilsausgleich bei.

Gemeinsam mit allen am Bildungsprozess der Kinder beteiligten Akteuren, d. h. sowohl Eltern, Lehrer/-innen, Erzieher/-innen der Kindertageseinrichtungen als auch weitere Bildungsinstitutionen im Mannheimer Stadtteil Neckarstadt-West, werden Vorstellungen und Bedarfe über Ziele, Kooperationen und Praxismodelle zur Unterstützung der Kinder erarbeitet. Gewonnene Erkenntnisse zu fördernden Entwicklungsbedingungen sollen in den Regelbetrieb der Kindertagesstätten und Schulen integriert und mittelfristig auf andere Schulbezirke übertragen werden.

Zu den wesentlichen Handlungsfeldern zählen die gezielte Kooperation und Vernetzung der am Bildungsprozess der Kinder beteiligten Personen und Institutionen, die Übergangsgestaltung von der Kindertagesstätte zur Grundschule und eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern.

In der Kindertagesstätte werden Kinder durch das Programm „Individuelle Sprachbegleitung“, über Bewegungs- und Ernährungsprojekte und musisch-ästhetische Angebote gefördert. Die „Individuelle Sprachbegleitung“ soll dazu beitragen, Entwicklungsverzögerungen beim Erwerb der deutschen Sprache bei Kindern aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte auszugleichen. Im Handlungsfeld Übergang Kindertagesstätte – Grundschule organisiert die Pädagogische Werkstatt regelmäßig Kooperationstreffen zwischen den vorschulischen Bildungseinrichtungen und der Grundschule. Ein wichtiges Ergebnis dieser Kooperation ist die Einführung des „Einstern Clubs“, der den Vorschulkindern in „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ den Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule erleichtern soll. Die zukünftigen Schulkinder der Humboldt-Grundschule werden in ihrem letzten Kindergartenjahr alle zwei Wochen für circa eine Stunde gemeinschaftlich von den jeweiligen Kooperationserziehern und Kooperationslehrern auf die Schule vorbereitet. Die mit dem „Einstern Club“ verbundene Förderung der mathematischen Vorläuferfähigkeiten wird von den Kooperationspartnern aktuell durch eine verstärkte Fokussierung auf die sprachliche Förderung erweitert.

In der Grundschule konnte das Nachmittagsangebot durch eine Sport-, Flöten- und Kreativ-AG deutlich ausgebaut werden. Weitere wichtige Bausteine zur individuellen Förderung in der Grundschule sind die Lesepatenschaften in allen 1. bis 3. Klassen und die Klassenpatenschaften in den 1. und 2. Klassen.

F3

Die Evaluation erfolgt im quer- und längsschnittlichen Design.

Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung

Die Stadt Mannheim hat die Evaluation von „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ beim Lehrstuhl für Pädagogische Psychologie der Universität Mannheim in Auftrag gegeben. Sie startete Anfang 2011. Die Evaluation ist sowohl formativ-begleitend als auch summativ-bewertend. Die formativ-begleitende Evaluation dient dazu, durch die kontinuierliche Rückmeldung von im Rahmen der Evaluation erhobenen Daten an die Akteure die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern zu optimieren und pädagogische Maßnahmen zu initiieren und zu systematisieren. Ferner wird durch den Einbezug der Einschulungsuntersuchungsdaten dem biografiebegleitenden Ansatz von „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ Rechnung getragen. Somit liegt nicht nur der Fokus auf dem Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule, sondern auch auf dem Übergang vom Kindergarten in die Grundschule.

Die summativ-bewertende Evaluation dient dazu, den Erfolg einzelner Fördermaßnahmen und den des gesamten Förderansatzes anhand definierter Kriterien im Evaluationskonzept zu beurteilen.

Formativ-begleitende Evaluation

Entsprechend der Zielsetzung von „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“, Kinder in ihrem individuellen Bildungsprozess und ihrer gesamten Entwicklung zu begleiten und zu fördern, werden längsschnittlich Daten zu den individuellen kognitiven (hierzu zählt auch die Erfassung von Leistungsständen in zentralen Schulfächern), sozialen, emotionalen und motivationalen Merkmalen der Kinder multiperspektivisch erhoben (Abb. F2).

Abb. F2 **Übersicht der verwendeten Erhebungsverfahren und erfassten Inhaltsbereiche**

Erhebungsverfahren	Erfasster Inhaltsbereich	In Klassenstufe	Häufigkeit
1. Würzburger Leseprobe (Schneider et al., 2011)	Leseleistung	1	Einmalig
2. CFT 1 (Cattell et al., 1997)	Kognitive Leistungsfähigkeit	1	Einmalig
3. Lehrereinschätzliste (Petermann & Petermann, 2006)	Sozial- und Lernverhalten aus Lehrersicht	1–4	Jährlich
4. FEES 1-2 (Rauer & Schuck, 2004)	Emotionale und soziale Schulerfahrungen aus Schülersicht	2–4	Jährlich
5. DEMAT 2+ (Krajewski et al., 2004)	Rechenkompetenz	2 und 4	Zwei Mal
6. ELFE (Lenhard & Schneider, 2006)	Lesekompetenz	2 und 4	Zwei Mal
7. Zusätzlich:	Leistungsstände, besondere Leistungen, Klassenwiederholungen, Fehltage, VERA in Klassenstufe 3	1–4	Jährlich

Bei den Erhebungsverfahren 1–6 aus Abb. F2 handelt es sich um normierte Verfahren. Diese Verfahren sind unter vergleichbaren Bedingungen an einer großen Gruppe von Schülerinnen und Schülern bereits durchgeführt worden und die Ergebnisse dieser Testungen sind in Form von Normtabellen festgehalten. Auf diese Weise können die Testergebnisse der im Rahmen von „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ untersuchten Schüler/-innen mit den Ergebnissen in der Normstichprobe^{M-F1} verglichen werden. Das Abschneiden einer Schülerin/eines Schülers aus „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ kann verglichen mit einer repräsentativen Normstichprobe als überdurchschnittlich, durchschnittlich oder unterdurchschnittlich eingeschätzt werden. Dabei nutzt die wissenschaftliche Begleitung sogenannte Prozentrangnormen. Der Einsatz der normierten Verfahren ist für die Arbeit im Förderansatz „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ von großem Wert, denn auf diese Weise können individuelle

Die kognitive Leistungsfähigkeit der getesteten Schülerinnen und Schüler ist im Mittel durchschnittlich.

Annahmen beispielsweise über die Leistung einer Schülerin bzw. eines Schülers auf eine empirische Basis gestellt werden. Die Rückmeldung der Ergebnisse dient dazu, Entscheidungen für bestimmte Fördermaßnahmen zu initiieren, zu bestätigen oder zu überdenken.

In den Jahren 2011 und 2012 lag der Schwerpunkt der Erhebungen auf kognitiven und sozialen Merkmalen sowie auf der Ausprägung der Lesekompetenz der Schüler/-innen. Die Verteilung der kognitiven Leistungsfähigkeit (CFT 1) aller Schüler/-innen der Klassenstufe 1 im Schuljahr 2010/11 entsprechen annähernd einer Normalverteilung^{M-F2}. Dieses Ergebnis weist darauf hin, dass die Akteure von „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ es mit einer im Mittel durchschnittlich leistungsfähigen Schülerschaft zu tun haben.

Auch wenn diese Verteilung nicht bedeutet, dass in jedem Einzelfall die kognitive Leistungsfähigkeit im Normalbereich liegt, so kann die Rückmeldung dieses Befundes an die Akteure dazu dienen, empirisch basiert die Leistungsfähigkeit der Schüler/-innen im Schuljahr 2010/11 in der Projektschule von „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ einzuschätzen.

Die Lesekompetenz der getesteten Schülerinnen und Schüler ist im Mittel unterdurchschnittlich.

Die Verteilung der Lesekompetenz (WLLP-R) aller Schüler/-innen der Klassenstufe 1 im Schuljahr 2010/11 weicht deutlich von einer normalen Verteilung ab und weist darauf hin, dass im Mittel die Lesekompetenz der Schüler/-innen unterdurchschnittlich ist.

Auch hier gilt dies wiederum nicht für alle Schüler/-innen – trotz der im Mittel unterdurchschnittlichen Leistung gibt es auch einen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit guter Leseleistung. Es gilt zu beachten, dass aufgrund der Laufzeit der Evaluation erst die Ergebnisse einer Klassenstufe (Schuljahr 2010/11) der Evaluation vorliegen und daher noch keine allgemeinen Schlussfolgerungen über die gesamte Schülerschaft der Projektschule gezogen werden können.

Die Ergebnisse der Erhebungen werden mit dem Einverständnis der Eltern zur Optimierung der individuellen Förderung und Auswahl von Fördermaßnahmen für die Schüler/-innen an die Akteure, wie Pädagogische Werkstatt und Humboldt-Grundschule, zeitnah und damit mehrmals jährlich zurückgemeldet. Zur Rückmeldung der Ergebnisse bereitet die wissenschaftliche Begleitung zum einen eine Übersicht vor, aus der ersichtlich ist, in welchen Fällen ein Testergebnis außergewöhnlich ist (etwa Testergebnisse mit einem Prozentrang kleiner 2). Zum anderen werden die Testergebnisse aller getesteten Inhaltsbereiche gemeinsam für jede/-n Schüler/-in dargestellt, sodass die Akteure beispielsweise erkennen können, inwieweit eine unterdurchschnittliche Leseleistung (z. B. Prozentrang 2) trotz durchschnittlicher kognitiver Leistungsfähigkeit (Prozentrang 50) vorliegt. Die Rückmeldung der Ergebnisse der normierten Testverfahren in der Zusammenschau soll dazu dienen, ggf. auffällige, isolierte Bereiche zu erkennen, in denen ungewöhnliche Leistungsauffälligkeiten (und damit Förderbedarfe) vorliegen. Fallen beispielsweise aus der Zusammenschau der Testergebnisse extrem unterdurchschnittliche Ergebnisse in einem Leistungsbereich wie z. B. im Lesen auf, so sind entsprechende Maßnahmen der Sprach- und Leseförderung angezeigt. Fällt jedoch ein durchgängig schlechter Leistungsstand bei eher niedriger kognitiver Leistungsfähigkeit auf, so sind eher allgemein kognitiv ausgerichtete Maßnahmen angezeigt.

In diesem Zusammenhang stellt die wissenschaftliche Begleitung in Kooperation mit den Akteuren vor Ort jährlich eine Übersicht der Fördermaßnahmen zusammen und erfasst auf der Grundlage von Angaben der Lehrkräfte die Beteiligung der Schüler/-innen an den Maßnahmen. Diese Übersicht wird zusammen mit den Testergebnissen zurückgemeldet, sodass die Akteure direkt vor Augen haben, wie Testergebnisse bei einzelnen Schülern ausfallen und ob und ggf. welche Förderungen in diesen Fällen bereits initiiert wurden. Diese Zusammenschau aus Testergebnissen und bereits initiierten Fördermaßnahmen ist ein zentrales Instrument im Rahmen der formativ-begleitenden Evaluation. Die Übersicht soll dazu dienen, Fördermaßnahmen zu

initiiieren, wo diese aufgrund von Testergebnissen angezeigt sind, aber bislang noch nicht durchgeführt werden, sowie die Maßnahmen zu bestätigen und zu überprüfen. Insbesondere soll die Übersicht auch dazu dienen, die Orchestrierung von Fördermaßnahmen zu überprüfen.

Auf der Grundlage der Ergebnisse wird gegenwärtig zusammen mit den Lehrkräften und der Schulleitung der Humboldt-Grundschule sowie der Pädagogischen Werkstatt und der wissenschaftlichen Begleitung eine Anpassung der operativen Projektstruktur entwickelt. Ziel ist es dabei, Maßnahmen zu wählen und Angebote bereitzustellen, die dem individuellen Förderbedarf möglichst gut entsprechen. Sofern mehrere Fördermaßnahmen mit dem gleichen Förderziel vorliegen, ist vor allem auf eine gute wechselseitige Abstimmung der Förderinhalte zu achten (Kapitel F4).

Einbezug der Daten der Schuleingangsuntersuchung

Die Übergänge der Kinder im Bildungssystem sind kritische und sensible Phasen. Gerade in dieser Zeit kommt es häufiger zu Problemen und ungünstigen Entwicklungen in Bildungsbiografien von Kindern. Um den Verlauf von Bildungsbiografien zu verfolgen und somit Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie die Übergänge von Kindergarten zu Grundschule und von Grundschule zu weiterführender Schule erfolgreicher für die Kinder gestaltet werden können, werden die durch die wissenschaftliche Begleitung erhobenen Daten (Abb. F2) um die Ergebnisse der in der Regel bereits vorliegenden Einschulungsuntersuchung, der Einschätzung der Erzieher/-innen vor der Einschulung und den Herkunftskindergärten ergänzt. Somit soll die Auswertung und Steuerung der Entwicklung von Bildungsbiografien der Schüler/-innen für alle Akteure erleichtert werden. Dazu wurde beispielsweise ein Arbeitskreis installiert, in dem Vertreter/-innen des Fachbereichs Gesundheit, der für die Einschulungsuntersuchungen verantwortlich ist, mit Vertreterinnen und Vertretern der Schule, der Pädagogischen Werkstatt und der wissenschaftlichen Begleitung zusammenarbeiten. Erste Ergebnisse dieses Arbeitskreises bestätigen die Bedeutung der formativ-begleitenden Evaluation zum einen und des individuellen biografiebegleitenden Vorgehens andererseits.

Die Schüler/-innen der Humboldt-Grundschule zeichnen sich durch große Heterogenität in den erfassten Merkmalen als auch hinsichtlich ihrer familiären und sozialen Herkunft aus. Durch strukturelle und organisatorische Veränderungen wie z. B. den Arbeitskreis werden Charakteristiken des Sozialraums Neckarstadt-West zum einen allen beteiligten Akteuren transparent und die Schüler/-innen können in ihrer gesamten Entwicklung und den zur Verfügung stehenden Ressourcen hierfür betrachtet werden. Zum Beispiel gibt es eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern, die keinen Kindergarten besucht haben. Eine zukünftige Herausforderung ist, diese Information über Auswirkungen der beschriebenen Heterogenität gerade auch für die Konzeption und Auswahl von Fördermaßnahmen zum richtigen Zeitpunkt für die (auch zukünftigen) Schüler/-innen zu nutzen (Kapitel F4).

Neben der dargestellten Rückmeldung von Ergebnissen an die Akteure erfolgt durch die wissenschaftliche Begleitung halbjährlich in der Lenkungsgruppe eine Präsentation der Untersuchungsergebnisse, um nachfolgend eine Diskussionsgrundlage für eine konkrete Ausrichtung und Ausgestaltung von „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ zu bieten.

Im Bereich der **summativen Evaluation** soll von der wissenschaftlichen Begleitung der Erfolg des Förderansatzes „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ bewertet werden. Zu diesem Zweck wird festgestellt, inwieweit sich Zielgrößen wie Klassenwiederholungsraten, Fehlzeiten und die Übergangsempfehlungen, z. B. für das Gymnasium, verglichen mit den Daten vorheriger Jahrgänge, verändern. Zusätzlich soll festgestellt werden, inwieweit sich der Erfolg spezifischer Fördermaßnahmen (etwa der Maßnahmen zur sprachlichen Förderung) bei den geförderten Schülerinnen und Schülern in einer günstigeren Entwicklung sprachlicher Kompetenzen im Vergleich zu den nicht geförderten Schülerinnen und Schülern niederschlägt.

Die Testungen der Schüler/-innen beginnen mit dem Eintritt in die 1. Klassenstufe und enden vorerst mit dem erfolgreichen Abschluss der 4. Klassenstufe und dem Übergang in eine weiterführende Schule.

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung werden Ende 2012 und Ende 2014 in Form eines Berichtes an die Stadt Mannheim dokumentiert.

F4

Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Bildungsgerechtigkeit ist dann erreicht, wenn jedes Kind die gleiche Chance hat, sein Potenzial voll zu entfalten. Die Erfahrungen und Beobachtungen vor Ort in Neckarstadt-West lassen den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg vermuten. Die Übergangsquote der Grundschüler/-innen aus Neckarstadt-West auf ein Gymnasium gehört seit Jahren zu den niedrigsten bzw. die Übergangsquote in die Hauptschule zu den höchsten in Mannheim.

Die ersten Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung zeigen diesbezüglich:

1. dass die kognitive Leistungsfähigkeit der Erstklässler/-innen im Schuljahr 2010/11 annähernd normal verteilt ist. Dies lässt den Schluss zu, dass die bisherigen geringen Übergangsquoten auf das Gymnasium bzw. hohen Übergangsquoten in die Hauptschule also nicht ausschließlich auf die kognitive Leistungsfähigkeit der Kinder zurückzuführen sind.
2. dass es hinsichtlich der Lesekompetenz deutliche Unterschiede zur Normstichprobe gibt. Die untersuchten Erstklässler/-innen der Humboldt-Grundschule schneiden schlechter ab als die Schüler/-innen der Normstichprobe (siehe hierzu ausführlich den Bericht der wissenschaftlichen Begleitung, 2012).
3. dass es große Unterschiede zwischen den einzelnen Kindern gibt. Dieses Ergebnis wird auch durch die Einschätzung der Klassenlehrer/-innen bestätigt.

Diese Ergebnisse unterstreichen zum einen deutlich die Bedeutung der frühkindlichen individuellen Förderung der Kinder. In der Schule muss zum anderen eine Fortsetzung der Förderung durch Konzepte der Binnendifferenzierung und individualisierte Lernkonzepte erfolgen, die durch gezielte außerschulische Förderangebote für die Kinder sowie Unterstützungsangebote für Eltern ergänzt wird.

Die vorliegenden Individualdaten geben auch Hinweise auf individuelle Förderbedarfe bei den Kindern (Lesekompetenzen, Sprachkompetenz, soziale Kompetenzen, Konzentrationsfähigkeit, kognitive Fähigkeiten etc.) und helfen, gezielte Maßnahmen zu initiieren und zu systematisieren. Das Auseinanderdriften von beispielsweise guter oder durchschnittlicher kognitiver Leistung und geringer Lesekompetenz gibt eindeutig Hinweise darauf, wo die Förderung primär ansetzen sollte und welche Erfolgsaussichten mit den einzelnen Förderangeboten erwartet werden können. Durch die gemeinsame Betrachtung von besuchten Fördermaßnahmen und Kompetenzmessung (z. B. Lesekompetenz) lassen sich wichtige Hinweise auf einzelne Maßnahmen sowie eine sinnvolle Orchestrierung der verschiedenen Maßnahmen ableiten. Um den Verlauf von Bildungsbiografien verfolgen und die Bildungsübergänge erfolgreicher zu gestalten können, werden die durch die wissenschaftliche Begleitung erhobenen Daten durch die Ergebnisse der Einschulungsuntersuchung und der Kompetenzeinschätzung der Erzieher/-innen ergänzt (Kapitel F3). Außerdem wird erhoben, welches Kind sowohl im Elementar- als auch im Primarbereich an welcher von „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ initiierten Maßnahme teilgenommen hat.

Damit kann die wissenschaftliche Begleitung im weiteren Verlauf Hinweise darauf geben, welche Maßnahmen mit positiven Entwicklungen beim Bildungserfolg der Kinder einhergehen und als gute Praxisansätze beispielsweise auch in den stadtweiten Transfer gehen können.

Aus den bisherigen Erfahrungen und Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung ergeben sich vier konkrete Handlungsempfehlungen:

1. Gezielte Weiterentwicklung individueller passgenauer Fördermaßnahmen

Für die Schule bedeutet dies die Weiterentwicklung der Binnendifferenzierung und Nutzung von Methoden und Konzepten individualisierter Lernformen. Flankierend und ergänzend dazu müssen die bestehenden Förderangebote (Sprachförderung, Lesepatenschaften, Bewegungs- und Kreativangebote etc.) konsequent genutzt, synergetisch vernetzt und durch weitere notwendige Angebote unter Steuerung der Schule ergänzt werden. Dazu gehören beispielsweise therapeutische Angebote und Schulsozialarbeit. Ab dem Schuljahr 2012/13 wird die Grundschule mit einer halben Stelle Sozialarbeit unterstützt. Im Elementarbereich gehört dazu die langfristige Absicherung und Ausweitung der „Individuellen Sprachbegleitung“ und die Verstetigung des „Einstern Clubs“, um möglichst gleiche Schulstartchancen für alle Kinder zu erreichen.

2. Optimierung der Vernetzung bestehender Angebote

Es zeigt sich, dass es zu einzelnen Themenfeldern, wie z. B. Sprachförderung, vielfältige Angebote vor Ort gibt: verschiedene Sprachförderangebote in Kindertagesstätten, „Individuelle Sprachbegleitung“, Sprachförderprojekt (ehemals Vetter-Stiftung) in der Grundschule, Sprachförderung im Unterricht. Die von der Pädagogischen Werkstatt begonnene systematische Vernetzung der Bildungseinrichtungen und die gezielte Abstimmung der einzelnen Förderangebote sind zu forcieren.

3. Unterstützung der Eltern

Bei ca. 60% aller bei der Einschulungsuntersuchung in den Jahren 2010/11 untersuchten Kinder in den Kindertagesstätten von „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ wurden Förderempfehlungen – Sprachförderung nicht eingeschlossen – ausgesprochen. Die Förderempfehlungen des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes des Fachbereiches Gesundheit der Stadt Mannheim werden aber nur unzureichend umgesetzt, sodass das mit der Vorverlegung der Einschulungsuntersuchung verbundene Ziel, Kinder mit einer Entwicklungsverzögerung oder einem besonderen Förderbedarf frühzeitig gezielt fördern zu können, häufig nicht erreicht wird.

Um den Kindern mit Förderbedarf die erforderliche Hilfe zukommen zu lassen, ist es dringend erforderlich, Eltern bei der Förderung ihrer Kinder zu unterstützen. Für die notwendige Unterstützung der Eltern spricht auch die Tatsache, dass die Zahl der Kinder mit Förderbedarf im Elementarbereich in „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“ zunimmt und das Ausgangsniveau bei Schulbeginn entsprechend sinkt.

4. Intensivere Vor-Ort-Kooperation mit der Frühförderstelle

Die Erfahrungen der pädagogischen Fachkräfte vor Ort und des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes zeigen, dass nicht alle Eltern der Empfehlung, mit ihrem Kind die Frühförderstelle aufzusuchen, nachkommen. Die am häufigsten genannte Begründung ist die entfernte Lage der Frühförderstelle in der Innenstadt. Durch eine Intensivierung einer Vor-Ort-Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Frühförderstelle könnte dem begegnet werden, zumal es in Neckarstadt-West keinen niedergelassenen Kinderarzt mehr gibt, der bei Bedarf eine dem Kind angemessene Therapie einleiten könnte.

Neben diesen konkreten Maßnahmen zur individuellen Förderung und besseren Nutzung der Potenziale der einzelnen Kinder ist es hilfreich, die Bildungsförderung in einen größeren Rahmen und Kontext zu stellen. Um den Bildungserfolg der Kinder zu erhöhen, bedarf es einer besonderen Betrachtung und Verbesserungen der Lebenslagen der Kinder und ihrer Eltern. Der materielle Versorgungsspielraum einschließlich der Wohnverhältnisse, der Interaktions-spielraum mit Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten und der Lern- und Erfahrungsspielraum im Wohnumfeld sind stark eingeschränkt und verschlechtern die für den Bildungserfolg notwendigen Voraussetzungen. Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik, Jugendförderung und Stadtteilentwicklung müssen mit dem Ziel der Weiterentwicklung von integrierter Planung und lösungsorientierter Zusammenarbeit noch stärker gemeinsam gedacht und miteinander verbunden werden.

Methodische Erläuterungen

- M–A1** Die wohnberechtigte Bevölkerung umfasst sowohl die Einwohner/-innen mit Hauptwohnung als auch die Einwohner/-innen mit Nebenwohnung; davon hatten 301.737 Einwohner/-innen im Jahr 2010 ihren Hauptwohnsitz in Mannheim (Datenquelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim, z. T. eigene Berechnungen).
- M–A2** Krippenbetreuung: 0- bis unter 3-Jährige / Kindertagesstätten: 3- bis unter 6-Jährige / Grundschule: 6- bis unter 10-Jährige / weiterführende Schule: 10- bis unter 16-Jährige / Berufsschule, gymnasiale Oberstufe: 16- bis unter 21-Jährige. Hilfen zur Erziehung einschließlich Hilfen für junge Volljährige (0- bis i. d. R. max. 21-Jährige), Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit (i. d. R. bis max. 26-Jährige).
- M–A3** Beide Stadtteile verzeichnen überdurchschnittlich viele Einwohner/-innen mit Nebenwohnung in Mannheim.
- M–A4** Dafür gibt es zu viele Unwägbarkeiten, so sind z. B. die möglichen Anlässe für Bevölkerungsbewegungen nicht immer vorhersehbar.
- M–A5** Die Berechnungen erfolgten als Trendfortschreibung der Bevölkerungsentwicklung, wobei grundsätzlich davon ausgegangen wird, dass sich die Bevölkerungsbewegungen (Geburten und Sterbefälle, Zu- und Fortzüge sowie Umzüge) innerhalb des Stadtgebiets aus der Vergangenheit in gleicher Weise zukünftig fortsetzen werden (Datenquelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Mannheim).
- M–A6** Es handelt sich hierbei um eine Trendprognose. Aller Voraussicht nach wird die tatsächliche Entwicklung nicht (so) linear verlaufen, wie dies für die Trendprognose errechnet wurde.
- M–A7** Entsprechend der Definition der Bundesagentur für Arbeit (Grundlage für Statistik auf der Basis von Prozessdaten vom Nov. 2004) sind diese Gruppen nicht als „arbeitslos“ definiert, obgleich sie eine Teilmenge der „erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ (ebenfalls SGB II) darstellen.
- M–A8** Die Zahl der Alleinerziehenden-Haushalte in Mannheim insgesamt wurde erstmals 2009 von der Statistikstelle der Stadt Mannheim erhoben.
- M–A9** D. h. sowohl Einwohner/-innen mit Erst- als auch nur mit einer Zweitwohnung in Mannheim.
- M–A10** Die Schülerleistungsvergleichsstudie der OECD – PISA – verdeutlichte, dass im internationalen Vergleich der Zusammenhang von Kompetenzerwerb und sozialer Lage außergewöhnlich hoch ist. Siehe:
<http://www.dbsh.de/kurz-pisa-ergebnisse-041201.pdf>,
http://www.bmbf.de/pub/nonformale_und_informelle_bildung_kindes_u_jugendalter.pdf

M–A11

Auf der Ebene der 24 Stadtteile liegen keine Daten zur Zahl der unter 15-jährigen in SGB II-Bezug vor, sondern lediglich zur Gesamtzahl aller nicht Erwerbsfähigen in SGB II-Bezug. Da hier die stadtteilspezifische Perspektive jedoch unerlässlich ist, wurde je Stadtteil die Zahl aller nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in SGB II-Bezug in Relation zur Zahl der unter 15-jährigen Einwohner/-innen mit Hauptwohntort in Mannheim in Beziehung gesetzt. Da es sich bei den nicht Erwerbsfähigen i. d. R. jedoch zu über 95% um 0- bis unter 15-jährige Kinder handelt, sind die Abweichungen zwischen Abb. A13 und Abb. A14 aber nur geringfügig.

M–A12

Befunde von Untersuchungen der Familienforschung Baden-Württemberg zeigen, dass in Baden-Württemberg Alleinerziehende, Familien mit Migrationshintergrund und kinderreiche Familien besonders stark von Armut betroffen sind (FaFo Baden-Württemberg, 2008 und 2012).

Im Jahr 2009 hatten in Deutschland knapp 30% aller Alleinerziehenden ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1.100 Euro, hingegen verfügten nur 8% der Paarfamilien über weniger als 1.500 Euro (Statistisches Bundesamt, 2010, S. 27f.).

M–A13

Das Transformationsverfahren ermöglicht eine Standardisierung und somit eine Vergleichbarkeit der Daten, wie sie in Tab. A12bweb ausgewiesen werden. Zunächst wird je Merkmal der Durchschnittswert für die Gesamtstadt Mannheim auf den Wert 100 festgesetzt. Sodann wird je Stadtteil für jedes Merkmal die prozentuale Abweichung gegenüber dem mittleren Wert Mannheims – d. h. dem Wert 100 – errechnet. (Z. B. würde ein so errechneter „Alleinerziehenden-Wert“ von 120 bedeuten, dass im betreffenden Stadtteil die Zahl der Alleinerziehenden-Haushalte um 20% über dem gesamtstädtischen Durchschnitt liegt.)

Anschließend wird aus den einzelnen Index-Werten für jeden Stadtteil ein sozialstruktureller Gesamt-Index gebildet: Dazu werden die Index-Werte der 5 Merkmalskategorien addiert und durch die Zahl der Merkmalskategorien (d. h. durch die Zahl 5) geteilt. Der so errechnete Wert bildet den sozialstrukturellen Gesamt-Index des jeweiligen Stadtteils. Auch hierbei entspricht der Wert 100 dem mittleren Wert der Gesamtstadt.

Ein sozialstruktureller Gesamt-Indexwert unter 70 entspricht Sozialraumtyp 1, zwischen 70 und unter 90 Sozialraumtyp 2, zwischen 90 und unter 110 Sozialraumtyp 3, 110 bis unter 130 Sozialraumtyp 4, ab 130 Sozialraumtyp 5. Ein Gesamt-Indexwert von 120 würde z. B. anzeigen, dass ein Stadtteil in seiner „Gesamtbelastung“ 20% über dem mittleren Wert Mannheims liegt.

M–B1

Es handelt sich bei der Versorgungsquote (35%) um eine rechnerische Zielgröße, die sich auf die Gesamtheit der unter 3-jährigen Kinder bezieht. Dem zugrunde liegt die Annahme, dass bei Erreichung der Quote ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot nach § 24 KJHG besteht. In den 35% ist daher jeweils die vermutete Nachfrage von 1- bis unter 3-jährigen Kindern sowie von unter 1-jährigen Kindern in besonderen sozialen Bedarfslagen abgebildet.

- M-B2** Die nachfolgend dargestellten Ausführungen fußen in erster Linie auf Daten des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) und darauf aufbauenden eigenen Berechnungen. Der KVJS stellt die Daten der jährlich verpflichtenden Kindergartenstatistik für ganz Baden-Württemberg bereit; diese ergeben sich anhand belegter Plätze. Der Stichtag der KVJS-Statistik ist der 01.03. des jeweiligen Jahres.
- M-B3** Im 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010 lag die Anzahl der Gruppen bei 593 – damals wurden auch die Hortgruppen eingerechnet. In diesem Bildungsbericht sind alle Einrichtungen, die mit Schulkindbetreuung befasst sind, in Kapitel C1.2 aufgeführt. Ohne Hortgruppen des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt sowie des Fachbereichs Bildung.
- M-B4** Die Kita-Planungsgebiete werden ausgehend von der kleinräumigen Gliederung (78 statistische Bezirke) lebensweltbezogen gebildet und weichen in der Zusammensetzung von den 24 Stadtteilen ab.
- M-B5** Erfahrungsgemäß kommt es zwischen einzelnen Planungsgebieten auch im Kindergartenbereich zu Wanderungen; d. h., Familien belegen Betreuungsplätze in benachbarten Planungsgebieten. In diesen Fällen kann die Zahl der im Planungsraum betreuten Kinder die der dort wohnhaften übersteigen (bspw. Vogelstang, Lindenhof).
- M-B6** Zur orientierenden Beurteilung der sprachlichen Kompetenz der Kinder wird bei der Basisuntersuchung der ESU die sog. HASE-Diagnostik durchgeführt. Hierbei sprechen die Kinder Sätze, Ziffernfolgen und Kunstwörter nach. Wird ein altersabhängiger Grenzwert unterschritten, schließt sich zu einem separaten Termin eine vertiefende Sprachstandsdiagnostik an. Die Grenzwerte der HASE-Diagnostik sind so angelegt, dass möglichst kein Kind, bei dem eine sprachliche Auffälligkeit bestehen könnte, übersehen wird („falsch negativ“). Aufgrund der Grenzwertdefinition können die Zahlen zu den auffälligen HASE-Tests bei der ESU nicht mit den Angaben im 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010 auf der Basis der HASE-Werte verglichen werden.
- M-B7** Kinder, die einen altersabhängigen Grenzwert in der HASE-Diagnostik unterschreiten, nehmen an einer vertiefenden Sprachstandsdiagnostik teil. Hier wird der Sprachentwicklungstest für Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahren (SETK 3-5, kurz SETK) durchgeführt.
- M-B8** Die Betreuungsquote berechnet sich, indem die Anzahl der betreuten Kinder unter 3 Jahren dividiert wird durch die Anzahl der Kinder unter 3 Jahren. Damit unterscheidet sich die Betreuungsquote von der Versorgungsquote. Die Versorgungsquote errechnet sich, indem die Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze für Kinder im Alter unter 3 Jahren dividiert wird durch die Anzahl der Kinder unter 3 Jahren.
- M-B9** Dieser speist sich aus der mittel- und langfristigen demografischen Entwicklung, den – von Familien mittels Vormerkung und Anmeldung artikulierten – subjektiven Betreuungsbedürfnissen, dem aktuellen Platzbestand (Versorgungsquote) und den tatsächlichen Belegungszahlen (Belegungsquote). Die Beteiligung der verschiedenen Träger ist in der Verfahrensroutine sichergestellt.

- M-C1** Die schulbezogenen Daten werden anhand des Ausländerkonzepts erhoben, wobei die Staatsangehörigkeit (Besitz des Passes) ausschlaggebend für die Zuordnung der Jugendlichen ist. Nur den Daten des ikubiz, welche beim Verbleib der Hauptschüler/-innen und Werkrealschüler/-innen herangezogen werden, liegt das Migrationskonzept zugrunde. Dies bedeutet, dass hier die Abfrage nicht nach Staatsangehörigkeit erfolgt, sondern danach, wo die Eltern des Jugendlichen geboren wurden. Wurde mindestens ein Elternteil des befragten Jugendlichen nicht in Deutschland geboren, fällt dieser Jugendliche in die Ausprägung „mit Migrationshintergrund“. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit des vorliegenden Bildungsberichts wird ausschließlich von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund gesprochen.
- M-C2** Die Auswirkungen der unverbindlichen Grundschulempfehlung auf das weiterführende Schulsystem konnten in die Prognose noch nicht mit einfließen. Die Entwicklung der tatsächlichen Übergänge auf die weiterführenden Schulen muss beobachtet werden.
- M-C3** Horte an Schulen: Fachbereich Bildung;
Horte: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt;
Horte von freien Trägern.
- M-C4** Diese Daten basieren bei den Hortkindern auf der KitaDataWeb-Datenbank, bei den VGS-Kindern auf der EasyKid-Datenbank und bei den Ganztagschulkindern auf der Schulstatistik.
- M-C5** Freie Träger müssen im VGS-Bereich nicht zwangsläufig mit ausgebildeten Fachkräften arbeiten.
- M-C6** In Baden-Württemberg gibt es insgesamt 3 Gesamtschulen: Integrierte Gesamtschule Mannheim Herzogenried in Mannheim, Staudinger-Gesamtschule in Freiburg, Internationale Gesamtschule in Heidelberg.
- M-C7** Bei dieser Berechnung sind in die Regressionsanalyse lediglich der Sozialraumindex als unabhängige Variable und die Gymnasialübergangsquote in den einzelnen Schuljahren als abhängige Variable mit eingeflossen. Die erklärte Varianz liegt bei 66,1%. Zur exakteren Bestimmung des Zusammenhangs zwischen dem Sozialraumindex und der Gymnasialübergangsquote wäre es hilfreich, Leistungsdaten der Grundschüler/-innen als unabhängige Variable in die Regressionsanalyse mit einzuberechnen. Dies ist aufgrund der fehlenden Leistungsdaten nicht möglich, da diese der Verwaltung nicht zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund sollte der Zusammenhang zwischen dem Kontext Sozialraum und der Gymnasialübergangsquote beschreibend interpretiert werden.
- M-C8** In den Grafiken wird mit standardisierten Werten gearbeitet. Eine Standardisierung ist notwendig, um die einzelnen Werte inferenzstatistisch auswerten und die Werte der einzelnen Stadtteile miteinander vergleichen zu können. Hierzu wird der städtische Mittelwert auf 100% gesetzt und die Abweichung der Stadtteile zum städtischen Mittelwert nach oben und unten berechnet.

- M–C9** Die erklärte Varianz des Zusammenhangs zwischen dem Sozialraumindex und der Übereinstimmung zwischen dem Lehrerurteil und Elternwunsch Haupt-/Werkrealschule liegt bei einem korrigierten R² von 15,6%. Eine Leistungsvariable konnte nicht in der Regressionsanalyse berücksichtigt werden. Leistungsdaten der Schülerschaft stehen der Verwaltung nicht zur Verfügung.
- M–C10** Die Durchgangsquote der jeweiligen Schulart wird in der Grafik ausgehend von der Abschlussklasse dargestellt. Dies bedeutet beispielsweise, dass die Schülerkohorte, die im Schuljahr 2010/11 die Abschlussklasse am Gymnasium erreicht, 20% der Schüler/-innen auf dem Weg zum Abschluss verloren hat.
- M–C11** Vor dem Hintergrund, die Bildungsgerechtigkeit in Mannheim mit dieser Kennzahl beurteilen zu wollen, ist es notwendig, als Grundgesamtheit die Anzahl der Schüler/-innen in den jeweiligen Gruppen zu definieren. Dies kann am Beispiel der Schüler/-innen mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss veranschaulicht werden: Hier werden die Schüler/-innen ohne Hauptschulabschluss ins Verhältnis zu den Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der jeweiligen Alterskohorte gesetzt. Analog wird die Kennzahl für die deutschen Schüler/-innen ohne Hauptschulabschluss berechnet. Besteht nun Bildungsgerechtigkeit in Mannheim beim Schulabgang ohne Hauptschulabschluss, so dürften sich die beiden Gruppen (mit und ohne Migrationshintergrund) bei der Kennzahl „Schulabgang ohne Hauptschulabschluss“ nicht unterscheiden.
- M–C12** Unter die Rubrik „Sonstige“ fallen: Bundeswehr/Zivildienst, Haft, Rückkehr ins Heimatland, Schwangerschaft, Au-pair, 400-Euro-Jobs, Erwerbsarbeit.
- M–C13** Aufgrund der Schülerkohorten sowie bedingt durch Quoten der Klassenwiederholungen, der Schülerfluktuation und der Schulartwechsel dürfen die Grundschulübergangsquoten nicht mit den Schulabschlussquoten gleichgesetzt werden.
- M–C14** Da der Grundschulstandort Theodor-Heuss-Schule zum August 2013 aufgegeben wird, wird die Theodor-Heuss-Schule nicht mitgezählt.
- M–C15** Die Vogelstangschule ging im Schuljahr 2011/12 und die Uhlandschule im Schuljahr 2012/13 in den gebundenen Ganztagsbetrieb.
- M–D1** Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im gesamten Bildungsbericht von Einwohnerinnen und Einwohnern, Kindern oder Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund gesprochen. Den Kapiteln liegen jedoch unterschiedliche Erhebungsmethoden des Migrationshintergrundes zugrunde. In den Kapiteln A und B werden die Daten nach dem Migrationskonzept erhoben. In den Kapiteln C und D liegen die Daten nach dem Ausländerkonzept vor, d. h. nach der Staatsangehörigkeit (deutsch versus nichtdeutsch). Deshalb unterscheiden sich die Grundgesamtheiten in diesen Kapiteln, was zur Folge hat, dass die Prozentangaben zur Migration beispielsweise zwischen Kapitel A und D verschieden sind.
- M–D2** Im Schuljahr 2012/13 fusioniert die Luzenbergschule mit der Helene-Lange-Schule. Der Schulträger hat der Justus-von-Liebig-Schule die Räume zur Verfügung gestellt.

- M-D3** Die Anzahl der Schüler/-innen an den öffentlichen beruflichen Schulen im Schuljahr 2010/11 basiert auf dem Datenmaterial des Statistischen Landesamtes. Die Daten des Statistischen Landesamtes und der Schulstatistik weisen eine Differenz im Hinblick auf die Anzahl der Schüler/-innen im öffentlichen beruflichen Schulsystem aus. Die Ursache liegt in unterschiedlicher Einbeziehung von Praktikanten: Während die Schulstatistik Schüler/-innen im Anerkennungsjahr/Praktikum zu den beruflichen Schülern zählt, nimmt das Statistische Landesamt diese Schüler/-innen nicht mit zur Summe für die beruflichen Schüler.
- M-D4** Das Schulberufssystem besteht aus schulischen Bildungsgängen, die einen qualifizierenden beruflichen Abschluss vermitteln. Der „Beruflichen Fortbildung“ dienen vor allem Fachschulen wie z. B. Meister- oder Technikerschulen.
- M-D5** Das 9+3-Modell (9 Jahre Werkrealschule und 3 Jahre Berufsfachschule bis zum mittleren Abschluss) wird bei dieser Datenlage nicht berücksichtigt.
- M-D6** Unter dem Begriff Schulberufssystem werden die schulischen Bildungsgänge, die einen qualifizierten beruflichen Abschluss vermitteln, gefasst.
- M-D7** Datenquelle für die folgenden Auswertungen ist die amtliche Statistik für das Hochschulwesen, die durch das Hochschulstatistikgesetz (HStatG) geregelt ist. Mit der Popakademie Baden-Württemberg GmbH besteht eine weitere staatlich anerkannte Hochschuleinrichtung in Mannheim. In der amtlichen Hochschulstatistik wurden jedoch bisher keine Studierendendaten dieser Hochschuleinrichtung erhoben.
- M-D8** Aus logischen Erwägungen sollten die Übergangsquoten nicht 100,0% übersteigen. Jedoch werden in der Hochschulstatistik an beruflichen Schulen erworbene Hochschulzugangsberechtigungen in manchen Fällen falsch als an allgemeinbildenden Schulen erworbene Hochschulzugangsberechtigungen erfasst. Die Übergangsquoten von allgemeinbildenden Schulen zur Hochschule sind dadurch nach oben verzerrt.
- M-D9** Für Vergleichswerte für berufliche Schulen in Mannheim sowie allgemeinbildende und berufliche Schulen in Baden-Württemberg siehe Tabellen im Anhang.
- M-E1** Die Daten sind nach Nationalität erhoben. Zur besseren Lesbarkeit des vorliegenden Berichts wird durchgehend von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gesprochen.
- M-E2** Fallzahlen erzieherischer Hilfen in Mannheim im Jahr 2010: N = 5.542, davon 2.486 Erziehungsberatungsfälle.
- M-E3** Die amtliche Statistik erlaubt die Benennungen von bis zu 3 Hilfeanlässen; insgesamt gibt die Statistik 10 verschiedene Anlässe zur Auswahl vor. Die Einschätzung erfolgt durch die jeweils fallverantwortliche Fachkraft des Sozialen Dienstes.

- M-E4** Summe der Empfänger/-innen erzieherischer Hilfen nach §§ 27, 29–35, 35a und 41 SGB VIII in 2010: N = 3.056 Hilfeempfänger; ohne die Erziehungsberatungsfälle nach § 28 SGB VIII.
- M-E5** Entsprechend der Definition der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik hat zumindest ein Elternteil eine ausländische Herkunft.
- M-E6** In 21,9% aller Erziehungsberatungsfälle war die wirtschaftliche Situation der Herkunftsfamilie unbekannt bzw. nicht erfragt worden.
- M-E7** Summe erzieherischer Hilfen nach §§ 27–35, 35a und 41 SGB VIII im Jahr 2010.
- M-E8** Um eine Vergleichbarkeit des Hilfeaufkommens zwischen den Stadtteilen herstellen zu können, wurde je Stadtteil die Zahl der Empfänger/-innen erzieherischer Hilfen in Relation zur Zahl aller unter 21-jährigen Einwohner/-innen des Stadtteils in Beziehung gesetzt (Hilfen je 1.000 der 0- bis unter 21-jährigen Einwohner/-innen).
- M-E9** Sozialraumtypologische Zuordnung entsprechend dem Sozialstruktur-Index siehe auch Kapitel A4.2, insbes. Abb. A19.
- M-E10** Der dabei berechnete Korrelationskoeffizient ist ein Zusammenhangsmaß, das eine Ausprägung von $r = +1$ bis $r = -1$ annehmen kann. Der Wert $r = -1$ steht für einen vollständig negativen Zusammenhang, der Wert $r = +1$ für einen vollständig positiven Zusammenhang und der Wert $r = 0$ zeigt an, dass überhaupt kein statistischer Zusammenhang zwischen den Merkmalen besteht.
- M-E11** Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf alle statistischen Bezirke mit über 100 unter 21-jährigen Einwohnerinnen und Einwohnern (60 von insges. 78 Bezirken). Bei den 18 nicht berücksichtigten Bezirken sind aufgrund der niedrigen Einwohnerzahlen hohe Prozentanteile der Merkmalswerte oft auf wenige Einzelfälle zurückzuführen. Weitgehend sind diese Bezirke Gewerbe- oder Industriegebiete.
- M-E12** Methodisches Vorgehen entsprechend Kapitel A4.
- M-F1** Testergebnisse der Schüler/-innen können anhand einer ausreichend großen Stichprobe (der zu untersuchenden Grundgesamtheit, d. h. Normstichprobe) als z. B. durchschnittlich bewertet und dementsprechend interpretiert werden.
- M-F2** Eine Normalverteilung ist die Idealform einer Häufigkeitsverteilung z. B. von Testergebnissen. Mittlere Ausprägungen von Testergebnissen kommen am häufigsten vor und extreme Testergebnisse kommen sehr selten vor.

Literaturverzeichnis

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010). *Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel*. Bielefeld: Bertelsmann.

Boudon, R. (1974). *Education, Opportunity, and Social Inequality – Changing Prospects in Western Society*. New York: John Wiley & Sons, Kapitel 2.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012). *Familienpolitik und Fertilität: demografische Entwicklungen und politische Gestaltungsmöglichkeiten – Monitor Familienforschung*. Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik. Berlin, Ausgabe 27.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005). *Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule*. Berlin.

Cattell, R.B., Weiß, R.H. & Osterland, J. (1997). *Grundintelligenztest Skala 1 (CFT 1)* (5., neu bearbeitete Aufl.). Göttingen: Hogrefe.

Chancenspiegel (2012). *Bertelsmann Stiftung; Institut für Schulentwicklungsforschung*.

Demel, J. (2011). *Gute Berufsperspektiven mit einer Ausbildung im Bereich Erziehung*. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 4/2011, S. 26–30.

Deutscher Bundestag (2006). *11. Sportbericht der Bundesregierung*.
Bundesministerium des Innern: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Veroeffentlichungen/11_sportbericht.pdf;jsessionid=5CA2E9B621E3665F73DCOC37C19CDDE9.1_cid156?__blob=publicationFile [Stand: 10.08.2011]

Deutscher Bundestag (2010). *12. Sportbericht der Bundesregierung*.
Bundesministerium des Innern: http://www.faspo.de/images/faspo/pdf/12_sportbericht_der_bundesregierung.pdf [Stand: 11.08.2011]

Dollmann. *Verbindliche und unverbindliche Grundschulempfehlungen und soziale Ungleichheiten am ersten Bildungsübergang*. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie; Heft 63, S. 595–621.

Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“, 2011. *Empfehlungen für Bildungspolitische Weichenstellungen in der Perspektive auf das Jahr 2020 (BW 2020)*. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin.

FamilienForschung Baden-Württemberg (2008). *Ökonomische Lage von Familien. Familien in Baden-Württemberg*. In: Report 4/2008, Stuttgart.

FamilienForschung Baden-Württemberg (2011). *Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung*. In: Report 1/2 2011, Stuttgart.

FamilienForschung Baden-Württemberg (2012). *Einkommens- und Armutsverläufe von Familien*. In: Report 1/2012, Stuttgart.

Giesinger, J. (2007). *Was heißt Bildungsgerechtigkeit?* In: Zeitschrift für Pädagogik 53/3, S. 362–381.

Griebel, W. & Niesel, R. (2004). *Transitionen. Fähigkeiten von Kindern in Tageseinrichtungen fördern, Veränderungen erfolgreich bewältigen*. Weinheim: Beltz.

Griebel, W. & Niesel, R. (2011). *Übergänge verstehen und begleiten. Transitionen in der Bildungslaufbahn von Kindern bewältigen*. Berlin: Cornelsen Verlag Scriptor GmbH & Co. KG.

Hin, M. (2012). *Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg. Ergebnisse des Mikrozensus 2010*. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Stuttgart, 3/2012.

Hübner, H. & Wulf, O. (2010). *Grundlagen der Sportentwicklung in Mannheim: Sportverhalten – Sportstättenatlas – Sportstättenbedarf*. Mannheim.

IHK Rhein-Neckar (2011). *Der Wettbewerb um Fachkräfte hat begonnen*. In: IHK-Magazin Rhein-Neckar, April 2011.

Klostermann, T. (2011). *Pendlerströme an beruflichen Schulen zwischen den Stadt- und den Landkreisen in Baden-Württemberg*. In: Statistisches Monatsheft 12/2011.

Koalitionsvertrag Bündnis 90/Die Grünen und SPD (2011-2016): *Der Wechsel beginnt*. <http://dokumente.wscms-basis.de/Koalitionsvertrag-web.pdf> [Stand: 10.08.2011]

Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe (2011). *Warum steigen die Hilfen zur Erziehung? Ein Blick auf die Entwicklung der Inanspruchnahme*. Dortmund, Heft 3/11, S. 3ff.

Krajewski, K., Liehm, S. & Schneider, W. (2004). *Deutscher Mathematiktest für zweite Klassen (DEMAT 2+)* (1. Aufl.). In: Hasselhorn, M., Marx, H. & Schneider, W. (Hrsg.). *Deutsche Schultests* Beltz. Göttingen: Hogrefe.

Kunz, A., Luder, R. & Moretti, M. (2010). *Die Messung von Einstellungen zur Integration (EZI)*. In: *Empirische Sonderpädagogik*, 2 (3), S. 83–94.

Kurth, B.-M. (2004). *Kurzbeschreibung KiGGS*. http://www.kiggs.de/medien/downloads/texte/dokumente/kiggs_zusammenfassung.pdf [Stand: 10.08.2011]

KVJS Baden-Württemberg (Hrsg.) (2008). *Bericht zu Entwicklungen und Rahmenbedingungen der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen in Baden-Württemberg 2008*. Landesjugendamt, Stuttgart.

KVJS Baden-Württemberg (Hrsg.) (2010). *Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse der Berichterstattung*. Landesjugendamt, Stuttgart, S. 7.

Lenhard, W. & Schneider, W. (2006). *Ein Leseverständnistest für Erst- bis Sechstklässler (ELFE 1-6)* (1. Aufl.). In Hasselhorn, M., Marx H. & Schneider, W. (Hrsg.). *Deutsche Schultests* Beltz. Göttingen: Hogrefe.

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport (2012). www.kultusportal-bw.de [Stand: Mai 2012]

Niesel & Griebel (2007). *Von der Kita in die Schule. Handlungsempfehlungen an Politik, Träger und Einrichtungen*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

OECD (2011). *Bildung auf einen Blick 2011*. Paris.

- Petermann, U. & Petermann, F. (2006). *Lehrereinschätzliste für Sozial- und Lernverhalten (LSL)*. (1. Aufl.). Göttingen: Hogrefe.
- Pflugmann-Hohlstein, B. (2010). *Aktuelle Entwicklungen in der Kinderbetreuung*. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2/2010, S. 9–13.
- Pflugmann-Hohlstein, B. (2011). *Auf dem Weg ins Jahr 2013. Personalbedarf in der öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung*. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 4/2011, S. 19–25.
- PH Karlsruhe (2011). *BeBi – Bewegung und Bildung in der Frühpädagogik*.
http://www.sport.ph-karlsruhe.de/ab3/forschung_bebi.html [Stand: 10.08.2011]
- Rauer, W. & Schuck, K.-D. (2004). *Fragebogen zur Erfassung emotionaler und sozialer Schulerfahrungen von Grundschulkindern erster und zweiter Klassen (FEES 1-2)* (1. Aufl.). In: Hasselhorn, M., Marx, H. & Schneider, W. (Hrsg.). Deutsche Schultests Beltz. Göttingen: Hogrefe.
- Rauschenbach, T., Borrmann, S., Düx, W., Liebig, R., Pothmann, J., Züchner, I. (Hrsg.) (2010). *Lage und Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg*. Dortmund, Frankfurt a. M., Landshut, München, S. 242.
- Ruhr-Universität Bochum (2011). *ZEFIR-Forschungsbericht*. Sozialraumanalyse Emscher-Region, Bochum. Bericht zu Entwicklungen.
- Schaffrath-Rosario, A., Kurth, B.-M.: *Die Verbreitung von Übergewicht und Adipositas*.
http://www.kiggs.de/experten/downloads/dokumente/ppt_adipositas.pdf [Stand: 10.08.2011]
- Schneider, W., Blanke, I., Faust, V. & Küspert, P. (2011). *Würzburger Leise Leseprobe – Revision: Ein Gruppentest für die Grundschule (WLLP-R)*. (1. Aufl.). Göttingen: Hogrefe.
- Schwarzer, R. & Schmitz, G.S. (1999). *Kollektive Selbstwirksamkeitserwartung von Lehrern. Eine Längsschnittstudie in zehn Bundesländern*. In: Zeitschrift für Sozialpsychologie, 30 (4), S. 262–274.
- Schwarz-Jung, S. (2012). *Schaubild des Monats. Grundschulempfehlung*. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2/2012.
- Sell, S. (2012). Festvortrag anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Psychologischen Beratungsstelle für Erziehungs-, Ehe- und Lebensfragen der Evangelischen Kirche in Mannheim. 07.03.2012, Mannheim.
- Stadt Mannheim (2006). Dezernat V – Bildung, Kultur, Archivwesen, Stadtmarketing, Fachbereich Sport und Freizeit: *Kinder- und Jugendstudie zum Sportverhalten in Mannheim*. Mannheim 2006.
- Stadt Mannheim (2009). Dezernat III – Bildung, Jugend, Gesundheit, Sport: Konzeptpapier zum Thema *Non-formale Bildung* unter Beteiligung von FB 40, FB 41, FB 51, FB 52, FB 53, Stadtjugendring und Abendakademie.
- Stadt Mannheim. Kommunale Statistikstelle (Hrsg.) (2011). *Bevölkerungsprognose 2030 in kleinräumiger Gliederung*. In: Statistische Berichte Mannheim. Mannheim 6/2011.
- Stadt Mannheim. Kommunale Statistikstelle (2011). *Einwohner mit Migrationshintergrund in kleinräumiger Gliederung*. In: Statistische Berichte Mannheim. Mannheim 3/2011.

- Stadt Mannheim (2011) *Mannheimer machen Sport II – Spitzensport*.
<http://www.mannheim.de/buerger-sein/mannheimer-machen-sport-ii-spitzensport>
 [Stand: 10.08.2011]
- Stadt Mannheim (Hrsg.) (2010). *Wir haben vieles. Außer Lust zu warten*. 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010.
- Stamm, M. (2011). *Integrationsförderung im Frühbereich*. Universitäres Zentrum für frühkindliche Bildung (ZeFF), Fribourg. http://perso.unifr.ch/margrit.stamm/forschung/fo_downloads/fo_dl_publ/d_integrationsfoerderung.pdf [Stand: 23.08.2012]
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2009). *Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*. Wiesbaden, S. 39f.
- Statistisches Bundesamt (2010). *Alleinerziehende in Deutschland. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 29. Juli 2010 in Berlin*. Ergebnisse des Mikrozensus 2009, Wiesbaden, S. 32f.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg und Landesinstitut für Schulentwicklung (2009). *Bildungsberichterstattung 2009. Sonderpädagogische Förderung in Baden-Württemberg*. Stuttgart, S. 76.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg und Landesinstitut für Schulentwicklung (2011). *Bildungsberichterstattung 2011. Bildung in Baden-Württemberg*. Stuttgart, S. 189.
- StEG-Konsortium (2010). *Ganztagsschule: Entwicklung und Wirkungen. Ergebnisse der Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen 2005–2010*. www.projekt-steg.de [Stand: November 2012]
- Universität Karlsruhe (2009). *Kurzfassung Ergebnisse Motorik-Modul*.
https://www.sport.uni-karlsruhe.de/motorik-modul/downloads/pressemitteilung_Maerz_2009.pdf
 [Stand: 10.08.2011]
- Winkler, N., Kroh, M. & Spiess, M. (2006). *Entwicklung einer deutschen Kurzskala zur zweidimensionalen Messung von sozialer Erwünschtheit*. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Wolf, R. (2012). *Trend zu höheren Bildungsabschlüssen. Vom Entlassungszeugnis der Volksschule zur Hochschulreife*. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 4/2012.
- <http://www.akjstat.tu-dortmund.de/fileadmin/Analysen/HZE/hze4.pdf>
www.bildungsregion-mannheim.de
http://www.bmbf.de/pub/nonformale_und_informelle_bildung_kindes_u_jugendalter.pdf
- Bundeszentrale für politische Bildung:
<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56491/schule-und-integration>
<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlenundfakten/soziale-situation-in-deutschland/61656/bildungsabschluss> [Stand: 13.11.2012]
- <http://www.dbsh.de/kurz-pisaergebnisse-041201.pdf>
- <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Bevoelkerung/Irbev01.html>
 [Stand: 16.08.2012]
- Stadt Mannheim (2012): <http://www.mannheim.de/bildung-staerken/grossgruppenkonferenz>

